



# Landtag von Baden-Württemberg

64. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 22. April 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Mittagspause: 13:43 bis 14:34 Uhr

Schluss: 18:22 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	4525	3. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Februar 2009 – <b>Bericht über die Europapolitik der Landesregierung für die Jahre 2007/2008</b> – Drucksachen 14/4000, 14/4318	
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Wolfgang Staiger . . . . .	4525	b) Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 20. März 2009 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Gemeinsames Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Rechnungsstellungsvorschriften</b> – Drucksachen 14/4228, 14/4317	
Eintritt des Abg. Andreas Stoch . . . . .	4525	c) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – <b>Der Donauraum – eine europapolitische Perspektive Baden-Württembergs</b> – Drucksache 14/2172	
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	4525	d) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie: Verortung des „Einheitlichen Ansprechpartners“</b> – Drucksache 14/2884	
Ergänzung der Tagesordnung . . . . .	4526	e) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Für die baden-württembergische Wirtschaft: keine weiteren Verzögerungen aufgrund von Abstimmungsproblemen in der Regierungskoalition bei der Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners</b> – Drucksache 14/3969 . . . . .	4549
Begrüßung des hundertjährigen Herrn Alfred Sebenico . . . . .	4582	Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	4549
1. Aktuelle Debatte – <b>Der NATO-Gipfel in Baden-Baden und Kehl: Friedlich und sicher durch erfolgreiche Polizeitaktik</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	4526	Abg. Ulrich Müller CDU . . . . .	4550
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	4526, 4532	Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	4552
Abg. Hans Georg Junginger SPD . . . . .	4527, 4533	Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	4554
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	4528, 4533	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	4555
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	4528, 4535	Abg. Michael Theurer FDP/DVP . . . . .	4556
Minister Heribert Rech . . . . .	4529, 4536		
2. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Konjunkturprogramme in europäischen Mitgliedsstaaten</b> – Drucksache 14/3705 (geänderte Fassung) . . . . .	4537		
Abg. Michael Theurer FDP/DVP . . . . .	4537, 4545		
Abg. Veronika Netzhammer CDU . . . . .	4538, 4547		
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . .	4539		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	4540, 4548		
Minister Ernst Pfister . . . . .	4542		
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	4547		
Beschluss . . . . .	4549		

Minister Dr. Wolfgang Reinhart . . . . .	4558	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-	
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . .	4562	regierung – <b>Viertes Gesetz zur Bereinigung des</b>	
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . .	4562	<b>baden-württembergischen Landesrechts (Vier-</b>	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	4564	<b>tes Rechtsbereinigungsgesetz – 4. RBerG) –</b>	
Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	4564	Drucksache 14/4110	
Minister Ernst Pfister . . . . .	4566	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen	
Beschluss . . . . .	4567	Ausschusses – Drucksache 14/4335 . . . . .	4591
<b>4. Regierungsbefragung</b>		Abg. Bernd Hitzler CDU . . . . .	4592
<b>4.1 Qualitätsoffensive Bildung: Werkrealschule,</b>		Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	4592
<b>Vorlage des Gesetzentwurfs . . . . .</b>	4567	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	4592
Minister Helmut Rau . . . . .	4567, 4569, 4571, 4572, 4573	Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .	4593
Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	4568, 4573	Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	4593
Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	4570	Beschluss . . . . .	4594
Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	4571	<b>8. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah-</b>	
<b>4.2 Haltung der Landesregierung zur Abwrack-</b>		<b>me des Staatsministeriums – Haushaltsbezo-</b>	
<b>prämie . . . . .</b>	4574	<b>gene Mediengebühr – Drucksache 14/2075</b>	
Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	4574	<b>b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah-</b>	
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	4575	<b>me des Staatsministeriums – Änderung des</b>	
<b>4.3 Sprachförderung für Kinder im Vorschulbe-</b>		<b>Rundfunkgebührenmodells – Drucksache</b>	
<b>reich . . . . .</b>	4575	<b>14/2157 . . . . .</b>	4595
Abg. Marianne Wonnay SPD . . . . .	4575, 4576	Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	4595
Minister Helmut Rau . . . . .	4575, 4576	Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	4596
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . .	4576	Abg. Günther-Martin Pauli CDU . . . . .	4597
<b>4.4 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen</b>		Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	4598
<b>in der Landesverwaltung Baden-Württem-</b>		Minister Dr. Wolfgang Reinhart . . . . .	4600
<b>berg im Jahr 2008 . . . . .</b>	4577	Beschluss . . . . .	4602
Abg. Wilfried Klenk CDU . . . . .	4577	<b>9. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Ant-</b>	
Staatssekretär Dieter Hillebrand . . . . .	4577, 4578, 4579	<b>wort der Landesregierung – Situation der</b>	
Abg. Christine Rudolf SPD . . . . .	4578	<b>Gymnasien in Baden-Württemberg – Druck-</b>	
Abg. Bärtl Mieliich GRÜNE . . . . .	4579	<b>sache 14/2181</b>	
<b>5. a) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der</b>		<b>b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah-</b>	
<b>SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion</b>		<b>me des Ministeriums für Kultus, Jugend und</b>	
<b>der FDP/DVP – Bestellung eines Sonderaus-</b>		<b>Sport – Reform des achtjährigen Gymnasi-</b>	
<b>schusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf</b>		<b>ums – individuelle Förderung und rhythmisi-</b>	
<b>in Winnenden und Wendlingen: Jugendge-</b>		<b>erte Ganztagschule – Drucksache 14/2390 . .</b>	4602
<b>fährdung und Jugendgewalt“ – Drucksache</b>		Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	4603
<b>14/4325</b>		Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	4604
<b>b) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden</b>		Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	4606
<b>Mitglieder des Sonderausschusses . . . . .</b>	4579	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	4607
Abg. Christoph Palm CDU . . . . .	4579	Minister Helmut Rau . . . . .	4608
Abg. Katrin Altpeter SPD . . . . .	4580	Beschluss . . . . .	4609
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	4581	<b>Nächste Sitzung . . . . .</b>	4609
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	4581	<b>Anlage 1</b>	
Beschluss . . . . .	4582	<b>Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in</b>	
<b>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-</b>		<b>verschiedenen Ausschüssen . . . . .</b>	4610
<b>regierung – Gesetz zur Reform des Gemeinde-</b>		<b>Anlage 2</b>	
<b>haushaltsrechts – Drucksache 14/4002</b>		<b>Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im</b>	
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenaus-		<b>Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst . . .</b>	4610
schusses – Drucksache 14/4289 . . . . .	4582	<b>Anlage 3</b>	
Abg. Manfred Groh CDU . . . . .	4582	<b>Vorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der</b>	
Abg. Walter Heiler SPD . . . . .	4584	<b>SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/</b>	
Abg. Eugen Schlachter GRÜNE . . . . .	4585	<b>DVP für die Wahl der Mitglieder und stellvertre-</b>	
Abg. Michael Theurer FDP/DVP . . . . .	4586	<b>tenden Mitglieder des Sonderausschusses „Konse-</b>	
Minister Heribert Rech . . . . .	4587	<b>quenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wend-</b>	
Beschluss . . . . .	4590	<b>lingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ . . . . .</b>	4611

## Protokoll

über die 64. Sitzung vom 22. April 2009

Beginn: 10:00 Uhr

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 64. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe)

Dienstlich verhindert sind Herr Präsident Straub – am Vormittag – und Herr Abg. Mack.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Bormann, Herrn Abg. Dr. Bullinger, Frau Abg. Chef und Herrn Abg. Stratthaus erteilt.

Krank gemeldet sind Herr Abg. Dr. Mentrup und Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Staatssekretär Köberle entschuldigt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sag einmal!)

Dienstlich verhindert sind Frau Staatsrätin Dr. Hübner und Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer ist dann noch da?  
– Gegenruf des Abg. Manfred Groh CDU: Die anderen!  
– Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Alle anderen!  
– Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Wolfgang Staiger, unser früherer Kollege, hat dem Landtagspräsidenten mitgeteilt, dass er sein Landtagsmandat mit Ablauf des 31. März 2009 niedergelegt hat. Er kann heute wegen einer dienstlichen Verpflichtung leider nicht anwesend sein.

Herr Staiger gehörte dem Landtag seit April 1996, also ziemlich genau 13 Jahre, als Mitglied an. Bei seiner parlamentarischen Arbeit konzentrierte er sich in den ersten beiden Wahlperioden zehn Jahre lang auf den Umwelt- und Verkehrsausschuss, und ab der 13. Wahlperiode arbeitete er dazu acht Jahre lang im Sozialausschuss mit.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gut!)

Seine Arbeit in beiden Ausschüssen war immer von großer Sachkompetenz geprägt. Als Sonderschullehrer war ihm der Sozialausschuss besonders ans Herz gewachsen. Hier konnte er sich auf dem Gebiet der Behindertenpolitik profilieren. Auch seine Wahlkreisarbeit hat er sehr intensiv wahrgenommen.

Ich danke Herrn Staiger namens des ganzen Landtags für seine Tätigkeit als Abgeordneter sehr herzlich und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 19. Februar 2009 mitgeteilt, dass das Mandat des ausgeschiedenen Kollegen Wolfgang Staiger auf Herrn Andreas Stoch übergegangen ist. Er hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 1. April 2009 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 14. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Stoch, ich begrüße Sie recht herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen für Ihre parlamentarische Tätigkeit viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie je eine Vorschlagsliste der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlagen 1 und 2*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 19. März 2009 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2008 – Drucksache 14/4226

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 20. März 2009 – Beratende Äußerung zur Organisationsuntersuchung bei den Regierungspräsidien des Landes – Drucksache 14/4132

Überweisung an den Innenausschuss und federführend an den Finanzausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 7. April 2009 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land über Errichtung, Ausgestaltung und Betrieb des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Verwaltungsvereinbarung) – Drucksache 14/4340

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und federführend an den Finanzausschuss

4. Mitteilung der Landesregierung vom 15. April 2009 – Übertragung des Stilllegungsbereichs der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

auf die Wiederaufbauanlage Karlsruhe Rückbau- und Entsorgung-GmbH (WAK) – Drucksache 14/4362

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Finanzausschuss

\*

Unter Tagesordnungspunkt 5 ist heute die Bestellung eines Sonderausschusses vorgesehen. Dazu darf ich bekannt geben, dass sich die Fraktionen einvernehmlich darauf verständigt haben, diesen Tagesordnungspunkt um Buchstabe b – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sonderausschusses – zu ergänzen.

Wir treten somit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Debatte – Der NATO-Gipfel in Baden-Baden und Kehl: Friedlich und sicher durch erfolgreiche Polizeitaktik – beantragt von der Fraktion der CDU**

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Blenke das Wort erteilen.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 3. und 4. April dieses Jahres fanden entlang des Rheins an symbolträchtigem Ort der Gipfel der NATO und gleichzeitig die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung der NATO statt – auf deutscher Seite in Kehl und in Baden-Baden. Die NATO hat damit ein wichtiges und symbolträchtiges Ereignis auf deutscher und französischer Seite am Rhein entlang gefeiert, die NATO, die seit 60 Jahren Garant für Frieden, für Freiheit und für Sicherheit ist. Die NATO – das will ich hier 20 Jahre nach dem Fall der Mauer sagen – ist noch heute ein wichtiges Instrument zur Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt. Deshalb waren die Feier zum 60. Jahrestag ihrer Gründung und die Gipfeltagung der NATO ein wichtiger Anlass und eine einmalige Chance auch für Baden-Württemberg, für die Rheinregion sich positiv vor der Welt darzustellen.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat sich bei dieser Veranstaltung vor den Augen der Welt friedlich und gastfreundlich präsentiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte deshalb gleich zu Beginn Dank sagen an all diejenigen, die daran beteiligt waren: zunächst einmal die Bürger der Region, die einiges an Einschränkungen und Behinderungen hinnehmen mussten, die dies aber auch als Chance für die Region begriffen haben und sich positiv dazu gestellt haben. Ich danke aber auch allen Behörden und Institutionen, die rund um den NATO-Gipfel herum tätig waren: zuvörderst natürlich die Polizei, die Feuerwehren, DRK und Rettungsdienste, THW, DLRG, Verfassungsschutz, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunal- und Landesverwaltung, die Polizeiführung um Polizeipräsident Rotzinger in Freiburg, die dort hervorragende Arbeit geleistet hat. All denen muss man ein herzliches Dankeschön sagen für ihre Arbeit, für ihre Tätigkeit. Sie haben den ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung ermöglicht.

Allein die Polizei war mit rund 16 000 Beamten – die Hälfte davon aus Baden-Württemberg und die andere Hälfte aus an-

deren Bundesländern und vom Bund – zur Sicherung dieses NATO-Gipfels im Einsatz. Baden-Württemberg hat auch hier ein hervorragendes Beispiel für gute Fürsorge und für hervorragende Unterbringung der Polizeibeamtinnen und -beamten geleistet. Das muss einfach einmal deutlich gesagt werden.

Ich habe mir dies vor Ort zusammen mit dem Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft angesehen. Ich habe die Polizeieinheiten besucht und habe geschaut, wie sie untergebracht sind, wie dort im Rahmen der Fürsorge für sie gesorgt wird. Das war – Herr Innenminister, das möchte ich hier sagen – vorbildlich, das war hervorragend. Baden-Württemberg ist seiner Rolle als guter Gastgeber – es waren 8 000 Polizeibeamte aus anderen Ländern in Baden-Württemberg – gerecht geworden, nicht nur gegenüber den Großen der Weltpolitik, sondern auch gegenüber Tausenden Polizisten aus ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Reinhold Gall SPD)

Dies setzt Maßstäbe, meine Damen und Herren, denn es war und ist beileibe nicht überall bei Großeinsätzen so. Ich sage hier: Ich erwarte, dass auch Polizisten aus Baden-Württemberg, wenn sie künftig in anderen Bundesländern bei Großereignissen eingesetzt werden, in ähnlicher Weise versorgt und untergebracht werden. Das sind Beamte auf einer Dienstreise, und sie haben Anspruch darauf, ordentlich behandelt zu werden.

Ich darf Ihnen mit Erlaubnis des Präsidenten ein Zitat eines pensionierten Polizeibeamten aus meinem Wahlkreis vorlesen. Er hat mit Polizeibeamten aus anderen Ländern, die dort untergebracht waren, Kontakt gehabt, und er schreibt mir:

*Wenn ich zurück an Einsätze der Alarmhundertschaften denke und wie wir da untergebracht wurden, da bleibt mir jetzt glatt die Spucke weg. Aber ich gönne es den Kollegen. Sie werden sehr positive Eindrücke aus Bad Wildbad oder anderen Städten des Landes mit in den hohen Norden nehmen.*

Ich glaube, das besagt eindeutig, dass wir uns gastfreundlich auch gegenüber den Einsatzkräften gezeigt haben.

Meine Damen und Herren, die Polizeistrategie war eine friedliche. Sie hat dazu geführt, dass wir keine Randalen, keine größeren Sachbeschädigungen und dergleichen mehr hatten. Die Gäste der NATO konnten ungetrübt tagen. Friedliebende Bürger ließen sich von dem Polizeieinsatz nicht einschüchtern. Das tun Bürger nicht, die wissen, dass die Polizei für sie da ist.

Friedlicher Protest wurde auch ermöglicht. Tausende protestierten in Kehl. Dass sie nicht nach Straßburg gehen konnten, war nicht Schuld der Polizei, sondern war die Schuld der linken Chaoten, die in Straßburg Randalen gemacht haben.

Deswegen sagen wir: Friedlicher Protest ist bei uns möglich, aber linke Chaoten, Gewalttäter, Brandstifter, die hier in Baden-Württemberg oder sonst wo Randalen machen wollen, haben bei uns nichts zu suchen, sind bei uns nicht erwünscht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind denn rechte Chaoten erwünscht?)

(Thomas Blenke)

Deswegen war unsere Strategie in Baden-Württemberg von Anfang an: Wir dulden keine Camps, wir dulden keine rechtsfreien Zonen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber rechte Chaoten, oder wie?)

Es darf nirgendwo rechtsfreie Räume geben. Herr Minister, deswegen möchte ich ganz klar sagen: Die Strategie in Baden-Württemberg, anders als in Heiligendamm, wo dies der Fall war, keine rechtsfreien Räume zu dulden – wir dulden das nicht in Baden-Württemberg –, ist voll aufgegangen. Es war Ihre Strategie, und ich möchte Ihnen dafür ein Kompliment sagen: Das hat die Polizei in Baden-Württemberg und die Polizeiführung hervorragend gemacht.

Ich werde in der zweiten Runde noch näher darauf eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Junginger das Wort.

**Abg. Hans Georg Junginger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Es war ein herausragendes Ereignis, das heute zeitnah von uns gemeinsam gewürdigt wird. Ich begrüße ausdrücklich, dass die CDU-Fraktion als Thema der Aktuellen Debatte „Der NATO-Gipfel in Baden-Baden und Kehl: Friedlich und sicher durch erfolgreiche Polizeitaktik“ gewählt hat.

Wir haben hier nicht über die Frage, ob der NATO-Gipfel aus sich heraus – etwa in welchem Umfang oder mit welchem Aufwand – gerechtfertigt war, zu diskutieren. Wir haben einen Auftrag übernommen, über den nicht Baden-Württemberg entschieden hat, nämlich für dieses Gipfeltreffen von der Sicherheitsseite her zu gewährleisten, dass es keinerlei Gewaltauseinandersetzungen geben konnte. Dabei muss gesagt werden: Linke und rechte Chaoten sind hier nicht willkommen. Das Gewaltmonopol des Staats muss durchgesetzt werden. Friedfertige Demonstrationen finden unsere Unterstützung, und jede Form der Gewalt muss unterbunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Das hat vorher auch die gesamte Einsatzstrategie bestimmt. Es ist eine außerordentlich überzeugende Leistung erbracht worden, die Lob, Dank und Anerkennung auch von unserer Fraktion verdient. Das gilt sowohl für die Führungskräfte, die im vielmonatigen Einsatz, nämlich ab Oktober 2008, die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass die Sicherheitseinsätze in jenen Apriltagen einwandfrei und gut verlaufen sind, als auch insbesondere für all die Sicherheitskräfte – zu erwähnen ist die Feuerwehr, zu erwähnen ist der Katastrophenschutz –, die im Zusammenwirken dafür gesorgt haben, dass wir trotz Einschränkungen von Bürgerrechten zwei friedfertige Tage erlebt haben. Wir müssen dann noch einmal getrennt darüber diskutieren, in welchem Umfang Freiheitsrechte eingeschränkt worden sind und eingeschränkt werden mussten.

Wir danken der Polizeiführung, wir danken den Polizeikräften für die erbrachten Leistungen, und zwar auch dafür, dass

neue Konzeptionen entwickelt worden sind. Nach Überwindung eigentlich nicht nachvollziehbarer Hindernisse – weil angeblich schon drei Monate vor den Europa- und Kommunalwahlen jeder Kontakt mit Dienststellen des Landes ausgeschlossen werden sollte, wofür wir kein Verständnis hatten – war es einer Abordnung des Innenausschusses als Fachausschuss möglich, sich in der Einsatzzentrale in Freiburg darstellen zu lassen, auf welchen Grundlagen diese Konzeption beruhte.

Dabei ist von Bedeutung, dass die Öffentlichkeit durchgehend eingebunden worden ist, dass die Maßnahmen, die vorgesehen waren, so dargestellt worden sind, dass sich jeder eine Meinung darüber bilden konnte, ob der Polizeieinsatz, ob der Einsatz der Sicherheitskräfte vom Anliegen her gerechtfertigt war.

Dort hat man gesehen, in welchem Umfang eine Hotline besetzt war, bei der alle Bürgerfragen nach besten Kräften sofort beantwortet werden konnten, und dass der Einsatzleiter, der Leitende Kriminaldirektor Rotzinger, der besonderen Dank verdient,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

zu allen Versammlungen vor Ort gegangen ist, um darzustellen, was aus welchen Gründen geschehen muss. Er hat dort insgesamt eine außerordentlich positive Resonanz bekommen. In der Geschichte des Landes ist es einmalig, dass in dieser Weise bürgernah und die Bürger überzeugend aufgetreten worden ist. Das verdient besonderen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Was Einschränkungen angeht, so sind zwar Demonstrationsauflagen gemacht und Camps, die vorgesehen waren, abgelehnt worden. Aber darüber zu reden, warum das geschieht, und auch die Presse in ganz ungewöhnlicher Weise in die Konzeption einzubinden, ist die Art, die wir uns vorstellen, mit der auch Einschränkungen des Demonstrationsrechts und der Freizügigkeit von den Bürgern hingenommen werden können. Das war erkennbar in Baden-Baden der Fall.

Ständig sind auch neue Herausforderungen eingetreten. Von einem Staatsbesuch Präsident Obamas war bis wenige Tage vor dem Gipfel nicht die Rede. Allenfalls war ein Galadiner angedacht worden und nicht etwa die öffentliche Präsentation auf dem Marktplatz in Baden-Baden, mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Was es bedeutete, dass wenige Tage vorher zusätzliche Sicherheitsanforderungen erfüllt werden mussten, ist kaum vorstellbar.

Es war zu befürchten, dass gerade in jenen Tagen auch kurdische Demonstrationen stattfinden würden, weil das kurdische Neujahrsfest, das genau in diesen Tagen begangen wurde, in den vergangenen Jahren zu größeren Demonstrationen geführt hatte. Die spannende Frage lautete: Ist im übrigen Land die Sicherheit noch gewährleistet, wenn 8 000 Polizeibeamte abgerufen sind und anderweitig nicht zur Verfügung stehen?

Vor diesem Hintergrund kann man sagen: Es war eine einzige Erfolgsgeschichte. Unter Beachtung aller Bürgerrechte, unter Beachtung der Verpflichtung, friedfertige Demonstrationen zu ermöglichen, ist ein Polizeikonzept entwickelt worden, das

(Hans Georg Junginger)

nach unserer Auffassung beispielhaft für künftige Ereignisse sein wird.

Eine ganze Anzahl von Dingen müssen wir allerdings noch bedenken: etwa die Kosten oder die Frage, ob denn die übrigen Polizeikräfte nach Abzug von Spitzenkräften über Monate hinweg noch in der Lage waren, ihre Aufgaben ohne zusätzliche Belastung zu erfüllen. Ich werde Ihnen in der zweiten Runde noch näher darstellen, welche Gedanken wir uns darüber machen müssen, welche Konsequenzen für die laufende Polizeiarbeit aus diesem Ereignis zu ziehen sind.

Einstweilen vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der NATO-Gipfel in Baden-Württemberg ist friedlich verlaufen. Das begrüßen wir außerordentlich. Dafür haben wir von Anfang an geworben, auch gegenüber den Organisatoren von Aktionen.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben immer gesagt: Wir unterstützen das Demonstrationsrecht, aber es muss unbedingt und unter allen Umständen friedlich und gewaltfrei demonstriert werden. Das, Herr Innenminister, ist in Baden-Württemberg geschehen, und zwar in beiderseitigem Zusammenspiel. Die Polizei hat ihren Anteil daran. Wir haben nichts zu beanstanden. Das war ein tadelloser Einsatz. Wir erwarten, dass die Polizistinnen und Polizisten für ihre Überstunden und vieles andere zeitnah entschädigt werden. Dazu werden Sie uns sicherlich etwas sagen. Aber auch die Organisatoren des Ostermarsches, der auch in unserem Bundesland eine Tradition hat, haben ihren Anteil. Das haben wir nicht anders erwartet. Insoweit muss man auch einmal ein bisschen Luft herausnehmen. Es ist nicht so, dass wir mit diesen Gruppen politisch übereinstimmen. Wir haben im Gegenteil, gerade was die Beurteilung der NATO, ihrer Bilanz und ihrer Zukunft anbetrifft, klare politische Differenzen zu ihnen. Deswegen sind wir auch nicht mitmarschiert. Aber dass ausgerechnet von ihnen – viele Gewerkschafter sind dabei gewesen – Aufrufe zur Gewalt oder gewalttätige Handlungen zu erwarten gewesen wären, konnte man nun wirklich nicht annehmen. Deswegen waren wir sehr zuversichtlich, dass dieser Ostermarsch in Baden-Württemberg friedlich vonstattengehen würde. Es gab überhaupt keine anderen Anzeichen, und so ist es auch eingetreten. Ich glaube, im Nachhinein kann man das differenzierter betrachten, als man es vorher getan hat.

Die Einschränkung der Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort war und ist für uns allerdings nach wie vor ein Thema. Wir sind der Meinung, dass das Sicherheitskonzept in Kehl und in Baden-Baden überzogen war, Herr Innenminister.

(Unruhe bei der CDU)

Für uns war nicht nachvollziehbar, warum Einwohner in Kehl – auf der Insel waren 700 Personen betroffen – über zwei Ta-

ge hinweg so etwas wie einen „Hausarrest“ – ich sage das in Anführungszeichen – hinnehmen sollten,

(Zurufe von der CDU)

warum sie ihren persönlichen „Begleitpolizisten“ brauchten, um ihren Hund abends Gassi führen zu können, warum eine derartige Kultur des Misstrauens gegenüber Bürgerinnen und Bürgern – nicht gegenüber angereisten Demonstranten, sondern gegenüber Bürgerinnen und Bürgern in Kehl und in Baden-Baden – aufgebaut worden ist.

Das hat vielen Leuten überhaupt nicht gefallen. Die meisten Leute haben sich dagegen natürlich nicht gewehrt, weil sie gedacht haben: „Was soll’s? Am Samstag um 10 Uhr ist es wieder vorbei. Das nehmen wir jetzt hin, das schlucken wir jetzt.“ Aber warum in diesen Bereichen im Verhältnis zwischen der Gipfelorganisation und den Bürgerinnen und Bürgern ein derartiger Aufwand betrieben worden ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Darüber muss man, denke ich, noch einmal kritisch diskutieren.

Ein Problem tut sich hier auf jeden Fall auf: Die Schere zwischen Politik einerseits – gerade wenn sie sich bei einem Ereignis wie einem solchen Gipfel präsentiert – und normalen Bürgerinnen und Bürgern andererseits öffnet sich immer weiter. Es gibt überhaupt keine Möglichkeit zu normalen Begegnungen mehr. Die Bürgerinnen und Bürger können das Ereignis höchstens noch im Fernsehen sehen. Denn bei direkten Begegnungen – mit Ausnahme des Auftritts von Obama vor Jugendlichen in einer Straßburger Turnhalle – handelte es sich ja um handverlesenes, sorgfältig ausgesuchtes Publikum – sowohl in Baden-Baden als auch in Straßburg. Die Begegnung des Bürgers mit der Politik findet da nicht mehr statt.

Wir müssen uns tatsächlich die Frage stellen: Ist das angemessen, ist das zukunftsfähig? Können wir solche Veranstaltungen in Zukunft durchführen? Ich halte das aus kulturellen Gründen für notwendig. Mehr dazu in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion darf ich Herrn Abg. Kluck das Wort erteilen.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sckerl, es hätte mich sehr gewundert, wenn Sie nicht doch irgendein Haar in der Suppe gefunden hätten. Das muss eben so sein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist eben ein Liberaler, der sich noch um Bürgerrechte kümmert!)

– Warten Sie doch ab, Herr Kretschmann!

Zunächst will ich mich dem Dank, den der Vorsitzende des Innenausschusses und der Kollege Blenke hier ausgesprochen haben, ausdrücklich anschließen. Ich brauche das nicht zu wiederholen.

Ich will auch noch einmal betonen, Herr Kollege Sckerl: Der persönliche „Begleitpolizist“, von dem Sie sprechen, war doch

(Hagen Kluck)

nicht dazu da, um den Bürger misstrauisch zu beäugen, sondern um ihn zu schützen,

(Lachen der Abg. Ute Vogt SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Vor wem?)

weil man bei diesem Großereignis immer damit rechnen musste, dass irgendwelche Leute, wie ja die Ereignisse auf der französischen Seite gezeigt haben, etwas vorhaben.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Das Sicherheitskonzept war richtig. Der ganze Gipfel ist so reibungslos abgelaufen, weil man sich sehr gut auf dieses Großereignis vorbereitet hat. Das gilt sowohl für die Ordnungsbehörden als auch für die Polizei und für den Katastrophenschutz. Es war praktisch an alles gedacht. Man hat die Bürgerinnen und Bürger einbezogen. Man hat dafür gesorgt, dass es keine rechtsfreien Räume in Riesendemocamps gab. Durch das massive Polizeiaufgebot – das muss man eben doch sagen, Herr Kollege Junginger – wurden Störer ein bisschen abgeschreckt. Das ist ja auch der Sinn der Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir haben alle noch die Bilder von Heiligendamm in Erinnerung, wie es dort solchen Leuten gelungen ist, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen und die Sicherheitskräfte im Grunde in eine prekäre Situation zu bringen. Dies konnte bei uns dank der guten Konzeption überhaupt nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wichtig war auch, dass die Justiz vorher klargestellt hat, dass alle diese Maßnahmen mit Recht und Gesetz in Einklang stehen.

Natürlich sind auch Leute, die in friedlicher Absicht gekommen sind, von den Sicherheitsvorkehrungen betroffen worden, Herr Kollege Kretschmann. Aber das ist immer so. Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal bei einem Rockkonzert waren. Da müssen Sie Ihr Taschenmesser auch abgeben.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist heutzutage leider so.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir bringen gar kein Taschenmesser mit!)

– Haben Sie keines?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir bringen es jedenfalls nicht mit!)

Sie müssen nicht nur Ihr Taschenmesser, sondern vielleicht auch noch Ihren Gürtel abgeben, mit dem Sie Leute erwürgen könnten.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir haben noch gute Zähne und können vom Wecken herunterbeißen! – Heiterkeit)

Man kann eben gewaltbereite Demonstranten von friedlichen Demonstranten äußerlich nicht unterscheiden. Das geht nicht. Wir wissen ja, dass sich diese Leute bis zur letzten Minute zu tarnen verstehen. Sie bewegen sich auch innerhalb friedlicher Demonstranten, erregen dort anfangs auch kein Arg und zeigen erst in letzter Minute ihr wahres Gesicht, indem sie es nämlich nicht mehr zeigen. Das kennen wir.

Die ergriffenen Maßnahmen – ich will es noch einmal betonen – wurden vorrangig zum Schutz derjenigen vorgenommen, die friedlich demonstriert haben. Es konnte friedlich demonstriert werden. Ich war nicht da. Ich hätte auch keine große Freude daran gehabt, mich dort zu bewegen. Ich habe mir das in den Medien angeschaut. Sie haben überall Bilder von friedlichen Demonstranten gesehen. Das war also alles einwandfrei. Die Polizei hat vorher mit den Leuten gesprochen, die demonstrieren wollten, um das alles in richtige Bahnen zu lenken.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das wurde gefilmt!)

Von einer Abschirmung der Demonstranten bzw. der Demonstration kann keine Rede sein.

Wichtig war, dass wir durch dieses integrierte Sicherheitskonzept solche Ereignisse, wie wir sie auf der anderen Rheinseite erlebt haben, nicht erleben mussten. Bei uns hat man gesagt: „Wir müssen mit den Leuten sprechen. Wir müssen alle Möglichkeiten ausloten.“ Die französische Innenministerin sollte einmal bei Herrn Rech in die Lehre gehen; denn sie hat nach den alten – in ihren Augen bewährten – Mitteln wie Wasserwerfer und Schlagstock gegriffen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Tränengas!)

mit der Folge, dass die Leute alles Mögliche abgefackelt und zerstört haben.

Ansonsten ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der französischen und der baden-württembergischen Polizei sehr gut. Vielleicht kann man da voneinander lernen. In diesem Fall können vielleicht die anderen mehr von uns lernen. Vielen Dank noch einmal, dass alles so glimpflich abgelaufen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Rech das Wort.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal möchte ich hervorheben, dass ich ausdrücklich anerkenne, dass wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg der Meinung sind, dass der Gipfel gelungen war, dass er ein Erfolg war. In den Details mag es unterschiedliche Auffassungen geben,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Kollege Sckerl. Darüber diskutieren wir, und zwar sehr exakt und sehr trennscharf.

Im Vorfeld dieses Gipfels habe ich mit vielen Bürgern gesprochen, die auch Bedenken vorgetragen haben, und zwar Be-

(Minister Heribert Rech)

denken dahin gehend, ob man den Gipfel unter diesen Bedingungen bei uns stattfinden lassen kann. Gemeint ist damit, dass wir anders als in Heiligendamm nicht fokussiert ein begrenztes Gelände, sondern eine ganze Fläche zwischen Straßburg, Kehl und Baden-Baden schützen und sichern müssen, mit all den Erfordernissen, die im Unterschied zu Heiligendamm gegeben waren.

Neben abstrusen Vorschlägen, man solle dies auf der Zugspitze, auf einem Flugzeugträger oder sonst wo machen, haben mir die Bürger im Ergebnis gesagt: Das Recht darf dem Unrecht nicht weichen. Wenn sich ein Staat zurückzieht und sich nicht mehr in der Lage sieht, eine solche Veranstaltung auf seinem Gebiet durchzuführen, dann ist das ein bedenkliches Zeichen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass dieser NATO-Gipfel bei uns stattgefunden hat und dass wir dieser Herausforderung gewachsen waren.

Im Übrigen hat mir ein älterer Herr aus Baden-Baden gesagt: Ihr Jüngeren – ich habe mich sehr geehrt gefühlt –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

solltet euch gelegentlich einmal überlegen, ob es die Demonstrationsfreiheit bei uns überhaupt noch gäbe, wenn die NATO nicht schon so lange für Frieden und Freiheit sorgen würde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist klar: Die NATO steht nicht nur für ein Verteidigungsbündnis, sondern sie steht auch für den Schutz westlicher Werte.

Jetzt will ich sagen, worüber ich mich sehr freue. Das ist auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen worden, im Übrigen nicht nur erst seit dem NATO-Gipfel, sondern schon seit vielen Jahren. Unsere Polizei in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Bürgerpolizei entwickelt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Deshalb ist sie hier auch nicht martialisch aufgetreten. Wir haben uns nicht als Polizeistaat präsentiert, sondern als Staat mit einer Bürgerpolizei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der  
Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Frau Kollegin, zu den Einschränkungen der Bürgerfreiheit will ich Ihnen gleich etwas sagen.

Die Polizei hat von Anfang an eine sehr transparente Kommunikationspolitik betrieben. Der NATO-Gipfel hat für uns nicht erst am 3. April 2009 begonnen, sondern er hat mit all den Maßnahmen und Vorbereitungen, die erforderlich waren, schon im Jahr zuvor begonnen. Das war sehr beachtlich.

Es hat in den letzten Wochen vor dem NATO-Gipfel 18 000 Bürgerkontakte gegeben: in Bürgerforen, in Versammlungen, über Hotlines und alles, was erforderlich war. 18 000 Bürgerkontakte!

Jetzt sage ich Ihnen – ich weiß nicht, ob Sie einmal vor Ort waren –: Auch die 700 Bürger, von denen Sie gesprochen ha-

ben, Herr Sckerl, haben in ihrer ganz überwiegenden Mehrzahl die Maßnahmen, die unsere Polizei nach Rücksprache mit den Bürgern getroffen hat und treffen musste, gutgeheißen. Die Bevölkerung stand hinter diesem NATO-Gipfel, und sie stand hinter all den Maßnahmen der Polizei aus dem Land Baden-Württemberg. Dessen bin ich mir ganz gewiss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Bei so vielen hochrangigen Staatsgästen, die wir hier auf unserem Gebiet hatten, ist nicht in jedem Fall die Ansicht der Polizei oder des Innenministers des Landes das Maß der Dinge, sondern da reden auch ausländische Sicherheitsdienste mit. Diese haben mitunter andere Standards als wir, und wir als Gastgeber müssen uns eben auch danach richten, damit wir deren Anforderungen gerecht werden. Das haben wir mit Maß und Ziel getan.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber der Herr im Hause sind wir! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist unser Land!)

Im Übrigen hat unsere Polizei, haben unsere Rettungskräfte und hat unser Bevölkerungsschutz im Land Baden-Württemberg auch von diesen ausländischen Sicherheitskräften, bis hin zu den Amerikanern, allerhöchstes Lob bekommen. Dies bestätigen auch die Innenminister der anderen Bundesländer ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Deswegen, meine Damen und Herren: Die Polizei des Landes hatte die Lage dank einer professionellen Vorbereitung jederzeit im Griff. Es gab bei uns keine Blockaden, keine Randalen, keine Sachbeschädigung. Es gab nur wenige Festnahmen. Ich nenne Ihnen nachher die Zahlen.

Neben der Polizei haben auch die Organisationen des Bevölkerungsschutzes wesentlich dazu beigetragen. Ich will einmal darauf hinweisen, dass wir in Spitzenbelastungszeiten bis zu 3 000 überwiegend freiwillige Helferinnen und Helfer aus den Feuerwehren, vom Katastrophenschutz, vom DRK, vom THW und wie sie alle heißen eingesetzt hatten. An dieser Stelle will ich auch den Arbeitgebern dieser vielen freiwilligen Helfer einmal einen herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Dass es auch da keinerlei Probleme und Schwierigkeiten gegeben hat, zeigt Ihnen und muss uns allen zeigen, dass auch die Arbeitgeber hinter diesen Maßnahmen und hinter diesem Gipfel gestanden haben. Ich will behaupten: Die Bevölkerung in Baden-Württemberg, aber auch darüber hinaus in ganz Deutschland, stand und steht hinter diesem NATO-Gipfel und auch hinter dem Aufwand, der betrieben werden musste. Sie können das Risiko nie auf null minimieren. Aber Sie können es sich auch nicht leisten, sehenden Auges ein Risiko in Kauf zu nehmen, das Sie durch Maßnahmen, wie wir sie getroffen haben, verhindern könnten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Splett?

**Innenminister Heribert Rech:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Herr Innenminister, Sie haben vorhin betont, dass das Auftreten nicht martialisch gewesen sei. Ich möchte einfach nachfragen – nachdem ich mit meinem 15-jährigen Sohn beim Ostermarsch war –, ob Sie sich vorstellen können, dass das in manchen Teilen doch martialisch gewirkt haben kann.

(Oh-Rufe von der CDU)

Da stand massiv Polizei in voller Montur. Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit beispielsweise hat Videokameras auf die friedlichen Demonstranten gehalten. Das trifft nicht für alle Einsatzkräfte zu. Ich möchte die Arbeit, die das Konfliktmanagement gemacht hat, ausdrücklich loben. Aber ansonsten möchte ich doch die Frage stellen, ob es nicht den Eindruck eines martialischen Auftretens – zumindest in Teilen – gegeben haben kann.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Innenminister.

**Innenminister Heribert Rech:** Frau Kollegin, ich weiß jetzt nicht, wie Sie sich auf der Demonstration verhalten haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Die Polizei ist Sie ganz bestimmt nicht angegangen, denn ich gehe davon aus, dass Sie friedlich demonstriert haben. Eine der wesentlichen Aufgaben unserer Polizei – das habe ich in jeder Rede und in jeder Besprechung gesagt – und eine der höchstrangigen Aufgaben unserer Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat ist es, die Meinungsfreiheit zu gewährleisten, das heißt, friedliche Demonstrationen zu ermöglichen und zu schützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage, Frau Kollegin: Diese Aufgabe – ich sage es noch einmal: diese vorrangige Aufgabe – kann die Polizei nur dann erfüllen, wenn sie in der Lage ist, niederschwellig einzugreifen. Das heißt, sie muss Gewalt sozusagen schon dann aussondern, wenn sie noch im Stadium des Entstehens ist. Wenn die Gewalt erst einmal eskaliert, haben Sie das nicht mehr im Griff.

Jetzt komme ich zu dem Polizeibeamten, dem Sie offensichtlich gegenübergestanden sind. Ich bin überzeugt: Er war friedlich und freundlich. Aber er gehörte eben zu einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit. Was heißt das?

Wir haben in Baden-Württemberg eine Besonderheit bei unserer Bereitschaftspolizei, die ich für sehr gut und effektiv halte: diese Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten. Diese haben die Aufgabe, gewaltbereite Störer aus einer friedlichen Demonstration herauszulösen, notfalls auch festzuneh-

men. Dazu gehört auch, Frau Kollegin, dass diese Aktion dann beweisfest dokumentiert wird. Deswegen die Videokamera.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Es war eine friedliche Demonstration!)

– Das sagen Sie. Ziehen Sie alle Polizisten ab, weil Sie sagen, die Demonstration bleibt friedlich, dann werden Sie sehen, wie lange das so bleibt. Wir müssen also auch da eine gewisse Vorsorge treffen. Die Tatsache, dass die Polizei dort steht und die friedliche Demonstration beobachtet, empfinde ich noch nicht als bedrohlich und schon gar nicht als martialisch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Da werden Ursache und Wirkung verwechselt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Weil ich eben den Bevölkerungsschutz angesprochen habe und unser Landesbranddirektor natürlich auch die Zusammenarbeit mit der französischen Seite sehr intensiv gepflegt hat, will ich ausdrücklich betonen: Da hat eine hervorragende Kooperation stattgefunden. Im Übrigen habe ich von Anfang an betont – dabei bleibe ich –: Unsere Kooperationsbereitschaft kennt keine Grenzen und schon gar nicht den Rhein als Grenze. Das haben wir in vielen Jahren bewiesen.

Wenn es da etwas zu verbessern gibt, sind wir dabei. Aber dass vieles sehr gut funktioniert hat, zeigt sich auch daran, dass von unserem Feuerlöschboot auf dem Rhein – „Europa 1“ heißt das, glaube ich – 13 französische Feuerwehrleute in letzter Minute noch aufgenommen werden konnten. Wir haben sie in letzter Minute vor gewalttätigen französischen Demonstranten auf dieses Boot gerettet. Wenn Sie sich diese Vorgänge ansehen, dann wissen Sie, dass das, was wir an Vorbereitungen getroffen haben, nicht überzogen war.

Meine Damen und Herren, ich will es in der ersten Runde dabei belassen und will festhalten: Dieser NATO-Gipfel wurde von unseren Sicherheitskräften nicht am 3. und 4. April gewonnen, er wurde im Vorfeld durch klare Ansagen, durch klare Vorgaben, durch offensive Kommunikation und durch eine offensive, transparente Öffentlichkeitsarbeit gewonnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Deswegen ist die Bilanz – wenn ich einmal auf die andere Seite schaue – ebenso höchst erfreulich. Wir hatten bei uns 24 Strafverfahren, sechs vorläufige Festnahmen, 40 Ingewahrsamnahmen und 162 Platzverweise. Das halte ich angesichts der Dimension des Ganzen – wir hatten im Übrigen keine durch Fremdeinwirkung verletzten Polizeibeamten – für eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Für Ingewahrsamnahmen hatten wir auch Vorsorge getroffen. Wir hatten nicht nur Plätze und Unterkünfte bereitgestellt, sondern wir haben auch die Menschenrechtsorganisationen eingeladen, sich diese anzusehen. Auch da bestand breiter Konsens, was die Unterbringung dieser Leute angeht. Diese mussten überhaupt nur in ganz geringfügigem Umfang in Gebrauch genommen werden.

Meine Damen und Herren, ich kann nur all denjenigen hohen Respekt zollen, die für die Sicherheit dieses Gipfels, die Si-

(Minister Heribert Rech)

cherheit der Staatsgäste, auch für die Sicherheit der Bevölkerung gesorgt – es sind keine Schaufensterscheiben zu Bruch gegangen – und sich unendlich viel Mühe gegeben haben, mit den Demonstranten und den Organisatoren der Demonstrationen im Vorfeld viele Gespräche zu führen. Dies fand auf einer Ebene der Partnerschaft und nicht auf einer Ebene des martialischen Auftretens statt. Ich sage es noch einmal: Dadurch wurde der Gipfel im Vorfeld gewonnen und nicht erst am 3. und 4. April.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der NATO-Gipfel in Baden-Württemberg, wie wir es uns gewünscht haben, friedlich verlaufen ist, habe ich fast ein wenig damit gerechnet, dass die Aussage kommt, der Polizeieinsatz sei überzogen gewesen.

Das Gegenteil ist aber der Fall. Der Gipfel konnte friedlich bleiben, weil wir mit einer solch guten Strategie und mit einem solch massiven Polizeieinsatz dafür gesorgt haben,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

weil wir von Anfang an – der Minister hat es eben dargelegt –, schon Monate vorher, die klare Ansage gemacht haben: „Ihr habt keine Chance mit Gewalt, mit Randalen.“ Deswegen ist der Gipfel friedlich geblieben, und deswegen war auch der Polizeieinsatz absolut richtig dimensioniert.

Damit Sie sehen, dass das keine Parteimeinung ist, erlauben Sie mir, Herr Präsident, kurz ein Zitat aus den „Badischen Neuesten Nachrichten“:

*Kein Spielraum für Gewalttäter, Deeskalation bei der Protestszene, offensive Information der Bevölkerung – der neue Kurs der deutschen Polizei mit insgesamt 16 000 Beamten zeigt Wirkung. ... Der Südwesten wird zur No-Go-Area für den schwarzen Block.*

Genau das ist es. Es sollte der Konsens aller Demokraten sein – und das ist es, glaube ich, auch –, dass die Versammlungsfreiheit und die Demonstrationsfreiheit hochgeschützte Bürgerrechte, hochgeschützte Rechtsgüter sind, die auch von der Polizei geschützt werden. Jedem, der diese missbraucht, um Randalen zu machen, um Straßen zu blockieren, um Häuser anzuzünden, wie in Straßburg, um Steine zu werfen oder Polizisten zu verprügeln, muss klargemacht werden: Das geht nicht, und das wird bei uns nicht toleriert.

Meine Damen und Herren, es gibt einen sogenannten Vorkämpfer, er heißt, glaube ich, Schädel.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Monty Schädel!)

– Monty Schädel, genau. Er reist von Veranstaltung zu Veranstaltung und organisiert so etwas dann immer.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Berufsdemonstrant!)

– Ein Berufsdemonstrant, Herr Mappus, genau. – Dieser Herr Schädel, meine Damen und Herren, stellt die Tatsachen von

den Füßen auf den Kopf, wenn er die Polizei mitverantwortlich macht und wenn er sagt, man wolle doch nur den schwarzen Block bunter machen. Meine Damen und Herren, wer sagt: „Wir wollen als friedliche Demonstranten den schwarzen Block, die Randalenmacher, bunter machen“, der sagt damit auch, dass er den schwarzen Block in seinen Reihen akzeptiert. Das ist das Bedenkliche. Wer den Verbrechern in Demonstrationen ein menschliches Schutzschild, auch durch friedliche Demonstranten, bietet, macht sich, zumindest moralisch, mitschuldig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich finde es auch – vorsichtig ausgedrückt – bedenklich, wenn ein Grünen-Bundestagsabgeordneter – ich meine Herrn Ströbele –, wie ich der Presse entnehmen konnte, auf der Europabrücke mit dem Fahrrad herumfährt

(Zurufe, u. a. Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das ist echt bedenklich! – Unruhe)

und sich als selbsternannter Vermittler zwischen Polizei und schwarzem Block sieht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Der hat früher schon Sympathie für Terroristen gehabt!)

Wo sind wir denn eigentlich, meine Damen und Herren? Ich finde, es ist unerträglich, von „Vermittlung“ zu sprechen, wenn ein gewählter Vertreter eines demokratischen Rechtsstaats diejenigen, die diesen Staat und die auch ihn und seine Freiheit schützen, auf die gleiche Ebene stellt wie Randalenmacher, wie Verbrecher, wie Brandstifter und Prügler. Das ist unerträglich; das geht so nicht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Meine Damen und Herren, da gibt es nichts zu vermitteln. Da gilt es, Straftaten zu verhindern und die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu wahren. Das sollten sich Herr Ströbele und Gesinnungsgenossen einfach einmal vor Augen halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Der hat früher schon Kontakt zu Terroristen gehabt! Das ist nichts Neues! – Widerspruch bei den Grünen – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen: Baden-Württemberg hat sich mit der Präsentation beim NATO-Gipfel in Baden-Baden und Kehl hervorragend dargestellt. Deutschland hat vor der Weltöffentlichkeit eine hervorragende Visitenkarte abgegeben. Das ist der gesamten Konzeption zu verdanken. Es ist der Polizei zu verdanken sowie – das möchte ich noch einmal sagen – allen anderen beteiligten Behörden und auch den Bürgern. Ich glaube, dass Baden-Württemberg der große Gewinner dieser Veranstaltung war. Deswegen, Herr Minister, haben wir das auch hier im Landtag von Baden-Württemberg heute thematisiert.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Junginger das Wort.

**Abg. Hans Georg Junginger SPD:** Die gerade angeschlagene Tonart wird der Sache eigentlich nicht gerecht. Wir sollten in dieser Runde darüber nachdenken, was besser und anders gemacht werden kann.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich will, nachdem ich in der ersten Runde nur einen Namen genannt hatte, noch weitere Namen nennen. Die gesamtbadische Polizeielite ist über Monate hinweg nach Freiburg abgeordnet worden. Das ist nicht nur Herr Rotzinger, das ist auch Herr Werner, Herr Himmelhan aus Heidelberg, es ist Herr Köber aus Mannheim, und es ist Herr Fingerlin aus Lörrach. Das sind die Leute, die in der Konzeption über sechs Monate Verantwortung getragen haben.

Nun komme ich gleich auf das Problem zu sprechen: Kann man derartige Führungseliten über Monate aus ihren normalen Aufgaben herausnehmen, ohne dass an den Dienststellen, in denen sie eigentlich Verantwortung tragen, Probleme entstehen?

Die sind selbstverständlich teilweise entstanden. Man kann auch nicht zur Seite schieben, dass wir sogar im Februar im Landeshaushalt nur 29 Millionen € eingestellt haben, um Überstunden zu vergüten, um Unterkünfte zu bezahlen, um auch die Fremdkräfte zu verpflegen und unterzubringen, und dass damit natürlich bei Weitem nicht das Ende der Aufwendungen erreicht ist. Wir haben im Innenausschuss vor einigen Wochen einmal nachvollzogen, wie es in Mecklenburg-Vorpommern in Rostock und Heiligendamm beim G-8-Gipfel war. Da waren es über 90 Millionen €. Wenn wir jetzt hier gesagt bekommen haben, alles andere werde hinterher abgerechnet, dann muss schon einmal die Frage besprochen werden, in welchen Dimensionen und in welchem Rahmen denn ein solcher Staatsakt gegebenenfalls aus der Landeskasse zu bezahlen ist.

Herr Innenminister, wir bitten darum, dass Sie, sobald Sie Ihre Verhandlungen geführt haben, auch mitteilen, welchen Erfolg das hatte, ob andere Bundesländer auf ihre Kostenerstattung verzichtet haben und ob auch die Andeutung von Herrn Schäuble, dass man von Bundesseite aus nichts haben wolle, verbindlich geworden ist. Dieser Frage müssen wir uns stellen, weil in zwei Tagen, in denen im Wesentlichen ja die politischen Dinge in Straßburg stattgefunden haben, noch ganz andere Kosten hinzugekommen sind. Die Kosten müssen selbstverständlich in ein vernünftiges Verhältnis zu unserer Finanzsituation und zu dem, was an Aufwand gerechtfertigt ist, gebracht werden.

(Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Einsamer Klatscher!)

Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist die Zusammenarbeit mit den Franzosen. Die ist, wie wir auch in Freiburg wirklich authentisch erfahren konnten, nicht optimal gewesen, weil die Strukturen unterschiedlich sind. Uns ist immer wieder gesagt worden: „Von unserer Seite war alle Bereitschaft, zu einer gemeinsamen Konzeption, auf eine Grundlage zu kommen, vorhanden, es ist aber nicht so ganz einfach, dies mit den französischen

Strukturen so in Übereinstimmung zu bringen, dass man sich als eine Einheit, als eine gemeinsame Konzeptionsträgerschaft darstellt.“ Das muss verbessert werden. Im Fachausschuss muss noch einmal darüber gesprochen werden, auf welche Weise die besonderen französischen Leitungsstrukturen, die mit unseren nicht übereinstimmen, mit diesen so zusammengeführt werden können, dass die Zusammenarbeit besser wird.

Nächster Punkt: Natürlich ist auch die Frage, wie weit die Demonstrationsfreiheit gesichert werden konnte, aufzuwerfen. Da muss in Einzelheiten abgeklärt werden, was angemeldet worden ist, was mit welchen Auflagen eingeschränkt worden ist; denn es ist ja schon vorher mit einer Gefährderteil gearbeitet worden, und es sind auch Grenzkontrollen wieder eingeführt worden. Da sind also Maßnahmen notwendig geworden, die eigentlich etwas der Freizügigkeit, die wir erreicht hatten, entgegenstehen. Wir müssen im Nachhinein darüber nachdenken: Waren das alles Schritte, die unausweichlich notwendig waren, ohne in die Demonstrationsfreiheit und in die Freizügigkeit einzugreifen? Das ist mir wichtig.

Das Letzte, was auch noch bedacht werden muss: Dafür war auf einmal Geld da. In der Einsatzzentrale ist von der Technik her das, was wirklich gut und optimal ist, verfügbar gewesen. Wir haben das dringende Anliegen, dass wir mit den dortigen Leistungsanforderungen unsere Polizei auch in der Fläche in die Lage versetzen, ihre Aufgabe gut zu erledigen. Ich verzichte darauf, hier zu erwähnen, was das für technische Dinge waren. Uns ist dort auf beeindruckende Weise vorgeführt worden, was heute technisch möglich ist.

Der letzte Punkt, der uns auch wichtig ist: Wir hatten in der Akademie der Polizei in Freiburg auch die Gelegenheit, einmal die Baulichkeit zu sehen, in der unsere Führungskräfte ausgebildet werden. Dort wurde die Beanstandung ausgesprochen, die uns schon lange erreicht hat, dass der Bauzustand und die Unterbringungssituation so sind, dass es eigentlich nicht zumutbar ist, das auf Dauer so weiterzuführen. Nachdem jetzt der Blick auch auf diese Einrichtung gerichtet worden ist, bitten wir darum, sich intensiv mit dem Gedanken auseinanderzusetzen, dort Unterrichts- und Ausbildungsbedingungen zu schaffen, die dem normalen Standard gerecht werden. Es wäre auch eine gute Konsequenz aus dem NATO-Gipfel, wenn wir unsere eigenen Hausaufgaben mit einem etwas größeren Einsatz erledigen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen unser Fazit: Es ist gepunktet worden, aber die Bewährung dauert an.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des Ministers Heribert Rech – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Minister auf Bewährung! Schön!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns jetzt die Begründungen auch des Innenministers für diesen massiven und größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes sowie das Sicherheitskonzept angehört.

(Hans-Ulrich Sckerl)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Interesse der Sache, ja!)

Uns hat das im Verhältnis zur Bevölkerung nicht überzeugt. Das hat uns einfach nicht überzeugt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Uns hat es überzeugt!)

Es gibt für diesen Umfang, diesen Aufwand und für diese Kosten keine überzeugende Begründung.

Ich habe in der ersten Runde eine Kernfrage angesprochen. Leider sind Sie darauf gar nicht eingegangen. Wir befinden uns doch mittlerweile in der Situation, dass sich Politik immer mehr von den Menschen entfernt. Ein wesentlicher Bestandteil von Demokratie ist der öffentliche Raum. Wir stellen diesen öffentlichen Raum zwischen Kehl und Baden-Baden mit über 16 000 Polizisten zu, machen kunstgefertigte Begegnungen zwischen handverlesenen Bürgern, die keine „normalen“ Bürger sind,

(Abg. Werner Raab CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

und den Mächtigen in wenigen Minuten

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und nennen das Ganze „Bürgerbegegnung“.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Quatsch! So ein inkompetentes Geschwätz! – Abg. Stefan Mappus CDU: Gefasel!)

– Das hat stattgefunden, Herr Kollege Mappus. In Straßburg hat man sich darüber aufgeregt,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Dummheit!)

dass ausschließlich Parteigänger von Sarkozy zu der kurzen Begegnung mit Obama in der Innenstadt vorgelassen wurden.

(Abg. Werner Raab CDU: Damit haben wir nichts zu tun! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Peinlich!)

In Baden-Baden, sage ich Ihnen – ich weiß es auch –, war es nicht anders.

(Zurufe, u. a. Abg. Claus Schmiedel SPD: Da waren keine Sarkozy-Leute! – Gegenruf des Abg. Hans Georg Junginger SPD: Hoffentlich nicht! – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Was hat das noch mit Demokratie, mit Begegnung im öffentlichen Raum zu tun?

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Da besteht ein Problem.

(Zurufe der Abg. Dr. Klaus Schüle und Helmut Walter Rüeck CDU)

Deswegen sage ich: Solche Gipfel dürfen in dieser Weise in Zukunft nicht stattfinden, wenn die Politik nicht endgültig jegliches Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern verspielen will.

Das ist ein ernsthaftes Problem. Sie sollten sich diesem Problem stellen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Lazarus?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Gern.

(Abg. Stefan Mappus CDU: So viel Blödsinn habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

– Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Mappus.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Ursula Lazarus CDU:** Ich habe die Frage, ob Sie wissen, dass in Baden-Baden an den Straßen entlang, wo sich die Zufahrt zum Rathaus befindet, jeder Bürger – allerdings nach einer Sicherheitskontrolle – hat stehen können, winken können, Hände schütteln können – jeder Bürger, der die Sicherheitskontrolle mitgemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Die haben nur nicht gewinkt! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo haben Sie gewinkt, Herr Sckerl?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Sckerl, wissen Sie das?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Das weiß ich, Frau Kollegin. Aber ich weiß auch, welche gigantischen Sicherheitsvorkehrungen vorher stattgefunden haben.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Stefan Mappus: Sie haben gerade gesagt, dass nur Parteigänger von der CDU zugelassen worden seien!)

– Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nicht von den Parteigängern der CDU geredet.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sondern?)

Aber ich weiß auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht zugelassen wurden,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Mit Recht!)

weil sie offensichtlich die Sicherheitsbedingungen nicht erfüllt haben. Deswegen gab es keine demokratische öffentliche Begegnung,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Stefan Mappus: Ach, das ist undemokratisch?)

sondern eine handverlesene. Dabei bleibe ich.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sicherheitsvorkehrungen sind jetzt undemokratisch, oder was? – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Jetzt reden wir einmal von den Gefährdungen, die im Vorfeld genannt worden sind.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Die Gefahr durch internationalen Terrorismus ist eine ernsthafte Angelegenheit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, immerhin! Jetzt haben wir das doch! – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Erklären Sie mir aber einmal, warum Präsident Obama in Washington inmitten einer Million Menschen Hand in Hand mit seiner Frau auf der Straße zur Amtseinführung geht,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Fragen Sie doch ihn!)

warum er in Prag vor 30 000 Leuten frei reden kann, aber so etwas bei uns nicht möglich sein soll. Das müssen Sie mir bitte einmal erklären.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein dummes Geschwätz!)

Ich glaube, das ist ein typisch deutsches Problem: übertriebener Sicherheitsaufwand, auch im Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Kindischer Quatsch! Niveauloses Geschwätz!)

Das müssen wir ändern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schwarz-grüne Träume auf die Seite legen! – Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Claus, jetzt weißt du, warum!)

Das gilt auch im Verhältnis zu friedlichen Demonstranten. Die Kollegin Splett hat doch mit ihrer Zwischenfrage völlig recht.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Warum konnten denn Hunderte von friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten gar nicht nach Kehl kommen? Von wegen Gewährung der Demonstrationsfreiheit für friedliche Demonstranten! Davon kann keine Rede sein.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ach so?)

Wieso sind denn flächendeckend friedliche Demonstranten auf Videoaufnahmen festgehalten worden? Mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Herr Innenminister, ist das jedenfalls so nicht zu vereinbaren. Das werden wir noch nachbereiten. Von diesen Personen ging zu keinem Zeitpunkt eine konkrete Gefährdung aus. Trotzdem hat die Polizei flächendeckend ihre Videokameras draufgehalten. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Das muss man hier so benennen können. Das muss nachgearbeitet werden.

(Zuruf des Abg. Ernst Behringer CDU)

Die Organisation solcher Gipfelveranstaltungen muss geändert werden.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Sckerl, im Vergleich zu Ihnen ist der Ströbele ein Rechter!)

Das merkt man auch letztendlich bei den Kosten. Wir werden, Herr Kollege Mappus, wahrscheinlich bei Kosten von deutlich über 50 Millionen € landen. Dazu hat der Innenminister jetzt nichts gesagt. Für 1,5 Tage Kosten von über 50 Millionen €: Das ist mehr, als Deutschland im Jahr für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan leistet. Der Wiederaufbau in Afghanistan war auch ein Thema dieses Gipfels. Ich finde, dass da alle Dimensionen verrutscht sind.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was hat das jetzt damit zu tun?)

Deswegen ist dieser Gipfel in diesen Punkten nach wie vor kritikwürdig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Abg. Kluck das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt reden Sie einmal zur Sache, Herr Kluck!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sckerl hat sich in der ersten Runde ja wirklich um ein staatsmännisches Auftreten bemüht, aber er hält das halt nicht länger als fünf Minuten durch. Jetzt haben wir in seinem zweiten Auftritt gemerkt, wie er wirklich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! So ist es! Der wahre Kluck!)

Wie hätte man das denn machen sollen? Wenn wir diese 16 000 Polizeibeamten dort nicht gehabt hätten, dann hätte es entsprechende Vorfälle gegeben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Die wollte er ja!)

Dann hätte man sich hier hingestellt und hätte gesagt: Was sind das für Trottel, die das nicht einmal richtig beurteilen können!

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau!)

Jetzt sagt man: „Weshalb haben wir die 16 000 Polizisten gebraucht? Es ist doch gar nichts passiert.“ Was soll denn das? Das alles führt uns nicht weiter.

Über die Kosten waren wir uns von Anfang an im Klaren. Wenn Herr Obama in Baden-Baden vor einer großen Volksversammlung hätte sprechen wollen, hätte man auch dies ermöglicht. Aber ich gehe einmal davon aus, dass Herr Obama dazu gar keine Zeit und auch gar kein Interesse daran hatte. Der Innenminister hat doch mehrfach betont, dass der Polizeieinsatz im engen Einklang mit den Sicherheitsbehörden der betreffenden Länder geschehen ist.

(Hagen Kluck)

Ich weiß ja nicht, was Herr Sarkozy für Anhänger hat, wenn man diese in Straßburg handverliert. Wie man das macht, weiß ich nicht. Ich traue der französischen Polizei ja vieles zu, aber dass ihr das gelingt bei dieser impulsiven, wunderbaren Demonstrationstheaterfreude, die unsere französischen Nachbarn haben, wo dann auch McDonald's in Flammen aufgeht, glaube ich nicht. Ich weiß gar nicht, wie das gemacht wurde. Offenbar war das ja auch nicht so gut, dass da nichts passiert wäre.

Herr Kollege Sckerl hat kritisiert, es gebe keine Begegnung der Bürger mit Politikern mehr. Wie wollen Sie das denn machen?

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das heißt, die Kritik ist berechtigt!)

Man konnte dort stehen. Wenn die Politiker gewollt haben, konnten sie auf die Menschen zugehen, was sie auch teilweise gemacht haben. Jetzt soll mir irgendjemand einen nennen, der dort in Gewahrsam genommen oder festgenommen wurde, ohne dass ein Grund dafür vorlag. Nennen Sie mir eine solche Person. Dann bin ich gern bereit, darüber noch einmal zu sprechen. Aber dies ist offenbar nicht der Fall.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das wäre ja noch schöner!)

Ich will nur noch sagen, und damit möge sich der Herr Minister trösten: Es recht zu machen jedermann ist eine Kunst, die niemand kann, nicht einmal ein Innenminister namens Rech.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält der Herr Innenminister das Wort.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Kluck, es ist mir schon bewusst, dass man es nie allen und jedem recht machen kann, aber ich versuche mich trotzdem nach besten Kräften zu bewähren,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das reicht!)

auch in dieser Frage.

Herr Kollege Junginger, es gibt Leute, die nie eine Bewährungschance erhalten. Deswegen können Sie so daherreden.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aber jetzt zu den konkreten Fragen zum Schluss noch zwei, drei Anmerkungen.

Die Videoüberwachung ist ein Steckenpferd von Ihnen, Herr Sckerl.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auch!)

Wie Sie wissen, sind wir beim Status quo wie vor vielen Monaten: sechs bis acht Kameras im ganzen Land von der Polizei installiert und betrieben. Deswegen reden Sie dauernd, jetzt auch wieder, von „flächendeckend“. Ich sage einmal, was mit den Kameras geschehen ist. Sie sind doch der Sicherheits-

experte Ihrer Fraktion. Können Sie sich nicht vorstellen, wofür die Kameras eingesetzt sind? Da geht es um die Sicherung von gefährdeten Objekten, um die Raumsicherung, nicht um das Filmen einzelner Personen. Es geht darum, dass die Polizei frühzeitig Störungen erkennen muss.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wer glaubt denn so etwas?)

– Frau Kollegin, jetzt können Sie sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Wir glauben unserer Polizei gar nichts. Die sind so skrupellos, dass sie sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen, das sie eigentlich sichern sollten und gewährleisten müssten.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das sagt doch niemand!)

Es geht um die Raumüberwachung und um die Objektüberwachung. Das ist halt notwendig. Es geht im Übrigen bei solch einer großen Fläche und bei solchen Verkehrsverhältnissen, wie wir sie in Baden-Baden haben, auch darum, die Verkehrsflüsse zu gewährleisten. Das können Sie halt nur mit einer breiten und gezielten Kameraüberwachung. Darum geht es, um nichts anders. Es geht grundsätzlich um einen Übersichtsmodus, um Störungen rechtzeitig zu erkennen.

Jetzt zu den Kosten. Dazu will ich Ihnen einen Vorschlag machen.

Darüber waren wir uns doch in der Diskussion in einer der letzten Plenardebatten eigentlich einig. Wir haben im Haushalt insgesamt 21,5 Millionen € für die Polizei eingestellt, insgesamt 7,54 Millionen € für den Bevölkerungsschutz. Jetzt werden noch die Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund und die anderen Länder abzurechnen sein. Für außerplanmäßige Ausgaben durch das Finanzministerium werden wir rechtzeitig die Zustimmung des Finanzausschusses einholen. Wir haben dafür im Staatshaushaltsgesetz 2009 eine Ermächtigung.

Jetzt sage ich Ihnen, wie ich mir vorstelle, dass wir die Abläufe gestalten. Wir werden die anderen Länder auffordern, auf Kostenersatz zu verzichten. Ich will gleich dazusagen, dass das Verfahren geregelt ist. Wir können sie nicht zwingen, auf Kostenersatz zu verzichten. Dies machen wir im umgekehrten Fall, wenn wir Einsätze in anderen Bundesländern haben, auch nicht. Im Übrigen sieht das Grundgesetz dafür eine klare Regelung vor. Wir sind darauf angewiesen, noch etwas auf dem Verhandlungsweg zu erreichen.

Wir werden die anderen Länder auffordern, bis zum 1. Juni 2009 ihre Kostenerstattungsnachweise beizubringen. Dann soll der Finanzausschuss über die Höhe der Erstattungen informiert werden. Wir beantragen dann beim Finanzausschuss die Zustimmung, sodass er sich – so meine Vorstellung – in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, am 16. Juli, damit befassen kann.

Hinsichtlich der Unterstützung des Bundes gehe ich weiterhin davon aus, dass der Bund seine Kosten selbst trägt. Hierbei gehe ich für die Leistungen, die vom Land angefordert waren, grob geschätzt von 1 Million € für das THW und von etwa 0,5 Millionen € bei der Bundeswehr aus. Über diese Sum-

(Minister Heribert Rech)

men reden wir. Im Übrigen ist das Ganze auch kostenmäßig deswegen nicht aus dem Ruder gelaufen, weil die Polizei die Lage jederzeit im Griff hatte. Sonst hätte dies im Endergebnis auch anders aussehen können, wie der G-8-Gipfel in Heiligendamm gezeigt hat.

Meine Damen und Herren, geben Sie mir noch zwei Minuten, um abschließend allen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen von der Polizei, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Polizei dieses Landes meinen aufrichtigen Dank zu sagen. Sie haben eine professionelle Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich habe jederzeit, an jedem Tag, bei jedem Gespräch gespürt, dass sie nicht nur ihren Job machen, ihre Arbeit gut machen wollen, sondern dass sie bis in die Haarspitzen hoch motiviert waren, um hier zu zeigen, was wir, was die Polizei dieses Landes und die Rettungsdienste draufhaben. Das zu sehen war für mich eine hoch spannende Angelegenheit. Dies wird die Polizei auch in vielen Dingen noch weiterbringen.

Auch die Zusammenarbeit mit den französischen Partnern will ich ausdrücklich würdigen. Da gab es im Sicherheitsbereich eine unbürokratische Zusammenarbeit, aber auch aus den Kommunen heraus.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da gab es aber auch Mängel! Da sollte man nicht alles beschönigen!)

– Ja, auch darüber reden wir. Aber ich rede nicht vor einem deutschen Länderparlament über Mängel, die es auf französischer Seite gegeben hat. Dafür bitte ich um Verständnis. Das wollen wir intern einmal klären.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Deswegen muss man es auch nicht beschönigen!)

Zum Schluss will ich auch den Städten Baden-Baden und Kehl – an ihrer Spitze die Herren Oberbürgermeister Gerstner und Dr. Petry – und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Städte danken. Da ist unglaublich viel in den Rathäusern, den Landratsämtern, den Regierungspräsidien gelaufen und geleistet worden.

Es hat sich als gut und richtig erwiesen, dass wir beispielsweise das Regierungspräsidium Karlsruhe bestimmt haben, für das Versammlungsrecht federführend zu sein. Sonst hätten wir es mit 28 verschiedenen Ämtern zu tun gehabt. Dort waren Stäbe eingesetzt, die zum Teil rund um die Uhr gearbeitet haben.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, danke ich – ich denke, in Ihrer aller Namen – allen Bürgerinnen und Bürgern, die während dieses Einsatzgeschehens notgedrungen auch Beeinträchtigungen hinnehmen mussten und diese im Interesse des Ganzen hingenommen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Konjunkturprogramme in europäischen Mitgliedsstaaten – Drucksache 14/3705 (geänderte Fassung)**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die FDP/DVP-Fraktion darf ich Herrn Abg. Theurer das Wort erteilen.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat mit ihrem Antrag den Blick in die europäischen Nachbarstaaten geweitet. Die Krise, ausgelöst durch die Bankenkrise im vergangenen Herbst, hat nun realwirtschaftlich zu einem Abschwung geführt, der auch an den Firmen und Unternehmen in Baden-Württemberg nicht spurlos vorbeigegangen ist. Wir spüren, dass das, was in den vergangenen Jahren die Grundlage unseres Wohlstands und unseres Wirtschaftswachstums war, nämlich die starke Verflechtung der baden-württembergischen Industrie und des Handwerks in die Weltmärkte, jetzt auch die Grundlage der Probleme ist, weil der Export, weil der Welthandel stark zurückgegangen ist.

Als wir den Antrag gestellt haben, war noch nicht klar, wie die Konjunkturprogramme der Bundesrepublik und der Länder im Vergleich zu jenen der europäischen Mitgliedsstaaten zu beurteilen sind. Mittlerweile stellen wir fest, dass in Europa massiv gegengesteuert wird. Mittlerweile können wir auch festhalten, dass Länder und Bund gemeinsam, auch im internationalen Vergleich, was die Summen angeht, sehr gut dastehen, dass sehr viele öffentliche Mittel mobilisiert werden, um die Konjunktur zu stützen und zu stabilisieren, und das ist auch gut so.

Wenn man, so wie ich es am Montag auf der Hannover Messe getan habe, mit den Firmen spricht und engen Kontakt zu ihnen sucht, so stellt man fest, dass die Konjunkturabkühlung zwar deutlich spürbar ist; bewundernswürdig allerdings sind der Durchhaltewille und die Kampfbereitschaft der Menschen, die sagen, sie gäben nicht auf, sondern sie wollten mit neuen Produkten, mit Innovationen dazu beitragen, dass das Konjunkturrad wieder anspringt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das hat mich beeindruckt.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sorgen Sie einmal für Ordnung, Herr Präsident!)

Wenn man sich die Ursachen der Krise klarmacht – diese Diskussion kommt mittlerweile auch bei uns an –, dann muss man feststellen: Die Krise der Banken und der Finanzmärkte ist nicht von den kleinen und mittleren Unternehmen ausgelöst worden. Wenn man genauer hinschaut, zeigt sich, dass die Krise vielmehr – das wird man einmal sagen dürfen und müssen – von Großkonzernen, von Großbanken und ihren Helfershelfern in der Politik ausgelöst worden ist.

(Michael Theurer)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Von der Ideologie der FDP! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ein Quatsch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Vom Marktradikalismus der FDP ist sie ausgelöst worden! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ein ordentliches Maß an Staatsversagen ist auch dabei. Die Bankenaufsicht hat kleine Volksbanken und Sparkassen bis zum Ende durchreguliert, hat aber bei den großen Investmentfonds weggeschaut. Insoweit hat auch die Bundesregierung versagt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wer hat denn dort Verantwortung getragen, Herr Kollege Schmiedel? Wer war denn Chef von Lehman Brothers Deutschland? War das nicht der frühere Kanzleramtsminister Hans Martin Bury von der SPD? Wer war denn Chef der Investmentbank Merrill Lynch Deutschland? War das nicht unser früherer Ministerpräsident Lothar Späth?

An dieser Stelle möchte ich kritisch anmerken: In den vergangenen fünf Jahren, von 2005 bis heute, wurde der Aufschwung durch 19 Steuererhöhungen abgeschöpft und ist nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Aber der Abschwung ist jetzt in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Zeche zahlen doch wieder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der kleine gewerbliche Mittelstand, der dringend eine Entlastung brauchte. Steuerentlastungen wären zwischen 2005 und heute möglich gewesen, und Steuerentlastungen, insbesondere bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer, sind weiterhin notwendig und möglich, meine Damen und Herren. Wer 50 Milliarden € in ein Konjunkturpaket stecken kann, der kann keinem Bürger erklären, dass er kein Geld für Steuersenkungen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb sind wir froh, dass in der Frage der Mehrwertsteuer jetzt Bewegung festzustellen ist. Die FDP hat seit vielen Jahren und immer wieder dafür plädiert, arbeitsintensive Branchen zu entlasten und nicht zu belasten und dabei auch die europäische Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. In unseren Nachbarländern werden insbesondere in Hotellerie und Gastronomie deutlich geringere Mehrwertsteuersätze verlangt als bei uns. Daher ist es ein Skandal, dass in der Bundesrepublik Deutschland nicht schon früher eine Bewegung in diese Richtung vorhanden war und man nicht versucht hat, gleiche und faire Wettbewerbschancen zu schaffen.

Jetzt höre ich, dass unser Ministerpräsident diese langjährige Forderung der FDP aufgenommen hat. Ich höre, dass es noch Widerstände im Finanzministerium gibt,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das kriegt er hin!)

aber ich bin zuversichtlich, dass wir diese auch überwinden. Ich plädiere an dieser Stelle dafür, dass wir uns im Landtag zusammenraufen, um einen fraktionsübergreifenden Konsens zu schaffen, damit wir bundesweit für eine Entlastung der klei-

nen und mittleren Betriebe in Hotellerie und Gastronomie, aber auch im Handwerk trommeln und hierfür einen abgesenkten Mehrwertsteuersatz zulassen, so wie ihn bereits 22 von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union umgesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

So viel von mir in der ersten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Netzhammer das Wort.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das heißt „Herr Präsident“, nicht „Herr Vizepräsident“!)

Der österreichische Wirtschaftsminister Mitterlehner hat dieser Tage gesagt, Österreich habe in seinem Konjunkturprogramm eine Abwrackprämie für Autos beschlossen – aus Solidarität zu Deutschland –, da auch in Österreich viele Unternehmen Zulieferunternehmen für die deutsche Autoindustrie seien. Ich denke, das ist eine erstaunliche Bemerkung. Auch wenn die Abwrackprämie jetzt nicht allen deutschen Automobilherstellern hilft, so zeigt sie doch, dass sich die EU-Länder, was die Krise angeht, als in einem Boot sitzend fühlen.

Die Übersicht über die europäischen Konjunkturprogramme in der Stellungnahme zu dem der Debatte zugrunde liegenden Antrag ist interessant, und zwar auch deshalb, weil zehn von 27 Mitgliedsstaaten überhaupt keine Konjunkturprogramme beschlossen haben. Hier kann man natürlich fragen, warum das so ist. Es ist so, weil sich Länder wie Lettland und Ungarn ein solches Programm überhaupt nicht leisten können. Dies zeigt, wie wichtig es ist, in guten Zeiten die Staatsverschuldung abzubauen, damit man in schlechten Zeiten auch antizyklisch reagieren kann.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

– Da stimmt mir Kollege Theurer sicher zu.

Deshalb war es nicht nur gut, sondern sogar dringend erforderlich, dass Bund, Land und Kommunen in den letzten guten Jahren einen Kurs der Haushaltskonsolidierung gefahren haben

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vor allem wir!)

und unser Land sogar die Nullnettoneuverschuldung erreicht hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nur dadurch sind wir in der Lage, die gewaltigen Konjunkturprogramme zu schultern. Es macht aber keinen Sinn, jetzt nach einem dritten Konjunkturprogramm zu rufen, wie es ja bereits geschieht,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Veronika Netzhammer)

wenn die ersten beiden Konjunkturprogramme überhaupt noch nicht voll wirken.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Auch EU-Kommissar Günter Verheugen hat sich dieser Tage ja dahin gehend geäußert.

Bis heute ist de facto noch sehr wenig Geld aus dem Konjunkturprogramm bei den Unternehmen angekommen – das gilt zumindest für den Teil des Konjunkturprogramms, der die Kommunen betrifft –, weil auch Beschlüsse der kommunalen Gremien eingeholt werden mussten. Dies ist vor Ostern passiert, und die Beschlüsse werden jetzt umgesetzt.

Nun zur Bewertung. Dass Deutschland und Baden-Württemberg mit den Konjunkturprogrammen auf dem richtigen Weg sind, haben Finanzexperten der Europäischen Kommission erst kürzlich in einer Studie belegt: Kein anderes großes EU-Land wende mehr für die Stabilisierung der Konjunktur auf. Es wird auch bescheinigt, dass man in den Maßnahmen ein hohes Potenzial sehe, die Nachfrage zu stimulieren. Dies wird auch vom Chef des DIW, Klaus Zimmermann, unterstützt, der ja bereits zum Jahreswechsel ein Ende der Rezession und für Anfang 2010 sogar eine leichte Belebung sieht. Diese Einschätzung teilt auch der Maschinenbauverband, der Gott sei Dank aus Ländern wie China, Indien und Brasilien sogar deutliche Hinweise auf eine Zunahme von Bestellungen sieht.

Aber eines muss uns allen klar sein: Mit den Konjunkturprogrammen allein können wir das derzeitige Problem nicht lösen. So sagt auch der Chef des Internationalen Währungsfonds, dass die Konjunkturprogramme nur ein Nebenkriegsschauplatz seien – und weitere Steuersenkungen auch. Die Industrieländer sollten sich endlich um die „toxischen“ Wertpapiere kümmern. Deshalb müssen wir uns – auch wenn uns dies nicht gefällt, auch wenn wir es uns anders gewünscht hätten – konstruktiv mit dem Instrument der Bad Bank auseinandersetzen. Dieses Problem kann nicht durch Konjunkturprogramme gelöst werden. Allein in den deutschen Banken befinden sich „faule“ Wertpapiere im Umfang von 853 Milliarden €. Das Vertrauen der Banken ist noch nicht wiederhergestellt. Das Geld der Banken muss endlich in die Unternehmen fließen. Dann bekommen wir wieder normale Verhältnisse.

Aus diesem Grund ist es nur richtig, dass die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel das Problem jetzt durch Auslagerung der „giftigen“ Wertpapiere in Zweckgesellschaften angeht, um die Banken wieder zu ihrem „Brot- und Buttergeschäft“ zurückkehren zu lassen.

Klar dabei ist aber auch, dass wir eine Lösung brauchen, die die öffentliche Hand, die Steuerzahler so wenig wie möglich belastet. Modelle gibt es hier. Aber auch in diesem Zusammenhang gilt: Wenn die Flut steigt, muss man die Dämme höher bauen.

Zusammenfassend können wir sagen, dass Deutschland, dass Baden-Württemberg im EU-Vergleich im Hinblick auf die Unterstützung der Konjunktur vorbildlich handeln. Über den Berg werden wir aber erst sein, wenn das Problem der „vergifteten“ Wertpapiere in den Bankbilanzen im Sinne einer schadstofffreien Entsorgung positiv gelöst ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Weltwirtschaftskrise ist eine weltweite Krise. Ihre Bekämpfung muss international abgestimmt sein. Eine Beschränkung der Sicht auf Europa, wie es der FDP/DVP-Antrag vorsieht, ist zu eng. Die Rollen der USA und auch Chinas liegen klar vor Augen.

Deshalb war die wesentliche Abstimmungsbühne die G-20-Konferenz. Dabei ging es vor allem um internationale Regeln, die es bisher nicht gab, um die Kontrolle bestimmter Finanzprodukte, um das Austrocknen von Steueroasen und Geldwäsche, um die Stärkung des Internationalen Währungsfonds und vor allem um das Offenhalten der Märkte, um das Vermeiden von Protektionismus als Lehre aus der großen Depression der Dreißigerjahre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Alles andere – vor allem Konjunkturprogramme – unterliegt zwar einer gewissen Wettbewerbskontrolle der EU, ist aber elementare Sache der Staaten. Diese Programme werden je nach Größe, Branchenstruktur, Exportabhängigkeit, Staatsschulden und nach dem Verfassungsaufbau der Staaten verschieden aussehen.

Wir haben in Deutschland gottlob einen Manager in dieser Krise, nämlich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück,

(Beifall bei der SPD – Abg. Stephan Braun SPD: Guter Mann! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr guter Mann! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Unruhe)

der klar und umsichtig handelt, der es vermeidet, hektisch Dinge übers Knie zu brechen, und der trotzdem entschlossen handelt.

(Zuruf von der CDU)

Kommissionspräsident Barroso hat sich gottlob nicht mit seinem Plan für ein EU-weites Konjunkturprogramm von 200 Milliarden € durchsetzen können. Ein Programm, gemalt mit grobem Pinsel aus Brüssel, wäre für die einzelnen Länder untauglich. Auch der Quervergleich der nationalen Programme, wie im FDP/DVP-Antrag gewünscht, hat wenig Aussagekraft. Der FDP/DVP-Antrag schmeckt daher etwas komisch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie brauchen ihn ja nicht zu essen! – Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: Der war ja auch nicht zum Essen gedacht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der riecht schon übel!)

Man hat den Eindruck: Jemand möchte Europaabgeordneter werden und im Landtag von Baden-Württemberg schon einmal ein wenig üben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen vor unserer Tür kehren. Beurteilungsmaßstab ist, wie schlüssig und wirksam wir handeln. Wir sind hier in Deutschland. Der deutsche Staat ist aber föderal aufgebaut. Noch „hier“ ist Baden-Württemberg.

(Dr. Rainer Prewo)

Baden-Württemberg ist das Exportland Nummer 1. Wir sind daher am stärksten betroffen. Hier stürzen die Aufträge ab, hier gibt es Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme, und hier grassiert die Kurzarbeit. Was machen wir?

Am 4. Dezember 2008 forderte die SPD ein eigenes Programm des Landes zur Stützung insbesondere mittelständischer Unternehmen, die wirtschaftlich an sich gesund sind und technologisch gut dastehen, aber durch die Wirkungen der Krise in Not gekommen sind. Und die Regierung? Der Finanzminister besprach am gleichen Tag seinen Haushalt im Plenum. Von aktivem Handeln in der Krise war dabei nicht die Rede. Das kann man im Protokoll nachlesen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja, wo ist er denn? – Abg. Stephan Braun SPD: Er ist noch nicht einmal hier!)

Erst zwei Wochen später, am 16. Dezember 2008, hat der Ministerpräsident ein Landeskonzunkturprogramm vorgeschlagen. Das Volumen war ähnlich hoch wie das von der SPD vorgeschlagene Volumen. Das Programm umfasste aber nicht die Teile, mit denen die SPD die Kaufkraft der Familien und der einfachen Leute stärken will.

Dann schlug die SPD einen Baden-Württemberg-Fonds vor, finanziert aus öffentlichen und privaten Mitteln, um Firmen in Not Eigenkapital zu verschaffen. Von der Regierung gibt es dazu bis jetzt keine klare Position.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ei, ei, ei!)

Oettinger meinte aber sibyllinisch, man würde vielleicht beim Daimler einsteigen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen kommt vor allem von der FDP die Dauerleier von Steuersenkungen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Will nicht auch die SPD jetzt Steuern senken? Habe ich da etwas falsch verstanden? – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Da schultert der Staat gewaltige Stützlasten wegen desaströser Entscheidungen der Finanzhäuser, die nach den Worten des früheren Chefs der Fed, Paul Volcker, den Markttest einfach nicht bestanden haben. Die Zeche sollen die Leute bezahlen, die in Kurzarbeit geschickt werden, und die künftigen Generationen, die die Schulden erben. Und die heutigen reichen, starken Schultern sollen nach Auffassung der FDP entlastet werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Quatsch! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

So wird es natürlich nicht kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unsinn wird nicht richtiger, wenn man ihn wiederholt!)

– Herr Kollege Noll, ein zutiefst neoliberaler Ökonom – viel neoliberaler als Sie –,

(Abg. Stephan Braun SPD: Noch! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

nämlich der Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft und der Chefökonom der „Neuen Zürcher“, hat dazu gesagt – ich zitiere –:

*Dass die Bevölkerung bereit sein kann, unter dem Titel der Systemstabilisierung Hunderte von Milliarden in die Finanzbranche zu buttern, selbst aber als Folge der durch die Finanzkrise verschärften Rezession den Arbeitsplatz zu verlieren und nirgends die helfende Hand des Staates zu sehen, das wage ich zu bezweifeln.*

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, ich auch! Was macht denn die Bundesregierung? – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich auch, Herr Kollege!)

Was könnten wir tun? Ethylenpipeline: keine klaren Rahmenbedingungen für die Investoren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh!)

Keine entschlossene Politik für erneuerbare Energien – denken wir an die Windkraft –, obwohl es riesige Märkte dafür gibt. Der Markt wird jetzt ganz neu geschaffen und verteilt. Wir setzen – nicht wir, sondern Sie, also wir im Land –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer jetzt?)

auf weiterlaufende Atommeiler, die die erneuerbaren Energien verdrängen, und vergeigen damit unsere Chancen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Prewo, kommen Sie bitte zum Ende.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja, das ist besser so!)

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Wie wäre es, wenn Baden-Württemberg wieder zum modernsten und stärksten Wirtschaftsstandort würde? Wir schauen, was die Aufgaben des Landes sind, machen ein Programm für die nächsten 15 Jahre und setzen eine klare Priorität auf erneuerbare Energien, gute Landesstraßen, Ortsumgehungen, modernen Nahverkehr und Schienen, ein Wohnungsbauprogramm für junge Familien, Hochschulen, Kinderbetreuung und gute Bildung. Das wäre das beste Wirtschaftsprogramm, das man machen kann. Es würde langfristig wirken. Es würde Fachkräfte zu uns bringen. Es würde Unternehmen zu Investitionen veranlassen, und es würde durch die Aufbruchstimmung kurzfristig wirken. Wir haben eine starke Wirtschaft, aber eine schwache Regierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stephan Braun SPD: So ist es! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Fahren Sie wie Herr Theurer nach Hannover! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war aber eine „starke“ Rede! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das hat Frau Gurr-Hirsch ironisch gemeint!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bewerbungsrede des Herrn Abg. Theurer für das Europaparlament in allen Ehren, aber leider müssen wir doch feststellen, dass der Antrag, den die FDP/DVP hier

(Edith Sitzmann)

als vorgezogene Initiative behandeln lässt, uns nicht wirklich weiterbringt, was die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise betrifft.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das zeigt, dass Sie das nicht verstehen, Frau Kollegin! – Abg. Stephan Braun SPD: Haben Sie das von der FDP/DVP erwartet, Frau Kollegin?)

Es war natürlich klar, dass es nicht lange dauern wird, bis die FDP/DVP hier in dieser Debatte zu ihrem Allheilmittel kommt, nämlich zum Thema Steuersenkungen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Lesen Sie doch einmal, was die anderen machen! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Da sind wir nicht die Einzigen! – Weitere Zurufe von der FDP/DVP)

Sie haben sich ganz platt, wie gewohnt, Herr Kollege Theurer, hier hingestellt und einfach Steuersenkungen gefordert in der Annahme, dann würde sowieso alles besser werden.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Und wann kommen Sie endlich zum Klimaschutz, Frau Kollegin?)

Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen Sie uns erst einmal vorrechnen, wie Sie das finanzieren wollen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der Ministerpräsident hat es bei der Mehrwertsteuer vorgerechnet!)

Denn sich einfach hier hinzustellen und zu sagen, wenn man hier 50 Milliarden € auf Pump ausgabe, könne man auch noch mehr auf Pump ausgeben,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein!)

ist ja wohl eine völlig fatale Aussage.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein! Einen größeren Teil! So ein Quatsch! Einen größeren Teil von diesen 50 Milliarden €!)

– Ich glaube, ich habe gerade das Wort. Wenn Ruhe einkehrt, dann mache ich auch gern weiter. Ich kann Sie hier aber nicht von weiterer Kritik verschonen.

Sie wollen Steuerentlastungen, die Sie nicht bezahlen können. Sie, Herr Kollege Theurer, haben hier gerade auch wieder

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber 50 Milliarden € haben wir!)

für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz plädiert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jawohl!)

Ich kann Ihnen sagen, dass das für uns Grüne der völlig falsche Weg ist.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Steuererhöhung!)

Sie haben ja mittlerweile Unterstützung gefunden, denn die CDU hat auf ihrem Parteitag Ende März beschlossen, dass sie

reduzierte Mehrwertsteuersätze in der Pflege, bei Handwerkerleistungen, bei Gaststätten und auf Kleinkindartikel prüfen will.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Na, wunderbar!)

Am Montag konnten wir vom Ministerpräsidenten hören, dass er in einem Bierzelt auf dem Stuttgarter Frühlingsfest vor 4 000 Wirten den ersten Schritt getan hat. Er hat tatsächlich versprochen, sich für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie einzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit hat der Ministerpräsident deutlich gemacht, dass er nach dem Leitspruch handelt: Was interessiert mich eigentlich mein Geschwätz von gestern?

(Beifall bei den Grünen)

Denn noch bis vor wenigen Tagen hat derselbe Ministerpräsident immer darauf bestanden, dass es Steuersenkungen auf Pump nicht geben kann. Seit dem Auftritt in dem Bierzelt gilt das leider nicht mehr. Wie das mit der Forderung nach einer Schuldenbremse und nach konsolidierten Haushalten, nach wichtigen Investitionen in Zukunft und Bildung zusammengehen soll, das bleibt rätselhaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wie die Einnahmeausfälle in diesem konkreten Fall kompensiert werden sollen, das bleibt auch rätselhaft. Laut Aussage des Finanzministers kostet eine reduzierte Mehrwertsteuer das Land Baden-Württemberg immerhin 170 Millionen € und die Kommunen in Baden-Württemberg 60 Millionen €. Warum der Ministerpräsident diese Summe – allein für Hotellerie und Gaststätten – überschaubar findet, bleibt auch ein Rätsel.

Die FDP geht weiter und sagt: Auch die Handwerker müssen entlastet werden. Eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für das Handwerk würde das Land 690 Millionen € und die Kommunen 250 Millionen € kosten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Alles Peanuts! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist eine Milchmädchenrechnung, Frau Kollegin, weil Sie die Gegenrechnung vergessen!)

– Die „Milchmädchenrechnung“ geht noch weiter,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist bei Ihnen eine Milchmädchenrechnung!)

wenn Sie sich dazu, Frau Kollegin Berroth, die Ausgaben unseres baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums für das Jahr 2009 ansehen. Die betragen ganze 640 Millionen €.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat doch nun wirklich nichts miteinander zu tun!)

Dann haben Sie leider nicht nur kein Geld im Wirtschaftsministerium mehr, sondern sogar noch ein Defizit – von den Belastungen für die Kommunen ganz zu schweigen.

(Edith Sitzmann)

Insofern ist für uns Grüne klar, Herr Kollege Theurer: Ein Projekt „7 % auf alles“ ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur bei Wahlen!)

– Ja, das Problem mit den Wahlen ist Folgendes:

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Steuererhöhungspartei!)

Eigentlich sollten wir die Weichen in Richtung Zukunft stellen. Allerdings ist es schwer möglich, wenn für Sie hier im Haus die Zukunft am 27. September endet und nicht daran gedacht wird, wie es danach weitergehen soll.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Für uns geht es weiter!)

Eine reduzierte Mehrwertsteuer für einzelne Branchen, Steuerensenkungen auf Pump, keine Investitionen mehr in die Zukunft, um in einen Weg aus dieser Krise zu investieren – all das ist mit den Grünen nicht zu machen. Ich hoffe, dass es auch mit anderen nicht zu machen sein wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wer sind die anderen?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister das Wort.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für gut, dass die FDP/DVP-Fraktion das Thema Europa in den Vordergrund gestellt hat.

(Zuruf: Das war doch abgesprochen!)

Denn klar ist: Wir haben ein globales Wirtschaftsproblem. Aber klar ist natürlich auch: Alle europäischen Staaten sind gemeinsam in diese Krise hineingeschlittert, und es spricht vieles dafür, dass sie auch nur gemeinsam aus dieser Krise herauskommen können.

Deshalb ist es vernünftig, wenigstens im Ansatz den Versuch zu unternehmen, einmal zu untersuchen, ob die europäische Politik – Konjunkturpolitik, Fiskalpolitik – in der Lage ist, abgestimmt einen Beitrag dazu zu leisten, um Europa insgesamt aus dieser Situation herauszubringen.

Immerhin haben die Staaten der Europäischen Union im vergangenen Jahr Konjunkturprogramme in der Größenordnung von 3 Billionen € auf den Weg gebracht. Das ist nicht nichts, und das kann schon einen Beitrag dazu leisten und kann eine Voraussetzung dafür schaffen, dass in einem der für Baden-Württemberg wichtigsten Bereiche günstiger Boden bereitet wird, nämlich der Exportwirtschaft. Immer, wenn es konjunkturell aufwärts geht, ist Baden-Württemberg in der Entwicklung weit vorn dabei. Wenn es jedoch abwärts geht, ist Baden-Württemberg allerdings auch immer weit vorn mit dabei.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist ein logischer Zusammenhang!)

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Baden-Württemberg ist immer spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Deshalb ist übrigens ein Gedanke aufgetaucht, der beispielsweise beim großen europäischen Handwerker Gipfel, der vor zwei Jahren hier in Stuttgart stattfand,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

eine große Rolle gespielt hat – Stichwort Small Business Act als europäisches Programm –, nämlich der Gedanke, an der Stellschraube Mehrwertsteuer noch einmal zu drehen, und zwar diesmal in Richtung Senkung. Hintergrund ist, dass wir damit natürlich auch erreichen können, ein Stück weit von dieser enormen Exportabhängigkeit, die wir haben, herunterzukommen und gewissermaßen ein zweites Standbein zu entwickeln, eine Alternative zur Industrie, zur Exportwirtschaft, und zwar in den Bereichen, die besonders arbeitsintensiv sind, die besonders lohnintensiv sind, aber natürlich auch in den Bereichen, in denen Arbeitsplätze vorhanden sind, die nicht ins Ausland exportiert werden können, die hier im Inland, in Baden-Württemberg verbleiben können. Ich nenne als Beispiele Tourismus und Handwerk; das sind typische Beispiele hierfür.

Ich plädiere sehr dafür, meine Damen und Herren, durch eine Absenkung der Mehrwertsteuer einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, dass diese wichtigen lohnintensiven Arbeitsplätze in Zukunft gehalten werden können und dass in diesem Bereich, in Handwerk, Mittelstand und Tourismus, ein zweites wichtiges Standbein in Baden-Württemberg entwickelt wird, auch um diese Abhängigkeit vom Export in Zukunft ein Stück weit abzumildern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE meldet sich.)

Jetzt kommt die Frage nach der Finanzierung. Ich sehe es meiner Kollegin Frau Sitzmann an, dass sie etwas zur Finanzierung fragen will. Ich werde Ihnen, Frau Sitzmann, die Frage gleich beantworten. Ich kenne Sie inzwischen so gut, dass ich weiß, was Sie fragen wollen.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Lassen Sie die Frage trotzdem zu?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ich lasse diese Frage trotzdem zu. Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin Sitzmann, bitte.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Minister, vielen Dank.

Ich wollte Sie gar nicht zur Finanzierung fragen, sondern ich wollte Sie Folgendes fragen: Wenn Sie dafür sind, dass man arbeitsintensive Branchen entlastet, warum setzen Sie dann

(Edith Sitzmann)

auf eine Mehrwertsteuerreduzierung für einzelne Branchen statt auf ein Modell, mit dem man die Sozialversicherungsbeiträge für alle im unteren Einkommensbereich absenkt, so, wie es die Grünen mit dem Progressivmodell fordern?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein! Auf keinen Fall! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Lassen Sie ihn doch erst einmal antworten! Sie sind doch nicht der Minister!)

Die zweite Frage: Sie haben jetzt auch für das Handwerk eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes gefordert. Ist Ihnen bekannt, dass es nach dem Beschluss des Europäischen Rates gar nicht möglich ist, für das Handwerk insgesamt

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die Franzosen machen es doch!)

die Mehrwertsteuer zu reduzieren? Das ist vielmehr nur für kleinere Reparaturleistungen – z. B. Fahrräder, Schuhe, Lederwaren –, für Friseure, das Gaststättengewerbe oder den Bereich Renovierung und Reparatur in Privatwohnungen möglich, nicht aber für das Handwerk allgemein.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Zur ersten Frage, Frau Kollegin: Über den Vorschlag, dass wir die Entlastung auch in Bezug auf die Sozialversicherungsbeiträge suchen sollten, sind wir uns einig.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber nicht in diesem Modell!)

– Nein, nein! – Auch auf Drängen dieses Hauses, auch der Liberalen, aber auch anderer – das will ich gern zugeben –, ist es z. B. gelungen, die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung von in der Vergangenheit 6,5 % auf jetzt 2,8 % abzusenken. Das war ein wichtiger Schritt. Den haben Sie auch immer mitgetragen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie hätten eine wunderbare Möglichkeit, die Sozialversicherungsbeiträge in der Zukunft noch weiter abzusenken, wenn Sie den größten Unsinn, der je in dieser Republik veranstaltet worden ist, abschaffen würden, nämlich den Gesundheitsfonds.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damit hätten Sie die beste Möglichkeit, die Sozialversicherungsbeiträge abzusenken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum zweiten Punkt, zur Finanzierung: Ich ver falle nicht der Illusion, zu glauben, dass dieses strategische Ziel – so will ich es einmal nennen – eines zweiten Standbeins für extrem lohnintensive Dienstleistungen von heute auf morgen finanziert werden kann. Dass wir das Thema „Gastronomie und Hotellerie“ jetzt ein Stück weit herausgehoben haben – ohne das Handwerk zu vergessen –, hängt einfach damit zusammen, dass im Bereich „Hotellerie und Gastronomie“ eine Besonderheit gerade für Baden-Württemberg immer beachtet werden muss:

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau! Die Lage!)

Wenn Sie sich die Schweiz, Österreich und Frankreich anschauen, sehen Sie, dass das exakt die drei Länder sind, die in Sachen Tourismus und Gastronomie natürlich starke Wettbewerber sind. Das sind dummerweise aber gerade auch die drei Länder, die an Baden-Württemberg angrenzen,

(Zurufe: Bayern!)

und hier zeigt sich eine ausgesprochene Wettbewerbsbenachteiligung: Die Mehrwertsteuer liegt in diesen drei Ländern im Augenblick zwischen 5 % und 10 %, während in Baden-Württemberg der Mehrwertsteuersatz 19 % beträgt. Hier muss von heute auf morgen eine Verbesserung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das hat etwas mit fairem Wettbewerb zu tun!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Nein, jetzt nicht. Nachher vielleicht noch einmal.

Ich möchte noch einmal kurz auf die Finanzierungsfrage eingehen. Wir sind keine Illusionisten, aber man muss einmal auf eines hinweisen, wenn es um die Finanzierung von solchen Dingen geht, auch im steuerlichen Bereich: Ich glaube schon, dass die Absenkung von Steuern gerade im Bereich der Mehrwertsteuer, aber auch in anderen Bereichen, etwa bei der Einkommensteuer, notwendig ist. Ich will nicht verlangen, dass von heute auf morgen eine totale Steuerreform kommt, etwa mit dem Ziel, dass es nur noch drei Stufen gibt oder dass das Steuersystem wesentlich unkomplizierter wird. Das ist alles notwendig, wird aber sicherlich nicht von heute auf morgen realisiert werden können. Aber zwei oder drei Dinge müssen wir unbedingt von heute auf morgen machen.

Erster Punkt: Ich war bisher immer der Meinung, dass das Thema Substanzbesteuerung der Vergangenheit angehört. Die letzte Substanzsteuer in Deutschland war die Gewerbekapitalsteuer, die vor fünf oder sechs Jahren in Deutschland abgeschafft worden ist. Das war die letzte Substanzsteuer. Da haben wir alle unisono gesagt: Substanzsteuern müssen abgeschafft werden, und zwar einfach deshalb, weil solche Steuern wie eben die Gewerbekapitalsteuer unabhängig davon gezahlt werden müssen, ob ein Unternehmen etwas verdient oder nichts verdient.

Jetzt haben wir im Grunde wieder eine neue Substanzsteuer eingeführt. Wenn wir Leasingraten oder Zinsen oder Pachten, also im Grunde Kosten, jetzt gewissermaßen in Gewinne umwandeln und bei der Erweiterung der Gewerbesteuer hinzurechnen, dann wird hier eine neue Substanzsteuer eingeführt, die insbesondere auch der mittelständischen Wirtschaft wehtut. Meine Forderung ist: Dieser Unfug muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Erster Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja-wohl!)

Zweiter Punkt: Mir geht es nicht nur um den Mittelstand – natürlich geht es mir auch um mittelständische Unternehmen –, sondern mir geht es um die Mittelschicht.

(Minister Ernst Pfister)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mittelschicht! Genau!)

Mir geht es um diejenigen, die zwischen 40 000 € und 60 000 € im Jahr verdienen. Es geht um die Mittelschichtverdiener. Die sind in unserem Steuersystem mit der gerade in diesem Bereich steil ansteigenden Kurve besonders benachteiligt. Deswegen muss – wenn nicht vor der Wahl, dann aber auf jeden Fall nach der Wahl – diese Mittelschicht entlastet werden. Denn das sind die Leistungsträger dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Dritter Punkt: Jetzt werden Sie die Frage stellen: Nice to have, aber wie zu finanzieren? Ich will Ihnen einmal Folgendes sagen, meine Damen und Herren: In den letzten drei bis vier Jahren, seit es diese ruhmreiche Große Koalition gibt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nur neidisch!)

sind – ich glaube, Herr Kollege Theurer hat schon darauf hingewiesen – 19 Steuererhöhungen mit einem Gesamtvolumen von 180 Milliarden € durchgeführt worden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mehrbelastung!)

– Mehrbelastung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wenn wir von Geschenken reden!)

Dazu kam eine tolle konjunkturelle Situation, über die wir uns gefreut haben, die dazu geführt hat, dass noch einmal 180 Milliarden € an zusätzlichen, konjunkturbedingten Steuereinnahmen erzielt worden sind. Das war eine erkleckliche, stolze Summe von 300 bis 360 Milliarden € in diesen Jahren.

Wenn von diesen 360 Milliarden € jetzt u. a. auch ein Konjunkturpaket in der Größenordnung von 52 oder 50 Milliarden € geschnürt worden ist

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 80!)

– oder 80 Milliarden –, dann muss es möglich sein, dass bei wichtigen steuerpolitischen Maßnahmen von dieser großen Summe nicht nur homöopathische Dosen, sondern wesentlich größere Summen für Steuerentlastungen eingesetzt werden. Das wäre jedenfalls unser Ziel gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dringend notwendig!)

Wenn ich sehe, was hier stattgefunden hat, dass von diesen 50 Milliarden € im Konjunkturpaket maximal 5 Milliarden € für Steuersenkungen zur Verfügung gestellt worden sind, erinnert mich das an jenen Dieb, der auf einem Bauernhof dem Bauern die Sau klaut und ihm hinterher zwei Koteletts zurückschickt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber wenn sie an die Armen gehen, ist es gut!)

Das ist nicht fair, meine Damen und Herren. Deshalb müssen diese Dinge in der Zukunft geändert werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Paniert oder nicht? – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten den Staat nicht immer als Raubritter darstellen und als Schweinedieb schon gar nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist eine Frage der Größe der Koteletts!)

Das ist der erste Bereich, den man unter der Fragestellung, wie wir gemeinsam aus dieser Krise herauskommen, sehen muss.

Ein zweiter Bereich – den will ich nur kurz ansprechen – sind die Konjunkturpakete, die, wie gesagt, europaweit zwar nicht in allen Staaten – da haben Sie recht –, aber in vielen Staaten und übrigens auch in vielen Regionen aufgestellt worden sind. Ich war kürzlich anlässlich einer Veranstaltung der „Vier Motoren“ Europas in Barcelona. Dort haben wir einmal die Konjunkturpakete, die wir auf den Weg gebracht haben, miteinander verglichen. Da konnten wir die wirklich erfreuliche Feststellung treffen, dass wir in verschiedenen Bereichen gemeinsame Positionen haben. Auch in Katalonien und anderen Regionen dieser „Vier Motoren“ spielt z. B. das Thema Mittelstandsfinanzierung eine große Rolle.

Ich glaube, dass wir im Bereich der Mittelstandsfinanzierung schon den richtigen Weg gehen. Auch ich war auf der Hannover Messe. Da fand ich interessant, zu hören, dass die große Mehrzahl der Unternehmen sich durchaus in der Lage fühlen, diese Durststrecke, die wir im Augenblick haben, auch durchzustehen. Jedenfalls haben mir die meisten Unternehmer gesagt, dass sie eigentlich keine Liquiditätsprobleme haben – noch! Falls diese Liquiditätsprobleme kommen, sind wir gewappnet. Wir sind gewappnet durch eine offensive Bürgerschaftspolitik, durch die kleinen, die mittleren und die großen Bürgschaften, die Sie kennen.

Wir sind übrigens auch gewappnet, was Beteiligungskapital angeht. Wir haben die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, die bis zu 20 Millionen € an Beteiligungskapital für stille Beteiligungen zur Verfügung stellen kann. Insofern ist Ihr Vorschlag, Herr Kollege Schmiedel, ja nicht neu. Wenn es notwendig sein sollte, das Volumen dieses Beteiligungskapitals für eine verbesserte Eigenkapitalausstattung noch zu erhöhen, dann können wir das selbstverständlich machen. Im Augenblick – ich betone: im Augenblick – besteht die Notwendigkeit dazu noch nicht.

Auch die anderen Staaten, auch die anderen Regionen konzentrieren sich auf Infrastrukturmaßnahmen. Das baden-württembergische Programm, unser Infrastrukturprogramm, hat einen großen Vorteil: Unser Programm ist nachhaltig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist deshalb nachhaltig, weil es wahrscheinlich europaweit das einzige Programm ist, das nicht auf Pump, sondern solide aus Rücklagen finanziert ist, die wir in guten Zeiten gebildet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens ist es nachhaltig, weil wir wie kein anderes Bundesland – das gilt auch im europäischen Maßstab – stark auf energetische Sanierung setzen. Sie wissen das. Ich halte das auch für richtig.

(Minister Ernst Pfister)

Drittens ist das Programm deshalb nachhaltig, weil allein 50 Millionen € aus diesem Programm als Sofortmaßnahme zur Verbesserung unserer technologischen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Es müssen, wie die Kollegin gerade gesagt hat, Weichen für die Zukunft gestellt werden. Genau diese wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen mit dem Ziel zu fördern, dass ein besserer Transfer von Ideen in neue marktfähige Produkte stattfindet, bedeutet, Weichen für die Zukunft zu stellen. Genau hier sind zusätzliche Mittel eingebracht worden. Das ist ein weiteres Beispiel für ein Programm, das Nachhaltigkeit ohne Weiteres für sich in Anspruch nehmen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Einen letzten Punkt will ich noch ansprechen, weil

(Der Redner blickt sich suchend im Saal um. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind da!)

– nein, der Kollege Prewo ist gerade nicht da –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der hört alles! – Abg. Norbert Zeller SPD: Der sitzt hier! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Letzte Reihe!)

der Kollege Prewo das erwähnt hat. Das will ich dick unterstreichen.

Wenn man sich diese europäische Politik und diese europäischen Programme anschaut, dann fällt auf – das zieht sich wie ein roter Faden hindurch –, dass zumindest der ernsthafte Versuch gemacht worden ist, es in Europa nicht zu Protektionismus kommen zu lassen. Ich kann jetzt nicht für die Welt sprechen,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Aber für Europa!)

aber für Europa kann man sagen, dass Protektionismus vermieden werden soll. Das ist auch gut so. Das ist insbesondere für Baden-Württemberg gut so, denn es gibt kein Land, das in Europa so stark unter Protektionismus leiden würde wie Baden-Württemberg, und zwar aufgrund seiner Exportabhängigkeit. Deshalb sind wir uns in der Forderung „Kein Protektionismus“ sicherlich alle völlig einig.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich glaube, dass die Maßnahmen, die in Europa durchgeführt worden sind, insbesondere auch die Maßnahmen für Baden-Württemberg, die diese Landesregierung durchgeführt hat, einen Beitrag leisten können, einen Baustein darstellen können, um das zu verwirklichen, was der Eindruck auf der Messe war: dass wir bis zur Sommerpause sicherlich wieder Boden gefunden haben werden und nach der Sommerpause nach oben durchstarten können. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vertreter der Regierung hat mit der Dauer seiner Ausführungen 50 % der für die Fraktionen festgelegten

Redezeit überschritten. Deswegen biete ich jetzt nach der Regelung während des Probelaufs der neuen Geschäftsordnung allen Fraktionen zur Antwort darauf jeweils noch eine Redezeit von zusätzlich zwei Minuten an.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das muss nicht sein!)

Jetzt erhält aber in der Aussprache der Kollege Theurer von der FDP/DVP-Fraktion das Wort.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister unseres Landes hat gerade zu Recht ausgeführt, wie wichtig Europa für die baden-württembergische Industrie und für das baden-württembergische Gewerbe ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und zu Recht ausführlich!)

Deshalb, Herr Kollege Prewo, läuft Ihre Kritik an unserem Antrag auch völlig ins Leere. Sie haben uns vorgeworfen, Europa sei zu eng. Aber dann haben Sie sich selbst nur aufs Ländle konzentriert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist wirklich eng!)

Das ist dann doch ein sehr begrenzter Horizont.

(Beifall bei der FDP/DVP)

2007 sind 70 % unserer Exporte, die insgesamt immerhin zu 37 % zum Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg beigetragen haben, in die europäischen Mitgliedsstaaten gegangen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 70 %, mehr als zwei Drittel!)

Das heißt, der europäische Binnenmarkt ist für Baden-Württemberg von allergrößtem Interesse. Deshalb kann es uns nicht gleichgültig sein, ob es den anderen europäischen Ländern, unseren Nachbarn in Europa, gelingt, mit eigenen Konjunkturprogrammen und mit eigenen Anstrengungen wieder auf die Füße zu kommen. Wir sind als Baden-Würtemberger davon direkt abhängig.

Zweitens: die Steuersenkungen. Bei den Steuersenkungen – sie werden vom Sachverständigenrat gefordert – bleiben wir dabei: Eine Entlastung bei den Einkommensteuern ist dringend erforderlich, um die kalte Progression zu beseitigen, um wieder richtige Leistungsanreize zu bieten,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

auch im internationalen Vergleich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir hören, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel verkündet, sie strebe Steuersenkungen nach der Wahl an, dann sagen wir: Warum nicht sofort die Menschen entlasten und ihnen damit auch wieder Hoffnung und Mut und vor allem auch Geld für Investitionen und für den Konsum geben?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das beste Konjunkturprogramm!)

(Michael Theurer)

Das ist das beste Konjunkturprogramm, wie die Kollegin Berroth zu Recht feststellt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die geben jeden Euro fünfmal aus, nicht nur einmal!)

Beim Export sind wir von anderen abhängig. Aber wenn wir die Binnenkonjunktur, die Binnennachfrage stärken wollen, dann bietet gerade die Mehrwertsteuer eine gute Möglichkeit, sofort wirksam die Binnennachfrage zu stärken. Da verstehe ich die Kritik der Sozialdemokraten überhaupt nicht, die ja vor der letzten Bundestagswahl die Mehrwertsteuer gar nicht erhöhen wollten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Sie sollten froh sein, wenn wir als FDP jetzt eine Senkung durchsetzen.

Nun zu den Grünen. Die Ökosteuer hat keine Konjunkturbelebung gebracht, und der größte Flop der rot-grünen Regierung ist das Dosenpfand. Sie sind ausgezogen, um den Anteil der Mehrwegsysteme zu steigern. Jetzt lesen wir, dass das Dosenpfand dazu geführt hat, dass die Mehrwegsysteme komplett zusammengebrochen sind.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie von uns vorausgesagt!)

– Wie von uns vorausgesagt, ganz richtig.

Der dritte Punkt ist die Globalisierung.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Für die FDP würden wir auch kein Pfand verlangen! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich erinnere Sie daran!)

Wir brauchen einen global funktionierenden Markt. Wir brauchen einen funktionierenden Welthandel. Mich macht es schon besorgt, dass derzeit in der öffentlichen Diskussion diejenigen die Oberhand bekommen, die sagen: Irgendwann muss das Wachstum enden, irgendwann musste das so weit kommen, wie es jetzt gekommen ist.

Ich bin der Meinung: Wir sollten mit dieser Weltuntergangsstimmung endlich Schluss machen. Solange bei 6,7 Milliarden Menschen auf der Welt noch so viele Menschen Hunger leiden, noch so viele Menschen Güter brauchen, Bedarf an Gütern und Dienstleistungen haben, so lange brauchen wir kein Ende des Wachstums, sondern wir brauchen eine weltweite nachhaltige Entwicklung und Versorgung der Menschen mit Gütern. Deshalb ist auch in Zukunft davon auszugehen, dass wir, wenn das Konjunkturtief überwunden ist, weltweit wieder zu einem Wirtschaftswachstum und damit zu Beschäftigungschancen – auch für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – kommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der vorletzte Punkt sind die neuen Produkte. Wir haben große Chancen in der Technik, in der Innovation. Die Firma Bosch Rexroth hat beim Hermes Award 2009 mit einem hydrostatisch regenerativen Bremssystem den zweiten Platz erreicht,

mit einer Hybridtechnik, einer Antriebstechnik, die die kinetische Energie beim Abbremsen eines Müllfahrzeugs, eines Busses in hydraulischen Druck umsetzt, den man beim Anfahren wieder nutzen kann. Es hat mich fasziniert, dies zu sehen. Dies sind große Chancen, die wir haben. Nur mit technologischer Innovation und technologischem Fortschritt werden wir auch weltweit unsere Spitzenpositionen

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Beim Hybridantrieb sind wir zehn Jahre hinterher!)

und unsere höheren Einkommen in Baden-Württemberg erhalten können.

Umweltschutz funktioniert nur technologisch. Herr Kollege Walter, als die Grünen noch von Ökosozialismus gesprochen haben,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oh! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine!)

haben wir schon die ökologische Marktwirtschaft gefordert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich habe schon Hybridautos gefahren, als Sie noch nicht wussten, was das ist! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der letzte Punkt ist von entscheidender Bedeutung. Wenn wir heute in der „Stuttgarter Zeitung“ lesen, dass Berlin neue Hilfen für Banken fordert und plant, dann muss man an dieser Stelle hier im Landtag sagen: Wir sind gemeinsam aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Hilfen nicht nur die Großbetriebe erreichen, sondern dass die Hilfen auch die kleinen und mittleren Betriebe erreichen, die Betriebe, in denen 99,5 % der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg beschäftigt sind, meine Damen und Herren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ganz richtig!)

Deshalb ist es richtig, dass wir in unserem Konjunkturprogramm in Baden-Württemberg die Mittel für die Finanzhilfen von 150 Millionen € auf 500 Millionen € nach oben gefahren haben. Es ist unser Anliegen als FDP, dass es symmetrische Hilfen gibt, dass kleine und mittelständische Unternehmen genauso an Liquidität herankommen wie die großen Unternehmen. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler diejenigen rettet, die die Krise selbst verursacht haben, und die anderen in die Röhre gucken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass dies nicht passiert. Ich habe die große Sorge, dass jetzt in der Krise im Sinne von Industriepolitik nur diejenigen überleben und auf Bundesebene an Staatshilfen herankommen, die irgendwelche Kontakte in die Bundesregierung hinein haben.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Unser Interesse muss sein, dass die kleinen und mittleren Unternehmen, die die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen, auch über die Krise kommen.

(Michael Theurer)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber auch bei denen reden wir über Arbeitsplätze! Tun Sie etwas für Arbeitsplätze!)

Hier ist noch viel zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, hier sollte dieses Hohe Haus in großer Gemeinsamkeit für die Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze in unserem Land kämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD:  
Für die Ausbildungsplätze können Sie etwas tun!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Netzhammer das Wort.

(Zuruf: Unglaublich, was da Stimmung gemacht wird! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es kann bloß besser werden!)

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Nachdem es die Möglichkeit für eine zweite Runde gibt, möchte ich noch auf ein paar Dinge eingehen. Ich gehe davon aus, dass die FDP nicht nur an einer symmetrischen Politik, sondern auch an einer systemischen Stabilisierung interessiert ist.

Wir alle wissen, dass wir als Land die Unternehmen nicht unbeschränkt mit Bürgschaftshinterlegungen stützen können, sondern schauen müssen, dass die Banken wieder alleine stehen können, alleine laufen können.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und die Betriebe!)

Deswegen ist – ob wir es wollen oder nicht – die Stabilisierung der Banken im Zusammenhang mit „toxischen“ Wertpapieren ein existenzielles Thema, damit unsere Wirtschaft wieder in Gang kommt.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Zu den angesprochenen Punkten im Bereich Steuerpolitik: Wir haben die Situation, dass das Ausland, z. B. Frankreich, in der Gastronomie mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz arbeitet.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Da stehen wir unter Wettbewerbsdruck. Wenn wir es finanzieren können, müssen wir gleichziehen, damit wir unserer Gastronomie insbesondere am Oberrhein gleiche Geschäftsbedingungen ermöglichen.

Beim Konjunkturprogramm des Landes müsste nach meiner Meinung eigentlich auch die Opposition jubeln. Für mich ist z. B. das Thema „Sanierung der öffentlichen Gebäude“ ein ganz wichtiger Punkt, der auch nachhaltig ist, weil er die Energieverbräuche deutlich senkt und damit auch die Haushalte in Zukunft entlastet. Das ist eine ganz wichtige Sache und stärkt übrigens auch Handwerk, kleines Handwerk und Baufirmen.

Zweiter Punkt: Das Land investiert stark in den Ausbau der Infrastruktur, auch im Hinblick auf schnelle Internetverbindungen. Damit wird der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg

dauerhaft gestärkt, weil wir wichtige Maßnahmen vorziehen.

Dritter Punkt: Die Ausweitung der Kurzarbeit ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass Arbeitskräfte gehalten und nicht wegen kurzfristiger Probleme entlassen werden sollten, damit nicht hinterher wieder intensiv gesucht werden muss. Das ist ganz wichtig und stärkt auch die Kleinbetriebe in Baden-Württemberg. Der Bürgschaftsrahmen, Herr Theurer, kommt nicht nur den großen Unternehmen zugute, sondern allen, auch den kleinen Unternehmen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat er doch gesagt!)

Insofern ist das Konjunkturprogramm des Landes Baden-Württemberg sehr ausgewogen, und zwar sowohl für große als auch für kleine Unternehmen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das war seine Aussage!)

So weit meine Ergänzungen hierzu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt aber! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt geht's los!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich möchte auf drei Punkte eingehen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben.

Zunächst zu der Frage, ob es richtig ist, den Banken zu helfen. Natürlich ist es richtig. Das, was Sie angesprochen haben, ist der zentrale Punkt. Ich bin mir aber sicher, dass jede Lösung, die nur eine begrenzte Bürgschaft für schwierige Papiere gibt, nicht zielführend ist, weil sie nicht das notwendige Vertrauen schafft.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb plädiere ich dafür, dass wir uns zusammenschließen und sagen: Wir brauchen eine Lösung, die sich am amerikanischen Modell orientiert, bei dem die US-Notenbank die Papiere ohne Begrenzung selbst übernommen hat und dadurch den Banken den Spielraum gibt, jetzt wieder in die Finanzierungen zu gehen und sich gegenseitig Geld auszuleihen. Diese Phase haben wir nicht erreicht.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Herr Kollege Theurer, solange dies bei den Banken nicht geklärt ist, leidet gerade der Mittelstand am meisten darunter, denn die Kreditklemme ist vorhanden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Außer Bürgschaften und Finanzhilfen brauchen wir Aufträge. Deshalb unterstützen wir natürlich das Konjunkturprogramm des Landes – dem haben wir zugestimmt – und be-

(Claus Schmiedel)

grüßen wir das, was der Bund tut, und ausdrücklich auch die Abwrackprämie,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schande über euch!)

können aber überhaupt nicht verstehen, weshalb man in dieser Situation, in der Aufträge das Wichtigste sind, bei Milliardenaufträgen immer noch auf der politischen Bremse steht.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Warum nimmt man denn den Appell des Verbandes der Chemischen Industrie nicht endlich zum Anlass, das zu tun, was Sie seit Wochen und Monaten versprochen haben, nämlich ein Wegerechtigsgesetz in die Wege zu leiten, das Investitionen in Höhe von 200 Milliarden € in Gang setzt?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Warum stehen Sie noch immer auf der Bremse, obwohl Sie diese Pipeline doch für richtig halten?

(Beifall bei der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Und die Kernenergie natürlich auch noch!)

Meine konkrete Frage lautet: Herr Minister, wann kommt es denn endlich? Wann haben Sie den Mut dazu?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der amtierende Bundespräsident geht auf die Industriemesse in Hannover und sagt, jetzt sei der ökologische Umbau der Industrie angesagt, jetzt sei der massive Ausbau der regenerativen Energien angesagt. Und was machen Sie im Land Baden-Württemberg?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dasselbe!)

Sie machen nach wie vor die Windenergie madig, Sie stehen auf der Bremse,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Windenergie ist nur eines!)

obwohl das für den Maschinenbau in Baden-Württemberg ein ganz wichtiges Zukunftsfeld ist. Da muss man Mut haben, Mut machen und selbst appellieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Drittens: Herr Minister, Sie haben den Staat mit einem Räuber verglichen, der Raubzüge veranstaltet, um Steuern einzutreiben. Das ist ein unanständiger Vergleich, sage ich an dieser Stelle.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Indianer! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Steinbrück, sage ich nur! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kavallerie!)

Jetzt komme ich aber konkret auf die 7 % Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie zu sprechen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Seid ihr dabei?)

– Wir sind dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Gut! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hoffentlich auch in Berlin!)

Wir wollen jetzt aber endgültig wissen, was eigentlich die Regierung will. Der Ministerpräsident geht ins Festzelt, schwenkt das Fähnle und sagt: „Hotellerie und Gastronomie“.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie haben mitgeschwenkt!)

Zeitgleich gibt der Finanzminister eine amtliche Pressemitteilung heraus, in der es heißt: „Hotellerie, ja. Das ist ja der kleinere Teil. Aber bei der Gastronomie müssen wir erst einmal die Entwicklung beobachten; dort vielleicht in der nächsten Wahlperiode.“ Also, was will die Regierung?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber noch wichtiger ist: Wenn man das durchsetzen will, kann man nicht gleichzeitig sagen: Den Soli schaffen wir auch noch ab, den Spitzensteuersatz schieben wir nach hinten, den Mittelstandsbauch schaffen wir ebenfalls ab, und dann legen wir auch für das Handwerk noch einen Mehrwertsteuersatz von 7 % fest. Wer alles auf einmal will, wird weder für die Hotellerie noch für die Gastronomie etwas erreichen. Entscheiden Sie sich für eines. Dann können wir gemeinsam marschieren, und dann hat unser Mittelstand etwas davon. Aber wer allen alles verspricht, erreicht am Ende für niemanden etwas.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das haben wir noch nie gemacht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es steht die Frage im Raum, wie wir die Weichen für die Zukunft stellen müssen. Es sind einige Punkte angesprochen worden, die ganz entscheidend sind.

Ein Punkt ist, dass unsere Marktwirtschaft in Zukunft nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Marktwirtschaft sein muss. Der Klimawandel wartet nicht auf eine gute Konjunktur. Auf der anderen Seite ist das, was wir in Baden-Württemberg an Produkten im Bereich der Energieeffizienz und der Umwelttechnologie anbieten können, auch eine Chance für unsere Wirtschaft, eine Chance für den weltweiten Export. Diese Chance sollten wir nutzen. Damit ist ein wichtiger Beitrag geleistet, um die derzeitige Krise zu überwinden.

(Beifall der Abg. Winfried Kretschmann und Franz Untersteller GRÜNE)

Im Moment ist die konjunkturelle Situation düster. Erst gestern kam die Meldung, dass man in Deutschland für dieses Jahr einen Einbruch der Wirtschaftsleistung um 5 % erwartet. Das wäre wirklich dramatisch. Ich wünsche natürlich für uns alle, dass sich die zarten Hoffnungen auf eine Verbesserung der konjunkturellen Situation, die jetzt am Horizont erkennbar sind, tatsächlich erfüllen.

Jetzt komme ich zu den Konjunkturprogrammen. Sie wissen, dass wir zu Teilen der Konjunkturprogramme, die auf Bun-

(Edith Sitzmann)

desebene verabschiedet worden sind, eine sehr kritische Haltung einnehmen. Das betrifft z. B. die Abwrackprämie. Sie hat weder eine ökologische Lenkungswirkung, noch ist sie ökonomisch sinnvoll. Was ist denn, wenn diese Prämie ausläuft? Wer soll dann noch ein Auto kaufen? Dann wird die Nachfrage in den Keller abstürzen, und genau das Gegenteil dessen, was man wollte, ist erreicht.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen macht diese Prämie unseres Erachtens überhaupt keinen Sinn.

Wir haben aber, wie Sie wissen, der Umsetzung des Konjunkturprogramms auf Landesebene zugestimmt. Wir finden es ausdrücklich richtig, in Infrastruktur und in energetische Sanierung zu investieren. Das ist schon lange überfällig. Wir erwarten allerdings, dass dann energetische Standards festgelegt und angewendet werden, die wirklich zu einer nachhaltigen Entwicklung führen, die zu nachhaltigen Kostenentlastungen und zu einer Schonung des Klimas führen. Dann machen diese Programme auf jeden Fall Sinn.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Beim Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/3705, handelt es sich um einen reinen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er durch die Debatte erledigt ist. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 3:**

**a) Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Februar 2009 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung für die Jahre 2007/2008 – Drucksachen 14/4000, 14/4318**

**Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich**

**b) Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 20. März 2009 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Gemeinsames Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Rechnungsstellungsvorschriften – Drucksachen 14/4228, 14/4317**

**Berichterstatterin: Abg. Christa Vosschulte**

**c) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Der Donauraum – eine europapolitische Perspektive Baden-Württembergs – Drucksache 14/2172**

**d) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie: Verortung des „Einheitlichen Ansprechpartners“ – Drucksache 14/2884**

**e) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Für die baden-württembergische Wirtschaft: keine weiteren Verzögerungen aufgrund von Abstimmungsproblemen in der Regierungskoalition bei der Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners – Drucksache 14/3969**

Das Präsidium hat für diesen Punkt eine Aussprache mit einer Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Im Präsidium war man der Auffassung, dass man die Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt in drei Themenbereiche gliedern sollte: Europapolitik, Donauraum, Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners. Mir liegen jetzt zehn Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, dass sich die Fraktionen daran orientieren, dass wir zunächst über die Themenbereiche Europapolitik und Donauraum und am Ende der Debatte über den Themenbereich „Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners“ diskutieren. Vielleicht können sich die Fraktionen darauf einstellen. Dann könnten wir die Regierung in der Art und Weise lenken, dass Herr Minister Dr. Reinhart zur Europapolitik und zum Donauraum redet und Herr Wirtschaftsminister Pfister zur Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners. Können wir so verfahren?

Ich möchte allerdings darauf drängen, dass die Redner die Redezeit je Themenbereich von fünf Minuten einhalten; denn wenn jeder überzieht, können wir nicht vor 14 Uhr in die Mittagspause eintreten.

Das Wort erhält Herr Abg. Blenke für die CDU-Fraktion.

(Abg. Walter Heiler SPD: Hat der Blenke etwas vor, weil er so oft dran ist?)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme Ihrem Wunsch gern nach und beschränke mich in meinem Redebeitrag auf den Donauraum und den Europabericht.

Herzlichen Dank für den 13. Bericht über die Europapolitik der Landesregierung. Er ist sehr politisch, perspektivisch nach vorn gerichtet, blendet Kritisches aber auch nicht aus. Dafür möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, und Ihren Mitarbeitern ausdrücklich danken.

Der Bericht war geprägt von der erfolgreichen Ratspräsidentschaft unter Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel im Jahr 2007. In dieser Zeit gelang es, den Reformvertrag von Lissabon auf den Weg zu bringen. Wichtig ist, dass wir die Ratifizierung des Reformvertrags noch in diesem Jahr abschließen, um weiterzukommen.

Mit der Einrichtung des Europaausschusses im Landtag haben wir Europa im Land sichtbarer gemacht. Er ist mittlerweile etabliert und arbeitet gut. Damit haben wir die Europapolitik im Land deutlicher akzentuieren können.

Wir von der CDU sehen unsere Hauptaufgabe als Landesparlament in der Europapolitik, die Subsidiarität zu wahren und darüber zu wachen, dass sich die Europäische Kommission, die europäische Ebene ausschließlich mit den Dingen beschäftigt, für die sie zuständig ist und die von ihr erledigt werden müssen, weil sie nicht besser von uns im Land erledigt werden können.

(Thomas Blenke)

Meine Damen und Herren, bei der Erweiterungspolitik der Europäischen Union setzen wir nach wie vor auf einen raschen Beitritt Kroatiens. Voraussetzung hierfür ist allerdings das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags. Die Europäische Union kann nicht unbegrenzt neue Mitglieder aufnehmen. Das wissen wir. Deshalb müssen erst die Strukturen reformiert werden. Dann kann über Erweiterungen gesprochen werden.

Trotz zahlreicher Erfolge offenbart der Bericht über die Europapolitik der Landesregierung auch Rückschläge und Schattenseiten. Ich erwähne nur die ursprünglich geplante Verkleinerung der Kommission, die jetzt nicht verwirklicht werden kann. Dies wäre jedoch dringend notwendig im Sinne einer Verschlinkung und auch im Sinne von Bürokratieabbau. U. a. aus diesem Grunde ist der Bürokratieabbau in der Europäischen Union ins Stocken geraten.

Ich nenne einen weiteren Punkt. Das Anwachsen der Zahl der Agenturen auf europäischer Ebene ist sehr kritisch zu sehen; denn jede neue Agentur bringt neue Bürokratie und neue Aufgaben mit sich. Deshalb sehen wir die Gründung neuer Agenturen sehr kritisch. Als jüngstes Beispiel nenne ich die geplante Unterstützungsagentur im Asylbereich. Die Planungen zu dieser Agentur halten wir in Teilen für unsinnig und für so nicht umsetzbar.

Meine Damen und Herren, auf europäischer Ebene bleibt noch viel zu tun. Die Landesregierung ist dabei, die Europafähigkeit der Landesverwaltung weiter auszubauen.

In Europa selbst übernimmt das Land Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle bei den Kontakten nach Osteuropa. An dieser Stelle möchte ich die Donaustrategie besonders hervorheben. Herr Ministerpräsident, mit der Donaustrategie, die Sie initiiert haben, sind Sie genau auf dem richtigen Weg. Als Quellland der Donau sind wir der Impulsgeber, um neben den bestehenden Netzwerken im Mittelmeerraum und im Ostseeraum ein Netzwerk entlang der Donau zu bilden. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich möchte Ihnen ausdrücklich gratulieren, dass es Ihnen gelungen ist, im Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Barroso zu erreichen, dass der Donaauraum ebenfalls in den Fokus der Europapolitik in Brüssel gerückt wird. Das ist sehr wichtig. Hierin sehen wir ein Netzwerk für Baden-Württemberg. Wir erwarten von Brüssel, dass ihm genau dieser Stellenwert zugemessen wird.

Der inhaltliche Vorteil einer solchen Vernetzung entlang der Donau liegt auf der Hand. Wir können die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Städtepartnerschaften und dergleichen mehr bündeln und voranbringen. Vor allem können wir aber auch auf europäischer Ebene Mehrheiten entlang der Donau schaffen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr richtig!)

Ein letztes Stichwort sind die Städtepartnerschaften. Das ist nicht unsere Aufgabe, sondern das ist eine kommunale Aufgabe. Ich möchte einfach dafür werben.

Der Herr Ministerpräsident hat einmal gesagt, dass der Rhein in den Fünfzigerjahren die Integrationslinie für Europa war. Jetzt geschieht entlang der Donau der Zusammenschluss des neuen Europas. Bei diesem Zusammenschluss muss sich auch unter den Kommunen etwas auf der Basis von Städtepartner-

schaften entwickeln. Das führt die Bürger in Europa zusammen, und das wird dazu führen, dass die Akzeptanz in Europa besser und größer wird und dass Europa zusammenwächst. Die Menschen werden dann erkennen, dass das eben kein Gerippe aus Bürokratie und Kosten ist, sondern dass dadurch eine Wertegemeinschaft für ein friedliches Zusammenleben in Europa gewährleistet ist. Dafür hat Europa und hat die Europäische Union unsere Unterstützung verdient.

Das will ich ausdrücklich auch im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni dieses Jahres sagen, bei denen wir die Bevölkerung einfach um eine gute Wahlbeteiligung bitten. Wenn Sie von uns Wahlempfehlungen haben wollen, geben wir diese natürlich gern ab. Darauf wird auch der Kollege Müller nachher noch eingehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält jetzt Herr Abg. Müller das Wort.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein!)

– Bringen Sie meine Strategie bitte nicht durcheinander! Herr Abg. Müller von der CDU-Fraktion bekommt jetzt das Wort.

(Unruhe – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wenn ich dann keine Redezeit mehr habe, weiß ich, warum! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Noch ist es so, dass wir selbst bestimmen, wer redet, und nicht der Herr Präsident!)

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wird es ein bisschen eng mit den Redezeitminuten, weil unheimlich viel ansteht. Ich will mich auf Leitlinien der Europapolitik der CDU-Landtagsfraktion konzentrieren und mache das jetzt im Stakkato und fast in Form von Überschriften.

Erstens: Wir stärken, begrüßen und unterstützen die Arbeit, die Zuständigkeit und das Handeln der Europäischen Union in der Außen- und der Sicherheitspolitik, der Welthandelspolitik, der Klimaschutzpolitik und der Bekämpfung der Finanzkrise. Ich glaube, dass die EU in all diesen Feldern in den letzten Jahren und in den letzten Monaten ein gutes Bild abgegeben hat.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Zweitens: Wir sind der Auffassung, dass es eine Reihe von großen Aufgaben gibt, die nur im europäischen Maßstab gelöst werden können. Der Wegfall der Grenzen, die Einführung des Euro, eine entsprechende Stabilitätspolitik, eine Antiverschuldungspolitik, der Binnenmarkt und der faire Wettbewerb, die Großforschung und die Energiepolitik sind solche Beispiele. Auch hier begrüßen wir, was in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene geschaffen worden ist, und wollen auf diesem Weg fortfahren.

Drittens: Wir sehen den Gedanken der Freizügigkeit auch nach der Abschaffung der Grenzen noch immer nicht in dem Um-

(Ulrich Müller)

fang erfüllt, in dem wir uns das vorstellen. Deswegen begrüßen wir alles, was geschieht, um den grenzüberschreitenden Verkehr von Jugendlichen und von Arbeitnehmern zu fördern, einen einheitlichen Verbraucherschutz zu erreichen, die Landwirtschaftspolitik zu harmonisieren und ein öffentliches Auftragswesen zu haben, das dem großen Markt Europas gerecht wird. Gerade die Bundesrepublik Deutschland profitiert ja besonders von einem europäischen Markt. Denken wir nur daran, dass 60 % aller Exporte aus Deutschland in den europäischen Raum gehen.

Viertens: Wir begrüßen den Vertrag von Lissabon, weil wir davon ausgehen, dass Europa – jetzt kommen schon die ersten kritischen Anmerkungen – in Sachen Transparenz, in Sachen Effizienz und in Sachen der demokratischen Legitimation einen Nachholbedarf hat. Wir begrüßen den Vertrag von Lissabon auch, weil hier am Subsidiaritätsprinzip festgehalten werden soll. Auf all diesen Gebieten gibt es Nachholbedarf. Es ist eine Paradoxie, dass die Euroskeptiker in Irland und in Tschechien diesen Vertrag nicht wollen, der genau ihrer Kritik Rechnung tragen würde.

Fünftens: Wir sind der Auffassung, dass man in der Öffentlichkeit deutlich machen muss, dass Deutschland nicht der Zahlmeister Europas ist. Schauen wir einmal an, wie viel wir netto pro Kopf und Jahr in den europäischen Haushalt geben: Das sind ungefähr 80 bis 90 € pro Kopf und Jahr. Vergleichen wir das mit dem, was Baden-Württemberg in den Länderfinanzausgleich gibt: Das sind 200 bis 250 € pro Kopf und Jahr zulasten der Steuerzahler. Ich glaube, diese 80 bis 90 € darf Europa uns wert sein.

(Beifall der Abg. Michael Theurer und Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Aber wenn wir über das Geld sprechen, muss man dazusagen: Es muss uns auch darum gehen, dass wir die Verwendung der europäischen Gelder entsprechend kontrollieren. Hier gibt es Defizite, übrigens weniger im Landwirtschaftsbereich als im Bereich des Strukturfonds und des Sozialfonds. Wir brauchen mehr Finanzkontrolle. Wir brauchen in vielen Ländern eine bessere Verwaltung, und wir brauchen eine stärkere Korruptionsbekämpfung.

Sechstens: Wir sind der Auffassung, dass die Europäische Union durch die Beitritte von Ländern wie der Türkei oder der Ukraine nicht überfordert werden darf.

Siebtens: Wir lehnen die Vorschläge der Europäischen Union zur Asylpolitik ab, weil sie den Asylkompromiss, der hier glücklicherweise innenpolitisch bundesweit in den Neunzigerjahren gefunden worden ist, wieder unterminieren würden. Wir sind der Landesregierung dankbar, dass sie im Bundesrat zusammen mit anderen unionsregierten Ländern erfolgreich war, während die SPD in dieser Frage eine diffuse Haltung eingenommen hat.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Achtens: Wir sind der Auffassung, dass es Bereiche der Daseinsvorsorge gibt, in denen ein Marktradikalismus fehl am Platze wäre. Es gibt bestimmte deutsche Traditionen, die ich nur einmal mit drei Begriffen ausdrücken will: das Sparkassenwesen, das öffentliche Rundfunkwesen und die Wasser-

versorgung. Bei denen muss man sagen: Nicht alles, was man in den Markt überführen könnte, ist dort auch richtig aufgehoben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Neuntens: Wir sind der Auffassung, dass wir insgesamt weniger Regeln, weniger Bürokratie und in denjenigen Bereichen, in denen der europäische Wettbewerb nicht tangiert ist, auch einen größeren nationalen Handlungsspielraum brauchen.

Zehntens: Wir brauchen das Prinzip der Subsidiarität, den Vorrang der kleineren Einheit, bürgernahe Lösungen, sachnahe Lösungen, Lösungen von Vielfalt unter Berücksichtigung der föderalen Ordnung der Bundesrepublik, unter Berücksichtigung der kommunalen Selbstverwaltung.

Ich sage aus aktuellem Anlass dazu: Wir brauchen auch einen Schutz der Verfassungsordnung und der Verfassungsrechtsprechung. Ich spiele damit auf das Verhältnis zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof an. Wir feiern in diesen Tagen das 60-Jahr-Jubiläum unserer Verfassungsordnung, und wir haben auch gegenüber der Europäischen Union diese Ordnung zu verteidigen.

Was Kompetenzabgrenzung anbelangt, brauchen wir ausdrückliche Kompetenzermächtigungen. Sache von Europa ist es nicht zwingend, wenn einem irgendetwas gefällt, was in Brüssel gesagt wird. Es ist noch keine Kompetenzbegründung, wenn irgendein Problem überall in Europa existiert. Deswegen kann es immer noch eine kommunale Angelegenheit sein, eben dann von europäischen Kommunen. Sache von Europa wird etwas nicht dadurch, dass Europa Geld bietet. Denn einen Einkauf in Zuständigkeiten darf es nicht geben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber Sache von Europa ist es, globale Verantwortung zu übernehmen, den Binnenmarkt zu stärken und die grenzüberschreitenden Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren, die Union versteht sich als eine Partei, als eine politische Richtung, die traditionell europafreundlich ist. Wir wollen ein Europa der Bürger, der Vielfalt, der westlichen Wertegemeinschaft, der weltweiten Verantwortung, der Verteidigung unserer Verfassungsordnung, der Dezentralität. Dazu brauchen wir auch Europa, aber manchmal müssen wir uns gegenüber der Europäischen Union wehren, um diese Prinzipien auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

Den Appell, zur Wahl zu gehen, kann man nur unterstreichen. Damit könnten wir zum Ausdruck bringen, dass die Bürger hinter Europa stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das waren jetzt lange vier Minuten!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen nur noch einmal das Prinzip erklären, das eigentlich einleuchtend ist. Auf der rechten Seite am Rednerpult wird die Gesamtredzeit der Fraktion angezeigt, die 15 Minuten beträgt. Wenn eine Fraktion drei Abgeordnete

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

te reden lässt und der erste Redner fünf Minuten spricht, beträgt die restliche Redezeit der Fraktion noch zehn Minuten. Wenn der zweite Redner auch fünf Minuten spricht, hat der dritte Redner ebenfalls fünf Minuten Redezeit. Danach ist die Redezeit der Fraktion aufgebraucht. Das ist wohl einsichtig. Ich wollte das nur noch einmal erklären.

Ich erteile jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Hofelich das Wort.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Peter schwätzt jetzt 15 Minuten!)

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Jetzt bin ich aber massiv unter Druck gesetzt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Und der Präsident kommt in Rechenschwierigkeiten! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist einfach ein bisschen zu viel!)

Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen! Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht von Europa ausgegangen, aber sie hat Europa infiziert. Das ist im Blick auf die Verwerfungen der zurückliegenden Monate ganz offensichtlich. Notleidende Banken und existenziell bedrohte Industrieunternehmen sprechen schließlich Bände, gerade im industriell geprägten und von Exporten abhängigen Südwesten.

Aber die Verwerfungen sind eigentlich schon viel früher eingetreten. Eine zumindest für Kontinentaleuropa widernatürliche Doktrin des „Bereichert euch“, eine ausschließliche Bemessung des Wertes von Unternehmen nach Börsenspielregeln, „Shareholder vor Stakeholder“ hatte doch von diesem Kontinent Besitz ergriffen, auch hier. Diejenigen, die die Welle geritten haben, sind mitten unter uns und rappeln sich heute in Talkshows mit neuen Deutungen der Lage wieder auf, teils ignorant, teils vorlaut, aber nicht ganz ohne Resonanz. Ihnen sagen wir mit vielen Menschen im Land: Unser Baden-Württemberg lässt sich nicht verbiegen. Unser Baden-Württemberg ist ein Land der Balance von öffentlicher und privater Verantwortung. Dieses Land will in Europa ein Modell sein für einen Wettbewerb der Besten und nicht für einen Wettbewerb der Rücksichtslosesten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Europa wird in den kommenden Jahren deswegen einen Diskurs führen müssen, der gegenüber dem Marktradikalismus nicht abwehrend ist, sondern wehrhaft, der das zivile und soziale Erbe Europas nicht bloß verteidigt, sondern weiterentwickelt, der die technologische Führung Europas auf einer breiten Basis von guter Bildung ausbaut. Man kann nur hoffen, dass der Vertrag von Lissabon bald ratifiziert ist, damit wir für diese Debatten den Rücken frei haben. Denn das, was in der Welt gefordert ist, ist ein Europa, das nicht nur eine Rolle in der Weltwirtschaft spielt, sondern auch Maßstäbe für die Welt insgesamt setzt, die weit über die Wirtschaft hinausgehen.

Baden-Württemberg in der Mitte Europas steht nun einmal in dieser geistigen Auseinandersetzung mittendrin. Wird es Stellung beziehen? Wird es in der Lage sein, seine eigenen Er-

folgsk Faktoren zum Maßstab künftiger europäischer Wohlfahrt – natürlich bescheiden, aber auch selbstbewusst – zu machen?

Die Landesregierung bleibt die Antwort seit Jahren eher schuldig. Sie wehrt Europa eher ab.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was? Wie bitte? Das müssen Sie erklären!)

– Das kommt gleich. – Von ihr geht wenig aus, was eine Vision eines künftigen Europas ausmachen könnte. Sie ist aktiv, keine Frage. Ich freue mich immer über die Präsenz des Ministerpräsidenten in Brüssel. Wahrscheinlich ist er dort lieber als in Berlin.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Aber Tatsache ist: Das geistige Grundmuster unserer Europa-haltung ist nicht stimmig; es wäre schön, wenn es sich weiterentwickeln würde.

Der Europabericht der Landesregierung wird von uns als fleißige, akribische Auflistung unserer Europapolitik gewürdigt. Unsere Behörden – die Europaabteilung im Staatsministerium, das Büro in Brüssel, die Fachabteilungen der Ministerien, die nachgeordneten Behörden, etwa die Europazentren – leisten etwas. Der Bericht liest sich flüssig und ist kompakt geschrieben. Die Diskussionen in den Fachausschüssen zeigen auch, dass das Parlament durchaus an den Fragestellungen teilnimmt.

Wir begrüßen die einzelnen Fortschritte im Landesinteresse, etwa die verbesserte grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und natürlich auch die erkämpften Klarstellungen bei der Dienstleistungsrichtlinie, mit denen wir das Herkunftslandprinzip abwehren konnten. Wir freuen uns über die Rückenstärkung der EU für die Schnellbahnstrecke Paris–Bratislava, die für unser Land elementar wichtig ist. Das alles sind Aktivitäten, mit denen wir uns in Europa einbringen und bei denen in der Vergangenheit, im Berichtszeitraum, Europa vorangebracht worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ein paar Punkte nennen, die für uns aktuell wichtig sind.

Erstens: Arbeitnehmerrechte. Wir sind beunruhigt über die Rechtsprechung der Europäischen Union in diesem Bereich; andere sind das auch. Baden-Württemberg hat als Land ein elementares Interesse an guter Arbeit. Wir sollten uns deshalb in einem Pakt gegen Lohndumping dafür einsetzen, dass in allen EU-Mitgliedsstaaten existenzsichernde Mindestlöhne gelten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten die Institutionen der EU auch im EU-Primärrecht, in einer erweiterten EU-Entsenderichtlinie an soziale Standards und Rechte binden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Das ist unser Prinzip.

Zweitens zu den Steuern. Die Regierung Gerhard Schröder hat, anders als die Regierung Kohl, die Steuern für die Unternehmen herabgesetzt. Das war im europäischen Zusammen-

(Peter Hofelich)

hang notwendig; es war aber auch aus sich heraus begründet. Unser Land ist auf eine hervorragende Infrastruktur angewiesen. Nur auf einer solchen Grundlage können wir im Herzen Europas unsere Vorteile als produktives und innovatives Land zur Geltung bringen. Das ist die andere Seite der Medaille. Öffentliche Infrastruktur, Bildung und Mobilität und vieles andere mehr sind in unserem Land notwendig und müssen finanziert werden. Ein Steuerwettbewerb innerhalb der EU nach unten ist deshalb nicht in unserem Interesse. Wenn das Land konzeptionell in Europa eine Rolle spielte, entspräche eine solche Forderung in Wahrheit auch nicht dem Zeitgeist. Wir müssten etwas anderes vertreten. Der Zeitgeist sagt – was John F. Kennedy seinerzeit sagte, gilt heute besonders –: „Fragt nicht, was euer Land für euch tut, sondern fragt, was ihr für euer Land tun könnt.“ Das ist der Zeitgeist, den wir heute betonen müssen.

Ich will nicht über den Zickzackkurs zur Mehrwertsteuerhalbierung für Gastronomie und Hotellerie reden. Aber ich will doch sagen, dass wir hier insgesamt eine steuerpolitische Linie haben müssen, etwa, dass wir bei der Körperschaftsteuer einen Korridor einrichten müssen, der Chancengleichheit für den Industriestandort schafft, oder dass wir die Frage stellen, wie wir Steuerflucht in Europa besser vermeiden können. Ebendas sind die eigentlichen baden-württembergischen Anliegen bei der Steuerpolitik. So sehe ich das.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: kommunale Daseinsvorsorge. Wir als SPD sind zufrieden, dass eine Debatte über den Wert der öffentlichen, insbesondere der kommunalen Daseinsvorsorge in Gang gekommen ist. Auch hier im Landtag hatte diese Debatte ja Anfänge. Wir bekräftigen deshalb: Für öffentliche Dienstleistungen als Daseinsvorsorge muss mehr europäische Rechtssicherheit geschaffen werden. Sie dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung ausgesetzt werden.

Beispiel Wasser: Stuttgart betreibt den Rückkauf seines Wassernetzes. Die Zweckverbände im Land modernisieren ihre Anlagen vorbildlich. Ich finde, wir sollten schauen – das gilt für die Regierung und für die CDU; es gilt aber auch für alle anderen Parlamentarier; hier im Landtag sind wir uns einig –: Im Europabericht ist richtig beschrieben, dass wir in der Wasserversorgung einige Dinge ändern müssen, etwa dass wir beim Gesetz zur kommunalen Zusammenarbeit einbauen müssten, dass wir Private nicht mehr zulassen,

(Beifall bei der SPD)

dass wir beim Leitbild Wasser in der Philosophie, die wir haben, etwas ändern.

Ich höre andererseits, dass EU-Parlamentarier der CDU munter dabei sind, bei Zweckverbänden ausschreiben zu lassen – das ist deren Grundhaltung –, und ich lese und höre, dass die Bundestagsfraktion der CDU/CSU bei einer Novellierung des Vergaberechts durchgesetzt hat, dass hier eine Klarstellung zur interkommunalen Zusammenarbeit wieder herausgestrichen worden ist. So stellen wir uns einen kraftvollen Einsatz für die kommunale Daseinsvorsorge im Land nicht vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Was sollten die langen Linien unseres Europaengagements sein? Ich freue mich, dass man hier auch in eine Debatte, in einen Austausch mit dem Kollegen Müller gehen kann, der das auf seine Weise dargestellt hat. Ich will drei Punkte nennen.

Der erste Punkt ist die Partnerschaft in Europa für unser Land. Die Donau ist eine, ist unsere Chance. Die Reise des Europausschusses im vergangenen Jahr nach Bulgarien und Kroatien war eindrucklich. Wenn der Rhein die Gründungssachse der EU war, dann ist die Donau jetzt der Strom der Chancen unseres Kontinents, insbesondere für uns in Baden-Württemberg. Wir würdigen die Arbeit des Donaubüros ausdrücklich. Das Büro hat es verdient, dass seine Mitfinanzierung von Mitteln der Landesstiftung auf ordentliche Haushaltsmittel umgestellt wird. Entlang der Donau spielt sich Verbindendes ab. Für unser Land ist das die Chance, seine Stärken auszuspielen, nicht bloß das Land der Exporte zu sein, sondern ein Land des Wissenstransfers und des kulturellen Austauschs, nicht nur dort, aber auch dort, wo wir Geschäfte machen.

Zweitens: Bei den Fördermitteln gilt: Innovation vor Kohäsion. Das ist auch eine lange Linie. Mit der Lissabon-Strategie, unseren Kontinent zum führenden Kontinent des Wissens in der Welt zu machen, hat sich die EU darauf verständigt, auf Wissen und Innovation als die Zukunftschance des Kontinents in der Globalisierung zu setzen. Baden-Württemberg kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Jetzt kündigt sich in Brüssel ein neuer Ausschlag des Pendels an: ein Grünbuch zur Kohäsion. Der Hintergrund ist klar: Wer auf Innovation setzt, wird eher Ressourcen bündeln, muss Mittel konzentrieren. Da gibt es, vor allem bei den neuen Beitrittsländern, Befürchtungen.

Klar muss aber sein: Unser Land hat ein herausragendes Interesse, dass die EU ihre Lissabon-Strategie nicht nur fortsetzt, sondern endlich verstärkt. Wir sind in diesem Zusammenhang weiter besorgt, mit welcher Transparenz wir unsere Fördermittel verwenden. Wir meinen auch, dass das Wirtschaftsministerium gegenüber dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum einen weiteren Zuwachs an Aktivität bei Fördermitteln haben muss.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser FDP/  
DVP)

Wir brauchen auch mehr Transparenz darüber, wo wir Fördermittel möglicherweise nicht abgerufen haben. Darüber werden auch noch Debatten zu führen sein.

Meine Damen und Herren, dieses Land muss ein klares Bekenntnis dazu leisten, dass es das Land der Innovationen in Europa sein will. Ich glaube, dass die Förderanstrengungen des Landes in Brüssel nicht stark genug unterstützt werden können.

Die dritte lange Linie ist das Thema „Subsidiarität und Solidarität“. Kollege Müller hat es angesprochen, und zwar nicht zum ersten Mal. Klar ist: Dieses Land hat eigenständige Rechte und Pflichten, und diese wollen wir im Grundsatz und im Zeichen der Subsidiarität nutzen und aufrechterhalten.

Europa soll sich nicht überall einmischen. Das ist klar. Das ist ein wohlfeiles, ein selbstverständliches Argument. Wir kön-

(Peter Hofelich)

nen uns aber, wenn wir außerhalb des Parlamentssaals sind, in Europa nicht auf Dauer mit einer reinen Abwehrhaltung positionieren und profilieren oder diese provozieren. Das geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das macht auch niemand!)

Richtig verstandene Subsidiarität heißt auch, dass wir das, was wir gut selbst können, etwa z. B. unsere kommunale Selbstverwaltung, durchaus auch anderen anbieten – ohne es ihnen aufzudrängen – und sagen: Hier ist etwas, was wir können und wovon ihr vielleicht auch ein Stück lernen könnt. Richtig verstandene Subsidiarität heißt auch, dass wir von anderswo besser Entwickeltem – ich denke dabei etwa an Regeln gegen Diskriminierung – gern lernen und nicht sagen: Geht uns nichts an, ist hier nicht erfunden. Dafür die Mechanismen der europäischen Politik zu nutzen ist etwas, was uns gut anstehen würde und was nicht mit dem Hinweis auf die Subsidiarität erledigt ist. Wir brauchen eine Balance von Subsidiarität und Einmischung sowie auch Solidarität in Europa. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte, ohne zur Europawahl Stellung genommen zu haben, im Schlusssatz nur eines sagen, was dann doch ein Stück Europawahl ist: Unserem Land tut es gut, wenn wir sagen: Baden-Württemberg in Europa, stark und sozial.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Amerika kann man Reisen unter dem Motto „Europe in ten days“ buchen. Im Landtag heißt es: Europa in fünf Minuten.

(Beifall der Abg. Thomas Oelmayer und Brigitte Lösch GRÜNE)

Das zeigt, dass wir offensichtlich immer nur hervorheben, wie wichtig Europa ist, aber dann, wenn es zu einer Debatte über einen Bericht kommt – für den ich mich bei Ihnen, Herr Minister, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken möchte –, der sehr viele Seiten umfasst, für die Aussprache über diesen Bericht nur fünf Minuten Redezeit haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 15!)

– Nein. Es sind noch andere Themen unter diesem Tagesordnungspunkt aufgerufen, zu denen gesprochen werden muss.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das betrifft alles Europa! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

– Es geht jetzt um diesen Bericht. Es geht darum, welche Vision für Europa wir entwickeln wollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: In dieser Zeit hätte man einiges über Europa sagen können!)

Meine Damen und Herren, bei einer Umfrage vor wenigen Wochen ist ermittelt worden, dass nur 38 % der Menschen in Europa an der Europawahl teilnehmen wollen. Das zeigt: Europa ist in den Herzen und Köpfen der Menschen noch nicht angekommen. Dabei haben die Beschlüsse der EU – darauf wurde schon mehrfach hingewiesen – bis hin zu den Kommunen immensen Einfluss auf unser Zusammenleben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: 42 % bei Kommunalwahlen, das haben wir auch schon immer gehabt!)

Nehmen Sie als aktuelles Beispiel die Daseinsvorsorge, die Feinstaubrichtlinie oder auch den Lärmschutz. Dabei sehe ich die Feinstaubrichtlinie als Beispiel, wie man gute Dinge, die aus Brüssel kommen, so lange verwässert, bis sie bei den Menschen nur noch Aggressionen erzeugen oder von ihnen als etwas hingegenommen werden, was letztendlich gar nichts bewirkt. Dann heißt es wieder: „Schaut einmal, was aus Brüssel kommt!“ So darf man mit guten Vorschriften wie der Feinstaubrichtlinie wirklich nicht umgehen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiteres Problem – sicherlich das größte, das wir derzeit in Europa haben – ist: Der Vertrag von Lissabon ist noch immer nicht unterzeichnet. Dieser Vertrag ist eine wichtige Grundlage, damit es in Europa wieder vorangehen kann, damit es wieder einen Aufbruch geben kann.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wenn der Vertrag von Lissabon nicht umgesetzt wird, wird Europa in eine massive Krise stürzen.

Ein anderes Problem, weswegen Europa nicht vorankommt, ist, dass es kein Gesicht hat. Das ist aber für die Menschen wichtig. Die EU-Kommissare kennt niemand, die Ratspräsidenten wechseln ständig, und der Kommissionspräsident, der eigentlich die Aufgabe hätte, Europa als Vision darzustellen, wird letztendlich auch nur als jemand wahrgenommen, der sich nur im Klein-Klein verfängt und in den Mühen des Alltags untergeht.

Deswegen, meine Damen und Herren, muss man sich nicht wundern, dass Europa oft nur als bürokratisches Monster und nicht als eine Vision wahrgenommen wird. Die positiven Aspekte wie Friedenssicherung, Wegfall der Grenzkontrollen und eine gemeinsame Währung werden mittlerweile als etwas Selbstverständliches erachtet. Es stellt sich niemand mehr die Frage: Was können wir tun, um diesen Prozess noch weiter zu beschleunigen?

Ebenso trägt es natürlich zum schlechten Image der EU bei, wenn Europa, wie jetzt bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Genf, keine einheitliche Meinung vertritt. Wenn die EU in vielen Fragen mit so vielen Zungen spricht, wie sie Mitgliedsländer hat, kann Europa nicht attraktiv werden. So kann man die Menschen nicht für Europa gewinnen.

Ebenso negativ ist es, wenn man, wie die Frau Kanzlerin, einerseits auf den verschiedenen Klimagipfeln als „Klimaheilige“ auftritt, aber dann, wenn es zum Schwur kommt, wenn es darauf ankommt, die Erkenntnisse in aktive Politik umzusetzen, als „Scheinheilige“ durch Brüssel wandert. Dann entsteht doch bei den Menschen letztendlich der Eindruck: Aus

(Jürgen Walter)

Brüssel kommt wieder etwas, was die Arbeitsplätze gefährdet, was unsere Autoindustrie gefährdet. Dann fällt das Innovative im Klimaschutz – wenn wir mit Amerika mithalten wollen, haben wir gar keine andere Chance, als innovativ zu sein – wieder hinten herunter.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die CDU blickt über den Tellerrand hinaus!)

So wird Europa bei den Wählerinnen und Wählern nicht beliebter, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Müller, wir sind uns einig – auch der Kollege Hofelich hat darauf hingewiesen –: Subsidiarität ist ein wichtiges Thema, insbesondere auch für Baden-Württemberg. Aber nicht jedes Grünbuch, nicht jedes Weißbuch, das aus Brüssel kommt, sollte als Drohung und als Gefahr für die Subsidiarität aufgefasst werden. Sie erwecken damit immer den Eindruck, aus Brüssel komme etwas, was man abwehren muss, da komme wieder etwas Schlimmes auf uns zu.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hexe!)

Auch das wird Europa den Menschen nicht näherbringen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

Ebenso, meine Damen und Herren, ist es eine große Gefahr für Europa, wenn Pseudodemokraten wie Silvio Berlusconi in Europa ein wichtiges Wort mitreden. Es ist etwas anderes, wenn jemand aus einem neuen Mitgliedsland wie Tschechien solche Reden hält, als wenn dies der Ministerpräsident eines Gründungslands der EU tut. Erinnern Sie sich noch, welchen Aufstand es – meiner Ansicht nach zu Recht – in der EU gegen Haider gegeben hat? Aber verglichen mit der Machtfülle eines Berlusconi, hinter dem in vielen Fragen genau dasselbe Gedankengut steht, war Haider wirklich ein kleiner Burtsche.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Deswegen sind wir Demokraten alle aufgefordert, eine Stimme für die Demokratie und eine Stimme für Europa zu erheben, auch gegenüber einem Gründungsmitglied der EU.

Meine Damen und Herren, Europa war einst eine Vision: ein friedvolles Zusammenleben auf einem Kontinent, der sich jahrhundertlang in Kriegen zerstritten hatte. Es sollte ein Sieg sein für die Demokratie und gegen Diktatur und Despoten. Wir haben ein gemeinsames kulturelles Erbe. Auch dieses Thema, meine Damen und Herren, sollten wir wieder mehr in den Mittelpunkt unserer europapolitischen Diskussionen stellen. Denn jenseits aller ökonomischen Vorteile, die hier auch schon genannt wurden, hat Europa nicht nur einen Wert, sondern auch Werte zu verteidigen. Diese Botschaften, meine Damen und Herren, müssen wieder die Leitbilder für unsere europäischen Debatten werden. Dann erreichen wir auch wieder mehr Menschen damit, als wenn wir nur über Bodenschutzrichtlinien und andere Dinge reden.

Ich glaube, wenn uns das gelingt, Kollege Müller, dann werden die Menschen noch in vielen Jahren

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

die Europahymne spielen und singen, in Zeiten, in denen sich schon längst niemand mehr an die Bodenschutzrichtlinie und andere Kleinigkeiten erinnern wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Man muss sich auch um solche Kleinigkeiten kümmern!)

– Wir müssen uns auch um die Mühen des Alltags kümmern, Herr Kollege Blenke.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich danke für die Erwähnung!)

Aber wir dürfen darüber hinaus nicht vergessen, welche Vision Europa darstellen kann, ja darstellen muss. Das ist eigentlich unsere wichtigste Aufgabe. Dann werden – da bin ich mir sicher – auch mehr Menschen zur Wahl gehen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das machen bei uns mehr als bei den Grünen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Als weiterer Redner für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Oelmayer das Wort.

Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Wie die Fraktionen diese 15 Minuten einteilen, ist nicht Aufgabe des Präsidiums, sondern Aufgabe der jeweiligen Fraktion.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Den Letzten beißen die Hunde!)

Bitte, Herr Kollege Oelmayer.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema Donau – das ist klar – rede ich. Warum rede gerade ich dazu? Weil ich das authentisch tun kann, weil ich von der Donau komme. Als Ulmer habe ich tagtäglich die Donau vor Augen und sehe auch das europapolitische Projekt, das sich damit verbindet.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nabada!)

– Kollege Kluck, das gilt auch für Sie. Es wäre gut, wenn Sie manchmal an der Donau wären.

Etwas Erstaunliches und Außergewöhnliches ist passiert: Die regionale und die städtische Ebene in Ulm haben in den vergangenen Jahren ein richtiges europäisches Projekt entwickelt, nämlich das Donaufest mit bis zu 300 000 Besuchern. Das ist ein richtiges Event, das, denke ich, auch Europapolitik ganz konkret werden lässt, an dem sich die Menschen beteiligen und Europa in Ulm und an der Donau entlang ganz konkret erfahren können.

Ein weiterer Grund, warum sich das Donauprojekt gut entwickelt hat, ist der geschichtliche Hintergrund. Es gibt die Donauschwaben, die an der Donau entlang von Ulm bis zum Delta der Donau ausgewandert sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt aus unserer Sicht ist, dass dieser Strom jetzt zahlreiche europäische Länder verbindet. Seit die EU 27 Länder umfasst, ist es der Strom in Europa schlechthin. Auch deswegen tun wir gut daran, diese europäische Perspektive entlang der Donau weiter zu betreiben.

(Thomas Oelmayer)

Das Thema Donaustrategie ist dankenswerterweise, Herr Minister Reinhart, durchaus in aller Munde, auch im Munde der Landesregierung, und wird erfreulicherweise auch von der Landesregierung, wie ich es hier gerade vortrage, 1 : 1 mitgetragen. Das ist erfreulich. Das kann man nicht bei allen Projekten sagen, aber bei der Donaustrategie ist das der Fall. Da gilt Ihnen auch der Dank unserer Fraktion dafür, dass die Landesregierung dieses Projekt fördert. Das kam bei den Konferenzen, die in den Jahren 2006 und 2008 in Brüssel stattgefunden haben, zum Ausdruck, und es kommt auch in der umfangreichen Antwort zum Ausdruck, die wir auf unsere Große Anfrage erhalten haben, die der damalige Minister im Staatsministerium – Herr Minister, sehen Sie es mir nach – und jetzige Finanzminister unterschrieben hat.

Daraus muss sich auch die Perspektive für diese Donaustrategie entwickeln: Wenn wir im Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg europapolitisch entlang der Donau tätig sein wollen und die Landesregierung dies trägt und dies auch will, dann brauchen wir – ein Kollege von den Sozialdemokraten hat das vorhin gesagt; welcher, weiß ich nicht mehr genau –

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Die sind halt nicht so markant, dass man sie sich merken kann! Das geht mir auch so, dass ich das vergesse!)

eine institutionalisierte Förderung dieser Donaustrategie. Ich bin der Auffassung, dass sich im Staatsministerium – sprich im „Außenministerium“ unseres Landes – auch ein Portfolio, eine kleine Kasse wird finden müssen, damit wir dieses Projekt dauerhaft und nicht immer nur partiell und zeitlich beschränkt mit Landesstiftungsmitteln fördern können.

Eine konkret erfahrbare europäische Perspektive entlang der Donau ist die Zielsetzung, die sich hinter der Donaustrategie verbirgt. Ich bin der Auffassung, dass die Landesregierung dabei den richtigen Weg geht. Wenn sie dies auch materiell mitträgt, dann haben wir für die Menschen in den Ländern, die die Donau durchfließt, richtige europapolitische Perspektiven.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Schon wieder! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Tag des Theurer!)

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Der ungarische Schriftsteller György Konrád hat einmal geschrieben: „Von mir, der Donau, kannst du die Lektionen des ewigen Lebens lernen.“

(Zurufe: Oi! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: War das nicht ein Ökosozialist?)

Ganz so pathetisch wollen wir die Diskussion über den Donauroum und über die Europapolitik insgesamt nicht angehen. Die Maßnahmen, die die Landesregierung auf 135 Seiten aufgelistet hat, sind auch nicht jenseitig, sondern diesseitig und voll gespickt mit konkreten Initiativen, mit einem Arbeitspro-

gramm, das sich in der Tat sehen lassen kann und das auch unterstreicht, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg europäisch aufgestellt ist und einen weiten Horizont und eine europäische und darüber hinaus auch globale Perspektive hat.

(Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Im Europabericht der Landesregierung sind die wesentlichen Politikfelder für Baden-Württemberg angesprochen: Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Landwirtschaft und ländlicher Raum und hier natürlich auch die Verwendung der entsprechenden EU-Fördermitteltöpfe, die vom Land – das wird man an dieser Stelle sagen können – optimal genutzt werden.

(Unruhe)

Die Bundesrepublik Deutschland trug im Jahr 2007 mit insgesamt 21,7 Milliarden € maßgeblich zur Finanzierung des europäischen Haushalts bei. Immerhin 12,5 Milliarden € sind nach Deutschland zurückgeflossen. Im Jahr 2007 waren das für das Land Baden-Württemberg 632 Millionen €, von denen der größte Anteil, nämlich 509 Millionen €, in den Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum, in den Bereich der Landwirtschaft geflossen ist.

Dies an dieser Stelle kurz zu erwähnen bedeutet auch, klarzumachen, dass wir durchaus in verschiedensten Bereichen der landespolitischen Aktivität auf diese europäischen Förderprogramme und -mittel zurückgreifen können. Europapolitik ist für uns aber wesentlich mehr als nur das Rechnen in Fördertöpfen, sondern wir sehen die Einbindung Baden-Württembergs in die Europäische Union zuallererst mit den Vorteilen, die die gute Nachbarschaft mit unseren europäischen Nachbarn gebracht hat, nämlich den offenen Grenzen, die mittlerweile erreicht wurden, von denen wir als Grenzland in besonderem Maße profitieren. Man kann und sollte über Europa nicht sprechen, ohne diese großartige historische Leistung an dieser Stelle zu erwähnen.

Die Friedensfunktion verlieren wir allzu gern aus dem Auge. Wenn wir uns weltweit die Situation anschauen, wenn wir uns die Nachrichten vor Augen führen, die wir jeden Tag aus anderen Regionen der Welt erfahren, in denen noch immer bewaffnete militärische Konflikte um Grenzfragen geführt werden, dann können wir gar nicht hoch genug einschätzen, dass das in der Europäischen Union endgültig der Vergangenheit angehört.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns dies gerade in der jetzigen Zeit auch nach außen tragen. Dann war Europa nicht nur eine Vision, Herr Kollege Walter, sondern dann ist Europa eine Vision,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

die nicht nur für uns, sondern auch für andere Regionen in der Welt eine Vorbildfunktion ausüben kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Forschungsrahmenprogramm ist ein ganz wesentlicher Anteil des Lissabon-Programms enthalten. Dieses Lissabon-Programm hat in den

(Michael Theurer)

vergangenen Jahren das Handeln der EU bestimmt. Es soll dazu führen, dass die EU weltweit zum stärksten, wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum wird. In den vergangenen neun Jahren konnte dies leider noch nicht in dem ursprünglich geplanten Umfang erreicht werden. Das liegt allerdings nicht an Baden-Württemberg. Baden-Württemberg überschreitet alle in der Lissabon-Strategie vorgegebenen Zielmarken. Damit trägt Baden-Württemberg als Innovations- und Wachstumsregion viel zum Erreichen der Lissabon-Ziele bei.

An dieser Stelle möchte ich den Small Business Act der Europäischen Union erwähnen. Dies ist eine lobenswerte Initiative, die Baden-Württemberg besonders zugutekommt. Von Vertretern der Landesregierung wurde bekanntlich immer wieder eingefordert, die Europäische Union solle sich nicht nur um große Konzerne bemühen, sondern eben auch um die kleinen und mittleren Unternehmen, die insbesondere in Baden-Württemberg, aber auch in anderen europäischen Mitgliedsstaaten für die Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ganz besonders wichtig sind. In Baden-Württemberg sind immerhin 99,4 % der rund 430 000 Unternehmen zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen zu rechnen.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass in diesem Jahr in Baden-Württemberg eine ganze Reihe von Initiativen stattfinden werden. Im Europabericht für die Jahre 2007 und 2008 kommt auch zum Ausdruck, dass beispielsweise die Clusterpolitik von der EU massiv unterstützt wird. Vor Kurzem konnte das Wirtschaftsministerium den neuen Clusteratlas zur Verfügung stellen, in dem die Netzwerke von Unternehmen – if it's not a sector, it's a cluster – dargestellt werden. Wir meinen, dass sehr große Chancen in der Verknüpfung der Unternehmen über diese europäischen Netzwerke liegen und dass wir gut beraten sind, diese Programme auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Wir befinden uns im europäischen Jahr der Kreativität und Innovation, und Baden-Württemberg wird Gastgeber des Creativity World Forums im Jahr 2009 sein. Die Kreativitätsindustrie ist ein besonderes Standbein als Standortfaktor und vor allem eine Zukunftstechnologie für Baden-Württemberg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ludwigsburg!)

Ich danke an dieser Stelle dem Wirtschaftsministerium, das federführend mit der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg in der Metropolregion Stuttgart mit den Standorten Ludwigsburg und Stuttgart ein umfangreiches Programm auf die Beine gestellt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ludwigsburg!)

Wenn man über Europa und den Europabericht spricht, muss man aber auch ein kritisches Wort zur Gesetzgebungsmaschinerie sagen, die auf europäischer Ebene in Gang gekommen ist. Aus einer Untersuchung des Bundesjustizministeriums für die Jahre 1998 bis 2004 geht hervor, dass rund 84 % der Gesetze des Deutschen Bundestags – das gilt im übertragenen Sinne sicherlich auch für uns im Landtag von Baden-Württemberg – mittelbar oder unmittelbar ihren Ursprung in einer Brüsseler Entscheidung haben.

Wenn man sich das vor Augen führt, so zeigt sich, dass wir, auch auf Initiative der FDP/DVP-Fraktion, gut beraten gewesen sind, hier im Landtag einen eigenständigen Europaausschuss einzurichten, der sich gezielt und frühzeitig mit diesen Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene beschäftigt. Es ist ja das erste Mal, dass wir an dieser Stelle einen Europabericht diskutieren und auf die Begleitung im Europaausschuss zurückblicken können. Ich möchte für meine Fraktion erklären, dass wir die Arbeit des Europaausschusses hoch einschätzen. Wir halten es für richtig, dass der Landtag einen eigenständigen Europaausschuss eingerichtet hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist auch unser Ausschuss! Den haben wir beantragt!)

Eine ganze Reihe von Fragen sind hier frühzeitig diskutiert worden, noch bevor auf Brüsseler Ebene eine Entscheidung gefällt wurde, sodass man noch Einfluss nehmen konnte. Ich nenne nur die CO<sub>2</sub>-Höchstgrenzen für Pkws. Im ursprünglichen Entwurf der Kommission waren Rahmenbedingungen enthalten, die unsere Industrie sehr negativ beeinflusst hätten. Ich nenne auch die Weinmarktordnung, die unsere Winzer nachteilig berührt hätte,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bodenschutzrichtlinie!)

oder auch, Kollege Blenke, die Bodenschutzrichtlinie, bei der wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg klar positioniert und gesagt haben: Nicht alles, was man regeln kann, muss von Europa geregelt werden. Wir stehen für ein Europa der Bürgernähe, der Subsidiarität, das sich eben nicht regulierend in alle Lebensbereiche einmischt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg will eine aktive Rolle spielen. Wir wollen an dieser Stelle auch noch die Bemühungen um den Donaunraum positiv erwähnen. Das ist ein richtungweisendes Netzwerk, das aufgrund kommunaler Initiative entstanden ist und nun vom Land unterstützt wird. Es weitet den Blick in Richtung Südost- und Mitteleuropa. An dieser Stelle rege ich an, Ulm als Leuchtturm in diesem Donaunetzwerk zu einem Kompetenzzentrum für Südost- und Mitteleuropa auszubauen.

Ich meine, dass wir den Donaunraum weit interpretieren sollten. Denn man kommt über die Donau auch an das Schwarze Meer. Damit gerät auch der Brückenschlag über den Bosphorus in den Blick, sodass über die Donaukooperation vielleicht auch eine Brücke zwischen dem christlichen Abendland und dem muslimischen Morgenland geschlagen werden kann.

Ich gehöre zu denjenigen, die fest davon überzeugt sind, dass Europa mehr ist als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist eine Wertegemeinschaft. In Europa sind Menschen zusammengekommen, die fest davon überzeugt sind, dass es nicht zum „Clash der Zivilisationen“ kommen muss, sondern dass es möglich ist, das, was in unserem Grundgesetz steht, umzusetzen, dass nämlich alle Menschen – gleichgültig, welcher Herkunft, welcher Rasse und welcher Religion – in Toleranz miteinander leben können.

Wenn wir von diesen Werten nicht mehr überzeugt sind, haben wir verloren. Wir haben aber nicht verloren. Ich glaube, dass genau diese Grundwerte – Freiheit, Demokratie, Toleranz und Menschenrechte – auch der Schlüssel für die Über-

(Michael Theurer)

windung der Konflikte sind, die wir in anderen Teilen der Welt haben. Ich glaube, es lohnt sich, an dieser Stelle für diese Vision Europa zu arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Reinhart das Wort. Ich will nur noch darauf hinweisen, dass beide Minister, die für die Landesregierung sprechen, nach der Regelung während des Probelaufs der neuen Geschäftsordnung eine Redezeit von zusammen 30 Minuten haben. Diese Zeit muss nicht ausgeschöpft werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Ich sage das nur, damit Sie ein bisschen darauf achten – nicht dass ich den Fraktionen wieder zusätzliche Redezeiten geben muss.

Bitte, Herr Minister.

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst sage ich allen beteiligten Fraktionen herzlichen Dank für ihre Ausführungen. Ich glaube, es ist deutlich geworden: Europa ist mehr als ein Ort. Europa ist eine Idee.

Wenn Kennedy zitiert wurde, der einmal gesagt hat: „Es gibt wenig, was wir erreichen, wenn wir uneinig sind, aber vieles, was wir erreichen können, wenn wir einig sind“, dann möchte ich das auf die Arbeit der Fraktionen hier übertragen. Wir sind uns beim Thema Europa einig. Das ist mit ein Beitrag dazu, dass wir in Europa gemeinsam stark sind. Damit sind wir auf der Berliner Ebene auch eines der führenden Bundesländer, was die Europapolitik angeht. Deshalb danke ich an dieser Stelle allen beteiligten Ausschüssen herzlich.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben im Europabericht Themen, die einen weiten Bogen spannen. Ich freue mich, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen bei den Mitarbeitern bedankt haben, die den Europabericht erstellt haben. Dieser Bericht ist ein exzellentes Kompendium. Ich möchte diesen Dank weitergeben. Die Mitarbeiter sind, wie wir auch, mit Dank unbegrenzt belastbar.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Aber ich darf Ihnen auch in aller Ernsthaftigkeit sagen: Der Bericht ist ein Kompendium, das hoch anerkannt ist und das die vielen Facetten unserer Politik international, aber auch europaweit und grenzüberschreitend darstellt.

Meine Damen und Herren, gerade im Jahr 2009 will ich in diesem Zusammenhang nochmals vorausschicken: Wir befinden uns in der Tat in einem Jubiläumsjahr. Wir feiern am 23. Mai das 60-jährige Bestehen des Grundgesetzes. In der Präambel des Grundgesetzes steht das, was uns alle leitet, nämlich ein wiedervereinigtes Deutschland in einem geeinten Europa. Das ist im Grunde der Leitstern. Vor wenigen Tagen

wurde in Kehl und Baden-Baden das NATO-Jubiläum – 60 Jahre – gefeiert. Heute wurde über den NATO-Gipfel bereits eine Aktuelle Debatte geführt. Wir begehen in diesem Jahr das 60-jährige Bestehen des Europarats und erinnern an den Mauerfall, der vor 20 Jahren erfolgte.

All das zeigt, dass wir Europäer, die wir zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch 20 % der Weltbevölkerung ausmachten, jetzt nur noch 12 % ausmachen und im Jahr 2050 nur noch 4 % ausmachen werden, in einer Zeit der Globalisierung, in einer Zeit, in der wir über eine Finanzkrise diskutieren, erst recht gefordert sind, zusammenzustehen und die Dimension Europas im Auge zu behalten, weil solche Herausforderungen nicht mehr allein national, sondern nur noch international gelöst werden können. Deshalb danke ich allen, die ihre Ausführungen auch in diesen Kontext gestellt haben.

Die Krise ist in jedem Winkel dieser Erde angekommen. Nun hat man mit der Regulierung der Ratingagenturen – ich war gestern in Brüssel – große Pläne, woran sich auch die Bundesregierung und die Länder beteiligen. Das zeigt, dass man übereinstimmend der Meinung ist, dass neue Mechanismen und Regulierungen erforderlich sind.

Das zeigt, dass es Themen gibt, für die der Nationalstaat zu klein geworden ist. Dafür brauchen wir Europa. Es gibt aber auch Themen – das will ich sagen, Herr Kollege Hofelich –, bei denen wir die Länder, die Regionen und die Kommunen brauchen. Nicht alles in Europa ist eine Sache für Europa. Das müssen wir immer wieder in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Peter Hofelich SPD: Das ist unbestritten!)

Dafür will ich allen Rednern danken. Sie haben zu Recht die Daseinsvorsorge angesprochen. Wir waren diejenigen, die das beim Lissabon-Prozess thematisiert haben, die federführend daran mitgewirkt haben, dass die kommunale Selbstverwaltung – was nicht in jeder Nation selbstverständlich ist – ein Wert an sich ist und in Europa geschützt werden muss und deshalb in den Verfassungsvertrag gehört. Deshalb muss auch der Grundsatz der Subsidiarität gelten.

In diesem Jahr stehen Europawahlen an. Ich finde, wir hätten keinen besseren Zeitpunkt finden können, um über den Europabericht zu diskutieren, und zwar gerade in einer Zeit, in der ein Parlament, das für 500 Millionen Menschen Mitverantwortung trägt, eine starke Stimme braucht und auch hat.

Wir tun sehr viel dafür, auch seitens des Landes. Der Erfolg gibt uns recht. Im Jahr 2004 lagen wir in Baden-Württemberg bei einer Wahlbeteiligung von 53 %, während bundesweit nur 43 % der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben.

Im historischen Zusammenhang ist deutlich geworden, weshalb wir das brauchen. Die große Friedensrendite allein ist Grund genug, sich auch heute für dieses gemeinsame Europa einzusetzen und dazu zu bekennen. Wenn rundherum Kriege stattfinden, dann kann man nur an die schon früher oft zitierten Erzengel erinnern, die am Tor Europas standen, nämlich der Erzengel des Friedens – nie wieder Krieg! – und der Erzengel der Freiheit – nie wieder Knechtschaft!

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Das heißt, wir brauchen allein aufgrund dieser großen Themen dieses Europa. Zu Recht wurden auch die Themen Klimaschutz, Energieversorgungssicherheit, die Bewältigung der Krise und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft angesprochen. Hierbei kommen wir nur mit Europa gemeinsam voran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wäre Baden-Württemberg einer der 27 EU-Staaten, wäre Baden-Württemberg das zehntgrößte Land im Hinblick auf die Bevölkerungszahl. Betrachten wir Baden-Württemberg allein, so stehen wir in der EU der 27 an achter Stelle hinsichtlich der Wirtschaftskraft und hinsichtlich des Innovationsindexes sogar an erster Stelle.

Herr Kollege Theurer hat das Jahr der Kreativität und Innovation angesprochen. Gestern hat die MFG, die wir aufseiten der Medien im Bereich IT begleiten, in Brüssel Projekte präsentiert. Mit einem Exportanteil von 151 Milliarden €, den wir auch im vergangenen Jahr wieder gesteigert haben, ist Baden-Württemberg ein klassisches Exportland. Mit einem Umfang von 60 %, der allein in die EU-Staaten geht, sind wir auch beim Exportanteil in Bezug auf die EU ganz vorn. Das heißt, jeder dritte Arbeitsplatz ist dem Handel innerhalb der Europäischen Union zu verdanken. Deshalb sind wir als Exportland, als Ankerland besonders darauf angewiesen, dass der Binnenmarkt funktioniert.

Wir sind aber auch Ankerland unter den deutschen Bundesländern. Ich habe den Vorsitz des EU-Ausschusses des Bundesrats inne. Am 1. Juli 2009 werde ich den Vorsitz der Europaministerkonferenz der 16 Länder übernehmen.

(Oh-Rufe von SPD)

Ich bitte Sie darum, dass wir all die Ideen, die hier angesprochen wurden, auch in einem solchen Jahr einbringen und unterstützen, dass die Landesregierung in diesem Zusammenhang sehr aktiv sein kann. Dazu wird natürlich auch die Europaministerkonferenz zählen. Sie ist einfach eine weitere wichtige Institution zur Artikulierung europäischer Anliegen.

Die Bilanz der Landesregierung haben Sie dem Europabericht entnommen. In allen Bereichen – ich möchte das hier auch für die Ressorts sagen: Justiz, Wirtschaft, Sozial- und Umweltpolitik – haben wir uns eingebracht und eingemischt.

Es wurde der Lissabon-Vertrag angesprochen. Er ist von Baden-Württemberg aktiv mit geprägt worden. Wir sind da auch nicht auf einem regionalen oder kommunalen Auge blind. Wir wollen die Stärkung der Länder auch gegenüber der Bundesregierung. Das will ich hier deutlich sagen. Ich war selbst in die Verhandlungen eingebunden, auch in die Gespräche mit dem Bundesaußenministerium. Wir haben auch eigene Hoheiten, bei denen wir sprechfähig sind. Wir haben verfassungsrechtlich gesicherte Hoheiten – Medien, Kultur und Bildung, um nur einige zu nennen –, bei denen die Länder in Brüssel und gegenüber der Europäischen Union selbstständig auftreten.

Ich will hier auch bewusst zur Forderung nach einem Referendum sagen, die teilweise erhoben wird: Auch wenn in

Deutschland teilweise populistisch die Forderung nach einem Referendum über diesen Vertrag erhoben wird, sage ich hier deutlich Nein dazu. Wir haben eine repräsentative Demokratie, und wir sollten nicht in Populismus verfallen, wenn es um Europa geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das sagt er an die Adresse der CSU! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht nur!)

Auch das gehört zur Vollständigkeit dazu.

Ich teile alle Ausführungen, die hier gemacht wurden, bei denen man sagen muss: Es ist wichtig, dass wir uns auch in Europa einbringen. Ja, wir haben uns erfolgreich eingebracht. Ich erwähne den CO<sub>2</sub>-Kompromiss, bei dem wir in der Tat für unser Land Erfolg hatten. Das machen wir nicht nur für die Premiumklassen der Pkws, denn diese Autos, die in Baden-Württemberg produziert werden, sind Wachstums-, aber auch Innovationstreiber für die gesamte Automobilindustrie. Deshalb ist es wichtig, dass man auch dort mit vernünftigen Kompromissen vorankommt. Das ist gelungen. Dank an alle, die hier mitgeholfen haben.

Des Weiteren wurden die EU-Fördermittel angesprochen. In der Tat gab es einen Rückfluss von über 630 Millionen €.

Zur Donaustrategie: Diese Strategie ist eine Idee made in Baden-Württemberg. Das will ich schon sagen. Heute Morgen hat im AdR in Brüssel eine neu eingerichtete Gruppe getagt. Ich glaube, wenn es die Donaustrategie nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Wir haben mittlerweile enorm viel getan und bauen das ständig aus. Ich will hier einmal die gemischten Kommissionen anführen. Es gibt mittlerweile fünf gemischte Kommissionen, in denen ganz konkret zusammengearbeitet wird.

Ich möchte allen Rednern, die das hier angesprochen haben, danken; denn das ist wirklich eine wichtige, gemeinsame Initiative, die in die Zukunft wirkt, die uns auch wichtige Verbündete schafft und bringt und bei der wir mittlerweile mit Bulgarien, mit Rumänien, mit Ungarn, mit Kroatien und jetzt neu auch mit Serbien ganz konkrete Begegnungen und Projekte in Wissenschaft, Kultur und Bildung haben, aber auch in der Wirtschaft, in der Verwaltung und in der Politik Freunde und Verbündete gefunden haben. Das zahlt sich also schon jetzt aus. Ich werde gern noch darauf eingehen. Das ist eine Strategie, über die in Brüssel mittlerweile gesprochen wird.

Ich hatte kürzlich zusammen mit dem Ministerpräsidenten ein Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Barroso. Auch ihm war die Donaustrategie bekannt. Auch die Kommission unterstützt sie mittlerweile. Wir wollen eigentlich über den Mittelmeerunionsraum hinaus, über Ostseeverbindungen hinaus auch die Entwicklungsachse von Ulm – Herr Kollege Oelmayer – bis zum Schwarzen Meer – eben diesen Donaunraum – als Förderregion sehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bis nach Vorderasien!)

Deshalb werden wir bereits am 6. Mai einen Donaugipfel einberufen, der übrigens in Ulm stattfindet.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Dort werden wir uns mit genau diesen Themen befassen, die im Grunde genommen schon jetzt eine große Zusage und Anerkennung gefunden haben, gerade im Hinblick auf die Arbeit entlang der Donau.

Meine Damen und Herren, wir haben aktuell, vor wenigen Tagen, vor 500 Gästen in Brüssel eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorgestellt, nämlich die Metropolregion am Oberrhein. Sie ist ein voller Erfolg. Auch Vizepräsident Verheugen hat an dieser Veranstaltung teilgenommen. Dieses Engagement des Raumes für eine Trinationalität ist mittlerweile ein Aspekt, der großen Respekt schafft, und zwar auch in den europäischen Institutionen.

Aber die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist breiter; sie geht weiter. Wir haben schöne Projektbeispiele – übrigens auch bei den „Vier Motoren“ für Europa und bei der Internationalen Bodenseekonferenz –, aber auch viele Botschafterkontakte. Wir von der Landesregierung her unternehmen auch Auslandsbesuche. Ich danke auch allen Ausschüssen und Abgeordneten, die diese Kontakte bei diesen Reisen innerhalb Europas vertiefen und verbessern. Dazu gehören übrigens auch die kommunalen Partnerschaften und Städtepartnerschaften. Denn nur dort, wo sich die Menschen begegnen, werden wir Europa weiterbringen, nicht nur mit Papier und Formularen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gibt es Defizite – wir haben das angemahnt –, z. B. auch die Forderung nach einem Abbau bürokratischer Lasten. Wir fordern einen unabhängigen „Normen-TÜV“. Ich werde in wenigen Wochen ein Gespräch mit Dr. Ludewig in Berlin haben, der den Normenkontrollrat leitet. Was wir in Baden-Württemberg schon 2004 begonnen haben, was 2005 vom Bund übernommen wurde, muss auch in Europa umgesetzt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stoiber-Gruppe!)

– Ja, auch die Stoiber-Gruppe ist erfolgreich unterwegs. Es gab in der Öffentlichkeit eine Meldung, die so nie getätigt wurde. Die High-Level-Group um Stoiber hat schon manchen Erfolg im Hinblick auf den Bürokratieabbau durchgesetzt.

(Zuruf)

– Beispielsweise, dass die kleinen und mittleren Unternehmen – Herr Kollege Schmiedel, hier wurde der Small Business Act angesprochen. Dass wir die Bilanzierungspflichten hochsetzen, ist u. a. ein Erfolg –

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ab 50 000 € müssen sie zukünftig zwei Bilanzen machen! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin, wenn Sie etwas sagen wollen, melden Sie sich doch bitte zu Wort.

Wollen Sie eine Frage stellen? – Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Fauser?

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart:** Ja, selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Reinhart, wissen Sie, dass zukünftig üblicherweise Firmen mit mehr als 50 000 € Gewinn – den sollte ein gesundes Handwerksunternehmen haben, sonst kann es sich keinen Lkw kaufen – zwei Bilanzen machen müssen? Die kleinen Unternehmen – der Staat will ja Einnahmen und braucht diese auch – müssen nach wie vor nur eine Bilanz erstellen. Für die kleinen Unternehmen ändert sich nur unwesentlich etwas, wenn wir eine einfache Einnahmeüberschussrechnung haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es mit den Steuern aus!)

Darüber hinaus werde ich gern nachher noch ausführen, wo die Belastungen liegen. Vielleicht können Sie mir sagen, was sonst noch im Sinne einer Entbürokratisierung getan wurde.

Danke.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das war eine Klatsche! – Zuruf: Das wird aber schwer!)

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart:** Das wird überhaupt nicht schwer, im Gegenteil. Zunächst einmal habe ich die Vorschläge angesprochen, die die Stoiber-Gruppe als High-Level-Group jetzt der EU unterbreitet hat.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ach so, Vorschläge!)

Wenn diese Vorschläge, die die Gruppe unterbreitet, umgesetzt werden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe gedacht, der ist mächtig!)

dann bedeutet das Entlastungen, die im Milliardenbereich liegen. Das betrifft die Gesundheit, das betrifft die Verbraucher, das betrifft vor allem auch die Besteuerung. Dass wir Handels- und Steuerbilanzen haben, dass wir Einnahmeüberschussrechnungen haben, wissen wir ja. Das haben wir schon vor 20 Jahren gemacht, auch vor der Zeit einer Stoiber-Gruppe.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wie war das mit der halben Stunde Redezeit?)

Man sollte jetzt nicht all diese Dinge, die man national beklagt, nur auf Europa abladen. Es besteht nämlich manchmal die Gefahr, dass wir negative Punkte auf Europa abschieben, obwohl sie auf nationaler Ebene schon seit Jahrzehnten bestehen. Das verdrießt Europa auch. Das muss man in diesem Zusammenhang dazusagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir lassen Ihnen die Vorschläge der Stoiber-Gruppe zur Entbürokratisierung zukommen, sodass Sie mithelfen können, dass diese Vorschläge auch umgesetzt werden können. Dazu will ich Ihnen sagen: Wir brauchen viel weiter gehende Vorschläge. Ich hatte selbst ein Gespräch mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, das auch in Brüssel ein Büro hat.

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Wir unterstützen die dort eingebrachten Vorschläge auch auf der europäischen Ebene, weil gerade die kleinen und mittleren Unternehmen unserer Fürsorge bedürfen. Man darf hier schon einmal sagen, dass Kommissar Verheugen ebenfalls genau in dieser Richtung Vorschläge unterbreitet hat. Das heißt, das Thema Bürokratieentlastung wird eine Daueraufgabe sein, bei der wir alle gefordert sind.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart:** Ja, selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Herr Minister, können Sie uns kurz erklären, was „Bilanzierungsmodernisierungsgesetz“ überhaupt bedeutet?

(Heiterkeit)

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart:** Sie werden die gesamte Lektüre, übrigens auch die Stellungnahme des Bundesrats, von uns übermittelt bekommen. Ich empfehle, dass wir uns danach über jeden Punkt einzeln unterhalten. Denn ich glaube, dass ich das Plenum bei einer Redezeit von insgesamt 17 Minuten, von denen mir jetzt nur noch zwei Minuten verbleiben, überfordern würde, wenn wir uns jetzt Stunden über das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz unterhalten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie hätten gleich sagen können: „Das reichen wir Ihnen schriftlich nach“! – Zurufe – Unruhe)

Ich will Ihnen sagen, dass uns gerade die Frage, wie die Subsidiarität gewahrt werden kann, wichtig ist, und schließe mich hier ausdrücklich der sehr engagierten Arbeit des Europaausschusses und unseres Parlaments an. Ich finde, was die Kolleginnen und Kollegen hier zur Bodenschutzrichtlinie, zum Grünbuch „Städtischer Verkehr“ oder auch zur Antidiskriminierungsrichtlinie gesagt haben, verdient Unterstützung. Subsidiarität ist selbstverständlich nicht nur ein Abwehrbegriff. Sie ist auch ein Gestaltungselement. Da gibt es auch Vor- teile.

Deshalb meine ich: Es ist ganz wichtig, dass wir die Harmonisierungsvorschläge im Verbraucherrecht ins Auge fassen. Sie sind nicht völlig abzulehnen, da sie auch Rechtssicherheit bringen. Sie dürfen aber auch unsere hohen Verbraucherschutzstandards nicht absenken. Die Lösung ist eher, den Vorschlag der Kommission so abzuändern, dass man beiden Belangen Rechnung trägt, nämlich indem man nur Mindeststandards festlegt. Es war z. B. gestern auch ein Thema in Brüssel, dass gerade beim Verbraucherschutz von manchen Ländern die Vollharmonisierung angestrebt wird. Das halte ich für falsch. Ich finde, Europa darf nur einen Mindeststandard setzen, damit ein Spielraum für die einzelnen Nationen bleibt, die sich dann darum kümmern, was man auf diesen Mindeststandard eventuell draufsetzt, oder die beschließen können,

die Spielräume beizubehalten – das betrifft z. B. Gesetze wie das Haustürwiderrufgesetz und andere mehr.

Von meinen Vorrednern sind viele Themen angesprochen worden. Ein Stichwort war: gerade bei der Erweiterung nicht überfordern. Diese Meinung teile ich. Ich will aber hinzufügen, dass ich gerade die vom Kollegen Müller angesprochenen Themen und die von ihm erhobenen Forderungen – Herr Kollege Blenke hat sich in ähnlicher Weise geäußert – ganz und gar unterstütze.

Herr Hofelich, wir sind uns ja bei den meisten Themen einig. Sie haben allerdings gemeint, es fehlten ein geistiges Muster und eine Vision. Ich glaube, wir haben schon vor 60 Jahren die Vision gehabt, die Adenauer zum Ausdruck brachte:

*Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.*

Wenn ich darauf aufbaue, dann frage ich Sie: Hätten Sie zum Zeitpunkt der ersten Direktwahl 1979 gedacht, dass wir heute da stehen würden, wo wir stehen, dass wir mit Europa so weit vorangekommen sein würden?

Die Vision muss weiterhin lauten, dass Europa mehr ist als eine Freihandelszone, nämlich dass es eine Wertegemeinschaft ist. Das wurde von vielen angesprochen. Diese Werte beginnen bei dem Geist der Griechen, diese Werte umfassen das Römische Recht, und sie beinhalten auch den auf das Judentum zurückgehenden Glauben an den einen Gott. Diese Werte bedeuten aber auch den Geist der Aufklärung; sie wurden verkörpert von unseren Dichtern und Denkern, und sie sind die Grundlage für das, was Europa heute ausmacht, was uns verbindet und was damit die Brücke darstellt. Deshalb teile ich nicht ganz die Intention des Kollegen Theurer, so locker in den asiatischen Raum vorzudringen. Immer wieder wird die Frage gestellt: Wo sind die Grenzen von Europa? Ich meine, die Grenzen von Europa sind dort, wo die Gemeinschaft der Werte und der Übereinstimmungen endet. Auch das müssen wir klar und ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit wir in den vorgesehenen zeitlichen Grenzen bleiben,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir haben Zeit!)

möchte ich die 30 Minuten Redezeit nicht ausschöpfen. Ich möchte mich bei allen bedanken: zunächst einmal bei den Kolleginnen und Kollegen für die engagierte Zusammenarbeit. Ich glaube, es lohnt gerade in diesen Tagen, in diesen Zeiten, sich für dieses Europa zu engagieren. Ich möchte mich aber auch für die Unterstützung in vielen Bereichen beim Europaausschuss, aber auch bei den anderen Fachausschüssen bedanken, die sich mit dem vorliegenden Europabericht befasst haben.

Europa – das hat Jacques Delors gesagt – ist wie ein Fahrrad. Es bewegt sich vorwärts, oder es fällt um. Ich glaube, es bewegt sich weiterhin vorwärts. Dieser Bericht und die heutige Debatte darüber tragen viel dazu bei, dass es stabil weiter vorwärts fährt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister. – Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass die 30 Minuten für die beiden Minister als Gesamtredezeit vorgesehen sind.

(Heiterkeit)

Ich hatte das vorhin gesagt; damit das klar ist.

Die Fraktionen haben jetzt noch folgende Restredezeiten: die Fraktion der CDU zwei Minuten und 53 Sekunden, die Fraktion der SPD vier Minuten und zwölf Sekunden, die Fraktion der FDP/DVP vier Minuten und 13 Sekunden und die Fraktion GRÜNE vier Minuten und 28 Sekunden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Viel zu viel!)

Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Löffler für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Teil deine Zeit ein!)

Mit dem Buchbinder Wanninger hat der Münchner Kabarettist Karl Valentin eine Figur geschaffen, die sich mit tragischer Hilflosigkeit in einem bürokratischen Labyrinth verirrt. Bei Gewerbebeanmeldungen unserer Bürger

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ach, jetzt kommt das!)

ist dieses Wanninger-Syndrom heute aktueller als je zuvor. Für Inländer ist das Verfahren lästig, zeitaufwendig und umständlich, für ausländische Dienstleister ist das Verfahren eine faktische Marktzutrittschürde.

Damit soll Schluss sein. Alle bürokratischen Hindernisse, die einen gemeinsamen Markt behindern, wirken protektionistisch und müssen verschwinden. So will es die EU. Ein Einheitlicher Ansprechpartner soll für die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen alle erforderlichen Informationen bereitstellen und alle Formalitäten zeitnah abwickeln und als zentrale Anlaufstelle das Verfahren koordinieren.

Der sperrige Begriff „Einheitlicher Ansprechpartner“ wird eine Kulturrevolution in der Verwaltung auslösen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie zwingt dazu, neue Verfahrensstrukturen und Prozesse zu entwickeln, die Verfahrenskorrespondenz zu optimieren und die Bearbeitungszeit zu verkürzen. Wir brauchen ein interaktives E-Government-Verfahren. Soweit verzichtbar, sind bestehende Genehmigungspflichten abzuschaffen und durch Genehmigungsfiktionen zu ersetzen. Effizienz, Zügigkeit und Transparenz sind die neuen Herausforderungen. Die Verwaltung ist Dienstleister, der Bürger ist Kunde. Das ist unsere Wunschvorstellung und unser Ziel zugleich.

Die EU überlässt es den Mitgliedsstaaten, wer in die Rolle des Einheitlichen Ansprechpartners schlüpft. Aufgrund unserer föderalen Struktur entscheiden die Länder selbst. Auf den ersten Blick mag man es bedauern, dass sich die Länder nicht auf eine einheitliche Lösung verständigen konnten. Es finden sich Kammernmodelle, Kommunalmodelle, Mischformen und

neue Behörden. Für jede Lösung lassen sich gute Gründe finden. Die Zukunft wird zeigen, welches Land am besten aufgestellt ist.

Dieser Wettbewerb ist nicht ohne Reiz. Wir gehen im Land einen eigenen Weg. In Baden-Württemberg sollen Kammern und Kommunen die künftigen Aufgaben eines Einheitlichen Ansprechpartners übernehmen. Jede Kammer im Land soll Einheitlicher Ansprechpartner sein. Auf der kommunalen Ebene übernehmen die Landkreise und die kreisfreien Städte diese Aufgabe. Das Modell setzt darauf, die Stärken der Beteiligten vollumfänglich in die Prozesse einzubringen. Die Kompetenzen der Kammern im Bereich der Existenzgründungen und die der Kommunen bei der Wirtschaftsförderung können so miteinander verzahnt und optimal genutzt werden.

Der Charme der konkurrierenden Kooperation liegt darin, dass alle beteiligten Stellen den vom Land weiterentwickelten Dienst „service-bw“ als einheitliches IT-Instrument nutzen. Eine Koordinierungsstelle im Innenministerium kann sich dabei als sinnvoll erweisen.

Wichtig ist nach außen ein einheitliches Erscheinungsbild für den Dienstleister, auch wenn die Kammern 30 Einheitliche Ansprechpartner, die Landkreise neun und die kreisfreien Städte 35 solche Einrichtungen als freiwillige Aufgaben betreiben.

Das Konnexitätsprinzip gilt nicht. Der Einheitliche Ansprechpartner muss sich aus dem Gebührenaufkommen selbst finanzieren. Darin liegt eine gewisse Schwierigkeit, weil das Äquivalenzprinzip unseres Verwaltungskostenrechts in Europa unbekannt ist. Nur der Verwaltungsaufwand, nicht der wirtschaftliche Vorteil darf nach der Dienstleistungsrichtlinie als Kostenfaktor bei der Gebührenbemessung berücksichtigt werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Löffler, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Das mache ich gern, Herr Präsident.

Bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie wäre es verfehlt, nur für EU-Ausländer die Verfahrenserleichterung anzuwenden und die Inländer auszuschließen. Duale Strukturen erweisen dem Bürokratieabbau einen Bärendienst. Ein Modernisierungsschub kommt nur, wenn dieses Instrument allgemein gilt und wir den Katalog der Dienstleistungen weiter fassen, als in der Richtlinie vorgegeben. Wir sind im Zeitplan. Packen wir es an!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gute Rede!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Kollege Kluck!

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat er bezweckt!)

(Dr. Rainer Prewo)

Der Einheitliche Ansprechpartner ist ein scheinbares Spezialthema, aber ein kleines funkelndes Highlight der europäischen Politik.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Anstelle dieses unerträglichen bürokratischen Behördenparcours bei Gewerbeanmeldungen fordert die EU – und hilft uns damit auf die Sprünge –, dass sich jemand, der ein Gewerbe anmelden will, an *e i n e* Stelle wendet und diese Stelle seine Belange erledigt.

Wie und wo das organisiert wird, das bestimmen allerdings wir. Die für uns wichtige Frage ist: Wie setzen wir es um, und wo verorten wir den Einheitlichen Ansprechpartner?

Das Innenministerium wollte einmal eine einzige zentrale Stelle in Stuttgart. Damit wäre minimalistisch die Anforderung erfüllt. Die Kommunen und auch die Kammern haben dann aber schnell „Hier!“ gerufen. Die Kommunen haben nämlich die Chance erkannt, der Kunde könnte in der Gemeinde, in der er sein Geschäft eröffnen will, gleich alles erledigen. Die Kammern meinten: „Nein, wir wollen das machen. Dann haben wir die neuen Gewerbekollegen gleich bei der Hand.“

Nun war bei der Regierung wieder guter Rat teuer. Sie stand vor der Frage: Wem geben wir es, den Kammern oder den Kommunen? Ist es aber nicht prima, dass wir so engagierte, quicke Körperschaften haben, die sich um die neue Aufgabe, um die Chance zum Bürokratieabbau – Kollege Löffler sprach von einer „Kulturrevolution“ in der Verwaltung; das kann man durchaus sagen – so bemühen? Warum sollen die sich um die Beute streiten? Können sie es nicht in Abstimmung oder im Wettbewerb miteinander machen? So hieß es parteiübergreifend zwischen den Kollegen Löffler, Prewo und Sitzmann. Warum war alles eigentlich so zögerlich und so langwierig?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wegen der FDP/  
DVP!)

– Die Antwort liegt auf der Hand, Herr Kollege Schmiedel. – Die Kammern sind willkommen, sie sollen sich bewerben. Die Kommunen sind willkommen, sie sollen sich bewerben. Wer es gut macht, der soll es machen. Wir haben viele wirtschaftsfreundliche, kompetente Kommunen im Land. Dem Standort Baden-Württemberg nützt es, für jeden Dienstleister einen Service aus einer Hand, auf kurzem Weg anzubieten. Er muss dann nur durch eine Tür gehen. Der Kunde soll entscheiden, durch welche.

Bei Gewerbeanmeldungen sollten wir anstreben, dass kein Land kundenfreundlicher ist als Baden-Württemberg. Damit nützen wir unserem Wirtschaftsstandort.

Jetzt haben wir einen Kompromiss. Die Kammern sind beteiligt, die Kommunen auch, aber hier nur die Großstädte und die Landkreise. Der Wirtschaftsminister musste etwas zurückstecken.

Also: Ein Handwerker, der am Ort einen Betrieb übernehmen will, ein Händler, der in der Fußgängerzone einer Gemeinde in 1-a-Lage einen Laden eröffnen will, kann in bestimmten Orten nun nicht mehr im Rathaus bedient werden, jedenfalls nicht im Sinne dieses Einheitlichen Ansprechpartners durch eine Hand. Er wird vielleicht bedient, aber nur dadurch, dass

man ihn weiterschickt, entweder zum nächsten Kammerstandort oder zur nächsten Großstadt oder zum Landkreis. Wer also in Bruchsal, einer Stadt mit etwa 550 – meist kleinen – Gewerbetreibenden, so etwas machen will, muss hierfür künftig nach Karlsruhe. Ebenso muss man von Bietigheim nach Ludwigsburg, von Schwäbisch Gmünd nach Aalen oder von Leutkirch nach Ravensburg gehen, um sich anzumelden. Das wird den wirtschaftsstarken Städten überhaupt nicht gerecht. Das nützt auch dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nicht. Das Fenster zum Bürokratieabbau wird nur einen Spalt breit geöffnet. Dabei haben viele Städte gute Erfahrungen mit Bürgerbüros und einige auch schon mit Startercentern, die den Ansprechpartner provisorisch bereits vorwegnehmen. Aber nicht einmal die dürfen es machen.

Das verdient den kleinen Ehrentitel einer zweitbesten Lösung meines Erachtens nicht, meine Damen und Herren. Es hätte sicher schlimmer kommen können. Aber so ist es nicht gut, und eine wirklich liberale Lösung wurde blockiert. Wenigstens hätte man das Verfahren öffnen können, sodass sich auch weitere Kommunen bewerben können. Solche „phäben“, verengten, zögerlichen Lösungen für Gewerbetreibende sind gerade nicht der Maßstab für unser Land.

Kann man sich vorstellen, dass Städte, die weniger als 100 000 Einwohner haben, sich das auf Dauer gefallen lassen? Das kann ich mir nicht vorstellen. Es wird ein stetiger Verdross werden. Die machen Wirtschaftsförderung und entwickeln Gewerbegebiete. Ich sage voraus, dass diese Regelung geändert und geöffnet werden muss. Das sollten wir besser bald, besser möglichst gleich machen. Wir werden bei der Gesetzesberatung diese Vorschläge einbringen.

Vielen Dank.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Prewo, gestatten Sie eine Nachfrage der Frau Abg. Fauser?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Ja, gern.

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Lieber Herr Kollege, gibt es denn einen Zwang, überhaupt einen Einheitlichen Partner ansprechen zu müssen? Ansonsten komme ich doch gern gleich nach Nagold zum Wirtschaftsförderer. Das ist doch nicht verboten.

(Minister Ernst Pfister: Natürlich kann man das machen!)

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Frau Kollegin Fauser, man kann natürlich die Hosen auch in Zukunft immer mit der Reißzange anziehen.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber auch ausziehen!)

Wenn Sie ein neues, schlankes, schnelles Verfahren haben, bekommen Sie innerhalb einer Woche Ihre Genehmigung. Sie müssen nur an eine einzige Stelle. Sie haben die Alternative, an andere Stellen zu gehen, wo Sie dann nach dem klassischen Verfahren über acht, neun, zehn, elf Stationen geschleust werden. Was machen Sie dann? Wir wollen das Beste, und zwar für alle.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schnellschüsse kennen wir von der CDU-FDP/DVP-Landesregierung viele. Wenn es allerdings um grundlegende Fragen geht, gehört Schnelligkeit nicht gerade zu den Tugenden dieser Landesregierung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

Beispiel 1: Landesdisziplinarordnung. Eine Reform hat sieben Jahre gedauert. Beispiel 2: Landesbauordnung. In der Koalitionsvereinbarung wurde das als vordringliches, eiliges Projekt angekündigt, aber bis heute ist es nicht im parlamentarischen Verfahren. Und Beispiel 3: der Einheitliche Ansprechpartner. Auch hier hat es viel länger gedauert, als es nötig gewesen wäre. Denn die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die diese One-Stop-Agencies vorschreibt, ist bereits im Dezember 2006 verabschiedet worden. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich Mitte 2007 damit beschäftigt, und der Ministerpräsident selbst hat Anfang Januar 2008 eine Entscheidung für das zweite Quartal 2008 angekündigt.

Bekanntlich sind wir heute im zweiten Quartal 2009,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Doch schon! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie die Zeit vergeht! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da wird einem ja schwindlig bei dieser Geschwindigkeit!)

und die Umsetzung muss bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Der Start muss zu Beginn des nächsten Jahres sichergestellt sein. Insofern ist wieder einmal auf den letzten Drücker eine Entscheidung gefallen. Das liegt sicherlich daran, dass es zwischen den Koalitionsfraktionen keine Einigkeit gegeben hat, dass die FDP/DVP von Anfang an auf ein reines Allkammermodell gesetzt hat und sich wieder einmal gegen die Kommunen gewendet hat. Da sieht man einfach, dass sich die Kommunen in diesem Land auf die FDP nicht verlassen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da sind sie verlassen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gerade wieder nicht!)

Wenn sich die Kommunen auf die FDP verlassen, dann sind sie verlassen. Das ist die Lehre aus dieser Geschichte des Einheitlichen Ansprechpartners, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nun ist nach langem Hin und Her und vielen Gesprächen endlich eine Entscheidung gefallen. Wir sind froh, dass die Entscheidung für ein Kooperationsmodell von Kammern und Kommunen gefallen ist und dass die Kommunen jetzt mit im Boot sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo ist da welche Entscheidung gefallen? Frau Sitzmann, das ist mir entgangen!)

Die Kommunen sind mit im Boot.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo ist denn welche Entscheidung gefallen? Ist mir das entgangen?)

Sie können Einheitliche Ansprechpartner, One-Stop-Agencies einrichten. Das ist gut so, und das begrüßen wir außerordentlich. Es wäre nämlich fatal gewesen, wenn sich die FDP hier mit ihrem Allkammermodell durchgesetzt hätte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Kammern können sich auf die Grünen verlassen!)

Dies hätte die Kommunen ihrer wirtschaftlichen Kompetenz beraubt, und das hätte auch dem Mittelstand hier im Land nicht wirklich gutgetan.

Die Kommunen sind also mit im Boot. Die FDP ist ausgebootet. Es ist der richtige Weg, die Kommunen einzubeziehen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Sitzmann, eigentlich unter Ihrem Niveau!)

Der Städtetag hat auch gesagt, dass man mit diesem Kompromiss gut leben kann. Die Vorredner, der Kollege Löffler, der Kollege Prewo, haben ausführlich dargestellt, welche Vorteile diese One-Stop-Agencies, diese Einheitlichen Ansprechpartner bringen, z. B. was eine Verwaltungsreform, was mehr Kundennähe, mehr Bürgernähe, weniger Rennerei betrifft und damit eben auch die Wirtschaft im Land fördern kann. Das muss ich deshalb hier nicht wiederholen.

Entscheidend ist meines Erachtens, dass der Onlineservice, der landeseinheitlich über das Portal „service-bw“ laufen soll, tatsächlich gut funktioniert, dass über das Land verteilt gleichermaßen gute Dienstleistungen für potenzielle Kunden, für inländische und ausländische Unternehmerinnen und Unternehmer angeboten werden. Dann sind wir auf einem guten Weg.

Die Uhr zeigt null, und jetzt höre ich auf.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Punktlandung!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Fauser das Wort.

(Zurufe)

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Meine Damen und Herren, ich werde es kurz machen.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Jede Minute, die Sie länger reden, geht von unserer Mittagspause ab! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Ich möchte vorab Folgendes sagen: Ich wollte über den Einheitlichen Ansprechpartner gar nicht viel sagen. Es ist, wie es ist. Ich darf Ihnen versichern: Schon heute sind sehr viele Leute aus Italien, aus Lettland, aus Griechenland bei uns. Meine liebe Freundin hat eine Pflegerin aus Polen.

(Oh-Rufe)

Komischerweise lief das alles ohne Einheitlichen Ansprechpartner,

(Beate Fauser)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

und zwar relativ rasch und zügig.

(Zurufe)

Die Europäer und im Besonderen die deutschen Mittelständler schaffen es sogar nach China, und das z. B. mit den Kammern. Da brauchen die gar niemanden mehr, der noch dazwischengeschaltet ist. Kennen Sie einen einzigen Fall, wo auf dieser Welt etwas schneller wurde, weil die Kommunen oder sonstige weiteren „Mittelschalter“ sich dazwischengeschaltet haben?

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wozu brauchen wir die Kammern? – Unruhe)

Ich darf Ihnen heute schon sagen: Es wird alles komplizierter. Vorher hat es ihr Notar gemeinsam mit den Kammern gemacht,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

und das ganze Thema war erledigt.

Aber uns ist ja nichts zu viel, um uns noch etwas Neues einfallen zu lassen. Ich hoffe, dass man das ganze Thema nach zwei Jahren evaluiert, um dann festzustellen, wie schnell denn wirklich alles wurde, und herauszufinden, ob die Leute nicht aufgrund der hohen Beratungskosten, die sie bei den Kommunen und bei den Kammern haben, und wegen der Verzögerungen bei der Beratung unzufrieden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich als kleiner Mittelständler habe begriffen: Solange sich die Politik heraushält, läuft der Laden rund!

(Oh-Rufe – Unruhe – Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Was tun Sie dann eigentlich hier?)

Sobald zu viele Rahmenbedingungen geschaffen werden – –

(Lebhafte Unruhe – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich lege Wert darauf, dass Frau Fauser nur für sich selbst spricht und nicht für die Politik!)

– Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen. Sie haben es noch nicht begriffen, Herr Gall!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir von der FDP/DVP – –

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ruhe!

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Wir von der FDP/DVP – –

(Unruhe)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin Fauser, einen Moment bitte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich lege Wert darauf, dass Frau Fauser nur für sich selbst spricht und nicht für die Politik! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir schaffen den Minister ab! – Anhaltende lebhaft Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist klar: Es dauert noch etwas, bis wir in die Mittagspause eintreten. Deswegen ist natürlich die Aggressivität viel stärker.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Bitte nehmen Sie Rücksicht, Frau Kollegin Fauser. Sie haben weiterhin das Wort.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Lebhaft Unruhe)

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Lieber Herr Präsident, ich möchte Ihnen ganz herzlich danken. – Herr Gall, beruhigen Sie sich, ich bin auch gleich fertig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gott sei Dank! Sonst vergeht mir der Appetit! – Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pst!)

Ich habe noch zwei Minuten, die werden Sie absehen.

Ich möchte ganz klar sagen: Wir schaffen zurzeit auf allen Ebenen neue Bürokratieinstitutionen, die uns sehr teuer zu stehen kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Unsere Steuerberater und Wirtschaftsprüfer werden jeden Tag dicker.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die sind alle bei der FDP! – Heiterkeit des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Aber die kleinen Leute müssen das bezahlen.

(Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pst!)

Weil wir gerade beim Thema „Einheitlicher Ansprechpartner“ sind, möchte ich noch zum Thema „Gemeinsames Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Rechnungsstellungsvorschriften“ überleiten.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pst!)

Darauf sind wir noch gar nicht gekommen. Das möchte ich ganz kurz erwähnen. Die kleinen Mittelständler, die Handwerker toben bereits. Sie sagen: Wir sind ausgepresst wie die Zitronen. Manchen geht es allerdings etwas besser.

Nun kommt die Idee auf, dass sie neue Software brauchen, einen neuen Computer, und es könnte sein, dass auch weitere Beratungskosten usw. auf sie zukommen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich liebe Europa. Europa brauchen wir. Aber ich muss unserem früheren Minister Müller ebenfalls recht geben: Europa braucht auch Subsidiarität. Ich bin gespannt, was zu die-

(Beate Fauser)

sem Vorschlag und dessen Folgen, die von einem hiesigen Handwerker vielleicht gerade noch geschultert werden können, die Esten oder die Letten und andere Leute aus ärmeren Regionen sagen, die gerade erst dabei sind, ein System aufzubauen. Wir überfluten sie im Grunde genommen mit Vorschriften wie früher die neuen Bundesländer – die uns dafür nicht dankbar waren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bis heute nicht!)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns in der Politik verstärkt auf die Rahmenbedingungen konzentrieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll  
FDP/DVP: Sehr richtig! Volle Zustimmung!)

Ansonsten sollten wir uns heraushalten und nicht so tun, als müssten die Bürgerinnen und Bürger jeden Morgen von uns die Pampers angezogen bekommen. Das müssen sie nicht. Sie haben nämlich diesen Staat bereits aufgebaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Meine Damen und Herren, achten Sie also bei allem, was Sie tun, auf die Folgekosten. Schaffen Sie für den Bürger ein Europa von unten nach oben. Ich kann Ihnen versichern: Nur so werden wir langfristig ein zufriedenes Miteinander erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut!)

Damit Sie jetzt zum Mittagessen kommen und Herr Gall ruhiger wird, möchte ich Ihnen allen einen guten Appetit wünschen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank, Frau Fauser!)

– Dem Herrn Minister will ich natürlich nicht vorgreifen. Das ist klar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel  
SPD: Er ist noch nicht weg! Es gibt ihn noch!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister das Wort. Ich will darauf hinweisen, dass ihm noch knapp sieben Minuten Redezeit zustehen und dass ich im Fall der Überschreitung den Fraktionen erneut Redezeiten zuweisen muss.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Politik ist hier nicht erwünscht, Herr Kollege!)

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen versprechen, dass ich es sehr kurz mache.

Die wichtigste Botschaft und die wichtigste Anmerkung, die ich, bezogen auf die Anträge, machen möchte, ist die, dass noch rechtzeitig, und zwar deutlich vor der Sommerpause, der Gesetzentwurf, den wir brauchen, hier im Landtag eingebracht werden wird, sodass wir Zeit zur Beratung der wichtigen Punkte haben werden. Allerdings ist es jetzt auch Zeit, diesen Gesetzentwurf einzubringen. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass wir Ende dieses Jahres klar Schiff haben müssen, dass wir den Einheitlichen Ansprechpartner brauchen und

dass wir vor allem auch die Verortungsfrage gelöst haben müssen.

Es ist richtig: Die Diskussion hat gedauert; sie hat sich auch gelohnt. Trotzdem liegen wir noch gut in der Zeit, keine Sorge. Wir haben jetzt, wie Sie alle wissen, einen Eckpunktekatalog festgelegt. Dieser sieht vor, dass auf der einen Seite die 30 Kammern – also nicht nur die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern, sondern auch die Kammern, die die freien Berufe betreffen, Ingenieurkammer, Architektenkammer und viele andere mehr –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber hoffentlich!  
An die denken wir nämlich oft gar nicht!)

und auf der anderen Seite die 44 Stadt- und Landkreise diese Ansprechpartner darstellen sollen. Wenn Sie so wollen, ist das ein flächendeckendes Netz, von Nord nach Süd, von Ost nach West. Am Anfang steht selbstverständlich das Portal „service-bw“. Wenn der Flaschnermeister aus Buxtehude oder der Ingenieur aus Portugal auf die Idee kommt, sich beispielsweise in Ravensburg selbstständig zu machen, wird er zunächst dieses Portal nutzen. Es ist übrigens ein ganz ausgezeichnetes Portal; das darf ich sagen, auch wenn es vom Innenministerium zur Verfügung gestellt worden ist.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

In diesem Portal wird er die Möglichkeit haben, sich entweder an die Handwerkskammer oder an die Ingenieurkammer oder an den Landkreis zu wenden. Das kann er sich dann, je nach Interesse, herausuchen.

Wichtig ist auf jeden Fall, dass derjenige, den er als Ansprechpartner herausucht, in dem gesamten weiteren Verfahren der Lotse ist, der ihm hilft, nicht von Pontius zu Pilatus laufen zu müssen, sondern ihn wirklich durch dieses Geflecht von Genehmigungsverfahren und anderen Dingen lotst.

Es war von „Zurückstecken“ die Rede. Ich lege großen Wert auf die Feststellung, meine Damen und Herren, dass dieses Paket, diese Eckpunkte, so, wie beschrieben, von allen Beteiligten, sowohl von den kommunalen Landesverbänden als auch von den Kammern, einvernehmlich – ich betone: einvernehmlich – für richtig und vernünftig erklärt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich stelle zweitens fest, dass sich alle darüber einig waren, dass auf das Land Baden-Württemberg keine Kosten zukommen dürfen. Wir werden eine Regelung finden – darüber sind sich alle einig –, nach der das Konnexitätsprinzip hier nicht greifen kann, sodass auf das Land keine Kosten zukommen, mit Ausnahme der Kosten für das Internetportal, das vom Land Baden-Württemberg in der Tat zur Verfügung gestellt und weiter betreut wird.

Alles andere – Detailregelungen, gesetzliche Regelungen – werden wir in Kürze in den Landtag einbringen. Ich glaube, dass nach einer langen Diskussionsphase jetzt noch rechtzeitig ein Eckpunktepapier auf den Weg gebracht worden ist. Es muss in den Koalitionsfraktionen noch einmal im Detail besprochen werden. Aber ich glaube, dass die Richtung stimmt und wir damit einen Weg, einen Kompromiss gefunden haben, der es uns erlaubt, so rasch wie möglich – es wird immer noch rechtzeitig sein – ein vernünftiges Konzept für den Ein-

(Minister Ernst Pfister)

heitlichen Ansprechpartner für Baden-Württemberg auf den Weg zu bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Drucksachen unter den Buchstaben a bis e von Tagesordnungspunkt 3, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung des Europaausschusses, Drucksache 14/4318, abstimmen. Der Europaausschuss empfiehlt, von der Mitteilung der Landesregierung – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung für die Jahre 2007/2008 –, Drucksache 14/4000, Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie dieser Empfehlung einstimmig zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Europaausschusses, Drucksache 14/4317, abstimmen. Der Europaausschuss schlägt vor, auch von der Mitteilung des Finanzministeriums – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Rechnungsstellungsvorschriften –, Drucksache 14/4228, Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass alle der Kenntnisnahme zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Die Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2172, ist mit der heutigen Aussprache abgeschlossen. Ein Beschluss dazu ist nicht nötig.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2884, ist ein Berichtsteil. Er ist durch die Aussprache erledigt. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Abschnitt II dieses Antrags beinhaltet einige Handlungssuchen. Dazu ist eine Abstimmung erforderlich. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/2884 zustimmen will, der möge –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, wir erklären die beiden Antragsabschnitte gemeinsam für erledigt!)

– Der Antrag Drucksache 14/2884 insgesamt soll für erledigt erklärt werden. – Danke. Es ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir noch zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3969. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsteil. Er ist durch die heutige Aussprache erledigt. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Abschnitt II dieses Antrags beinhaltet wiederum einige Handlungssuchen. Ich muss hierbei allerdings darauf hinweisen, dass die bei Abschnitt II Ziffer 1 angeführte Frist – „noch im ersten Quartal 2009“ – inzwischen abgelaufen ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Deshalb erklären wir auch diesen Antrag für erledigt!)

– Der Antrag Drucksache 14/3969 insgesamt soll ebenfalls für erledigt erklärt werden. Dann brauchen wir darüber nicht mehr abzustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Dann wünsche ich Ihnen eine gute Mittagspause. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:43 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:34 Uhr)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

### Regierungsbefragung

Ich darf darauf hinweisen, dass uns die Regierung zwei Themen aus der Kabinettsitzung vom 21. April 2009 mitgeteilt hat:

1. Qualitätsoffensive Bildung: Werkrealschule, Vorlage des Gesetzentwurfs
2. Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung Baden-Württemberg im Jahr 2008

Die Regierung wird einleitend zum ersten Thema sprechen.

Das Wort erteile ich Herrn Minister Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerrat hat gestern den Gesetzentwurf zur Anhörung freigegeben, der die Grundlage eines noch einzuleitenden Gesetzgebungsverfahrens zur Einführung der Werkrealschule sein wird. Ich möchte Ihnen in der gebotenen Kürze die wesentlichen Eckpunkte vorstellen, die deutlich machen, dass mit der Werkrealschule eine wichtige bildungspolitische Reform auf den Weg gebracht wird.

Die Werkrealschule wird eine sechsjährige Schulausbildung ermöglichen, die einen eigens dafür entwickelten Bildungsplan erhalten wird. Sie wird zwei Abschlüsse ermöglichen, nach Klasse 9 den Hauptschulabschluss, nach Klasse 10 die mittlere Reife. Die Schullaufbahn wird bis zum Ende der neunten Klasse offengehalten. Am Ende der neunten Klasse muss eine Entscheidung darüber fallen, wer die zehnte Klasse und damit die mittlere Reife in Angriff nehmen kann.

Wesentlich für das Konzept der Werkrealschule wird sein, dass es sich hier um ein deutlich erweitertes Bildungsangebot mit einer sehr starken Berufsorientierung handelt. Es ist uns wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler, die die Werkrealschule besuchen werden, die Chance haben, sich frühzeitig auf den Übertritt in eine berufliche Ausbildung und eine berufliche Laufbahn vorzubereiten, Orientierung zu erhalten und die notwendigen Bildungsvoraussetzungen zu schaffen, damit das gelingt.

Deswegen wird diese Schule in den Klassen 8 und 9 Profildächer erhalten, die wie in der Realschule gewählt werden kön-

(Minister Helmut Rau)

nen. Es werden die Profulfächer „Natur und Technik“, „Wirtschaft und Informationstechnik“ sowie „Gesundheit und Soziales“ sein.

Die Schule selbst wird über einen Stundenpool verfügen können, der die Möglichkeit bietet, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler erheblich auszubauen und zu stärken.

Wir erwarten, dass zahlreiche Schulträger das Ziel, eine Werkrealschule zu schaffen, ansteuern werden. Dazu wird es in vielen Fällen der Kooperation zwischen Gemeinden, der Gründung gemeinsamer Schulverbände und der Schaffung von Schulstandorten bedürfen, in denen man eine zweizügige Werkrealschule realisieren kann. Denn bei der Breite des Bildungsangebots wird es im Normalfall nicht anders gehen, als dass hierfür eine Zweizügigkeit zugrunde gelegt wird.

Die Schulträger werden für die Werkrealschule beantragen können – und zwar unabhängig von einer Quotierung –, dass sie als Ganztagschule begründet werden kann. Sie werden sich auch dafür entscheiden können, aus dieser Schule eine Wahlschule zu machen, sodass die Werkrealschule, wie die Realschule und das Gymnasium, frei angewählt werden kann.

Die Standortentscheidungen bleiben bei den Trägern. Sie haben zahlreiche Möglichkeiten, mit einer solchen Standortentscheidung umzugehen. Das ist schon heute im Schulgesetz so enthalten. Wir haben nicht vor, den Gemeinden dabei eine Kompetenz wegzunehmen, sondern setzen ganz im Gegenteil in diesen Standortfragen auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Ich bin nach dem ausgiebigen Austausch von Positionen mit den kommunalen Landesverbänden sehr optimistisch, dass hier eine tragfähige Bewegung in Gang kommt, die deutlich macht, dass diese Schule für die kommunale Seite von großem Interesse ist.

Trotzdem wird es auch weiterhin einzügige Hauptschulen geben, weil nicht an allen Orten schon heute die Voraussetzungen geschaffen werden können, dass Werkrealschulen entstehen. Auch das wird eine Entscheidung der kommunalen Seite sein und bleiben müssen.

In den vergangenen Tagen hat insbesondere die Frage eine Rolle gespielt, wie der Übertritt von Klasse 9 nach Klasse 10 erfolgen kann. Ich will Ihnen deutlich sagen, dass es für mich ein Gebot der Fairness ist, dass wir den Schülerinnen und Schülern in der Klasse 9 einen klaren Anhaltspunkt dafür geben, wie ihre Erfolgchancen in der Prüfung zur mittleren Reife sein werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Deswegen wollen wir hier ein qualifiziertes Versetzungszeugnis zur Grundlage der Entscheidung machen. Ich halte es für falsch, Illusionen zu wecken, die dann in der zehnten Klasse nicht eingelöst werden können oder vielleicht nur um den Preis, dass man den Wert eines Abschlusses zurücknimmt. Wir werden nur eine solche mittlere Reife vergeben, die sich an den Standards orientiert, die die Kultusministerkonferenz gesetzt hat. Damit bleiben diese Abschlüsse auch in Zukunft werthaltig.

Ich bin sicher, dass wir mit diesem Konzept eine weitere Steigerung der Zahl der Schülerinnen und Schüler erreichen wer-

den, die bei uns einen mittleren Bildungsabschluss, die mittlere Reife, machen können – auf unterschiedlichen Wegen, mit zahlreichen Anschlussmöglichkeiten, mit guten Optionen, in der beruflichen Bildung einen angemessenen Anschluss zu finden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Herr Minister, Sie können am Rednerpult bleiben. Herr Abg. Zeller stellt seine Frage von einem Saalmikrofon aus.

Auch im Bundestag werden die Fragen aus dem Plenarsaal heraus gestellt. Der Minister sitzt dort allerdings bei der Beantwortung auf der Regierungsbank. Das ist bei uns schlecht möglich, weil er dann zu weit weg wäre.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Der muss jetzt ausnahmsweise einmal stehen bleiben!)

– Er muss „zur Strafe“ stehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der kann ruhig stehen!  
– Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unsere Minister stehen alle!)

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Werkrealschulpläne der Landesregierung sind nach Ansicht der SPD-Fraktion nichts anderes als ein gigantisches Hauptschulver-nichtungsprogramm. Das haben Sie soeben ausgeführt. 756 Hauptschulen stehen faktisch vor dem Aus. Es sind die einzigen Hauptschulen.

Herr Rau, als Aussonderungsfreak schaffen Sie mit der Werkrealschule eine zusätzliche Schulart und werten damit die Hauptschule erneut ab.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist gar nicht wahr!)

Statt Kinder gemeinsam lernen zu lassen, schaffen Sie eine Viergliedrigkeit; statt zu fördern, grenzen Sie aus. Meine Damen und Herren, die Hauptschulen im ländlichen Raum sollen letztendlich plattgemacht werden, weil sie Ihnen – der Finanzminister hat es in der Vergangenheit auch deutlich gemacht – zu teuer sind.

Weshalb erkennen Sie nicht den Wert einer Schule im Dorf, im ländlichen Raum? Statt alle Kinder zehn Jahre gemeinsam lernen zu lassen, benachteiligen Sie mit Ihrem Konzept erneut die Hauptschulen und die Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Weshalb dürfen nicht alle Kinder zehn Jahre gemeinsam zur Schule gehen?

Weshalb lassen Sie die Kinder nicht grundsätzlich zehn Jahre lang lernen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lebenslang!)

und ermöglichen ihnen damit einen Hauptschul- bzw. einen Realschulabschluss und auch nach vorliegendem Konzept einen entsprechenden Realschulabschluss? Dass Sie es mit der Gleichwertigkeit des Werkrealschulabschlusses und des Re-

(Norbert Zeller)

alschulabschlusses selbst nicht ganz ernst meinen, bringen Sie mit Ihrer Grundschulempfehlung zum Ausdruck.

Weshalb sind Sie, Herr Rau, denn nicht bereit, die Werkrealschulempfehlung und die Realschulempfehlung tatsächlich gleichzusetzen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Das machen Sie nämlich in Ihrer Konzeption nicht. Das ist im Übrigen auch eine Forderung, die der Gemeindetag so gestellt hat.

Nebenbei: Am besten wäre es ohnehin, die Grundschulempfehlung abzuschaffen und stattdessen eine qualifizierte Elternberatung herbeizuführen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie sind doch auch dagegen!)

wie dies übrigens einige andere Bundesländer machen.

(Beifall bei der SPD)

Noch Ende des letzten Jahres haben Sie, Herr Rau, von dieser Stelle aus versprochen, dass ein Versetzungszeugnis ausreicht, um die zehnte Klasse zu besuchen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Wer hat denn da für eine Änderung gesorgt?)

Weshalb haben Sie jetzt Ihre Meinung geändert, und weshalb wollen Sie damit Werkrealschüler schlechter stellen als Realschüler und Gymnasiasten, bei denen jeweils ein Versetzungszeugnis ausreicht, um einen entsprechenden Hauptschulabschluss bzw. Realschulabschluss zu bekommen?

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Minister.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Kollege Zeller, Sie haben verschiedene Behauptungen aufgestellt und Annahmen formuliert, die, glaube ich, nicht zur Aufklärung in der Sache beitragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie immer!  
– Abg. Stefan Mappus CDU: Das sind wir von Herrn Zeller gewohnt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Alle richtig! Alle!)

Zum einen sprechen Sie davon, dass 756 Hauptschulen, weil sie derzeit einzülig sind, von der Landkarte verschwinden würden. Diese 756 Hauptschulen werden zu einem erheblichen Teil zusammen mit anderen Schulen Werkrealschulen bilden. Sie werden nicht von der Landkarte verschwinden, sondern sie werden in einer anderen qualifizierten Form einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Schulwesens leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welchen denn?)

Selbst die Standorte können erhalten bleiben; denn es ist eine Entscheidung der Gemeinden, wo sie Standorte für Teile dieser Schulen einrichten. Machen Sie den Leuten doch nichts vor; die glauben Ihnen in diesem Punkt ohnehin nicht viel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre auch ein Fehler!)

Dann kommen Sie auf Ihr Lieblingsthema, die kleine Gesamtschule im Dorf, zu sprechen. Was für ein Idyll! Die SPD hat über Jahre hinweg großen Schulzentren das Wort geredet,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Regionalschulen!)

und jetzt will sie den Eindruck erwecken, als ob man – –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Norbert Zeller: So ein Quatsch! – Gegenrufe von der CDU)

– Es gibt doch Anträge hier im Landtag! Ihre Regionalschulen waren doch nichts anderes.

(Abg. Stefan Mappus CDU zur SPD: Regionalschulen! Sie drehen sich um 180 Grad! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt versuchen Sie, den Leuten weiszumachen, dass man in jedem Dorf eine Gesamtschule, die bis zum Abitur führen kann,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mindestens!)

einrichten kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wollen Sie sachlich auf die Fragen eingehen, oder wollen Sie Märchen verbreiten? Wir sind doch nicht in der Märchenstunde! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Ihr wolltet doch Regionalschulen! Stimmt das nicht mehr? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum macht man es nicht so, dass alle Schüler zehn Jahre auf eine Schule gehen können? – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Was schreit ihr denn hier herum, Leute? Die kleine Gesamtschule im Dorf, die der Kollege Zeller hier gerade als Idyll angeführt hat, ist beim besten Willen nicht in der Lage, ein differenziertes und qualifiziertes Schulwesen mit Realschulen und Werkrealschulen über Gymnasien, die zur Hochschulreife führen, und über berufliche Schulen, die ebenfalls zur Hochschulreife oder aber in die qualifizierte Berufstätigkeit führen können, zu ersetzen. Wer den Eindruck erwecken will, das könnte man alles klein, aber fein in derselben Qualität organisieren, der weckt falsche Erwartungen und Hoffnungen, die am Ende nur enttäuscht werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Sie haben gesagt, dass das Versetzungszeugnis, von dem ich gesprochen habe, offensichtlich durch eine andere Qualifikation abgelöst worden sei. Erstens habe ich im vergangenen Dezember in der Aktuellen Debatte ausdrücklich gesagt, dass es sich um die Formulierung von Eckpunkten für den weiteren Prozess der Entwicklung dieser Schulart handeln wird. In der Zwischenzeit haben wir mit vielen Fachleuten unterschiedlichster Herkunft über dieses Thema beraten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja! – Abg. Christine Rudolf SPD: Sie beide, oder was?)

(Minister Helmut Rau)

und zwar gerade zu der Frage, mit welcher Qualifikation man den Eintritt in die zehnte Klasse, die am Ende die mittlere Reife ermöglicht, schaffen kann. Von Leuten, die im Schulwesen zu Hause sind, haben wir zu dieser Frage ausschließlich den Ratschlag erhalten, hier eine Vorqualifikation festzustellen, um die jungen Menschen nicht zu enttäuschen, um ihnen nicht etwas vorzumachen, was für sie bereits ein Jahr später nicht einlösbar ist. Wir müssen den jungen Menschen auch eine realistische Orientierung ermöglichen.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Was ist denn mit den Realschulen?)

Es bleibt beim Versetzungszeugnis mit dem Zusatz „Qualifiziertes Versetzungszeugnis“.

(Lachen bei der SPD)

Damit hat sich gegenüber der Formulierung vom vergangenen Dezember gar nicht so viel verändert.

Sie werden uns zugestehen, dass wir in einem solchen Entwicklungsprozess auch in unterschiedlichen Stadien noch zusätzliche Positionen und Erkenntnisse in das Konzept aufnehmen können. Jetzt befinden wir uns am Anfang der Anhörung. Die Anhörung läuft über sechs Wochen. Wir werden viele Stellungnahmen erhalten, und wir werden natürlich schauen, welche Argumente und Impulse aus diesen Stellungnahmen noch hervorgehen, die wir dann in den Gesetzentwurf einarbeiten, bevor wir ihn in die Parlamentsberatungen einbringen können. Das ist ein ganz normales, offenes, demokratisches Verfahren, wie wir es für selbstverständlich halten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Die nächste Frage kommt von der Fraktion GRÜNE. Frau Abg. Rastätter, Sie haben das Wort.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Herr Minister Rau, Sie haben eben von diesen Eckpunkten gesprochen und erwähnt, dass Sie sich nach deren Formulierung auch noch mit Experten unterhalten haben. Aber in der Regel ist es so: Wenn man ein neues Konzept entwickelt, werden zunächst mit den Eckpunkten die zentralen Pflöcke eingesetzt, und dann wird über Details und Fragen der Umsetzung diskutiert.

Die zentrale Aussage zu den Eckpunkten war, dass die Schüler mit einem Versetzungszeugnis in die zehnte Klasse überwechseln können. Sie haben das damals damit begründet, dass dies ein durchgängiger, sechsjähriger Bildungsgang ist. Das haben Sie heute wiederholt. Es ist ein durchgängiger, auf sechs Jahre angelegter Bildungsgang.

Es ist ein Novum in der Geschichte aller Schulformen, dass innerhalb eines durchgängigen Bildungsgangs ein Numerus clausus für Schüler und Schülerinnen eingeführt wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt nicht!)

Das ist ein Novum. Das hat es bisher noch nie, in keinem anderen Bildungsgang gegeben, nicht einmal im Gymnasium, wo es sich sogar noch eher anbieten würde,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt gar nicht!)

nach der Mittelstufe zu sagen: Nicht jeder Schüler wird für die Oberstufe zugelassen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: 1845 gab es das vielleicht einmal!)

Deshalb noch einmal die Frage: Wieso muten Sie ausgerechnet den schwächsten Schülern, die am meisten Zuwendung brauchen, die am meisten individuelle Fürsorge und Unterstützung brauchen, die gerade keinen Selektionsdruck und keinen Auslesedruck brauchen, um gute Lernerfolge zu erzielen, so etwas zu, wenn Sie einen neuen durchgängigen Bildungsgang schaffen? Das haben Sie bislang noch nicht beantwortet.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Sie sollen eine Frage stellen und keine Monologe halten!)

Ich möchte Sie auch bitten, die Frage zu beantworten, ob es für diese Schüler psychisch nicht fatal ist, wenn sie nach dem Auslesedruck, dem sie bereits ab dem dritten Schuljahr in der Grundschule ausgesetzt waren, in der sie sich ohnehin schon als Verlierer definiert haben, in der neuen Werkrealschule nun erneut mit einem solchen Auslesedruck konfrontiert werden.

Des Weiteren haben Sie in den Eckpunkten gesagt: Es gibt eine Gleichwertigkeit, und zwar eine Gleichwertigkeit mit unterschiedlichen Profilen. Wenn dies aber eine Gleichwertigkeit ist, warum geben Sie dann nicht wenigstens eine Grundschulempfehlung Werkrealschule/Realschule auf der einen Seite und Gymnasium auf der anderen Seite? Das wäre immerhin eine Zwischenlösung gegenüber dem, was wir Grünen fordern, nämlich die Grundschulempfehlung völlig abzuschaffen.

Aber bei einer Gleichwertigkeit muss ich doch den Eltern auch signalisieren: Wenn sie sich für eine Werkrealschule entscheiden, dann bekommen sie mehr berufliche Profilierung für ihr Kind, und wenn sie sich für eine Realschule entscheiden, bekommen sie mehr allgemeinbildende Profilierung für ihr Kind. Deshalb muss man doch die Empfehlung offenlassen und es den Eltern überlassen, für welche Profilierung sie sich entscheiden.

Wenn Sie das nicht tun, bleibt das Schulsystem hierarchisch in drei Stufen gegliedert, und dann gibt es eben für die Werkrealschule keine Gleichwertigkeit.

Das Gleiche betrifft übrigens auch die Übergänge nach der Werkrealschule in das berufliche Gymnasium. Auch hier gibt es eine höhere Hürde für die Schülerinnen und Schüler der Werkrealschule. Die müssen nämlich statt eines Notendurchschnitts von 3,0, wie er für Realschüler gilt, einen Schnitt von 2,4 erzielen.

Insgesamt ist also die Frage: Wie wollen Sie den Eltern verständlich machen, dass eine Gleichwertigkeit besteht, wenn für die Werkrealschüler und Werkrealschülerinnen sowohl durch den Numerus clausus als auch bei der Grundschulempfehlung, als auch beim Übergang auf ein berufliches Gymnasium höhere Hürden und schlechtere Bedingungen gegeben sind?

Drittens möchte ich noch ein Wort – –

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Eine solche Regierungsbefragung hat keinen Wert! Wir wollen nichts von Frau Rastätter wissen! – Abg. Stefan Mapus CDU: Frau Rastätter befragt sich gerade selbst! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Kollegin, Sie haben schon vier Minuten gesprochen.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Gut. Okay. So viel zu diesen Fragen.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Minister.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Frau Kollegin Rastätter, ich habe es zwar gerade schon einmal auf die Fragen des Kollegen Zeller hin erklärt, aber ich erkläre es Ihnen gern noch einmal. Sie haben individuelle Fürsorge – ich zitiere – „für die schwächsten Schüler“ eingefordert. Genau darum geht es. Deswegen haben wir in der Werkrealschule einen Stundenpool wie in keiner anderen Schulart dafür vorgesehen, dass Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden können. Aber „individuelle Fürsorge“ heißt nicht, dass wir ihnen viele Jahre lang vormachen, dass sie ein Ziel erreichen können, wenn wir kurz vor Erreichen dieses Ziels einfach bilanzieren müssen: Es wird zu einer großen Enttäuschung führen. Das ist völlig falsch verstandene Fürsorge. Wir geben ihnen die Möglichkeit, bis zum Ende der Klasse 9 eine Qualifikation zu erreichen, die für uns die Grundlage dafür bildet, eine positive Prognose für die Klasse 10 stellen zu können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Unsinn! In der Realschule müssten Sie das dann auch verlangen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: In der Realschule verlangt das niemand!)

Ich finde, dass das eine optimale Offenheit ist. Auf diesem Weg kümmern wir uns intensiv um diese Schülerinnen und Schüler.

Deswegen glaube ich, dass das bei Ihnen beliebte Wort „Auslesedruck“ hier völlig fehl am Platz ist. Wenn man Prognosen abgibt über Ziele, die man erreichen kann oder auch nicht, dann ist das ein Gebot der Fairness und nicht Auslesedruck. Die jungen Menschen werden lernen müssen, in ihrem Leben mit dieser Situation umzugehen. Sie können sie nicht in Watte packen, bis sie irgendwann im wirklichen Leben ankommen. Das wirkliche Leben beginnt spätestens in der Schule.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das beginnt schon vorher! – Zurufe der Abg. Helen Heberer SPD und Volker Schebesta CDU)

Dann will ich etwas zum Thema „Gleichwertigkeit der Grundschulempfehlung“ sagen. Zwischen Werkrealschule und Realschule stellen wir durch die Bildungspläne und die Abschlüsse eine Gleichwertigkeit her, aber nicht eine Gleichartigkeit. Es sind unterschiedliche Schulprofile. Es ist ganz wichtig, dass wir zwischen Gleichartigkeit – dann bräuchten wir keine zwei –

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau! Wie der Name schon sagt!)

und Gleichwertigkeit unterscheiden. Das kommt auch in der Grundschulempfehlung zum Ausdruck. Es bleibt bei der dreioptionalen Grundschulempfehlung. Ich glaube, auch das ist

ein wichtiger Hinweis für die Eltern, an dem sie sich gut orientieren können.

Zum Thema „Übergänge nach der Werkrealschule“: Da werden Sie sich wundern. Ich habe dazu gerade nichts gesagt, und in dem Gesetzentwurf ist dazu auch nichts gesagt. Das werden wir zu regeln haben, wenn die Gesetzgebung zur Werkrealschule abgeschlossen ist. Ich bin in diesem Punkt sehr offen für die Beratungen, die sich sowohl jetzt in der Anhörung als auch nach der Gesetzgebung anschließen werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP und Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Schebesta.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr könnt doch in der Fraktion miteinander reden, oder macht ihr das nicht? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aber nicht öffentlich! – Abg. Stefan Mappus CDU: Aber da seid ihr nicht dabei! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Herr Schmiedel, gleiches Recht für alle! Wenn wir eine Regierungsbefragung machen, darf unsere Fraktion auch etwas fragen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die neue Konzeption der Werkrealschule.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Bei dieser Erkenntnis hat sich auch dieser Tag gelohnt!)

– Es wird Sie nicht überraschen, dass auch ich über die einleitenden Worte Ihrer Redner nicht überrascht gewesen bin, oder?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Also: Wir begrüßen das.

Alle Schülerinnen und Schüler, ob sie die zehnte Klasse besuchen oder nicht, werden von zweistündigen, berufsfachlichen Profildächern und davon profitieren, dass von vornherein auf zwei Abschlüsse vorbereitet wird und damit der Unterricht differenziert und individuell fördernd gestaltet wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Rau, Sie können sich setzen! Da kommt keine Frage mehr!)

Sie von der Opposition stürzen sich vor allem auf einen Kritikpunkt, auf den ich gern eingehen und dann dazu eine Frage stellen will.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Tatsächlich?)

Wir haben uns mit dem Thema „Wer geht in die zehnte Klasse?“ intensiv beschäftigt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist jetzt interessant! Wer geht? Das wissen die doch gar nicht!)

Wir haben dazu auch Fachleute eingeladen und mit ihnen darüber gesprochen.

(Volker Schebesta)

(Zuruf von der SPD: Tatsächlich? – Abg. Reinhold Gall SPD: Wahrscheinlich welche aus dem Ministerium!)

– Tatsächlich. – Jetzt will ich Ihnen etwas sagen:

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wann kommt jetzt die Frage?)

Kein Lehrer und keine Lehrerin, der bzw. die eine zehnte Klasse unterrichtet oder unterrichtet hat, mit denen ich in den unzähligen Gesprächen zum Thema Werkrealschule im letzten Dreivierteljahr gesprochen habe,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ist das jetzt eine Befragung?)

hat gesagt, es bedürfe keiner qualifizierten Anforderung an die zehnte Klasse.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Richtig!)

Keine Lehrkraft!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Das alles sind Lehrerinnen und Lehrer, die sich sehr engagiert um ein bestmögliches Erreichen von Bildungszielen ihrer Schüler kümmern und ein Interesse daran haben, dass die Schüler nachher auf dem Ausbildungsmarkt unterkommen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist keine Befragung!)

Keine dieser Lehrkräfte hat gesagt, das Versetzungszeugnis werde für ausreichend gehalten. Vielmehr haben wir ein ehrgeiziges Ziel: Mit einem Jahr mehr sollen die Schüler den mittleren Bildungsabschluss mit den zusätzlichen Bildungszielen gegenüber dem Hauptschulabschluss erreichen. Das können wir nur erreichen, wenn gewisse Grundlagen, die durch entsprechende Leistungen in den Klassen 8 und 9 belegt werden können und müssen, vorhanden sind, auf die man in der zehnten Klasse aufbauen kann.

Deshalb meine Frage, Herr Minister

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

– als wenn es bei euch anders gelaufen wäre; tut doch nicht so –:

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klasse!)

Haben Sie eine Lehrkraft getroffen, die in der zehnten Klasse unterrichtet

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Das halte ich für ausgeschlossen!)

und die gesagt hat: „Es bedarf etwas anderem als qualifizierter Anforderungen“?

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Ich habe in dieser Frage gründlich recherchiert, Herr Kollege Schebesta, und es ist mir zumindest gelungen, von einer Lehrkraft eine solche Stellungnahme zu hören. Ich habe die Lehrkraft zu dieser Frage nicht selbst befragt, weil sie Gewerkschaftsvorsitzende ist und ich nicht weiß, ob sie in einer zehnten Klasse unterrichtet. Sie hat, glaube ich, eine gewerkschaftliche Pflichtübung abgeliefert. Ich kenne viele Lehrerinnen und Lehrer. Ich besuche mehr Schulen als Sie alle zusammen, und dabei ist mir keine andere Lehrkraft mit einer solchen Stellungnahme untergekommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Als ob die alle mit den Fähnchen dastehen und winken, wenn der Minister kommt!)

– So stellt sich Herr Gall in seinen kühnsten Träumen Ministerbesuche vor.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Da ist es am besten, Sie bleiben, was Sie sind. Sie werden sonst enttäuscht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da ist auch keine Gefahr! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zugegebenermaßen: Kultusminister wollte ich nie werden!)

– Sie hätten auch nicht das Zeug dazu. Das stimmt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich gebe es ja zu! Ich bin da selbstkritisch genug!)

Wir haben, glaube ich, mit der Konzentration auf die Frage des Übergangs von Klasse 9 nach Klasse 10 auch ein Symptom dafür vor Augen, dass die wirklich wichtigen Punkte in diesem Schulkonzept nicht mehr strittig sind: die Durchgängigkeit des Bildungsplans, die Berufsorientierung, das erweiterte Bildungsangebot, die Ganztagschule, die Wahlschule, die Initiative der Schulträger – alles ungeheuer wichtige Eckpunkte dieser Schulart, der Werkrealschule. All das scheint unstrittig zu sein. Ich bin sehr dankbar, wenn sich der sachliche Klärungsbedarf nur noch auf diesen einen Punkt der Kriterien für den Übergang von Klasse 9 nach Klasse 10 konzentriert.

Ich bleibe dabei: Wir sind es den jungen Menschen schuldig, ihnen nach Klasse 9 eine klare Orientierung zu geben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir können sie nicht auflaufen lassen!)

ob sie eine realistische Chance haben, die mittlere Reife abzulegen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Heute nicht! Das ist die Orientierung, die ihr gebt!)

Wir kennen die Kriterien aus den KMK-Standards, und wir dürfen niemanden sehenden Auges in eine große Enttäuschung hineinlaufen lassen, nur weil die Erwachsenen nicht den Mut gehabt haben, hier eine klare Prognose zu stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So ist es!)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Zeller.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die halbe Stunde ist vorbei!)

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rau, ich könnte jetzt kontern und sagen: Sie besuchen die Schulen, ich arbeite an einer Hauptschule. Daher nehme ich mir auch das Recht heraus, zu sagen: Ich habe einen Einblick in die Realität. Reden Sie einmal mit Schulleitern, reden Sie einmal mit Lehrern, reden Sie einmal mit der unteren Schulverwaltung darüber, was sie zu Ihrem Konzept der Werkrealschule sagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die begrüßen das!)

Dann werden Sie einen Verriss erleben.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Herr Zeller, Sie reden offensichtlich mit den falschen Leuten! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Fragen Sie Ihre Kollegin, Frau Fohler! Herr Gregor, SPD-Schulleiter in Kirchheim, begrüßt das! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD )

– Herr Zimmermann, dass Sie von allem etwas verstehen, weiß ich.

Herr Rau, Sie haben soeben bestätigt, dass Sie die Werkrealschule nicht mit einer Realschule gleichsetzen. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie bei der Grundschulempfehlung die Hauptschule und die Werkrealschule gleichsetzen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum eigentlich?)

Das ist der entscheidende Punkt.

Nebenbei: Dass Sie Werkrealschule und Realschule nicht gleichsetzen, wird auch dadurch deutlich, dass Sie andere Quoten für den Übergang auf eine berufliche Schule ansetzen. Auch dies ist ein Beleg, dass es hier nicht um eine Gleichsetzung geht, was den mittleren Bildungsabschluss betrifft.

Wir von der SPD wollen zehn Schuljahre für alle. Das heißt aber nicht, dass jeder automatisch den Werkrealschulabschluss macht.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das muss er doch nicht! Herr Zeller, Sie haben gar nicht begriffen, worum es geht!)

Wir wollen, dass die Hauptschülerinnen und Hauptschüler, die bisher nur neun Schuljahre haben, endlich auch das Recht auf zehn Jahre bekommen. Das ist in Ihrem Entwurf nicht enthalten. Reden Sie doch nicht so daher, als ob es darum ginge, allen den mittleren Bildungsabschluss aufzudrücken. Vielmehr sollen die Schüler die Chance haben, einen Realschulabschluss, einen Hauptschulabschluss oder bei vorliegender Konzeption einen Werkrealschulabschluss zu machen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die Chance haben sie doch!)

Mit Ihrem Konzept wollen Sie die Viergliedrigkeit betonen und favorisieren. Dies bedeutet – ich bleibe dabei – im Klartext: Wer immer es kann, wird alles versuchen, um von der normalen Hauptschule, die dann am Rande noch mitläuft, auf

die Werkrealschule zu wechseln mit dem Effekt, dass dann mangels entsprechender Schülerzahlen automatisch alle auf die Werkrealschule wechseln und die normale Hauptschule aufgelöst wird. Damit – das sage ich Ihnen – sind Sie für das Sterben der Hauptschulen und der Schulen in der Fläche im Land verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: Rücken Sie von Ihrem Konzept ab!

(Abg. Ernst Behringer CDU: Nein! Das haben wir erst beschlossen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Gehen Sie dazu über, wirklich allen Schülern möglichst wohnortnah ein breites Spektrum von Abschlüssen anzubieten. Den Beweis für Ihre Behauptung, die SPD würde nur großen Schulen das Wort reden, müssen Sie erst einmal erbringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo ist die Frage? Eine Frage sollst du noch stellen! Wir wollen noch eine Frage hören! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist der Beweis? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident! – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Frage muss Herr Zeller stellen! Die müssen nicht Sie stellen, Herr Schmiedel! – Weitere Zurufe)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Es wäre eigentlich nicht schlecht, wenn der Kollege Zeller einmal einen Ohrenarzt aufsuchen würde, denn ich habe mehrere Ihrer Behauptungen gerade – –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist unverschämt, was Sie sagen!)

– Das ist nicht unverschämt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Hören Sie auf, hier so unqualifiziert zu reden! Das ist unverschämt, was Sie hier machen! Das ist eine Frechheit! Eine Frechheit ist das! – Zurufe, u. a. des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Unruhe)

Ich habe zu mehreren der gerade aufgestellten Behauptungen eben in dieser Befragung schon Position bezogen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Präsident, Herr Zeller soll eine Frage stellen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Herr Zeller mir zugehört hätte – –

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Norbert Zeller SPD: Eine Frechheit ist das! – Gegenruf von der CDU: Überhaupt nicht!)

– A wa!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz ruhig bleiben und Frage stellen, Herr Zeller! Das ist besser! Dann kann der Minister auch antworten! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: So aber nicht! – Abg. Christine Rudolf SPD: Sie sind nicht in der Lage, mit differenzierten Meinungen umzugehen!)

(Minister Helmut Rau)

– Dann muss ich davon ausgehen, dass Sie mir nicht zugehört haben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Ernst Behringer CDU: Oder nicht zuhören wollte!)

Ich habe Ihnen die Möglichkeit gegeben zu sagen, dass Sie es vielleicht schlecht verstanden haben. Sie haben mir nicht zugehört,

(Unruhe)

und zwar in zwei Punkten, die Sie jetzt als ganz wesentlich wieder angesprochen haben. Das muss ich Ihnen jetzt einfach noch einmal erklären.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der soll erst einmal eine Frage stellen!)

Ich habe nicht behauptet, dass Sie heute noch große Schulzentren fordern. Ich habe gefragt: Was wollten Sie eigentlich? Früher haben Sie hier große Schulzentren, Regionalschulzentren gefordert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist nicht wahr! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD – Unruhe)

– Alles Anträge der SPD. Heute fordern Sie dies nicht mehr.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Heute fordern Sie die idyllische Dorfgesamtschule. Dies ist genauso hanebüchen wie Ihre früher aufgestellte Forderung. Das ist das, was ich gesagt habe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Bravo!)

Der zweite Punkt, Herr Zeller, betrifft etwas, was ich gerade erklärt habe und zu dem Sie wieder etwas Falsches behaupten. Das ist die Frage der Übergänge nach der Werkrealschule. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass im Gesetzentwurf und in den Erläuterungen dazu keine Festlegungen getroffen sind und dass es auch eine Frage des Anhörungsverfahrens und der weiteren Entscheidungen sein wird, wie das ausgestaltet wird. Sie haben eben hier das Gegenteil behauptet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir wissen, dass es so läuft! – Unruhe)

Deswegen meine Frage, ob Sie das richtig verstehen wollten oder verstanden haben, was ich hier gesagt habe.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist eine Regierungsbefragung und keine Oppositionsbefragung! – Anhaltende Unruhe)

Ich sage noch einmal: Es geht uns darum, durch unterschiedliche Profile der beiden Schularten eine Gleichwertigkeit,

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

aber nicht eine Gleichartigkeit dieses schulischen Angebots ganz deutlich zu machen. Daraus erwachsen den Schülern verschiedene Chancen und Laufbahnmöglichkeiten, die aber al-

le dazu führen, dass sie an der Durchlässigkeit unseres Bildungswesens in vollem Umfang partizipieren können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Danke, Herr Minister.

Wir kommen zur nächsten Frage. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe, u. a. Abg. Claus Schmiedel SPD: Nach vorn! Ans Rednerpult gehen!)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich über den Kurs der Landesregierung im Zusammenhang mit der Abwrackprämie zu informieren, weil es da meines Erachtens doch einige Unklarheiten gibt.

(Zuruf: Was?)

Am 6. April gab es eine dpa-Meldung, die ich kurz zitiere – Überschrift: „CDU-Umweltministerin will Umweltprämie“. Da heißt es wie folgt:

*Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) forderte, die Abwrackprämie künftig mit Umweltauflagen zu verbinden. Sie müsse beim Neuwagenkauf mit der ab September vorgeschriebenen EU-Abgasnorm Euro 5 verknüpft werden. „Wir müssen aufpassen, dass jetzt nicht mit Steuergeldern subventioniert die Ladhüter von morgen verramscht werden“, so Gönner.*

Das war am Montag, 6. April. Am Freitag, 3. April – sprich drei Tage zuvor –, gab es eine Bundesratssitzung. In dieser Bundesratssitzung gab es einen Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg. Diesen Antrag zitiere ich ebenfalls:

*Der Bundesrat möge zu der Verordnung folgende EntschlieÙung fassen:*

*Sollte die „Umweltprämie“ verlängert werden, fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, diese mit einer ökologischen Lenkungswirkung zu verbinden und dafür die Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen schnellstmöglich ... entsprechend zu ergänzen.*

Begründung zu diesem Antrag:

*... werden auch Autos mit der Euro-4-Abgasnorm gefördert, obwohl diese Norm ab September 2009 durch Euro 5 abgelöst wird. Für die künftige Förderung sollten diese ökologischen Aspekte nunmehr berücksichtigt werden.*

Mich interessiert, wie man dazu kommt, montags etwas zu fordern, was man am Freitag zuvor im Bundesrat noch abgelehnt hatte. Mich würde insbesondere interessieren, was denn für diese Kursänderung um 180 Grad über das Wochenende ausschlaggebend war.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Frau Ministerin Gönner, bitte.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Lieber Herr Untersteller, das Entscheidende ist, dass wir nicht gegen den Antrag Hamburgs gestimmt haben. Vielmehr hat sich die Landesregierung zu diesem Antrag enthalten. Eine Enthaltung – so steht es im Koalitionsvertrag – erfolgt dann, wenn es unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Landesregierung gibt.

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

In diesem Fall, so denke ich, steht es der Umweltministerin durchaus zu, danach weiterhin ihre Position zu vertreten.

Das ist der Grund. Wir haben nicht dagegen gestimmt. Wir haben uns enthalten. Damit müssen wir leben. Die Kollegen aus Hamburg haben auch ansonsten recht wenig Zustimmung erhalten. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen; aber dennoch darf ich als Umweltministerin weiterhin diese Forderung aufstellen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Es gibt hierzu offenbar keine weiteren Fragen.

Ich erteile nun Frau Abg. Wonnay das Wort.

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sprache ist der Schlüssel zur Bildung, ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Das ist in diesem Raum unbestritten. Wir wissen, dass wir in diesem Bereich ein enormes Problem haben. Bis zu 30 % der Kindergartenkinder – nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund – sind förderbedürftig. Diese Zahl stammt von Staatssekretär Georg Wacker und ist durch viele Untersuchungen belegt.

Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, haben angekündigt, im Bereich der Sprachförderung wesentlich mehr zu tun. Auf die Vorhaltung, dass diese wichtige Bildungsaufgabe nicht ausschließlich über die Landesstiftung zu meistern sei, sondern über den Landeshaushalt gewährleistet sein müsse, haben Sie angekündigt, Sie wollten dafür sorgen, dass jedes Kind, das nach der Sprachstandsdiagnose förderbedürftig ist, auch ein entsprechendes Förderangebot erhält.

Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Die Landesstiftung hat ihre Richtlinien verschärft, die Sprachstandsdiagnose findet mit vier Jahren statt. Nach den neuen Richtlinien jedoch soll die Sprachförderung künftig erst im Alter von fünf Jahren beginnen. Ein ganzes Jahr wollen Sie verschenken.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Unglaublich!)

Sie sind zudem nicht bereit, von der Mindestgruppengröße von sechs Kindern abzuweichen. Gerade im ländlichen Raum wird es allerdings bei ein- und zweigruppigen Betreuungseinrichtungen schwierig sein, diese Mindestgröße überhaupt zu erreichen. Sie nehmen also eine eklatante Benachteiligung des ländlichen Raums in Kauf.

Sie senken die Förderhöhe von 2 700 € auf 2 400 €. Sie vergrößern die Fördergruppe von acht auf elf Kinder, was eklatant schlechtere Bedingungen für die Sprachförderung bedeutet, und Sie streichen das, was bisher vorgesehen war, dass nämlich pro Kindergartengruppe für die Elternbeteiligung

500 € zur Verfügung gestellt werden können, obwohl die wissenschaftliche Begleitung ausdrücklich gesagt hat, wie wichtig dies ist. Entgegen allen hehren Bekundungen, Sie wollten die Sprachförderung ausweiten und wollten jedem Kind, das sprachförderbedürftig ist, ein entsprechendes Angebot machen – ich könnte Ihnen aus den verschiedenen Debatten zitieren –, verschlechtern Sie die Situation.

Das ist ein Armutszeugnis. Ich fordere Sie auf – dies ist meine Frage –, jetzt in diesem Haus darzulegen, ob Sie bereit sind, diese Verschlechterung sofort zu korrigieren, und ob Sie bereit sind, endlich über den Landeshaushalt sicherzustellen, dass wir in Baden-Württemberg für jedes Kind vom ersten Kindergarten tag an ein verlässliches Sprachförderkonzept haben, so, wie es sich für ein „Kinderland“ gehören würde.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Herr Minister Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Frau Kollegin Wonnay, ich teile Ihre Einschätzung der Bedeutung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich. Deswegen haben wir beschlossen, dass die Einschulungsuntersuchung ins fünfte Lebensjahr, wenn ein Kind vier Jahre alt ist, vorgezogen wird. Aber das, was Sie an zeitlicher Differenz errechnet haben, ist so nicht richtig. „Im fünften Lebensjahr“ heißt: Die Kinder sind dann vier Jahre alt, aber die Untersuchung erfolgt nicht am vierten Geburtstag, sondern im Frühjahr des jeweiligen Jahres. Insofern können die Untersuchungen, die bei festgestelltem Förderbedarf zweistufig sind – die Diagnose schließt sich ja an –, nach der Sommerpause beginnen. Dann steht ein ganzes Jahr für die direkte Förderung zur Verfügung. Das ist eine durchaus sinnvolle Abfolge von Untersuchung, Diagnose und Förderung. Da entsteht keine Lücke.

Wenn Sie jetzt die Bedingungen, die die Landesstiftung der Ausschreibung zugrunde gelegt hat, hier zitieren, dann möchte ich deutlich sagen, dass die Erfahrungen, die die Landesstiftung mit der Sprachförderung in Baden-Württemberg bisher vorzulegen hat, sehr gut sind. Damit ist das Know-how der Landesstiftung gesichert, und damit ist sie in der Lage, die notwendigen Strukturen weiter auszubauen.

Jetzt stellt sich die weitere Frage, ob sie mit den Mitteln, die im Aufsichtsrat derzeit für notwendig erachtet werden und durch einen entsprechenden Beschluss bereitgestellt worden sind, diese flächendeckende Ausweitung auch realisieren kann. Ich bin der Meinung, dass wir in diesem Bereich noch weiteren Beratungsbedarf mit der Landesstiftung haben, was die Konditionen angeht. Die Ausschreibung ist, da die Landesstiftung eine selbstständige Organisation ist – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt ist die Landesstiftung schuld! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist ja ein Armutszeugnis!)

– Nein, sie ist nicht schuld. Vielmehr haben wir einen Beratungsbedarf in den zuständigen Gremien. Das ist alles. Ich denke, dass man auf diesen Beratungsbedarf hinweisen darf.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist eine Aufgabe der Landesregierung! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

(Minister Helmut Rau)

Die Landesstiftung hat diese Aufgabe nicht ohne Grund übernommen. Ich habe die Gründe gerade angeführt. Die große Erfahrung, die Tatsache, dass sie Strukturen dafür aufgebaut hat, dass sie in der Lage ist, Aus- und Fortbildung zu betreiben, all das spricht dafür, dass die Landesstiftung diese Aufgabe übernimmt. Ich bin sicher, dass wir beim Start nach der Sommerpause zu einer angemessenen Unterstützung der Sprachförderung im Land und zu ihrem landesweiten Ausbau kommen werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist nur schwach!)

**Präsident Peter Straub:** Bitte, Frau Abg. Lösch. – Herr Minister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult stehen.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Minister Rau, Sie haben gerade Ausführungen über die Wichtigkeit der Sprachförderung gemacht. Da besteht auch Einigkeit.

Die Sprachförderung bei der Landesstiftung unterliegt jetzt den neuen Sprachförderrichtlinien. Das heißt, dass künftig nur Kinder, die ein Jahr vor der Einschulung stehen, in den Genuss der Sprachförderung über die Landesstiftung kommen. Meine Frage ist: Welche Gründe haben dazu geführt, dass die Landesstiftung jetzt die neuen Sprachförderrichtlinien aufgelegt hat? Wer ist künftig für die Kinder zuständig, die bereits ab dem ersten oder zweiten Kindergartenjahr eine Sprachförderung brauchen würden?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Frau Kollegin Lösch, ich habe gerade versucht, deutlich zu machen, dass die Einschulungsuntersuchung, die Diagnose und die folgende Förderung in einem sinnvollen zeitlichen Ablauf zueinander stehen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Also!)

Dabei bleibe ich.

Es kann durchaus sein, dass bei Kindern in einem früheren Alter medizinische Befunde auftreten, die eine zusätzliche Behandlung erforderlich machen. Das hat aber nichts mit der Sprachförderung durch die Landesstiftung zu tun. Das hat eher mit logopädischem Behandlungsbedarf oder anderem zu tun. Das ist dann eine Sache, die ausschließlich über die Gesundheitsdienste abzuwickeln ist. Das hat mit der Sprachförderung durch die Landesstiftung in diesem Sinne nichts zu tun.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Gründe, weshalb die Landesstiftung neue Richtlinien aufgelegt hat! Das war meine Frage!)

– Das hat mit dem flächendeckenden Ausbau zu tun. Man hat sich dieser neuen, größeren Aufgabe geöffnet, indem man dafür organisatorische Voraussetzungen geschaffen hat. Es ist deutlich gesagt worden – auch in den Gremien der Landesstiftung, denen auch Vertreter Ihrer Fraktion angehören –, dass dies ein Wert an sich ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt geht's aber los!)

Es könnte ja sein, dass die SPD-Mitglieder des Aufsichtsrats die Informationen weitergeben, wenn man darüber in der Sache spricht. Das wäre immerhin eine Möglichkeit.

Ich will Ihnen sagen, dass im Aufsichtsrat ausdrücklich festgehalten worden ist, dass wir mit diesen Vorgaben arbeiten und dass angenommen wird, dass dieser Betrag ausreicht. Wenn er aber nicht ausreicht, werden weitere Möglichkeiten der Finanzierung von Sprachförderung geschaffen. Das ist im Aufsichtsrat explizit gesagt worden. Es bedarf dann einer neuen Aufsichtsratssitzung, um das Ganze entsprechend anzupassen, wenn eine Anpassung erforderlich ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

**Präsident Peter Straub:** Gibt es weitere Fragen zu diesem Thema? – Bitte, Frau Abg. Wonnay.

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Herr Minister Rau, das war überhaupt keine zufriedenstellende Antwort, weil Sie mit keiner Silbe darauf eingegangen sind, was Sie mit den verschärften Bedingungen anrichten. Diese sind natürlich darauf ausgelegt, mit den 8 Millionen € auszukommen.

Bisher haben Sie nach Ihren eigenen Aussagen über die Landesstiftung etwa 15 000 Kinder erreicht. Wenn jedoch – das haben Sie in Plenardebatten selbst gesagt – bei bis zu 30 % der Kinder Förderbedarf besteht, dann sind das in Baden-Württemberg nahezu 100 000 Kinder, für die es ein Angebot zu schaffen gilt.

Mit diesen Maßnahmen betreiben Sie keine Ausweitung, sondern eine Restriktion. Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie es schaffen wollen, dass jedes förderbedürftige Kind ein Angebot der Förderung erhält, und zwar zeitnah und möglichst vom ersten Kindergartenjahr an. Bei der Beantwortung dieser Frage können Sie sich nicht hinter der Landesstiftung wegducken. Das liegt vielmehr in der ureigenen Verantwortung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Frau Kollegin Wonnay, Sie gehen ziemlich fahrlässig mit den Zahlen um.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das sind Ihre Zahlen aus der Debatte, dargestellt von Staatssekretär Wacker!)

Die Zahl der Kinder, die für die Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr infrage kommen, haben Sie gleichgesetzt mit der Zahl der Kinder, die insgesamt den Kindergarten im Land Baden-Württemberg in allen drei Jahren besuchen.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Damit haben Sie eine unzulässige Verfälschung der Datengrundlage vorgenommen.

Wir haben 100 000 Kinder im letzten Kindergartenjahr. Sie haben behauptet, dass 100 000 Kinder Sprachförderbedarf haben.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Weil Sie sie vom ersten Kindergartenjahr an fördern müssen, Herr Kollege Rau!)

Sie haben die 30 % auf alle drei Jahre hochgerechnet. Wir gehen nach den Erfahrungen und aufgrund der Analyse der bis-

(Minister Helmut Rau)

herigen Arbeit der Landesstiftung davon aus, dass wir gut liegen, wenn wir eine Sprachförderung für diejenigen Kinder im letzten Kindergartenjahr garantieren, für die die Notwendigkeit einer solchen Sprachförderung diagnostiziert wurde. Das werden wir auch tun.

Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Wenn sie nicht ausreichen, dann werden sie um notwendige Maßnahmen ergänzt. Dabei haben wir aber auch zu beachten, dass in den Mitteln, die die Landesstiftung bisher ausgegeben hat, auch die Untersuchungskosten für die Kinder, die eine Sprachförderung erhalten sollen, enthalten sind. Diese Untersuchungskosten trägt künftig nicht mehr die Landesstiftung. Hier sind zusätzliche Mittel für Fördergruppen frei geworden. Das haben wir natürlich in das gesamte Finanzgefüge eingerechnet. Auch dabei handelt es sich um einen Millionenbetrag, der dadurch zusätzlich allein für die Sprachförderung zur Verfügung steht.

Ich sage es noch einmal: Im Aufsichtsrat ist festgehalten worden, dass es eine Beratung mit dem Ziel geben wird, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn sich herausstellen sollte, dass die Mittel nicht ausreichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Genau!)

Somit wissen alle, dass sie sich im Bedarfsfall auf die Sprachförderung einstellen können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Mapus CDU – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

**Präsident Peter Straub:** Damit ist dieses Thema abgeschlossen.

Dann erteile ich Herrn Abg. Klenk das Wort für eine neue Frage.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir konnten erfreulicherweise zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten in der Landesverwaltung auch im Jahr 2008 wieder zugenommen hat und über 5 % liegt. Es freut uns, dass hier noch einmal eine Steigerung eingetreten ist. Es freut uns insbesondere auch, dass sich der Schwerbehindertenbeauftragte der Landesregierung dahin gehend geäußert hat, dass er sich mit diesem Ergebnis allein nicht zufriedengeben wird, sondern nach wie vor versuchen wird, auch diese Quote weiter zu steigern.

Wir hätten nichtsdestotrotz ein paar Fragen an die Landesregierung.

Sie nannten eine Quote von insgesamt 5,17 % für das Jahr 2008. Frage: Können Sie uns darlegen, wie sich diese Quote über die einzelnen Ressorts verteilt darstellt?

Dann haben wir noch eine andere Frage. Es gibt ja auch Werkstätten für Behinderte, in denen bestimmte Produkte hergestellt werden oder Dienstleistungen erbracht werden können. Uns würde interessieren, ob die Landesverwaltung hier Einkäufe tätigt und diese Einrichtungen in Anspruch nimmt.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Herr Staatssekretär Hillebrand.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Klenk, ich darf die Fragen, die Sie hier eingebracht haben, wie folgt beantworten:

Gestatten Sie mir zunächst, dass ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen mache. Viele von uns wissen gar nicht, dass wir in Baden-Württemberg mit 10,7 Millionen Einwohnern rund 780 000 Menschen haben, die schwerbehindert sind. Diese Menschen in Arbeit und Ausbildung zu bringen, ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung von Baden-Württemberg. Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe dieser Menschen in allen Lebensbereichen.

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig: Der öffentliche Dienst hat bei der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eine Vorbildfunktion. Dieser Vorbildfunktion ist das Land Baden-Württemberg als Arbeitgeber in vollem Umfang gerecht geworden, und das nicht nur in diesem Jahr. Bereits seit 2001 steuern wir kontinuierlich auf die Quote von 5 % zu bzw. haben sie in den letzten Jahren überschritten.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die einzelnen Geschäftsbereiche, die einzelnen Ministerien und nachgeordneten Behörden, lieber Kollege Klenk, in unterschiedlichem Maße zu diesem Erfolg beitragen. Ich darf aber vorweg sagen, dass wir in nahezu allen Ministerien die Quote erfüllen. Es sind genau zwei Häuser, die sie nicht ganz erfüllen. In allen anderen Häusern wird die Quote erfüllt und teilweise übererfüllt.

Wenn Sie es wünschen – das wurde ja gewünscht, lieber Kollege Klenk –, kann ich zitieren, wie die Beschäftigungsquote in den einzelnen Häusern und den nachgeordneten Behörden aussieht:

Im Wissenschaftsministerium haben wir diese Quote nicht ganz erreicht. Es liegt bei diesem Thema eigentlich auf der Hand, dass es da schwierig ist, die Quote von 5 % zu erreichen. Da haben wir eine Quote von 3,91 %.

Im Kultusministerium haben wir sie mit 4,83 % fast erreicht. Da stehen aber immerhin über 105 000 beschäftigte Personen hinter dieser Quote.

Wir haben sie im Justizministerium erreicht. Wir haben sie im Staatsministerium mit 5,66 % erreicht, im Innenministerium mit 5,72 %, im Wirtschaftsministerium und den nachgeordneten Behörden mit 5,74 %,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

bei der Verwaltung des Landtags 6,10 %

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das steht alles in der Anfrage! – Abg. Norbert Zeller SPD: Das haben wir alles schon gelesen!)

– er hat danach gefragt –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wahrscheinlich hat er die Anfrage nicht gelesen!)

– wir sind auch gleich fertig, Herr Gall; wenn Sie zuhören, dann sind wir sofort fertig –, im Ministerium Ländlicher Raum

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

6,17 %, im Umweltministerium 7 %, im Finanzministerium 8,16 % und im Ministerium für Arbeit und Soziales sogar 14,25 %.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vorbildlich! Wie es sich gehört!)

– Vorbildlich, ja. Vielen Dank, lieber Kollege Dr. Noll.

In der Summe sind es, wie gesagt, über 12 000 Menschen, die auf diese Art und Weise Arbeit und Brot in der öffentlichen Verwaltung finden.

Die zweite Frage, die Sie gestellt haben, lieber Kollege Klenk, lautete: Werden seitens der Landesverwaltung auch Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen vergeben? Ich will Sie mit den Zahlen im Detail nicht langweilen, aber auch da kann ich sagen, dass alle Häuser Aufträge an die Werkstätten für behinderte Menschen vergeben. Es fällt insbesondere auf, dass dabei das Wissenschaftsministerium an der Spitze steht. Es erfüllt die Beschäftigungsquote nicht ganz, erteilt aber zahlreiche Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen.

Meine Damen und Herren, das ist in einer Zeit, in der Werkstätten für behinderte Menschen ohnehin Probleme haben, an Aufträge heranzukommen, nicht zu unterschätzen. Ich kann nur an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren. Damit helfen wir den Werkstätten für behinderte Menschen und letztlich auch den Menschen, die dort Arbeit finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Frau Abg. Rudolf, die Redezeit für die Regierungsbefragung ist abgelaufen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Es sind noch acht Sekunden! Wir haben mit diesem Teil um 15:08 Uhr begonnen!)

– Herr Kollege Gall, ich weise Frau Abg. Rudolf darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist, damit sie sich kurz fasst, und bitte den Staatssekretär, sich ebenfalls kurz zu fassen. Sie brauchen mir nicht ins Wort zu fallen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich ziehe meinen Zwischenruf zurück!)

Bitte schön, Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Wir hätten es viel kürzer machen können, weil wir, wie es vielleicht durch Zwischenrufe deutlich geworden ist, z. B. im Finanzausschuss dieses Thema im letzten Jahr bereits zweimal behandelt haben.

(Zuruf von der CDU: Über die Werkrealschule haben wir auch schon oft beraten! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie das Herrn Zeller!)

Aber auch dort sind zwei Fragen stehen geblieben, die ich gern wiederhole.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wiederholen sie seit fünf Jahren!)

Erstens: Im Hinblick auf die Erfüllung der Fünfprozentquote gab es immer wieder die Frage: Wie viel davon sind tatsächlich Neueinstellungen, und wie viele von diesen 5 % sind leider während ihres Berufslebens schwerbehindert geworden?

Zweitens: Insgesamt wird die Förderung der Einstellung von Menschen mit Behinderungen dadurch unterstützt, dass es ein Umlagesystem gibt. Ich habe im Finanzausschuss schon einmal angeregt, dass die Landesregierung darüber nachdenken möge, ein solches System auch zwischen den Ministerien einzuführen, um alle Ministerien über die 5 % zu bekommen, weil dadurch die Quote insgesamt höher würde. Denn tatsächlich sieht es so aus, dass junge Menschen, die eine Schwerbehinderung haben, in aller Regel keine Beschäftigung finden.

Auf der einen Seite kann man sich durchaus loben, wenn man etwas Gutes tut, aber man muss doch zur Kenntnis nehmen, dass diese Gesellschaft für die Menschen, die mit Behinderungen zur Welt kommen oder in jungen Jahren Behinderungen erwerben, nicht viel übrig hat.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Liebe Frau Kollegin Rudolf, Ihre Einschätzung, die Sie im letzten Satz zum Ausdruck gebracht haben, diese Gesellschaft habe für junge behinderte Menschen nicht viel übrig, teile ich überhaupt nicht. Aus meiner Arbeit als Beauftragter der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen weiß ich, dass gerade für junge behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger – Kollege Dr. Noll wird mir dies bestätigen können –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja!)

sehr viel getan wird. Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich all den Gruppierungen danken, die sich dafür einsetzen, dass diese Menschen in Arbeit und Brot kommen.

Natürlich ist es nicht ganz einfach. Das liegt in der Natur der Sache. Je schwerer die Behinderung ist, desto schwerer ist es natürlich auch, diesen Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Ich habe jetzt keine exakten Zahlen vorliegen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass auch und gerade im öffentlichen Dienst Ausbildungsplätze für Behinderte zur Verfügung gestellt werden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Würden Sie mir bitte nachreichen, wie viele das sind?)

– Ich kann versuchen, das zu erheben, und werde es Ihnen dann gern persönlich zur Verfügung stellen. Das ist überhaupt kein Thema. Sofern wir das erfasst haben, bekommen Sie das selbstverständlich.

Nun zu dem anderen Punkt, den Sie angesprochen haben. Das betrifft wahrscheinlich das Thema Ausgleichsabgabe. Ich halte nichts davon, zu sagen: „Wir scheren jetzt alle Ministerien über einen Kamm.“ Jeder, der die Pflichtquote nicht erreicht, muss ja in entsprechendem Umfang eine Ausgleichsabgabe bezahlen. Sie wissen vielleicht, dass wir dabei in Baden-Württemberg insgesamt 80 Millionen € einnehmen – weniger aus dem öffentlichen Dienst, sondern vielmehr aus den privaten Beschäftigungsverhältnissen. Das sind 80 Millionen €, die den Behinderten wieder zugutekommen.

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

Wir als Land Baden-Württemberg – da wird sich der Finanzminister freuen – müssen jetzt aufgrund dessen, dass wir die Quote nahezu überall erfüllen, fast keine Ausgleichsabgabe mehr bezahlen.

Ich sehe überhaupt keinen Sinn darin, einen interministeriellen Ausgleich herbeizuführen, wie Sie das jetzt vorgeschlagen haben. Ich denke, so, wie die Regelungen sind, sind sie durchaus gut und sachgerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich. Aber bitte fassen Sie sich kurz.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Die Stunde ist um! Die Stunde ist schon lange um! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 67 Minuten haben wir schon!)

**Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sie haben genau das Thema angesprochen, das mich besonders interessiert. Es wird kaum noch erforderlich, die Ausgleichsabgabe zu zahlen. Auf der anderen Seite heißt das aber auch, dass für die Integrationsprojekte, die aus dieser Ausgleichsabgabe finanziert werden, zunehmend weniger Geld da ist. Ich stelle die Frage: Gibt es Bestrebungen der Landesregierung, die Finanzierung der Integrationsprojekte auf andere Füße zu stellen?

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Liebe Frau Kollegin Mielich, Ihre Frage kann ich kurz und bündig beantworten: Es gibt keine Bestrebungen, an dem System der Ausgleichszahlungen auch nur irgendetwas zu ändern. Denn dieses Ausgleichssystem hat sich absolut bewährt. Wir sollten auf der einen Seite ja froh sein, wenn behinderte Menschen einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Ich spreche die Betriebe und Unternehmen draußen im Land häufig darauf an.

Die Kehrseite der Medaille ist aber die: Wenn dieser Arbeitsplatz durch einen behinderten Menschen besetzt werden kann, dann kann es nicht sein, dass der Arbeitgeber zusätzlich noch eine Ausgleichsabgabe zu leisten hat. Ich denke, es ist insgesamt ausgewogen, und wir sollten es daher bei diesem System belassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das macht doch auch Sinn!)

**Präsident Peter Straub:** Vielen Dank. Die Regierungsbefragung ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP – Bestellung eines Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ – Drucksache 14/4325**

**b) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sonderausschusses**

Das Präsidium hat festgelegt, dass eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion geführt werden soll.

Ich erteile Herrn Abg. Palm das Wort.

**Abg. Christoph Palm CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau sechs Wochen ist es her, dass uns die schreckliche Gewalttat von Winnenden und Wendlingen aus unserem geordneten Alltag gerissen und bis ins Mark getroffen hat. Tränen, Trauer, Schock standen uns allen ins Gesicht geschrieben. Wir weinten um die Opfer, fühlten mit den Angehörigen, Freunden, Mitschülern und Lehrern und konnten das Unfassbare nicht begreifen.

Die tiefe Betroffenheit und das Entsetzen haben teilweise zu Sprachlosigkeit, Aktionismus oder Überreaktionen geführt.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Nicht so, meine Damen und Herren, im Landtag von Baden-Württemberg. Wir alle haben uns gemeinsam mit der Landesregierung entschlossen, die grausame Tat in ihrem ganzen Umfang von den Ursachen über den Tathergang bis hin zu den polizeilichen Ermittlungen gründlich zu analysieren und Konsequenzen daraus zu diskutieren.

Die Konsequenzen, werte Kolleginnen und Kollegen, werden umso wertvoller sein, je durchdachter und fundierter sie ermittelt werden.

Getragen von der unendlichen Trauer um die Opfer, von der über den Tag hinaus bestehenden Solidarität mit den Angehörigen und von der uns übertragenen Verantwortung für unsere Gesellschaft haben sich alle vier Fraktionen des Landtags auf einen gemeinsamen Antrag zur Einsetzung eines Sonderausschusses verständigt. Unter Einbeziehung des Berichts der bereits mit Hochdruck arbeitenden Arbeitsgruppe der Landesregierung sollen bis zum Jahresende ganz konkrete politische Beschlussempfehlungen für den Landtag als Konsequenz aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen erarbeitet werden.

Der gemeinsame Antrag als Signal der Geschlossenheit und Einigkeit in grundlegenden Fragen über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft – und dazu, meine Damen und Herren, gehört ohne Zweifel der staatliche Schutz der Bürger vor Gewalt – ist die beste Basis für eine zielgerichtete Ausschussarbeit und ein deutlich sichtbares Zeichen für ein Funktionieren der demokratischen Grundsätze in unserem Land.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Menschen in Baden-Württemberg hätten nämlich keinerlei Verständnis für eine Aufarbeitung der furchtbaren Geschehnisse vor dem Hintergrund partei- oder wahltaktischer Überlegungen.

Signale zum Konsens haben alle Fraktionen ausgesandt. Dafür danke ich ausdrücklich. Auch der Respekt vor den Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer, der Polizei und der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die während und nach dem Amoklauf vielfach bis an die eigenen Grenzen der Belastbarkeit und noch darüber hinaus gegangen sind, verbietet es, etwas anderes als eine objektive Betrachtung der Geschehnisse in einer Kultur der gegenseitigen Achtung und Akzeptanz durchzuführen.

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Der diesen gemeinsamen Antrag tragende Geist war für mich wichtige Triebfeder zum persönlichen Engagement im Sonderausschuss. Da-

(Christoph Palm)

rüber hinaus habe ich mich im Ständigen Ausschuss schon seit Längerem mit dem Bereich „Jugend und Medien“ befasst. Als Wahlkreisabgeordneter von Winnenden besteht überdies eine besondere Nähe zu den Ereignissen und den so schwer betroffenen Menschen. So habe ich die gestrige Wahl zum designierten Ausschussvorsitzenden durch meine Fraktion im vollen Bewusstsein der großen Verantwortung für eine inhaltlich und atmosphärisch erfolgreiche Arbeit angenommen.

Offenheit, Transparenz, die Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik sowie ein Eingehen auf die berechtigten Anliegen der Betroffenen sind mir dabei besonders wichtig.

Gleich im Anschluss werde ich mich zusammen mit den Ausschussobleuten aller vier Fraktionen mit Vertreterinnen und Vertretern des Aktionsbündnisses aus Winnenden treffen, um die Gedanken, Wünsche und Forderungen der Eltern, die ein Kind durch den Amoklauf verloren haben, ganz direkt in unsere Arbeit einfließen zu lassen.

Meine Damen und Herren, dieser Sonderausschuss wird keine Alibiveranstaltung werden. Allein der persönliche Anspruch aller designierten Ausschussmitglieder und der durch den gemeinsamen Antrag formulierte politische Wille zum Handeln sind dafür zu groß. Die Erwartungshaltung darf auf der anderen Seite aber auch nicht so hoch gesetzt werden, dass der Eindruck entsteht, durch die Ergebnisse des Sonderausschusses allein könnten zukünftige Amokläufe verhindert oder deutlich unwahrscheinlicher werden. Dieser Ausschuss ist eine Plattform für eine politische und gesellschaftliche Diskussion, der wir uns alle noch weitaus intensiver als bisher und weit über die Grenzen des Landtags hinaus zu stellen haben.

Der Ausschuss soll dabei quasi die Funktion eines Katalysators haben. Wir brauchen eine ganz breite Debatte über die Ursachen einer zunehmenden Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen und über wirksame Möglichkeiten für die Prävention davor. Nur wenn es uns gelingt, einen breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens herbeizuführen, nur wenn es uns gelingt, den Schwarzen Peter nicht von den Eltern zu den Lehrern, von der Politik zu den Medien und vice versa zu verschieben, können Staat und Gesellschaft ihrer Pflicht in diesem existenziellen Bereich gerecht werden.

Wir dürfen uns dabei von der Komplexität der Aufgabe und der Vielzahl der Einflussfaktoren nicht entmutigen lassen. Meine Hoffnung ist, dass der Sonderausschuss und wir alle im Landtag von Baden-Württemberg einen wertvollen Beitrag zu einer nachhaltigen Verbesserung der Verhältnisse leisten können.

„Was ist schon Hoffnung?“ mag sich der eine oder andere nun im Hinblick auf den Sonderausschuss fragen. Václav Havel hat einmal formuliert:

*Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgehen wird, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.*

So interpretiert, hege ich zutiefst die Hoffnung, dass der Sonderausschuss Sinn machen wird. Er muss Sinn machen, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Altpeter das Wort.

**Abg. Katrin Altpeter SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 11. März 2009 hat sich auf eine schreckliche Art und Weise in unsere Herzen gebrannt – in Winnenden, in Wendlingen, in den Landkreisen und im ganzen Land. Man muss sich nur vorstellen, dass man morgens die Kinder zur Schule geschickt hat und sie nicht mehr zurückgekommen sind.

Wir alle haben es nicht glauben können. Wir sind auch heute noch an vielen Stellen sprachlos. Wir können keine Lösungen bieten. Wir können keine Kinder mehr zurückgeben. Aber wir haben auch Verantwortung für die Kinder, die wir haben, für die Kinder, die da sind.

Es hat – das ist vielleicht eine sehr persönliche Bemerkung, aber das möchte ich an dieser Stelle sagen – Auswirkungen auf alle Kinder in unserem Land. Wir können einerseits sagen: Amerika ist weit weg. Erfurt war auch weit weg. Unsere Kinder sind hier. Unser Nachbarsjunge saß am Ostersonntagmittag weinend vor der Tür. Ich habe ihn gefragt: „Was hast du denn?“ Er hat mir geantwortet: „Es bedrückt mich so, dass die Unglücke immer näher kommen.“

Welche Antwort gibt man einem solchen Kind, welche Antwort, die nicht vielleicht banal klingen würde? Welche andere Antwort gibt es denn als die, dass wir alle gemeinsam – hier möchte ich auch im Sinne des Kollegen Palm sprechen – dafür sorgen, dass es für die Menschen im Land – insbesondere für unsere Kinder – die größtmögliche Sicherheit davor gibt, dass die Unglücke eben nicht mehr so nahe herankommen können?

Mit der Einsetzung dieses Sonderausschusses werden wir versuchen, im Landtag von Baden-Württemberg die Dinge zu bewältigen, die Dinge zu tun, die wir tun können. Wir werden uns nicht kleinkariert darüber herumstreiten können, ob es eine oder anderthalb mehr Lehrerstellen gibt, sondern wir werden uns noch mit ganz anderen Dingen auseinanderzusetzen haben. Wir werden uns auch mit der Frage auseinanderzusetzen haben: Was ist eigentlich los in unserem Land, dem es so gut geht, das wirtschaftlich so gut dasteht? Was ist los in unserem Landkreis, wo fast jeder sein eigenes Häuschen mit einem Garten darum herum hat, wo die Zahl der Arbeitslosen gering ist? Was ist geschehen, dass wir oft die Sprache, die unsere Kinder und Jugendlichen sprechen, nicht mehr verstehen, dass es uns manchmal scheinen muss, als lebten sie in einer anderen Welt, die beherrscht ist vom Internet, vielleicht auch von Spielen und Zugängen zu Dingen, die wir lieber nicht sehen wollen?

Wir müssen uns auch in diesem Sonderausschuss die Frage stellen: Wie kann es uns gelingen, durch Maßnahmen auf politischer Ebene – sei es auf der Bundesebene, wo wir in Fragen des Waffenrechts auch Einfluss zu nehmen haben, sei es aber auch ganz konkret auf der landespolitischen Ebene – Zugang zu diesen Kindern, zu diesen Jugendlichen zu bekommen, ihnen Sicherheit zu vermitteln, ihnen Kompetenzen im Medienbereich zu vermitteln, ihnen Perspektiven zu vermitteln, dass man weiß, wo man hingehen kann, wenn man mit seinen Problemen nicht mehr fertig wird, und dass man diese Probleme überhaupt erst einmal formulieren kann?

(Katrin Altpeter)

Wie kann es uns gelingen, Schule so zu gestalten, dass wir nicht nur die erkennen, die auffällig sind und immer laut schreien, sondern dass wir auch die sehen, die mitlaufen, und auch Möglichkeiten zu schaffen, uns um diese Jugendlichen zu kümmern?

Ich glaube, all dies wird unsere Aufgabe im Ausschuss sein. Wir werden daran arbeiten. Wir werden sicher am Schluss nicht in jedem Punkt einer Meinung sein. Aber ich glaube, wenn unser Konsens ist, für unsere Kinder und unsere Jugendlichen das Beste zu tun, um ihnen Sicherheit zu geben, dann haben wir, auch wenn es nur ein kleiner Trost ist, etwas für die betroffenen Eltern und Angehörigen getan.

In diesem Sinne: Ich freue mich auf ein konstruktives Arbeiten und auf gute Ergebnisse.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Sckerl das Wort erteilen.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nahtlos an die Worte des Kollegen Palm und der Kollegin Altpeter anschließen, bei denen ich mich sehr herzlich für ihre Ausführungen bedanken möchte. Diese entsprechen in vollem Umfang unseren und auch meinen persönlichen Intentionen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Sonderausschuss eine sehr wichtige Aufgabe übernehmen werden, dass große Erwartungshaltungen uns gegenüber bestehen. Wir sollen sehr schwerwiegende Probleme lösen. Ich glaube, wir müssen auch unser Bestes geben. Wir müssen uns sehr anstrengen. Dazu ist es notwendig, die Kräfte zu bündeln.

Deshalb sagt unsere Fraktion auch ausdrücklich: Es ist kein Ausschuss wie sonst; es ist etwas Neues. Wir müssen alles dafür tun, möglichst im Konsens alle Anstrengungen zu unternehmen, um jenseits des sonstigen parteipolitischen Gefechts, der Auseinandersetzungen gemeinsam überzeugende Vorschläge zu erarbeiten. Das empfinden wir – so haben wir das bei uns diskutiert – und das empfinde ich auch persönlich als Verpflichtung. Es ist für uns auch in den nächsten Monaten kein Thema von Wahlkämpfen. Es kann kein Thema billiger politischer Auseinandersetzung sein, sondern es muss gemeinsam sehr ernsthaft behandelt werden. Das Ereignis, der Amoklauf von Winnenden und Wendlingen, ist bis zum heutigen Tag einfach zu erschütternd und zu außergewöhnlich, als dass man von diesem Prinzip leichtfertig abweichen könnte.

Es wird wichtig sein, meine Damen und Herren, dass wir alle Fragen, die anstehen, tatsächlich auf den Prüfstand stellen und dass wir Tabus in diesem Zusammenhang nicht akzeptieren, sondern mit der gebotenen Gründlichkeit und Offenheit diese Fragestellungen untersuchen und bearbeiten und die Anhörung von Sachverständigen durchführen und möglichst gemeinsam nach Lösungen suchen.

Für uns – ich glaube, das empfinden wir alle so – sind die beiden offenen Briefe der betroffenen Eltern und auch die Tätigkeit des neu gebildeten Aktionskreises, dem ich meine ganz ausdrückliche Bewunderung und meinen großen Respekt aus-

spreche, eine sehr hohe Verpflichtung zum politischen Handeln.

Ich darf mich – gestatten Sie mir das – bei meinem Fraktionsvorsitzenden Winfried Kretschmann sehr herzlich für seine Initiative im Zusammenhang mit der Bildung dieses Ausschusses bedanken. Dass wir das gemeinsam aufgegriffen haben, zeigt, glaube ich, dass in allen Fraktionen eine hohe Übereinkunft in dieser Frage besteht. Wir haben schon ein paar Gespräche geführt. Herr Kollege Palm, ich glaube, dass wir auf einen guten Weg kommen werden, dass wir sehr schnell und sehr zeitnah die notwendigen Fragen anpacken.

Es gibt den Arbeitskreis der Regierung. Ich denke, es ist notwendig, dass auch auf dieser Seite mit Experten beraten wird. Ich darf sagen, dass wir hoffen und dafür arbeiten wollen, dass möglichst eine Zusammenarbeit, ein Ineinanderverzahn stattfinden. Wir empfinden es jedenfalls nicht als Konkurrenzveranstaltung, dass der Landtag auch einen Sonderausschuss einsetzt. Es darf auch nicht so sein, dass z. B. ein Wettlauf mit der Zeit – wer macht schneller Vorschläge? – oder irgend so etwas stattfindet, sondern man muss sich von Anfang an auf ein gemeinsames Handeln – jeder mit seiner unterschiedlichen Aufgabenstellung – verständigen.

Ich erkläre für meine Fraktion die ausdrückliche Bereitschaft, möglichst im Konsens und mit gemeinsamem Einsatz die bestmöglichen Antworten auf diese Katastrophe von Winnenden und Wendlingen zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt die Einrichtung dieses Ausschusses. Nach einem solch schrecklichen Geschehen, für das wir noch immer keine Erklärungen finden und das man auch schlecht in Worte fassen kann, kommen immer Forderungen. Es ist wichtig, dass diese Forderungen nicht irgendwie parteipolitisch instrumentalisiert werden und wir uns gegenseitig mit wieder anderen Gegenforderungen über diese Sache hermachen.

Wir alle wissen: Gesetze allein können keinen Amoklauf verhindern. Nicht nur die Angehörigen der Opfer, sondern wir alle stellen uns immer wieder die Frage, wie es dazu kommen konnte. Diese Frage ist – wenn überhaupt – natürlich nur unter Beleuchtung aller Seiten zu beantworten. Dabei ist es wichtig, dass wir mit Bedacht an die Sache herangehen und nicht mit einem unkoordinierten Tatendrang.

Wir erwarten von der Einsetzung dieses Ausschusses, dass er sich mit dem Thema umfassend beschäftigt und ein in sich schlüssiges Konzept vorlegt, das alle berührten Themen mit einschließt.

Wir kennen das Problem, dass es in Deutschland viele Waffen gibt. Wir haben kein zentrales Waffenregister. Aber nach Schätzungen des Bundesinnenministeriums gibt es rund 10 Millionen erlaubnispflichtige Waffen, die legal in den Händen von rund 4 Millionen Waffenbesitzern liegen. Experten

(Hagen Kluck)

schätzen, dass die Zahl der illegal in Besitz befindlichen Waffen mindestens doppelt so hoch ist.

Wir werden alle Vorschläge ernsthaft prüfen. Aber wir werden auch zu der Erkenntnis kommen, dass sich derjenige oder diejenige, die sich selbst umbringen und dabei andere mit in den Tod reißen wollen, trotz noch so vieler Sicherungen wahrscheinlich Waffen beschaffen können.

Wir können unsere Jugendlichen auch nicht vor der Medienwelt schützen, in der unbestritten viele schädliche Einflüsse lauern. Aber wir können die jungen Menschen zu gefestigten Persönlichkeiten machen, die verantwortungsvoll mit diesen Gefährdungen umgehen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Auch hier gilt aber: Verbote allein lösen keine Probleme.

Wir müssen auch berücksichtigen, dass es dazu unterschiedliche wissenschaftliche Anschauungen gibt. Die einen sagen: Das hat einen ursächlichen Zusammenhang. Die anderen sagen: Es gibt dort keinen monokausalen Zusammenhang, beispielsweise zwischen Computerspielen und aktiver Gewalt. Das müssen wir uns genau anschauen und beleuchten.

Gewalt unter Jugendlichen hat zumindest nach dem Eindruck der Öffentlichkeit in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Gründe dafür sind vielschichtig und sollen im Rahmen dieses Ausschusses möglichst umfassend beleuchtet werden. Auch hier muss ein in sich schlüssiges Konzept her, das im frühen Kindesalter einsetzt und alle Facetten einschließt.

Wir kennen die Forderungen nach mehr Sicherheit an Schulen. Aber auch da muss man wieder sehen, dass selbst hoch gesicherte Schulen nur bedingt vor einem Amoklauf schützen können. Um wirksame Sicherheitskonzepte zu entwickeln, wird der Ausschuss sachverständige Experten hinzuziehen.

Wir müssen uns aber auch mit dem Schulalltag auseinandersetzen. Häufig wird ein Gefühl der Zurücksetzung als Mitursache für Gewaltausbrüche vermutet. Deshalb haben Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern, Schulleitungen und Schulaufsicht die Pflicht, konsequent gegen Ausgrenzung und Mobbing, gegen Kränkung und Benachteiligung vorzugehen.

„Grausamkeit ist das Heilmittel des verletzten Stolzes“, hat Friedrich Nietzsche einmal festgestellt, und bei Antoine de Saint-Exupéry können wir nachlesen: „Der Mensch, der nicht geachtet ist, bringt um.“

Wir Liberalen werden den Blick des Sonderausschusses auch darauf richten, dass gerade durch die Achtung des Einzelnen, durch das Verständnis für andere und durch den Respekt vor der Würde eines jeden Mitmenschen der Boden für das Aufgehen der Saat der Gewalt steiniger wird.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Antrag.

Wer dem Antrag Drucksache 14/4325 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen jetzt zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Sonderausschusses nach § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Es ist vorgesehen, dass dem Sonderausschuss 18 ordentliche Mitglieder angehören sollen und stellvertretende Mitglieder bis zur dreifachen Zahl möglich sind. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen liegt Ihnen hierzu vor (Anlage 3).

Erhebt sich gegen den Wahlvorschlag Widerspruch? – Dies ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass das Haus der Wahl der vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder zustimmt, sodass diese damit gewählt sind.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Bevor wir in die Beratung des Tagesordnungspunkts 6 eintreten, darf ich mitteilen, dass inzwischen Herr Alfred Sebenico aus Albstadt auf der Besuchertribüne Platz genommen hat. Am 28. Februar 2009 wurde Herr Sebenico 100 Jahre alt. Somit gehört er zu den ältesten Besuchern des Landtags.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Sebenico, ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt im Landtag. Nachher gibt es, wie ich gehört habe, noch ein Kaffeetrinken. Vor allem wünsche ich Ihnen noch viele glückliche Lebensjahre. Alles Gute!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

#### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts – Drucksache 14/4002**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/4289**

**Berichterstatter: Abg. Walter Heiler**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Groh von der CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Manfred Groh** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Zweiten Beratung über die Reform des Gemeindehaushaltsrechts bringen wir ein Gesetz auf den Weg, das die Haushaltsplanung, den Vollzug und die Rechnungslegung, also die gesamte kommunale Haushaltswirtschaft, grundlegend ändert.

Die letzte große Änderung des kommunalen Haushaltsrechts datiert aus dem Jahr 1974. Heute, 35 Jahre später, führen wir mit der neuen Haushaltssystematik Veränderungen durch zur nachhaltigen Prozessoptimierung, zum Einsatz betriebswirtschaftlicher Konzepte, zur Erfüllung nationaler wie internationaler Ansprüche und vieles mehr.

Innerhalb der CDU-Fraktion haben wir uns die Entscheidung für die kommunale Doppik nicht leicht gemacht, und zugegebenermaßen konnten auch nicht alle Einwendungen ausgeräumt werden. Gleichwohl sind wir deutlich überwiegend der

(Manfred Groh)

festen Überzeugung, eine zukunftsweisende Richtung eingeschlagen zu haben.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Künftig werden Ressourcenaufkommen und -verbrauch, die Ziele und Wirkungen kommunalen Handelns sowie die Vermögenssituation im Vordergrund stehen. Die Experten sprechen von der outputorientierten Betrachtung der kommunalen Produkte. Die kommunalen Entscheidungsträger werden somit von Anfang an und in Kenntnis aller finanzwirksamen Auswirkungen im Bezugszeitpunkt die Entscheidung treffen können.

Kommen wir zum eigentlichen Kern unserer Haushaltsreform:

Erstens: Insbesondere unter dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit ist mit der neuen Informationsbasis eine erhöhte Aufgaben- und Zweckkritik möglich.

Zweitens: Die Produktzuordnung aller Einnahmen und Ausgaben bietet dem Gemeinderat eine umfassende Beurteilung unter Einbeziehung von Aufwand und Abschreibung einerseits und Finanzierung andererseits.

Drittens: Die Finanzrechnung liefert die künftigen Informationen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit.

Viertens: Die Bilanz wird über alle zur Aufgabenerfüllung eingesetzten Vermögenswerte Klarheit schaffen.

Erstmals werden die tatsächlichen Vermögens- und Kapitalausgaben der Kommunen einschließlich aller tatsächlichen Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen. Richtig ist, dass der Gemeindegtag die Notwendigkeit eines Gesamtabschlusses für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern gefordert hat. Auch nach nochmaliger Überprüfung halten wir es aber für ausreichend, Ausnahmen zuzulassen, wenn die Auslagerungen von untergeordneter Bedeutung sind. Durch diese sachgebundene Regelung ist eine größtmögliche Flexibilität gewährleistet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bei allen Neuerungen gibt es Zustimmung und Ablehnung, so auch bei diesem Reformvorhaben. Es mag sein, dass einige Kommunen, besonders die kleinen Gemeinden, für ihre Belange nicht so viele Vorteile sehen und mit der bisherigen Betrachtung und Ausrichtung gut und ausreichend versorgt waren. Wenn es aber darauf ankommt – da sind wir uns, wohl mit Ausnahme der SPD, sogar fraktionsübergreifend einig –, die Effektivität kommunalen Handelns, die Effizienz der eingesetzten Haushaltsmittel, die Generationengerechtigkeit, die Produktzuordnung und eine allumfassende Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund zu rücken, dann allerdings reicht die Kameralistik kaum noch aus.

Wenn immer mehr Vergleiche mit privatwirtschaftlichem Handeln gefordert werden, dann muss auch im öffentlichen Bereich das gleiche Instrumentarium gelten. Mit anderen Worten: Die Spielregeln müssen die gleichen sein – annähernd die gleichen –, sonst vergleicht man Äpfel mit Birnen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Natürlich ist auch mir bekannt, dass die Kommunen eine andere Aufgabenstellung, nämlich die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, zu bewerkstelligen haben. Ich greife beispielhaft Public Private Partnership heraus, weil wir uns aktuell mit der Komplexität dieser Alternative beschäftigen. Die SPD lehnt diese alternative Finanzierungsform strikt ab, zum Teil mit sehr populistischen Argumenten. Dabei verkennt sie, dass es nur um die produktorientierte Wirtschaftlichkeitsprüfung geht, also um die seriöse Ermittlung der günstigsten Alternative beim Umgang mit Steuergeldern.

Deshalb frage ich die SPD, was sie eigentlich will: die sture Rücksichtnahme auf Vorschriften oder den wirtschaftlicheren und sparsameren Umgang mit unseren Steuergeldern.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Wollen Sie sagen, dass die Kommunen bisher nicht wirtschaftlich agiert haben?)

– Das steht doch gar nicht zur Diskussion.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Sie behaupten es doch gerade!)

Es geht hier um das Instrumentarium, dass man eine Wirtschaftlichkeitsprüfung seriöser Art durchführt und auch zu dem Ergebnis kommen kann, dass eine alternative Finanzierung durchgeführt wird.

(Abg. Walter Heiler SPD: Warum machen es dann Bund und Land nicht?)

– Die machen es doch auch.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? – Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich!)

Natürlich wird das durchgeführt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wo macht ihr das hier im Land?)

– Im Land kann ich Ihnen 20 Projekte zeigen, die über diesen Weg gemacht wurden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Doppik!)

Meine Damen und Herren, immer wieder werden Forderungen laut – ich komme zu Ihrem Thema, Herr Heiler –,

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich weiß!)

dass auch das Land selbst die Doppik einführen müsse und den Kommunen nicht ständig mehr abverlangen solle als sich selbst. Nun, liebe Kollegen – Herr Heiler, Sie sind nicht allein; Herr Schlachter und Herr Theurer fordern das ebenfalls –: Zunächst muss die Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes durch den Bund abgewartet werden. Da können Sie ja ein bisschen mithelfen. Dann werden wir uns sicherlich wieder über die Fortentwicklung des Landeshaushaltsrechts unterhalten. Jetzt jedenfalls ist es dafür zu früh.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Also nie! Dann dauert's!)

Allerdings, lieber Herr Kollege Heiler, würde mich schon einmal interessieren, warum Sie die Doppik ablehnen und sie

(Manfred Groh)

gleichzeitig für das Land einfordern. Da sehe ich einen gewissen Widerspruch.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Walter Heiler SPD: Ich werde Ihnen gleich sagen, warum!)

Mit der Kameralistik ist eine Produktzuordnung wegen der starren systembedingten Trennung der Ausgabearten nicht ohne Weiteres herstellbar. Künftig aber lautet das Produkt z. B. „Förderung von Kindern bis drei Jahren in Gruppen in Tageseinrichtungen“, und alle Aufwandsarten sind dieser Haushaltsstelle zugeordnet.

Das Produkt kann auch „Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz“ heißen. Erstmals erfahren alle, was bei dieser Position über Jahre hinweg an Personal, Sachaufwand und Investitionen direkt anfällt.

Meine Damen und Herren, diejenigen Kommunen, die bereits seit einiger Zeit mit der Doppik arbeiten, haben durchweg gute Erfahrungen gemacht und begrüßen die erhöhte Aussagekraft der neuen Haushaltssystematik. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die positive Befragung in Nordrhein-Westfalen zum kommunalen Haushaltsrecht. Dort wird schon seit Längerem mit der Doppik gearbeitet.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wer steht denn besser da, die nordrhein-westfälischen oder die baden-württembergischen Kommunen?)

Der SPD empfehle ich die Lektüre dieser Befragung über das neue kommunale Finanzmanagement aus dem Jahr 2008. Herr Heiler, das sollten Sie sich einmal besorgen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wer steht denn besser da, die nordrhein-westfälischen oder die baden-württembergischen Kommunen?)

– Ich denke, dass unser Land sehr gut dasteht.

Die CDU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Für Ihre Aufmerksamkeit ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Heiler das Wort.

**Abg. Walter Heiler SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten uns in der ersten Lesung noch offengehalten, ob wir dem Gesetzentwurf zustimmen, und haben darauf verwiesen, dass wir im Innenausschuss noch einige Fragen beantwortet haben wollten. Die Beantwortung der Fragen war jedoch enttäuschend und frustrierend. Deshalb können wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Meine Damen, meine Herren, intergenerative Gerechtigkeit bedeutet, dass jede Generation das erwirtschaften und bezah-

len soll, was sie verbraucht. Damit sind wir einverstanden; das ist auch unsere Auffassung.

Nun zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Groh. In der Bundesrepublik Deutschland lag die Pro-Kopf-Verschuldung am Ende des Jahres 2008 – Quelle: Statistisches Bundesamt – bei 18 543 €.

(Abg. Manfred Groh CDU: Berlin an erster Stelle!)

Davon entfallen auf den Bund 11 651 €, auf die Länder 5 866 € und auf die Kommunen gerade einmal 1 026 €. Das bedeutet, dass die Kommunen gerade einmal für gut 5 % aller Schulden verantwortlich sind, Bund und Länder für knapp 95 %. Wenn sich also überhaupt jemand in dieser Republik in der Vergangenheit intergenerativ gerecht verhalten hat, dann waren es die Kommunen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb drängt sich die entscheidende Frage auf: Wenn die Doppik doch so gut ist, warum führen Bund und Land die Doppik dann nicht ein?

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wer ist denn Finanzminister?)

Die Regierung und auch Sie reden sich mit dem Argument heraus, die bundesgesetzlichen Grundlagen würden fehlen. Ich frage einmal umgekehrt: Welche Initiativen haben Sie ergriffen, damit bundesgesetzliche Regelungen getroffen werden, damit die Länder letztlich die Doppik einführen? Sie haben überhaupt keine Initiativen ergriffen. Der Bund wiederum – da liegen Sie völlig falsch, Herr Groh – hat im Oktober 2008 über das Bundesfinanzministerium mitgeteilt, man werde die Doppik nicht einführen. Vielmehr favorisiere man die erweiterte Kameralistik und werde diese umsetzen.

(Abg. Manfred Groh CDU: Es soll ein Wahlrecht geben!)

Fazit: Weder bezogen auf den Bundshaushalt noch bezogen auf den Landshaushalt ist absehbar oder ersichtlich, dass die Doppik eingeführt werden soll. Deshalb verwundert es sehr, dass ausgerechnet die Kommunen, die sich in der Vergangenheit intergenerativ am gerechtesten verhalten haben, in diesem Zusammenhang verpflichtet werden sollen, eine Vorreiterrolle einzunehmen. An dieser Stelle erinnert man sich an die sieben Schwaben: Hannemann, geh du voran! Die Kommunen sollen das alles machen.

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD)

Umgekehrt wäre es anständig gewesen, wenn Bund und Land den Kommunen gezeigt hätten, wie die Doppik funktioniert. Dann hätten wir das auch gern eingeführt und mitgetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Herr Groh, die kaufmännische Buchführung eignet sich nicht uneingeschränkt für den Staat. Ein Wirtschaftsunternehmen können Sie auch nicht mit dem Staat vergleichen. Ein Unternehmer muss Gewinne erzielen, und eine Verwaltung muss politische Vorgaben umsetzen und gesetzliche Aufträge erfül-

(Walter Heiler)

len. Es ist keine Frage, dass dies wirtschaftlich vertretbar erfolgen muss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie bisher!)

Ich behaupte, dass wir dafür keine Doppik brauchen.

Zum nächsten Punkt, den wir im Innenausschuss angesprochen haben. Herr Groh, mit der Doppik landet kein Cent mehr in den kommunalen Kassen. Im Gegenteil, die Kommunen müssen erst einmal investieren. Dabei hat sich für uns die Frage gestellt, was das eigentlich kostet. Darauf haben wir die Antwort bekommen: In Bruchsal kostet das 5 € pro Einwohner. Herr Professor Notheis ist anwesend. In der „Heilbronner Stimme“ haben wir gelesen: 13 € pro Einwohner. In Nürnberg sind angeblich Umsetzungskosten in Höhe von 26 € pro Einwohner angefallen.

Wenn ich jetzt einmal rechne, dann heißt das: Wenn die Angaben für Bruchsal stimmen, dann würde die Umsetzung in Baden-Württemberg insgesamt 54 Millionen € kosten. Wenn die Angaben für Nürnberg stimmen, dann würde dies 280 Millionen € für Baden-Württemberg bedeuten. Das heißt, man legt uns einen Gesetzentwurf vor, ohne die geringste Ahnung zu haben, was es die Kommunen tatsächlich kostet. Meine Damen und Herren, das halten wir für unseriös.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Heiler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

**Abg. Walter Heiler SPD:** Ich glaube zwar nicht, dass uns das weiterbringt, aber ich gestatte sie trotzdem.

(Heiterkeit)

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Herr Kollege Heiler, Sie als Bürgermeister haben hier natürlich bestimmte Interessen zu vertreten. Als Bürgermeister wissen Sie genau, wie es um die Finanzen Ihrer Stadt bestellt ist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Gut!)

Ich als ehrenamtlicher Stadtrat bin sehr darauf angewiesen, dass wir ein transparentes und auch für Laien erkennbares Finanzsystem haben. Teilen Sie meine Auffassung,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

dass durch die Einführung der Doppik genau diese Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger hergestellt wird?

(Abg. Manfred Groh CDU: Ja!)

**Abg. Walter Heiler SPD:** Nein.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das war eine klare Antwort!)

Klare Antwort, Herr Kollege Kluck: Nein.

Letztlich gibt es noch ein Problem, meine Damen und meine Herren, beim Thema Konnexität. Bayern hat den Kommunen ein Wahlrecht gegeben, an der Kameralistik festzuhalten oder aber die Doppik einzuführen. Dies geschah auch vor dem Hin-

tergrund, dass bei einer zwangsweisen Verpflichtung zur Einführung der Doppik in Bayern offensichtlich das Konnexitätsprinzip gegolten hätte. Ich habe im Innenausschuss danach gefragt. Was hat man mir als Antwort gegeben? Bayern hat ein anderes Konnexitätsprinzip. In Baden-Württemberg gilt dies im vorliegenden Fall nicht. Diese Antwort ist völlig unbefriedigend – jetzt komme ich auf einen anderen Punkt zu sprechen –, weil Bayern offensichtlich ein besseres Konnexitätsprinzip hat als wir in Baden-Württemberg und in Bayern in diesem Fall das Konnexitätsprinzip greifen würde.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Im ersten Fall, in dem es ernst wird, meine Damen und meine Herren, lässt das Land im Zusammenhang mit der Konnexität die Kommunen im Stich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen, meine Herren, wir Sozialdemokraten stehen mehrheitlich auf dem Standpunkt, dass die öffentlichen Aufgaben mit dem kameralistischen System zielgenau gesteuert und erledigt werden können. Es hätte ohne Weiteres die Möglichkeit bestanden, das bisherige System beizubehalten und durch einfaches materielles Recht zu verbessern. Insbesondere bildet die Kameralistik die demokratischen Prozesse ab. Sie bietet natürlich auch die Möglichkeit, implementierte Kosten- und Leistungsrechnungen aufzustellen. Es ist jeder Kommune bereits bisher unbenommen, Abschreibungen in den Haushalt aufzunehmen und diese Abschreibungen durch politische Entscheidungen auch zu erwirtschaften. Das kann jede Kommune bereits nach dem derzeitigen System.

Eine moderne, transparente und effiziente Verwaltung bleibt das Ziel unserer Fraktion. Dazu hätte es aber keines sogenannten Reformwerks bedurft, das die Kommunen bei seiner Einführung zig Millionen Euro kosten wird, ohne dass ein einziger Cent mehr in den kommunalen Kassen landet. Wir lehnen das Gesetz daher ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eine schwache Begründung mit Hinweis auf Bayern! Schwache Begründung! – Gegenruf des Abg. Ingo Rust SPD: Fundiert aus der Praxis! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Eugen Schlachter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn heute die Reform des Gemeindehaushaltsrechts verabschiedet wird, ist das wohl eine der schwersten Geburten in Gesetzgebungsverfahren, die dieses Land je vollbracht hat. Die Diskussion reicht bis in das Jahr 1990 zurück. Baden-Württemberg hat diese Reform leider als eines der letzten Länder erst jetzt eingeleitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Zwölf andere Bundesländer waren in dieser Frage etwas schneller als wir.

Der Gesetzentwurf hat kontroverse Beratungen hinter sich. Er ist auch ein Kompromiss; das wurde aus allen bisherigen Re-

(Eugen Schlachter)

debeitragen dazu klar. Eine Reihe von Fragen und Problemen sind noch offen, die, glaube ich, ihren Praxistest erst noch bestehen müssen. Aber im Grundsatz, in den großen Linien, stimmen wir von den Grünen hier im Landtag diesem Reformvorhaben zu,

(Beifall der Abg. Manfred Groh CDU und Hagen Kluck FDP/DVP)

weil es richtig und notwendig ist. Warum stimmen wir zu? Weil wir glauben, dass mit diesem neuen Rechnungswesen, mit dieser Doppik, endlich eine Nachhaltigkeit in das Gemeindehaushaltsrecht einziehen wird. Wir glauben, dass das ein gutes Steuerungsinstrument ist, um die politischen Ziele in den Kommunen auch langfristig wirtschaftlich umzusetzen, Herr Kollege Heiler.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Es muss aber gleichzeitig auch die Bedeutung der Gemeinderäte und der Kommunalparlamente stärken. Es ist auch unser Ziel, dass das zu einer Stärkung der kommunalen Parlamente führt. Ich hoffe natürlich auch, dass die Räte dort diese Chance ergreifen, mit der Formulierung von Zielen ein gutes und auch betriebswirtschaftliches Steuerungs- und Buchhaltungsmittel zum Einsatz zu bringen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Schauen wir einmal!)

Es ist wichtig, dass buchhalterisch und in Zahlen dargelegt ist, dass Verschuldung und Entscheidungen nicht einfach locker auf nachfolgende Generationen übertragen werden sollen. Ich betone es nochmals: Die Nachhaltigkeit hält endlich Einzug in das Gemeindehaushaltsrecht.

Es ist uns auch wichtig, dass der Ressourcenverbrauch hier in dieser Form abgebildet wird. Ich glaube, es ist eine der wichtigsten Aufgaben, dass wir die Sicherung kommunaler Ressourcen vor Augen haben.

Wir setzen weiter darauf, dass die Doppik mehr Transparenz hineinbringt, vor allem was die Darstellung der Gesamtverschuldung bringt, und dass, wenn es Probleme und Schwächen gibt, diese offenkundig und auch zutage gefördert werden.

Ich halte es allerdings für problematisch, dass wir hier ein Gesetz verabschieden, das alle über einen Kamm schert. Ich hätte es gern gesehen, wenn es so etwas wie eine „Doppik light“ oder ein Haushaltsrecht gegeben hätte, das die Dinge in einer Art Baukastensystem darstellen ließe. Wir hätten es ebenso begrüßt, wenn die Gemeinden – wie es in Bayern war – zumindest übergangsweise ein Wahlrecht gehabt hätten.

Es sind noch immer die Fragen offen: Wie unterliegt dieses Gesetz der Konnexität? Wie gehen wir damit um? Es ist wohl mit den kommunalen Landesverbänden abgesprochen worden, aber so ganz sauber scheint mir das nicht zu sein. Jedenfalls wird es die Gemeinden mit Umstellungskosten belasten, die wir bis heute nicht detailliert und genau beziffern können.

Bei allen Hoffnungen muss jedoch eines klar sein: Es wird deswegen nicht mehr Geld in die Haushalte gespült, sondern

das ist eine andere Form der Rechnungslegung. Daher ist mit der neuen Form der Rechnungslegung nicht garantiert, dass alle Gemeinden deshalb noch wirtschaftlicher als bisher arbeiten werden.

(Abg. Manfred Groh CDU: Aber nicht ausgeschlossen!)

Der Umstellungsprozess geht bis 2016. 20 Gemeinden haben das System bereits umgestellt. Wir müssen natürlich schauen, dass das Gesetz – so, wie es vorgesehen ist – zwei Jahre später auf den Prüfstand kommt, um festzustellen, ob es auch wirklich seine Wirkung – die wir heute hier erhoffen – erzielt hat.

Für mich ist klar: Wenn das Land hier etwas einfordert, muss immer derjenige, der fordert, ein Vorbild sein.

(Abg. Walter Heiler SPD: Sehr gut!)

Deshalb ist es das Ansinnen der Fraktion GRÜNE, dass das Land möglichst schnell, sofern das gesetzgeberisch möglich ist, auch auf diese Form der Rechnungslegung umstellt. Denn nur wer Vorbild ist, kann auch fordern.

Wir stimmen dem Gesetzesvorhaben zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer für die Fraktion der FDP/DVP.

(Zuruf von der SPD: Auf nach Europa!)

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer kennt nicht die Diskussionen in kommunalen Gremien, das aufgeregte Erschrecken von Kommunalpolitikern, wenn nach 30 Jahren eine Turnhalle saniert werden muss oder eine Schule nicht in Ordnung ist und man dann feststellt, dass man eben nicht, wie ein privates Unternehmen, entsprechende Abschreibungen eingerechnet hatte und Einnahmen dann anderweitig ausgegeben hat und sich eine zu großzügige Infrastruktur geleistet hat?

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja!)

Jeder aktive Kommunalpolitiker kennt dies. Dem hat ja die Reformbewegung in den Kommunen entgegengewirkt, die im Grunde genommen in den Niederlanden ihren Ausgang genommen hat und mit dem neuen Steuerungsmodell auch zu uns kam.

Wenn wir heute nach einer 16-jährigen Reformdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland nun auch in Baden-Württemberg ein neues kommunales Haushaltsrecht einführen, dann ist dies wahrhaft ein historischer Moment. Man sollte an dieser Stelle nicht so tun, als ob das Land den Kommunen etwas überstülpen würde, sondern das haben die Kommunen selbst gemacht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es waren die Fachleute an den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung, die im Grunde genommen von den Gemein-

(Michael Theurer)

den, den Städten und den Kreisen aus die Reformbewegung vorangetrieben haben, die auch andere öffentliche Institutionen – Land und Bund – ermutigen wollten, auf die kaufmännische Buchführung umzusteigen.

Das Neue – das hat Kollege Groh schon zutreffend ausgeführt – am kommunalen Haushaltsrecht, wie es in dem Gesetzentwurf enthalten ist, ist die Berücksichtigung des Ressourcenverbrauchs, die intergenerative Gerechtigkeit, die Umstellung von der Inputsteuerung zur Outputsteuerung. Es kommt nicht darauf an, wie viel Geld zur Verfügung gestellt wird, sondern darauf, auf das zu achten, was hinten herauskommt, auf die Ergebnisorientierung in der öffentlichen Verwaltung. Das ist allein mit der Doppik natürlich noch nicht erreicht; ergänzend müssen Produkte, Produktdefinitionen, Zieldefinitionen hinzukommen. Dazu gehören auch eine Kosten- und Leistungsrechnung

(Abg. Walter Heiler SPD: Das haben wir schon jetzt ohne Doppik!)

und ein entsprechendes Prozessmanagement. In den Städten und Gemeinden und in den Landkreisen befinden wir uns bereits mitten in diesem Prozess. Ich glaube, wir haben große Fortschritte erzielt, aber wir sind noch nicht ganz am Ziel angekommen.

Heute legt der Landtag in zweiter Lesung die Grundlage dafür, dass nun für alle Kommunen im Land Baden-Württemberg die Rahmenbedingungen entsprechend gesetzt werden. Die Pilotkommunen haben gute Erfahrungen damit gemacht. Wir als FDP/DVP haben uns dafür ausgesprochen, dass zum einen ein einheitliches Haushaltsrecht für alle kommt, schon wegen der Vergleichbarkeit. Wir sind damit in guter Gesellschaft. Die Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,

(Abg. Walter Heiler SPD: Alles erfolgreiche Kommunen!)

und Sachsen haben sich für den gleichen Weg, nämlich für die doppelte Buchführung als Maßstab, ausgesprochen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nichts hat es ihnen genützt! – Abg. Walter Heiler SPD: Was hat es ihnen gebracht?)

Ein Parallelsystem erweiterter Kameralistik halten wir für nicht zielführend, weil es eine Doppelaufwendung wäre.

Die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht bringt nicht mehr Geld in die Kassen, zeigt aber Ressourcenverbräuche auf, die ohnehin da sind. Insofern richtet sich das Argument auch gegen Sie selbst, Herr Kollege Heiler. Es bringt auch nichts, wenn man sich das schönrechnet oder wenn man den Gemeinderäten und der Bevölkerung vorenthält, welche Belastungen in der Zukunft noch da sind.

(Abg. Walter Heiler SPD: So dumm sind die nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Weder die Gemeinderäte sind blöd noch die Bevölkerung!)

Die Anhörung und die Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden waren sinnvoll. Die Anregungen des Gemeindetags konnten nicht vollständig aufgenommen werden, aber

wichtige Forderungen des Gemeindetags Baden-Württemberg wie der Verzicht auf ein spezielles Haushaltsstrukturkonzept konnten aufgenommen werden. Die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit fließt jedenfalls in den Kennzahlenkatalog ein. Gleichzeitig haben wir insbesondere eine lange Übergangsfrist bis zum Jahr 2016 eingeräumt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Manfred Groh CDU: So ist es!)

Das hat einen entscheidenden Vorteil. Hier kann ich aus eigener Erfahrung berichten, weil die Gemeinde, für die ich als Oberbürgermeister Verantwortung trage, eine der drei Großen Kreisstädte im Regierungspräsidium Karlsruhe ist, die ihr System umgestellt haben. Wir haben sowieso ein neues Finanzsoftwaresystem einführen müssen und haben jetzt in einem Aufwasch auch das neue kommunale Haushaltsrecht mit eingeführt. Wenn man das so macht, entstehen keine zusätzlichen Hardwarekosten, sondern es fallen ausschließlich Schulungskosten für das Personal an; deshalb auch die lange Übergangsfrist. Ich meine, wir haben hier der Notwendigkeit der sparsamen Haushaltsführung der Kommunen Rechnung getragen.

In einem Punkt haben Sie recht: Wir werden als FDP auf Landes- und auch auf Bundesebene dafür kämpfen, dass hier auch das kaufmännische Rechnungswesen Einzug hält.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Bis wann? – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann passiert ja nichts! Da sind wir beruhigt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Rech.

(Abg. Walter Heiler SPD: Herr Rech, denken Sie daran, dass Sie einmal Gemeinderat waren!)

**Innenminister Heribert Rech:** Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Heiler, ich denke schon daran, dass ich einmal im Gemeinderat war. Ich denke auch daran, in welcher Weise wir damals über Kommunal финанzen und Haushalt diskutiert haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt nicht wieder alles schlechtmachen!)

Der Normalbürger hätte darin wahrscheinlich kaum Transparenz und Ehrlichkeit sehen können.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jetzt aber!)

– Ich komme gleich darauf zurück.

Wir müssen schon ein bisschen Mut aufbringen. Es handelt sich – das sehen wir ja alle so – in der Tat um einen tief greifenden Reformprozess, den wir hier gesetzgeberisch in Gang bringen. Diese Reform stellt die Kommunen in der Tat bei ihrer Umsetzung vor große, vor gigantische Herausforderungen. Deswegen ist es mir wichtig, dass die kommunalen Landesverbände die Reform mittragen und wir zumindest in den wesentlichen Eckpunkten der Reform gute und tragfähige Kompromisslösungen gefunden haben. Ich danke deswegen den kommunalen Landesverbänden für ihr Engagement und für ihre Kompromissbereitschaft in der Sache.

(Minister Heribert Rech)

Wir wollen mit dieser Reform die Grundlagen für eine effiziente und transparente Finanzpolitik – das ist schon gesagt worden – in den Kommunen schaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass die finanziellen Lasten zwischen den Generationen gerechter verteilt werden, und mit der Reform und dem Ressourcenverbrauchskonzept, das der Reform zugrunde liegt, wollen wir mehr Transparenz, mehr Ehrlichkeit und mehr Nachhaltigkeit schaffen. Das sagt sich so locker daher, aber dafür bedarf es schon einigen Mutes. Herr Kollege Heiler, das erinnert mich – das passt nicht ganz, aber ein Stück weit doch – daran

(Abg. Walter Heiler SPD: Passt es, oder passt es nicht?)

– doch, doch! –, wenn ich von Ehrlichkeit und Transparenz rede: Vor Jahren haben mich meine Töchter einmal gebeten, nicht nur darüber zu reden, sondern mein Abiturzeugnis endlich einmal vorzulegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihres?)

– Meines, ja. Das war eine ähnliche Herausforderung. Es hat auch einigen Mutes bedurft,

(Heiterkeit)

das einmal offen auf den Tisch zu legen. So ähnlich ist es hier.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben gesagt: „Aber geklappt hat es trotzdem“!)

– Ja, ja. Aber so, wie ich bislang darüber geredet hatte, fand sich das nicht 1 : 1 tatsächlich auch im Zeugnis wieder.

(Heiterkeit)

Wenn wir das so machen, dann bleiben halt zwei plus zwei gleich vier.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das waren halt andere Zeiten, Herr Minister!)

– Es waren andere Zeiten, ja. Aber andere Zeiten müssen jetzt auch in der kommunalen Haushaltswirtschaft kommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber auch in der Kameralistik ist zwei plus zwei gleich vier! – Abg. Rainer Stickerberger SPD: Dann müssen Sie das Abitur eben noch einmal machen!)

Die müssen kommen, wenn wir nicht so weitermachen wollen wie bisher. Wenn wir da den Turnaround schaffen wollen, dann müssen wir Transparenz und Ehrlichkeit und Übersichtlichkeit und Vollständigkeit herstellen. Es soll halt eben nicht so sein, dass die Kriegs- und Nachkriegsgeneration – unser Ministerpräsident hat das zu Recht schon wiederholt an anderer Stelle gesagt – teilweise unter großem Verzicht die Aufbauarbeit geleistet hat, wir mit offenen Armen verbraucht, gebraucht, ausgegeben haben und die nachfolgende Generation dann die Folgen unseres Konsums tragen muss. Die bisherigen Beratungen des Gesetzentwurfs in diesem Haus haben ja gezeigt, dass ein breiter politischer Konsens für diese Zielsetzung besteht, und dafür bin ich dankbar.

Jetzt zu den Einzelheiten: Ich bin der festen Überzeugung, dass mit der kommunalen Doppik auch der richtige Weg gewählt wurde, um diese Ziele zu erreichen. Weder ein Wahlrecht zwischen der Kameralistik und der Doppik noch eine ressourcenorientierte Erweiterung der Kameralistik würde ein in sich geschlossenes – das wollen wir ja –, transparentes und einheitliches System anbieten, wie es bei der kommunalen Doppik der Fall ist. Im Gegensatz zu den kameralistischen Systemen kommt die Doppik ohne eine separat geführte Vermögensrechnung aus. Das führt zu mehr Transparenz.

Nicht umsonst hat sich die ganz überwiegende Anzahl der anderen Bundesländer für die Doppik als alleinigen Buchungstil und damit auch gegen ein Wahlrecht entschieden.

Die Landesregierung war von Anfang an der Meinung, dass es wichtig sei, die Kommunen mit der Einführung des neuen Haushaltsrechts nicht zu überfordern. Das hat uns bei unseren Überlegungen geleitet. Deswegen war es auch wichtig und richtig, dass sich Vertreter aus der kommunalen Praxis in den Reformkommissionen und Arbeitsgruppen eingebracht haben. Die neuen haushaltsrechtlichen Vorschriften orientieren sich deswegen sehr stark an den kommunalen Bedürfnissen, Herr Kollege Heiler, und lassen genügend Spielraum für die praktische Umsetzung der Reform vor Ort. Ein deutliches Zeichen dafür ist die sehr großzügige Übergangsfrist – das wurde ja schon betont – von sieben Jahren bis zum Jahr 2016.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Da bleibt genügend Zeit, um die kommunalen Haushalte umzustellen.

(Abg. Walter Heiler SPD: „Doppik light“! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Überhaupt nicht! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Natürlich!)

– Nein, nicht „Doppik light“. Doppik konsequent, aber Doppik mit einer langen Übergangsfrist. Und für die Vorbereitung des Gesamtabschlusses bleiben sogar noch zwei Jahre mehr, weil der ja erst im Jahr 2018 zwingend zu erstellen ist.

Meine Damen und Herren, vielleicht zum Schluss noch ein paar wesentliche Vorschriften: Die Regelung zum Haushaltsausgleich – Sie, meine Kollegen von der SPD, hatten das gerade angesprochen – setzt die Anforderungen des Ressourcenverbrauchskonzepts systemgerecht um. Ein mehrstufiges System von Ausgleichsregelungen bietet eine ausreichende Flexibilität, Herr Kollege Schlachter.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Innenminister Heribert Rech:** Das Bausatzsystem und die vielgestaltigen und örtlich auch sehr unterschiedlichen Finanzsituationen – das muss man natürlich auch sehen – können, soweit erforderlich, angepasst werden. Die jetzt im Gesetzentwurf enthaltene Formulierung geht auf einen Vorschlag des Städtetags Baden-Württemberg zurück, der vom Gemeindegtag und vom Landkreistag mitgetragen wird. Dadurch, dass die gesetzliche Ausgestaltung des Ausgleichs – –

(Minister Heribert Rech)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Landkreise werden profitieren! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Doch, Herr Kollege Gall. Ja, dazu komme ich gleich. – Dadurch, meine Damen und Herren, dass die gesetzliche Ausgestaltung des Haushaltsausgleichs auf eine Sonderregelung für umlagefinanzierte Körperschaften – das betrifft vor allem die Landkreise – verzichtet, bleibt das Haushaltsrecht für alle kommunalen Ebenen einheitlich. Ob die Kreisumlagen steigen oder nicht – um noch einmal ein Argument aus den Anfangszeiten der Diskussion aufzugreifen –, hängt nicht von der Anwendung der Doppik oder der Kameralistik ab, sondern

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Von etwas ganz anderem!)

von der finanzwirtschaftlichen Situation des Landkreises.

(Abg. Walter Heiler SPD: Der muss die Ressourcen auch erwirtschaften, und das muss er sich doch irgendwo holen!)

Im Übrigen vertraue ich darauf, dass die Kreistage als Kontrollorgane

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die werden sehr wohl darauf achten!)

bei einer etwaigen Entscheidung über eine Erhöhung der Kreisumlage dann auch ihrer Verantwortung gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden wie bisher gerecht werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: In den Kreistagen sitzen doch die ganzen Bürgermeister! – Abg. Walter Heiler SPD meldet sich.)

Was die Bildung von Pensionsrückstellungen angeht, wählt das Gesetz einen zentralen Lösungsansatz – das ist ganz wichtig, meine Damen und Herren –: Pensionsrückstellungen müssen nicht bei jeder einzelnen Kommune gebildet werden, sondern zentral für alle Kommunen im Land beim Kommunalen Versorgungsverband.

(Glocke der Präsidentin)

Dort müssen die gebildet werden. Diese Lösung trägt – wenn ich das noch sagen darf – auch der gesetzlichen Pflichtmitgliedschaft aller kommunalen Körperschaften im Versorgungsverband Rechnung.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Heiler?

**Innenminister Heribert Rech:** Ja, Herr Kollege Heiler. Gern.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ach so, ja! – Heiterkeit)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Heiler.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Überrascht! Nicht damit gerechnet! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Total perplex!)

**Abg. Walter Heiler SPD:** Herr Minister, wenn in den Landkreisen die Doppik gilt, dann müssen die Landkreise natürlich auch die nötigen Ressourcen erwirtschaften. Das heißt, sie brauchen mehr Einnahmen oder müssen weniger Ausgaben tätigen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch nicht! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Erzähl doch keine Märchen!)

Deshalb wurde in der Tat zu Beginn der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die Kreise das über eine erhöhte Kreisumlage holen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Quatsch! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie erzählen Märchen!)

Das haben Sie jetzt quasi abgestritten. Könnten Sie uns hier definitiv fürs Protokoll mitteilen, wo Ihrer Ansicht nach die Kreise die Mittel zur Deckung dieses Mehrbedarfs herholen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nicht von der SPD! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Der Ressourcenverbrauch findet doch sowieso statt! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Aber bislang muss man die Abschreibungen nicht erwirtschaften! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja, gut! Aber dann knallt es in 20 Jahren! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Minister.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Kollege Heiler, wenn ich auf die zentralen Punkte Transparenz, Ehrlichkeit, Ressourcenverbrauch hingewiesen habe, dann gilt das für die kommunale Ebene insgesamt, und da sind die Landkreise eben mit dabei.

(Abg. Walter Heiler SPD: Richtig! Absolut richtig!)

Die Zwischenfrage des Kollegen Kluck vorhin habe ich sehr wohl verstanden. Die darin zum Ausdruck kommende Einschätzung teile ich zu 100 %.

Deswegen noch einmal: Auch in dieser Frage sage ich: Ob die Kreisumlagen steigen oder nicht, hängt letztlich nicht von der Anwendung der Doppik oder der Kameralistik ab, sondern davon, wie die Finanzwirtschaft der Kreise aussieht und wie deren finanzwirtschaftliche Situation aussieht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Grottenfalsch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist falsch!)

– Ich darf die Kollegen von der CDU darauf aufmerksam machen, dass jetzt nur die Kollegen von der FDP/DVP applaudiert haben; aber auch deren Applaus freut mich.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Die verstehen, was wirklich dahintersteckt! Die CDU-Kollegen wissen, warum! – Abg. Walter Heiler SPD: Da sind viele Kommunale dabei! Die wissen, worum es geht! – Unruhe)

(Minister Heribert Rech)

– Ja, also. Aber, Herr Kollege Heiler, auch die kreisangehörigen Kommunen wissen, worum es geht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Fragen Sie doch einmal die Bürgermeister in Ihrem Wahlkreis!)

Deswegen vertraue ich darauf – ich sage es noch einmal –, dass die Kreistage als Kontrollorgane bei der Entscheidung, ob eine Kreisumlage erhöht wird oder nicht, ihrer Verantwortung gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden wie bisher auch gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bei der Aufstellung des Haushalts!)

Meine Damen und Herren, einen Gedanken möchte ich noch aufgreifen, weil er vorhin zumindest schon einmal angedeutet wurde: Mehr als die Hälfte der kommunalen Verschuldung in Baden-Württemberg befindet sich außerhalb der Kernhaushalte. Mehr als die Hälfte ist außerhalb! So viel zum Thema Transparenz, Vollständigkeit, Wahrheit und Ehrlichkeit.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Im Land ja auch!)

Diese Tatsache ist ein klarer Beleg dafür, dass der Gesamtabchluss nicht nur eine Angelegenheit von Kommunen mit mehr als 20 000 Einwohnern sein darf, sondern für alle gelten muss. Ich habe es noch einmal gesagt: Der Gesetzentwurf lässt ja bei den vorgesehenen Regelungen zudem systemgerechte Ausnahmen zu.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da sind Ihre Kollegen Scheuermann und Jägel völlig anderer Auffassung! – Abg. Hans Georg Junginger SPD: Kronzeuge Jägel!)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf einen Punkt eingehen, der bei den Beratungen immer wieder angesprochen wurde, nämlich die Kosten der Reform. Dazu will ich vorweg eines sagen: Mit den kommunalen Landesverbänden besteht Konsens darüber, dass die Kosten, die bei den Kommunen aus Anlass der Doppik-Einführung anfallen, kein Anwendungsfall für das Konnexitätsprinzip sind.

Herr Kollege Heiler, hier wurde die bayerische Lösung angesprochen. Die Bayern haben hier in der Tat etwas abweichende Regelungen, die aber bei der Frage, ob sie systemgerecht und ob sie sinnvoll sind, durchaus unterschiedliche Betrachtungsweisen zulassen. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass in Bayern meines Wissens die Konnexitätsregelung im Wege eines Volksentscheids in das Gesetz gekommen ist. Ich will das nicht kommentieren. Aber da gibt es schon gewaltige Unterschiede zu unseren Auffassungen und zu unserem Konnexitätsprinzip.

Unterschiedliche Ansichten bestehen hinsichtlich der Höhe der anfallenden Reformkosten. Sie haben einige Zahlen genannt, Herr Kollege Heiler. Mir liegen auch einige vor, sogar ganz erstaunliche bis hin zu den Zahlen von München mit 64 € pro Kopf.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das toppt ja alles, was ich vorgetragen habe!)

Das würde ich gern einmal sehen wollen. Aber das alles basiert nicht auf fundierten Erhebungen, sondern auf bloßen An-

nahmen. Da will ich deutlich sagen: Repräsentative Erhebungen oder wissenschaftliche Untersuchungen sind nicht bekannt und mit vertretbarem Aufwand auch nicht leistbar.

Deswegen haben wir – im Übrigen wie die meisten anderen Bundesländer auch – in der Gesetzesbegründung auf die einmaligen und fortlaufenden Kosten hingewiesen, deren Höhe allerdings nicht beziffert. Die Abgrenzung zwischen reformbedingtem und nicht reformbedingtem Aufwand ist landesweit nicht mit der erforderlichen Genauigkeit zu ermitteln. Außerdem sind die personellen und sachlichen Voraussetzungen bei den Kommunen so unterschiedlich, dass verallgemeinerungsfähige Berechnungen oder Schätzungen in der Gesamtheit nicht zutreffen. Ich will nicht verschweigen, dass die Reformumsetzung für die Kommunen mit Kosten verbunden ist. Ich bin aber überzeugt davon, dass der langfristige Nutzen der Reform diese Kosten überwiegt und sie deswegen auch im Interesse der Generationengerechtigkeit gerechtfertigt sind.

Abschließend will ich sagen: Unsere Gemeinden – das ist meine tiefe Überzeugung – werden mit dem neuen Haushalts- und Rechnungswesen noch besser für die Herausforderungen gerüstet sein, die in der Zukunft auf uns zukommen. Ich wünsche der praktischen Reformumsetzung in den kommenden Jahren viel Erfolg. Allen, die zu diesem Reformgesetz beigetragen haben – ich sage es nochmals: es hat schon eine gehörige Portion Weitblick und auch Mut dazugehört, das so umzusetzen –, spreche ich meinen Dank und meine Anerkennung aus. Ich richte diesen Dank an alle Beteiligten in den Ministerien, in der Wissenschaft – das wurde vorhin schon gesagt –, in den Fachverbänden, insbesondere in den kommunalen Landesverbänden, oder in der kommunalen Praxis. Da gab es Vorreiter, die in der Tat gezeigt haben, wie es geht. Sie alle haben durch großen Einsatz und unerschütterlichen Willen zu diesem bedeutenden Reformwerk beigetragen.

Der vorliegende Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, verdient daher unser aller Zustimmung, und darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir gern, Herr Minister!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/4002.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/4289. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe

Artikel 1

Änderung der Gemeindeordnung

auf. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe

Artikel 2

Änderung der Landkreisordnung

auf. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 3

Änderung des Eigenbetriebsgesetzes

auf. Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 4

Änderung des Gemeindeprüfungsanstaltsgesetzes

auf. Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg

auf. Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 6

Änderung des Jugend- und Sozialverbandsgesetzes

auf. Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 7

Änderung des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

auf. Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 7 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 8

Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

auf. Wer Artikel 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 8 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 9

Änderung des Landesplanungsgesetzes

auf. Wer stimmt Artikel 9 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 10

Änderung des Kommunalabgabengesetzes

auf. Wer stimmt Artikel 10 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 10 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 11

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

auf. Wer stimmt Artikel 11 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 11 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 12

Neubekanntmachung

auf. Wer stimmt Artikel 12 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 13

Schluss- und Übergangsvorschriften

auf. Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 13 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 22. April 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Viertes Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Viertes Rechtsbereinigungsgesetz – 4. RBerG) – Drucksache 14/4110**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/4335**

**Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hitzler für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abg. Bernd Hitzler** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man zu diesem Gesetzentwurf Alternativen sucht, wird man keine finden, denn es handelt sich dabei um die Erfüllung bundesgesetzlicher Vorgaben. Ein landesgesetzlicher Spielraum besteht nicht. Deshalb möchte ich mich auch kurz fassen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit schafft nun erstmals eine vollständige Verfahrensordnung für den Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Das Herzstück dieses Gesetzes, das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, regelt neben dem Verfahrensrecht für die freiwillige Gerichtsbarkeit auch das Familienverfahrensrecht nun vollständig neu.

Das bisherige Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit stammt aus dem Jahr 1898. Es hat also ziemlich lange Bestand gehabt. Es wird aufgehoben, und die bisherigen familienverfahrensrechtlichen Vorschriften im Sechsten Buch der Zivilprozessordnung werden gestrichen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Nun kommt dieses Vierte Rechtsbereinigungsgesetz. Hier wird das Landesrecht an die Änderungen durch das Reformgesetz angepasst. Zugleich sollen die Anpassungen des Landesrechts an weitere Rechtsänderungen, insbesondere an die Vorschriften des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes, erfolgen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Unglaublich!)

Weiterhin sollen bei dieser Gelegenheit die Veröffentlichungsbestimmungen dieses Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und zu Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit flexibilisiert und andere durch bundesgesetzliche Änderungen in jüngerer Zeit gebotene Rechtsbereinigungen durchgeführt werden. – Ich werde das den Stenografen zur Verfügung stellen; das ist doch eine ziemlich theoretische Angelegenheit.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zusammengefasst: Die geplanten Regelungen sind notwendig und klar. Die CDU-Fraktion wird zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger für die Fraktion der SPD.

**Abg. Rainer Stickelberger** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hitzler, zunächst ein Kompliment, dass Sie als Nichtjurist zum einen so schnell und zum anderen so verständlich ein sehr kompliziertes Gesetz

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eben weil er nicht Jurist ist!)

interpretiert haben.

Meine Damen und Herren, Ausgangspunkt ist die bundesrechtliche Regelung zur Neufassung des Familienrechts in Familiensachen bzw. in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Angeschlossen hat sich nun die juristische Feinarbeit, die gesetzgeberische Feinarbeit des Landes, die durchaus Respekt abfordert.

Ich glaube, mit dieser Vereinheitlichung des Rechts leisten wir auch im Land einen Beitrag zur Schaffung von Rechtsklarheit und Verständlichkeit des Rechts. Verschiedene Vorschriften konnten gestrichen werden. Die Besonderheiten des württembergischen Rechts im Hinblick auf die Notarstruktur wurden angepasst. Im Übrigen haben wir jetzt auch eine Vereinheitlichung im Aufgebotsverfahren, was Veröffentlichungspflichten angeht, was Fristen angeht. Dies ist durchaus ein Beitrag zur Rechtsklarheit in unserem Land. Deshalb wird die SPD-Fraktion diesem Gesetz zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

**Abg. Thomas Oelmayer** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechtsbereinigung wird, denke ich, in dem Sinne verstanden, dass die Vorschriften übersichtlicher werden und dass sie vereinheitlicht werden. Das finden wir Grünen in Ordnung. Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf mittragen.

Letztendlich setzen wir damit bundesgesetzliche Vorgaben im Land um. Dies führt zur Vereinheitlichung der Verfahrensordnung in Familienrechtssachen und im gesamten Rechtsgebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Insofern bleibt uns gar keine andere Wahl, als diesem Gesetz zuzustimmen. Aber das Gesetz führt auch zu mehr Verständlichkeit. Herr Kollege Stickelberger hat es angesprochen.

Alles Weitere, bis hin zum Kostenrechtsmodernisierungsgesetz, hat Kollege Hitzler sehr präzise ausgeführt.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Das war schwierig auszusprechen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war eine brillante Rede!)

– Er hat das sehr gut dargestellt. Das soll ein Lob sein.

Wir können dieser Gesetzesinitiative der Landesregierung in der heutigen Zweiten Beratung zustimmen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war jetzt für einen Juristen auch sehr verständlich!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Hier vorn hat jemand einen Gesetzentwurf liegen lassen. Ich weiß nicht, wer.

(Thomas Oelmayer GRÜNE: Das war der Kollege Hitzler! – Abg. Bernd Hitzler CDU: Falls einer der Juristen etwas nachlesen möchte!)

Falls er nachher jemandem fehlt: Ich lasse ihn liegen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetz, das wir heute für Baden-Württemberg verabschieden wollen, wird das umgesetzt, was in Berlin angelegt worden ist: Es kommt zu einer Rechtsvereinheitlichung auf dem gesamten Gebiet des Familienrechts.

Das Familienrecht war bisher sehr zersplittert und in verschiedene Gesetze aufgeteilt. Es war u. a. im FGG, im Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in der ZPO und teilweise auch im Vormundschaftsgesetz zu finden. All diese Dinge fließen in das neue Familiengesetz ein. Künftig wird – das ist die wichtigste Entscheidung – das Große Familiengericht beim Amtsgericht zuständig sein. Mit der Umsetzung des heute zu beschließenden Gesetzes wird also das Große Familiengericht geschaffen.

Das Große Familiengericht wird in sämtlichen Familiensachen zuständig sein. Damit kann es zu keiner Zersplitterung kommen. Dies führt dazu, dass teilweise Rechtsstreitigkeiten, für die die Zuständigkeit bisher beim Landgericht lag, künftig am Amtsgericht abgehandelt werden. Wenn bisher eine Ehegattengesellschaft auseinandergesetzt werden sollte und z. B. ein Streitwert von 10 000 € gegeben war, so war das Landgericht zuständig, während das Amtsgericht, das Familiengericht, in der Scheidungssache und beispielsweise auch in Zugewinnausgleichsangelegenheiten entschieden hat. Das wird jetzt alles auf das Familiengericht konzentriert. Das finde ich prima. Das führt zu einer Vereinheitlichung.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Das Gesetz kommt auch aus einem SPD-geführten Haus!)

– Manchmal muss man auch die SPD loben.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist ein Gesetz der Großen Koalition!)

Das Große Familiengericht wird, wie gesagt, für sämtliche Familiensachen zuständig sein. Das führt zu Umschichtungen. Wie betrifft dies Baden-Württemberg? Natürlich betrifft es die Amtsgerichte und die Landgerichte. Teilweise werden Zuständigkeiten vom Landgericht auf die Amtsgerichte verlagert. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Belastung der Gerichte. Das Justizministerium strebt an, die Reform gegebenenfalls nur auf der Basis von Stellenumschichtungen durchzuführen, also ohne neue Stellen zu schaffen.

Ich habe in dieser Sache eine Kleine Anfrage gestellt, die am 2. Februar beantwortet wurde. In der Antwort wurde mir u. a. mitgeteilt, dass diese große Reform vom Justizministerium vorbereitet ist – dafür bin ich sehr dankbar –, u. a. dadurch,

dass bereits umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden sind, sodass Baden-Württemberg für das Große Familiengericht gerüstet ist. Dem Justizministerium danke ich für die rasche Umsetzung des Gesetzes.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile Herrn Minister Professor Dr. Goll das Wort.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut einen natürlich, dass der Gesetzentwurf in der Zweiten Beratung hier im Haus so freundlich behandelt wird. Darum möchte ich der allseitigen Zustimmung auch nicht lange im Wege stehen, zumal sehr vieles schon gesagt worden ist.

Auf der einen Seite ist vieles in dem Gesetzentwurf selbstverständlich, weil es sich um die landesrechtliche Umsetzung einer bundesrechtlichen Regelung handelt. Auf der anderen Seite ergibt sich in der Rechtsordnung doch auch eine wesentliche Veränderung. Wir haben das gute alte FGG, mit dem viele Juristinnen und Juristen groß geworden sind, nicht mehr. Dieses Gesetz gibt es nicht mehr. Jetzt heißt es „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“, abgekürzt FamFG. Das wird in der Praxis sicher Bedeutung haben. Denn ein wichtiges Gesetz wurde durch ein anderes ausgetauscht.

Zum Inhaltlichen. Kollege Dr. Wetzel hat es schon angesprochen: Das Große Familiengericht war ein viele Jahre lang gehegtes Vorhaben. Es ist übrigens für die Rechtsuchenden ohne Zweifel höchst attraktiv. Nun gelingt es, alle Verfahren, die etwas mit Ehe und Familie zu tun haben, an einer Stelle zu konzentrieren. Das erleichtert natürlich den Zugang zum Recht, weil es die Sache übersichtlicher macht.

Das hat allerdings zur Folge, dass es das gute alte Vormundschaftsgericht nicht mehr gibt. Jetzt haben wir nur noch ein Betreuungsgericht. Denn die Aufgaben des Vormundschaftsgerichts, die nicht zum Großen Familiengericht gehen, gehen jetzt eben an das neue Betreuungsgericht.

Aber auch so ist die Struktur eigentlich klarer. Mit dem Gesetz ist ein Fortschritt verbunden. Es wurde von uns, vom Land aus, natürlich auch unterstützt. Es wird jetzt umgesetzt. Im Wesentlichen sind es ansonsten „Aufräumarbeiten“, terminologische Anpassungen.

Für den Kernbereich allerdings – das Große Familiengericht – haben wir in der Tat erhebliche Weiterbildungsanstrengungen vorgesehen, die zum Teil schon laufen. Das Gesetz wird ja zum 1. September 2009 in Kraft treten. Da wird die baden-württembergische Justiz gut gerüstet sein – auch dank Ihrer Mitwirkung an diesem Gesetz, das wir eben als Grundlage brauchen, um im Land die Reform ins Werk zu setzen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Bitte sehr!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/4110.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/4335. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe

Artikel 1

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

auf. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe

Artikel 2

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

auf. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 3

Änderung des Landesjustizkostengesetzes

auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 4

Änderung des Landesordnungswidrigkeitengesetzes

auf. Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 5

Änderung des Baden-Württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch

auf. Wer stimmt Artikel 5 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 5 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 6

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes

auf. Wer stimmt Artikel 6 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 7

Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg

auf. Wer stimmt Artikel 7 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 7 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 8

Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

auf. Wer stimmt Artikel 8 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 8 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 9

Änderung des Unterbringungsgesetzes

auf. Wer stimmt diesem Artikel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 10

Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes

auf. Wer Artikel 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 10 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 11

Änderung des Polizeigesetzes

auf. Wer stimmt Artikel 11 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 11 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 12

Änderung der Verordnung über den Rang von Erbbaurechten

auf. Wer Artikel 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 12 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 13

Außerkräfttreten von Rechtsvorschriften

auf. Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 13 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe

#### Artikel 14

##### Inkrafttreten, Übergangsregelung

auf. Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 14 ist einstimmig zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 22. April 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Viertes Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Viertes Rechtsbereinigungsgesetz – 4. RBERG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Haushaltsbezogene Mediengebühr – Drucksache 14/2075**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Änderung des Rundfunkgebührenmodells – Drucksache 14/2157**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer für die SPD-Fraktion.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich frage zunächst, ob der Minister bei dieser Debatte vielleicht anwesend sein könnte. Wir wären schon daran interessiert, auch seine Auffassung zu diesem Thema zu hören.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sonst müssen wir ihn herbeizitieren!)

Vielleicht ist er überrascht über den raschen Fortgang unserer Debatte. Ich hoffe, er hört uns und kommt noch.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Der Minister ist anwesend.

(Zurufe der Abg. Jürgen Walter GRÜNE und Norbert Zeller SPD)

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Unser Antrag ist bereits vor geraumer Zeit in der Erwartung entstanden, dass sich die Dinge

schneller klären, als es sich jetzt abzeichnet. Gleichwohl finden wir, dass es wichtig ist, sich mit diesem Thema zu befassen, dass wir uns in diesen Diskussionsprozess einschalten und dass wir den länderübergreifenden Diskussionsprozess begleiten, damit wir nicht plötzlich vor einer Entscheidung stehen, die wir dann einfach absegnen müssen.

Die öffentliche Diskussion über die Rundfunkgebühr spitzt sich laufend zu. Dabei kann man zwei Stoßrichtungen erkennen. Die einen machen sich Sorgen um die erodierende Akzeptanz der Rundfunkgebühr und wollen das System verbessern. Dazu gehören wir. Ich komme gleich noch darauf zurück. Die anderen schüren vorsätzlich den Verdross, weil es ihnen offensichtlich letztlich um die Abschaffung des Systems des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geht, zumindest um die Abschaffung des Systems des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Form, wie wir es derzeit vorfinden.

Dabei gibt es immer wieder die Endlosgeschichten über die bösen Gebühreneintreiber von der GEZ, erst jüngst auch wieder über die angeblich wachsende Zahl von Gebührenverweigerern und Protestierern im Internet. Es wird nicht von der Rundfunkgebühr, sondern von der „GEZ-Gebühr“, von einer „Zwangsgebühr“ gesprochen. Damit soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk madig gemacht werden.

Dazu sagen wir Nein. Wir sagen: Wir brauchen die Rundfunkgebühr als solidarische Finanzierung eines Rundfunksystems, das in Vielfalt, Unabhängigkeit, Breite und Tiefe auf der Welt seinesgleichen sucht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer daran zweifelt, der sollte die Gelegenheit wahrnehmen und der Einladung des Südwestrundfunks zu einem heute stattfindenden Parlamentartreff folgen. Dabei wird insbesondere die Qualitätsfrage thematisiert. Ich hoffe, Sie haben alle die Einladung erhalten und nehmen diese ernst.

Wir brauchen eine Rundfunkgebühr, die deshalb eine breite Akzeptanz genießt, weil klar ist, warum, auf welcher Grundlage und wofür man diese Gebühr zahlt. Diese Klarheit gibt es derzeit nur eingeschränkt. Mit der Einführung der sogenannten PC-Gebühr und mit den vielen Streit- und Grenzfällen in Bezug auf Betriebsstätten, Vereinsräume, Sozialräume und anderes ist erhebliche Unruhe aufgekommen.

Deshalb sagen wir: Wir müssen die Differenzierung zwischen einem herkömmlichen und einem neuartigen Gerät aufheben. Während man bei der Einführung der PC-Gebühr zunächst nur den Radioempfang im Auge hatte und sich deshalb für die Grundgebühr für den PC als Empfangsgerät entschieden hatte, weil das damals eben der Stand der Technik war, so ist heute längst klar und zunehmend auch Praxis, dass man mit dem PC und dem Handy ins Internet gehen und auch fernsehen kann. Die Annahme, dass ein PC ein Rundfunkempfangsgerät sei, wurde von verschiedenen Gerichten unterschiedlich beurteilt. Kürzlich wurde sie aber vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz positiv bestätigt. Ein höherinstanzliches Urteil gibt es noch nicht.

Wir sagen, dass Sondertatbestände hinsichtlich Hotels, Schulen, Krankenhäusern etc. zumindest überprüft, wenn nicht sogar abgeschafft werden müssen oder dass sinnvolle und logische Ausnahmen gemacht werden müssen.

(Birgit Kipfer)

Wir wollen den gewerblichen Bereich vernünftig beteiligen. Die 8,9 % Anteil am Gebührenaufkommen aus dem sogenannten nicht privaten Bereich halte ich persönlich für äußerst bescheiden.

Wir halten beim bisherigen Stand der Diskussion – ich betone das, weil die Diskussion laufend neue Erkenntnisse bringt – eine modifizierte, vereinfachte geräteabhängige Gebühr für vernünftig, weil sich dieses System vom Grundsatz her verfassungsrechtlich, aber auch gegenüber der Europäischen Kommission bewährt hat. Das würde dazu führen, dass überall dort, wo im Haushalt ein wie auch immer geartetes Empfangsgerät steht, eine einheitliche Gebühr gezahlt werden müsste und auch im nicht privaten Bereich klare Regelungen festgelegt werden müssten.

Der Vorschlag einer Haushaltsabgabe suggeriert, dass damit alle Probleme auf einen Schlag erledigt wären. Das hört sich verlockend an. Aber sind sie das wirklich? Auch Herr Oettinger hat sich dieser Forderung angeschlossen, wie so oft sehr schnell und offensichtlich ganz ohne tiefer in die Materie eingedrungen zu sein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Na, na! – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Na, na, Frau Kipfer!)

Experten in Finanz- und Verfassungsfragen sagen uns, dass eine Abgabe in dieser Form verfassungsrechtlich höchst fragwürdig ist. Auch die Landesregierung selbst spricht davon, dass eine geräteunabhängige Mediengebühr als Sonderabgabe zu qualifizieren sei und nur unter engen Voraussetzungen erhoben werden dürfe. Es müsste zunächst auch geklärt werden, was bei dieser Abgabe als Haushalt zu gelten hat. Was ist mit denen, die zwei Wohnsitze haben? Wie ordne ich gewerbliche Betriebe in dieses System ein? Was ist mit Universitäten, Schulen, Hotels und Krankenhäusern?

Es wird auch suggeriert, bei einer Haushaltsabgabe könnte man die GEZ, die Gebühreneinzugszentrale, auflösen. Wer soll dann die Abgabe einziehen? Da gibt es Vorschläge, etwa die Finanzämter damit zu befassen. Das würde in gewisser Weise die Staatsferne aufheben und auch nach Auffassung der Landesregierung ein Grundprinzip des Systems des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unterminieren.

Schließlich schwebt aber über allem noch ein ganz anderes Problem: Zeitgleich mit der Einführung eines neuen Finanzierungsmodells im Jahr 2013 – das ist die Zielmarke – sollen die Einnahmen aus Sponsoring abgeschmolzen werden. Gleichzeitig ist wegen der demografischen Entwicklung mit einer Abnahme der Zahl der Gebührenzahler oder auch der Gebühren zahlenden Haushalte zu rechnen. Wie kann unter diesen Voraussetzungen – auch das ist eine Verfassungsforderung – die Deckung des Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks garantiert werden?

Wir befinden uns also mitten im Diskussionsprozess. Eine Phalanx von Juristen und Rechenkünstlern

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Na, na, na!)

wird sich hier noch einschalten und auch angehört werden müssen. Deshalb bitten wir darum, über unseren Antrag heute nicht abzustimmen, sondern ihn zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Ende Mai werden zumindest vorläufige Ergebnisse der Kommission zur Ermitt-

lung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten vorliegen, so dass wir dann im Lichte dieser Erkenntnisse im Ausschuss sinnvoll weiterberaten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die heutige Debatte bezieht sich zwar auf Anträge, die schon vor längerer Zeit eingereicht wurden. Aber sie ist trotzdem hochaktuell, weil die versprochenen Lösungsvorschläge – bis Sommer 2008 sollten sie vorliegen – der Öffentlichkeit bisher nicht vorgestellt wurden.

Wir wissen nicht – vielleicht wissen Sie mehr, Herr Minister –, was die Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen eventuell schon vereinbart haben. In der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses haben wir gehört, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ab 2013 keine Werbung mehr zeigen darf. Vielleicht haben Sie auch schon für das Gebührenmodell eine Lösung gefunden und es nur nicht gesagt.

Ich finde, beides muss zusammen diskutiert werden. Denn – da hat Frau Kollegin Kipfer völlig recht – wenn die Werbung wegfallen sollte – was ich für kompletten Blödsinn halte –

(Zuruf: So ist es!)

und zudem eine Gebühr in einer Höhe erhoben wird, die die Einnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nochmals drastisch sinken lässt, dann müssen Sie uns sagen, wie sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk zukünftig finanzieren soll. Herr Minister, ich finde, Sie sind uns allmählich eine Antwort schuldig. Die Anträge liegen, wie gesagt, schon seit anderthalb Jahren vor.

Des Weiteren müssen wir die Diskussion vor dem Hintergrund führen, dass die Entwicklung der Technik immer weitergeht. Heute – Kollegin Kipfer hat darauf verwiesen – können wir mit Handys und mit PC auch fernsehen, Radio hören usw. Die Entwicklung wird noch weitergehen. Daher stellt sich die Frage, ob das bisher angewandte Prinzip tatsächlich noch der technischen Entwicklung entspricht.

Frau Kollegin, wir glauben, dass eine haushaltsbezogene Mediengebühr die richtige Antwort wäre. Es gibt unterschiedliche Auffassungen. Wir waren überrascht, dass der Ministerpräsident unsere Forderung plötzlich übernommen hat, denn die Landesregierung hatte zunächst verfassungsrechtliche Gründe angeführt, die dagegen sprechen, und erklärt, es sei eine Sonderabgabe, die nicht erhoben werden könne.

Wir haben bisher – Herr Minister, vielleicht können Sie uns heute darüber eine Auskunft geben – nicht wirklich gehört, wie nun die Landesregierung dazu steht. Ist es verfassungsrechtlich bedenklich, wie Sie es früher gesagt haben? Oder hat der Ministerpräsident aufgrund neuer Erkenntnisse, die uns aber nicht mitgeteilt wurden, seine Meinung geändert?

In Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag lassen Sie letztendlich offen, wie die Haltung der Landesregierung ist. Da seitdem anderthalb Jahre ins Land gegangen sind, muss ich

(Jürgen Walter)

doch davon ausgehen, dass Sie mittlerweile einen Meinungsbildungsprozess abgeschlossen haben.

Es ist richtig, dass das Ganze noch eingebettet werden muss in die Frage: „Was ist innerhalb der EU zulässig?“, wobei die EU mittlerweile den Rahmen abgesteckt hat. Wissen wir da mehr? Mittlerweile ist offensichtlich, dass die EU keine Bedenken gegen ein gebührenfinanziertes Modell hat. Also ist dieses Modell, das wir hier haben, weiterhin ein tragbarer Konsens und eine tragfähige Basis.

Herr Minister, es ist notwendig, dass Sie sich in einer solchen Debatte auch einmal klar vor den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stellen, indem Sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht nur als Konzept für Ihre Sonntagsreden nutzen, sondern auch in der Öffentlichkeit darstellen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk finanziert werden soll.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich habe es eingangs schon gesagt: Wenn die Werbung wegfällt, ist damit schon ein wichtiger Finanzierungsbaustein des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weggefallen. Sollte es eine andere Gebühr geben, gibt es noch mehr Probleme. Sie geben uns jedoch keine Antwort darauf, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk dann zukünftig finanziert werden soll.

Herr Minister, deswegen ist heute die Gelegenheit, gegenüber dem Parlament zu erklären, wie aus Sicht der Landesregierung nun vorgegangen werden soll, und nicht nur schwammig zu antworten, wie es in der Stellungnahme zu unserem Antrag der Fall war.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang bitten, zu überdenken, ob es tatsächlich sinnvoll wäre, einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ohne Werbung zu machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja, selbstverständlich!)

– Jetzt müssen nicht die Lobbyisten des privaten Fernsehens dazwischenrufen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Immer dieselben!)

Sie können ja nachher dazu reden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Mache ich!)

Ich bin kein Freund von Werbung, und ich zappe sie meistens weg. Aber gleichzeitig muss man doch sagen: Auch die Werbewirtschaft hat ein großes Interesse daran, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Werbung gesendet werden kann. Das kann man nicht wegdiskutieren. Denn ein bestimmter Teil der Bevölkerung, der für die Werbewirtschaft und für die Wirtschaft insgesamt wichtig ist, kann schlichtweg nur über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erreicht werden.

Jetzt kann man mit mir gern darüber diskutieren, dass es da Beschränkungen gibt. Auch kann gefragt werden: Muss auch nach 20 Uhr oder am Wochenende ein Sponsoring möglich sein? Soll es Werbeunterbrechungen von Sendungen geben; sollen diese Sendungen in einem ersten und in einem darauffolgenden zweiten Teil gesendet werden? All das kann wegfallen. Aber einen generellen Verzicht auf Werbung halte ich

für den völlig falschen Weg, Herr Minister. Das ganze Vorgehen ihrerseits und vonseiten des Ministerpräsidenten

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist höchst gefährlich! Leichtfertig!)

setzt Sie dem Vorwurf aus, dass Sie hier durch die Hintertür einen Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk führen, den Sie vor ein paar Jahren eigentlich schon aufgegeben hatten.

Deswegen, Herr Minister: Sagen Sie uns heute, wo es langgeht, was Sie mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorhaben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Keine Sorge, das macht er!)

Ich möchte mich dem Vorschlag oder der Bitte von Frau Kollegin Kipfer anschließen, dass unsere Anträge in der kommenden Sitzung des Ständigen Ausschusses behandelt werden, wenn wir neue Erkenntnisse – auch in Bezug auf die Beschlüsse, die ja im Mai gefällt werden sollen – haben.

Unabhängig davon wollen wir aber wissen, was der Stand der Diskussion ist. Bisher haben Sie uns zu viele Informationen vorenthalten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pauli für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

**Abg. Günther-Martin Pauli** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grunde genommen ist über alle Fraktionen hinweg unstrittig, dass die bisherige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die gerätebezogene Gebühr, wie sie bislang erhoben wurde, schon seit Jahren überholt ist und dass hier Änderungsbedarf besteht. Das ist völlig unstrittig.

Unstrittig ist auch – und das wurde eben in einer für mich etwas fragwürdigen Weise vom Kollegen Walter völlig ohne Not recht populistisch anders dargestellt –: Niemand führt einen Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ich kann für die CDU-Landtagsfraktion, für den Koalitionspartner

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Birgit Kipfer SPD: Oh! Da würde ich den Mund nicht zu voll nehmen!)

und natürlich auch für die Landesregierung bereits jetzt sagen: Wir sind Verfechter eines dualen Rundfunksystems,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Na ja!)

wie wir es jetzt schon jahrzehntlang bei uns im Land und im Bund haben. Wir wissen um die hohe Qualität öffentlich-rechtlicher Sender. Da immer wieder diese alten Diskussionen herbeizuzerren kostet nur Zeit und Energie; es ist kropfunfähig. Wir stehen zu unserem öffentlich-rechtlich Rundfunk

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber wie?)

(Günther-Martin Pauli)

und wollen ihn auch künftig in ordentlicher Art und Weise finanziell ausstatten.

Jetzt ist die Frage berechtigt: Aber wie? Es müssen neue Gebührenkreationen auf den Tisch. Es ist auch nicht so, dass das auf die lange Bank geschoben worden wäre oder dass hier Informationen vorenthalten würden. Es sind sehr schwierige Fragen zu lösen.

Unstrittig ist – ich denke, das können wir auch im Konsens festhalten –: Das bisherige Gebührenaufkommen muss wieder erreicht werden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist schon einmal eine gute Aussage!)

Deshalb ist jeder Vorschlag sorgfältig abzuklopfen. Wenn künftig Privilegierungen auf der einen Seite stattfinden, dann müssen andere mehr Belastungen tragen. Es muss schon sehr wohl überlegt sein, wie man es verteilt, und es braucht auch Zeit; gut Ding will Weile haben.

Ich bin dankbar, dass die Landesregierung sich Zeit nimmt und dass auch wir uns hier die Zeit nehmen, um hier eben nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, sondern um auch im Ständigen Ausschuss in Ruhe über die verschiedenen Möglichkeiten, die verschiedenen Variationen, die es da gibt, beraten zu können.

Herr Kollege Walter, wenn man Wischiwaschfragen stellt, dann bekommt man vielleicht auch Wischiwaschantworten; das ist auch klar. Auf die Fragen, die von der SPD-Fraktion gestellt worden sind, gab es konkrete und klare Antworten. So weiß man: Wenn man 91 % der Gebühren über die privaten Haushalte einfährt, dann ist, wenn man andere privilegieren will, mit einem Aufschlag von rund 10 % zu rechnen.

Gleichzeitig muss man darüber diskutieren, wenn grundsätzliche Dinge erwogen werden, wie es unser Koalitionspartner ja jetzt in einem Bundesvorstandsbeschluss getan hat. Wenn man Werbefreiheit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einfordert, dann klingt das zunächst einmal gut und ist das für bestimmte Schichten, für eine bestimmte Klientel vielleicht auch positiv. Aber es bedeutet Mehrbelastungen für andere, die dann eine höhere Gebühr zu zahlen haben.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das sind viele Fragen, die wir sicherlich sorgfältig abwägen müssen, um auch künftig das notwendige Volumen zusammenzubringen, um unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin aufrechtzuerhalten.

Ich glaube, Herr Kollege Walter, wir sollten da den Blick nach vorn richten und nicht andere populistisch in eine Schublade stecken. Wir sollten aufzeigen, dass wir gerade in der heutigen Zeit an diesem qualitätvollen öffentlich-rechtlichen Rundfunk festhalten werden.

Darüber gibt es auch gar keinen Streit. Darüber braucht man sich nicht jedes Mal den Kopf zu zerbrechen, und man muss das auch nicht immer einfordern. Sie können da auch niemanden vorführen, weil das unstrittig ist. Ich denke, wir haben das wiederholt dargelegt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

**Abg. Günther-Martin Pauli** CDU: Nein.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Zuerst auf den Putz hauen, und dann nicht einmal eine Zwischenfrage zulassen!)

Meine Damen und Herren, etwas anderes ist das, was ich in den Ausführungen von Frau Kollegin Kipfer korrigieren möchte: Es hat eben nicht mit einer Diskussion über die Einführung einer PC-Gebühr begonnen. Das möchte ich nur korrigieren; ansonsten stimme ich Ihrer Rede oder Ihren Ausführungen fast vollumfänglich zu. Es gab keine Einführung einer PC-Gebühr, sondern die technische Entwicklung hat sich eben so gestaltet, dass über die PCs auch Rundfunk empfangbar ist und deswegen auch hier Gebühren anfallen. Deswegen ist auch dieses System zu überarbeiten,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich habe es aus zwei Gründen etwas verkürzt dargestellt!)

weil Arbeitsgeräte, die multifunktional einsetzbar sind, dann eben nicht mehr so im Sinne des Erfinders sind. Da hat uns die technische Entwicklung überholt. Wir als Gesetzgeber hinken gerade im Medienbereich oftmals den technischen Möglichkeiten hinterher. Dem müssen wir jetzt Rechnung tragen.

Wir sind gespannt auf die Diskussion im Ständigen Ausschuss. Ich freue mich schon darauf. Herr Kollege Walter, dort können wir das dann auch vertiefen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber ein bisschen sachlicher! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Stellt ihr euch gegen eure Regierung? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: 1 : 0 gegen Herrn Walter!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

(Zuruf: Kluck ist eine Allzweckwaffe!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt haben ja fast alle – Frau Kipfer noch nicht so richtig, aber das kommt noch – zugegeben, dass die gerätebezogene Rundfunkgebühr absoluter Unfug ist. Das ist Unfug.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Das Gegenteil habe ich gesagt!)

– Ich sage ja: Sie sind erst noch auf dem Weg zur richtigen Erkenntnis. Aber die beiden anderen waren auf diesem Weg schon ein bisschen weiter. – Wir haben hier ja schon mehrfach über diese Auswüchse gesprochen. Ich meine den PC in der Bäckereifiliale, den die nicht brauchen, um Radio zu hören oder Fernsehen zu schauen, oder das Handy, mit dem man das auch alles empfangen kann. Für all das treibt also die GEZ Kohle ein. Meinem Fraktionsvorsitzenden zuliebe nenne ich

(Hagen Kluck)

noch einmal meinen Spezialausdruck, den ich überall dort höre, wo die GEZ schon geklingelt hat: „Rundfunk-Stasi“.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das ist aber auch nicht sachlich jetzt! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Ihre Diktion wird immer schlimmer! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Immer mehr das Niveau vom „Dschungelcamp“!)

Wir wollen – Herr Kollege Pauli hat es angedeutet – diese gerätebezogene Gebühr durch eine personenbezogene Medienabgabe ersetzen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wollen Sie, dass die Familien mit Kindern dann sehr viel mehr zahlen müssen?)

– Ich erläutere Ihnen das gleich. Dann werden Sie sehen, dass es alles viel besser ist.

Das von den Grünen vorgeschlagene Modell einer haushaltsbezogenen Mediengebühr halten wir für wenig praktikabel. Denn dann gibt es ein Riesengefeilsche: Was ist ein Haushalt, und was sind zwei und was sind drei? Das bringt uns nichts ein.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann werden die Zahnbürsten geprüft!)

– Genau. Das haben wir ja schon bei den Bedarfsgemeinschaften.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr verwechselt das mit den Schattenhaushalten in der Landesregierung!)

Unser Vorschlag ist etwas konkreter. Wir wollen die GEZ abschaffen und dafür eine allgemeine Medienabgabe einführen, die von allen erwachsenen Steuerzahlern erhoben wird. Wer also kein Einkommen hat und keine Steuern zahlt, der braucht nicht zu zahlen und braucht auch keinen Befreiungsantrag zu stellen. Am einfachsten wäre es – aber man muss rechtlich prüfen, ob das nicht den Tatbestand einer verbotenen Staatsbeihilfe erfüllt –, wenn das Finanzamt einfach bei jedem eine Mediengebühr einzieht, wie es gegen Gebühr ja auch für unsere Kirchen die Kirchensteuer einzieht. Ob das allerdings möglich ist, muss man prüfen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist das dann die Entbürokratisierung? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja! So ist es! Aber die Grünen machen eine totale Bürokratisierung!)

Ich muss noch dazu sagen: Wir müssen auch prüfen, ob das mit der Beihilfegeschichte, die uns die EU aufdrängt, in Einklang zu bringen ist. Deswegen können wir nichts übers Knie brechen. Wir brauchen eine wasserdichte Lösung. Die Sozialdemokraten wollen die gerätebezogene Gebühr nur vereinfachen. Wenn sie aber weitgehend gerätebezogen bleibt, hilft uns das überhaupt nicht weiter. Schon jetzt betrachtet die EU-Kommission mit Recht unsere Rundfunkfinanzierung mit Argusaugen. Sie sieht auch und gerade wegen der gerätebezogenen Finanzierung so etwas wie eine staatliche Beihilfe, und um die sich häufenden Probleme mit der nicht gerade zimmerlich vorgehenden Gebühreneinzugszentrale abzumildern, will die SPD nun Ombudsleute und Schiedskommissionen schaf-

fen. Wunderbar! Das gibt wieder viele Posten, die viel Geld kosten und für die man dann wahrscheinlich die Rundfunkgebühr wieder erhöhen muss.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Deficit Spending ist das!)

Wir wollen immer etwas Einfaches, möglichst Gerechtes und möglichst Nachvollziehbares. Das, was Sie wollen, würde alles nur teurer und komplizierter machen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Woher wissen Sie das eigentlich?)

– Das weiß ich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr Modell macht es doch teurer!)

Nun sind ja Ihre beiden Anträge – das will ich zugeben – etwas angestaubt – die liegen ja schon eine ganze Weile herum –, und die Stellungnahmen der Landesregierung dazu sind auch angestaubt. Vielleicht hören wir nachher vom Medienminister, ob die Länder in ihren Überlegungen endlich weitergekommen sind.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Haben Sie früher bei Vorwerk gearbeitet?)

Wir wünschen uns ausdrücklich, Herr Kollege Walter – das will ich auch noch einmal sagen –, dass es wirklich dazu kommt, dass die Werbeeinnahmen noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden. Ich traue der Sache noch nicht, ob die Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk 2013 endlich aufhört. Wir wären dafür. Denn der private Rundfunk- und Fernsehbereich bestreitet seine gesamten Einnahmen nur aus der Werbung. Wenn da auch noch der öffentlich-rechtliche Rundfunk herumwildert, hat der private Sektor überhaupt keine Chance.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, und warum? Das ist doch freie Marktwirtschaft!)

– Aber der eine hat doch die Gebühren.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Gut, dann verteilen wir die Gebühren auch an die Privaten; da habe ich nichts dagegen. Wenn Sie das wollen, können wir das tun.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist doch Diktatur, was ihr da vorhabt! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Na, na, na! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Um dieses strukturelle Ungleichgewicht innerhalb des dualen Systems wenigstens etwas abzumildern und um das Prinzip „Qualität statt Quote“ – davon reden Sie ja immer – endlich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuführen und zu stärken,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Qualität hat doch nichts mit Werbung zu tun!)

wollen wir einen Werbeverzicht.

(Hagen Kluck)

Ich meine jetzt nicht die Schleichwerbung im „Rotfunk“, im „Grünfunk“ und im „Schwarzfunk“, sondern ich meine das, was da sonst stattfindet. Haben Sie den Tatort „Herz aus Eis“, der am Bodensee spielt, gesehen? Da war doch das Product Placement offenkundig. Da sind die geschleudert in ihren wunderbaren –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist bereits weit überschritten.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Aber gern. – Damit muss Schluss sein.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eine Frage!)

– Die können Sie hinterher stellen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Beim Parlamentarischen Abend heute Abend!)

Wir hoffen, dass die Ministerpräsidenten

(Ministerpräsident Günther Oettinger begibt sich auf seinen Abgeordnetenplatz.)

– jetzt kommt unser MP rechtzeitig und nimmt unseren Auftrag entgegen – endlich mit einer Neuregelung der Rundfunkfinanzierung zu Potte kommen. Wir wollen ein Ende der GEZ-Schnüffelei. Wir wollen vertretbare Regelungen für die Touristikbranche bei uns im Land. Wir halten an einer dualen Rundfunkordnung mit möglichst gleichrangigen Partnern fest.

Wer dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wirklich Zukunftschancen geben will – und das wollen wir –, der muss sich unseren Vorschlägen anschließen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Aha?)

Unsere Vorschläge sind, wie in anderen Bereichen natürlich auch, ...

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit bereits weit überzogen.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** ... sachlich richtig, allgemein nachvollziehbar und für jeden Menschen einsichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birgit Kipfer SPD: Darf ich jetzt eine Frage stellen?)

– Wenn die Frau Präsidentin die Frage noch erlaubt.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Nein, ich erlaube sie nicht mehr, Herr Kollege.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Danke! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Birgit Kipfer SPD zu Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da sind Sie aber froh, was?)

Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Reinhart.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen –

(Zurufe: Frau Präsidentin!)

– Frau Präsidentin!

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Das kostet in die Chauvi-Kasse!)

Ich wollte einfach sehen, ob um 17:30 Uhr noch volle Aufmerksamkeit herrscht. Ich darf ein Kompliment machen: Es ist aufgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zunächst vielen Dank für die lebendigen Debattenbeiträge. Ich glaube, sie werden unsere Beratungen und auch die Erkenntnisse fördern, vertiefen, erweitern

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und damit hoffentlich auch verbessern.

Ich will auch vorab sagen: Das Thema ist hochkomplex. Es sind eben 16 Länder betroffen. Wie bei jedem Thema ist es auch bei diesem so, dass dann, wenn mehr als zwei – hier sind es sogar 16 – betroffen sind, ein schwieriger Meinungsbildungsprozess vor sich geht.

Nun hat der Kollege Walter gedrängt und zur Eile gemahnt. Ich möchte heute sagen: Wir werden ab 2013 eine Regelung, ob gleich oder anders geartet, nötig haben, sodass ich all die Kollegen, die sich nicht täglich mit diesem Thema befassen, beruhigen kann: Es ist keine solche Eile geboten, dass wir diese Fragen nicht in Ruhe, in Sachlichkeit und auch in Tiefgründigkeit besprechen könnten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber den Diskussionsstand können wir doch erfahren!)

Deshalb will ich vorab sagen: Wir sind ergebnisoffen. Es geht um das Jahr 2013.

Nachdem hier angezweifelt wurde, wie wir es mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk halten, möchte ich für die Ausführungen all derer danken, die gesagt haben: Wir stehen zu unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das will ich hier deutlich sagen, und das unterstreicht auch die Landesregierung. Wir sind dankbar für unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ich will heute keine Qualitätsdebatte führen, aber ich glaube, wir alle wissen, worüber wir sprechen. Wir brauchen einen guten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Nun zur Werbeeinnahmen- und Finanzaufkommensfrage. Diese Frage hat das Bundesverfassungsgericht beantwortet. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben einen Anspruch. Sie bekommen ihren Bedarf gedeckt. Eine ganz andere Frage ist – darüber werden wir noch sprechen –, wie der Bedarf gedeckt wird. Das heißt, diese Diskussion, die hier geführt wird: „Wie haltet ihr es mit den Werbeeinnahmen?“, ist eine andere Baustelle; das ist eine Sekundärdiskussion.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber die Folgen!)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Das betrifft aber nicht die Primärdiskussion, über die wir sprechen, nämlich über die Art und Weise einer Veränderung oder Nichtveränderung der Gebührenerhebung.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das betrifft die Gebührenzahler!)

Das ist ja auch nicht so einfach, sondern komplex.

Der Streit um die sogenannte PC-Gebühr hat ja jetzt immerhin einer Diskussion um ein neues Gebührensystem neuen Schub verliehen. Es hat sich gezeigt, dass angesichts der zunehmenden Konvergenz der Medien das konkrete Rundfunkempfangsgerät als Anknüpfungspunkt für die Rundfunkgebühr in einer solchen Zeit der Veränderung zu hinterfragen ist. Ich denke, dies hat auch der Ministerpräsident getan. Auch für die Bürgerinnen und Bürger ist die Unterscheidung verschiedener Gebühren für Radios und Fernsehgeräte und gegebenenfalls gesondert gebührenpflichtige neuartige Rundfunkgeräte wie beispielsweise internetfähige PCs oder für Autoradios nur noch schwer vermittelbar.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist aber nicht neu!)

Aus diesem Grund – das will ich hier nicht verhehlen, Herr Kollege Walter – sind wir der Meinung, dass wir uns von der bisherigen Geräteabhängigkeit der Rundfunkgebühr lösen sollten. In diesem Punkt, so habe ich jetzt festgestellt, bestehen, denke ich, vertretbare unterschiedliche Auffassungen zwischen der Position der Grünen, der Position der SPD und den anderen Positionen, die übrigens an den Leitplanken des Europarechts, an den Leitplanken des Verfassungsrechts und dann natürlich auch an dem politischen Willen überprüft werden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau!)

Insoweit wird überhaupt nicht in Abrede gestellt – dass will ich bewusst sagen –, dass alle Auffassungen, die hier eingebracht wurden, vertretbar seien. Mir ist klar, dass jede Auffassung vertretbar ist. Über diese Auffassungen muss entschieden werden. Auf diesem Weg befinden wir uns.

Ich will vorab das Geheimnis lüften, Herr Kollege Walter: Wir sind ergebnisoffen. Mehr will ich Ihnen heute nicht dazu sagen. Das habe ich ja im Ständigen Ausschuss gesagt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das Orakel von Delphi war klarer!)

Dies setzt eine gewisse Self-Restraint voraus. Weise Zurückhaltung und salomonische Weisheit in diesen Fragen haben manchmal etwas für sich. Wir wollen nichts überhasteten, sondern Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit, meine Damen und Herren.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Etwas ganz Neues!)

Das alles setzt voraus, auch ein alternatives Finanzierungssystem zu entwickeln, das einerseits geeignet ist, den Finanzierungsbedarf der Rundfunkanstalten zu decken, und andererseits auch den rechtlichen Vorgaben in der erwähnten verfassungsrechtlichen, aber auch europarechtlichen Hinsicht entspricht.

Das Beihilfeverfahren gegen Deutschland wegen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist eingestellt!)

und auch die jüngste Überarbeitung der Rundfunkmitteilung durch die EU-Kommission haben gezeigt, dass Brüssel in diesem Bereich sehr aktiv ist und die Entwicklung in den Mitgliedsstaaten sehr aufmerksam beobachtet.

Was wollen jetzt die Länder? Die Länder haben sich Ende 2007 – das wurde zu Recht angeführt – darauf verständigt, zwei alternative Modelle näher zu prüfen, und zwar erstens die erwähnte sogenannte Haushalts- und Unternehmensabgabe und zweitens das Modell einer vereinfachten, aber nach wie vor geräteabhängigen Rundfunkgebühr.

Allgemeine Zielsetzung der Länder ist es, nicht nur den Anknüpfungspunkt für die Rundfunkgebühr zu überprüfen, sondern insbesondere auch eine einfachere und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarere Gebührensystematik zu entwickeln, die im Idealfall zugleich natürlich auch einen geringeren Kontrollaufwand mit sich bringen sollte.

Ich möchte allerdings betonen, dass die Länder bei der Ausgestaltung eines neuen Gebührensystems keinen unbegrenzten Freiraum haben, sondern dass der Gebührenbedarf der Anstalten den Ländern einen engen Korridor vorgibt. Denn jede Änderung, die wir jetzt am geltenden Gebührenmodell vornehmen, hat logischerweise Auswirkungen – das wurde bei allen Beiträgen eingebracht – auf das Gesamtgebührenaufkommen – das ist die Folge, die damit verbunden ist – und damit auch auf die für den einzelnen Rundfunkteilnehmer maßgebliche Höhe einer zukünftigen Rundfunkabgabe. Das ist schlichtweg die Folge, wenn wir wissen, wie wir die Gebühren erheben wollen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jawohl!)

Jede Änderung am System erfordert daher eine komplexe Berechnung im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen, die wir – das füge ich hinzu – übrigens auch in enger Zusammenarbeit mit den Rundfunkanstalten vornehmen. Das bedeutet auch, dass Sonderregelungen oder Privilegierungen einzelner Personengruppen oder Wirtschaftsbranchen, die ich beispielsweise im Bereich der Hotellerie für sehr diskussionswürdig erachte, ausschließlich anhand des Gesamtsystems geprüft und dann auch abschließend entschieden werden können.

Dabei sind zunächst grundlegende Fragestellungen zu klären, bei denen erst einmal die Länder Einigung erzielen müssen. Eines ist nämlich klar: Nur dann, wenn alle 16 Regierungschefs unterzeichnen, wird es ein neues Gebührenmodell geben können. Das ist die Ausgangslage, wenn man einen Staatsvertrag mit 16 Regierungschefs benötigt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was ist jetzt die Haltung der Landesregierung? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Zuhören!)

– Das habe ich vorhin klargemacht. Ich wiederhole es nachher für Sie noch einmal.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nur in Stichworten!)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Ich habe den Eindruck, die Kolleginnen und Kollegen haben es verstanden. Ich wollte, nachdem der SWR – öffentlich-rechtlicher Rundfunk – heute zum Parlamentarischen Abend einlädt, die Situation nur einmal darstellen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das sehen wir natürlich ein!)

Für Sie gibt es aber ansonsten noch einmal die Wiederholung oder das Redemanuskript; dann verstehen Sie es auch, Herr Kollege Walter. Da bin ich zuversichtlich.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Die Länder haben im letzten Jahr, ausgehend von den ersten Prüfungsergebnissen der Rundfunkkommission, auch diese wesentlichen Fragestellungen erörtert. Bei einem geräteunabhängigen Modell würden wir den bisherigen finanzverfassungsrechtlichen Ansatz einer Gebühr verlassen und dann natürlich neue Wege beschreiten. Hier gibt es aufgrund einer gutachterlichen Stellungnahme erste Ansätze, die Zulässigkeit eines solchen Modells als Abgabe eigener Art aus dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit abzuleiten. Das ist das Zwischenergebnis der rechtlichen Prüfung, die von unseren Leuten vorgenommen worden ist. Das wird so gesehen.

Darüber hinaus muss aber noch vieles geklärt werden. Frau Kollegin Kipfer hat am Anfang ihrer Rede viele Fragen gestellt. Die sind alle berechtigt. Natürlich muss Verschiedenes geklärt werden, nämlich die Fragen, in welchem Verhältnis die Rundfunkanstalten von den Privathaushalten und der Wirtschaft finanziert werden sollen, ob die Unterscheidung zwischen Grund- und Fernsehgebühr noch aufrechterhalten werden kann und vor allem, wie mit den Mehrfachgebühren sowohl im privaten als auch im nicht ausschließlich privaten Bereich zukünftig umgegangen werden soll.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja!)

All das sind Fragen, die im Gesamtkontext eines Gebührenmodells nicht nur geklärt, sondern dann vor allem entschieden werden müssen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und natürlich für den Fall von Werbeeinnahmen! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie stehen Sie zu den Werbeeinnahmen? Das wissen wir noch immer nicht!)

– Wissen Sie: Die Frage der Diskussion um die Werbung ist genauso abzukoppeln und separat zu betrachten. Denn sie hat zunächst einmal mit dem Anspruch, dass der Bedarf besteht, überhaupt nichts zu tun. Ich habe es vorhin beantwortet: Wenn wir politisch entscheiden, dass beispielsweise Werbeeinnahmen abgeschmolzen werden sollten, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die Höhe der zukünftigen Rundfunkabgaben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau! Welche Haltung hat denn jetzt die Landesregierung? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das müssen Sie Herrn Kluck erklären!)

– Herr Kluck ist doch ein Schnelldenker.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hat er nicht verstanden! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie stehen Sie dazu?)

– Der hat das verstanden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das sagt die FDP/DVP nie!  
– Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie steht die Landesregierung jetzt dazu?)

– Das hat er hier vielleicht nicht ausgeführt. Aber er weiß das schon.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Das ist wie bei kommunizierenden Röhren, Herr Kluck, nämlich zusammenhängend: Wenn der eine Stand runter geht, geht der andere hoch.

(Zurufe)

Ich bin sicher, die Kolleginnen und Kollegen werden das dem Kollegen im Ausschuss vertieft erklären. Insoweit bin ich zuversichtlich. Deshalb möchte ich das jetzt nicht wiederholen. Ich möchte nur auf die Wirkung hinweisen, die sicherlich vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, den Ländern ist bewusst, dass die Umsetzung eines neuen Gebührensystems insbesondere auch für die Rundfunkanstalten von enormer Tragweite ist. Deswegen müssen etwaige Änderungen sorgfältig geprüft werden, und deshalb wollen wir auch Schnellschüsse vermeiden. Baden-Württemberg wird sich dafür einsetzen, dass wir in der Frage eines neuen Systems vorankommen und vor allem auch eine Einigung im Länderkreis erzielen können. Wir werden insbesondere darauf achten, dass ein neues Rundfunkgebührensystem für den Rundfunkteilnehmer verständlicher wird – das ist unser Ziel – und möglichst auch einen geringeren Kontrollaufwand erfordert.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die GEZ brauchen wir nicht mehr!)

Das ist der Zwischenstand unserer Beratung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2075, ist als Berichtsteil durch die Aussprache erledigt. Wir haben noch über Abschnitt II abzustimmen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: An den Ausschuss überweisen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die beiden Anträge!)

– Dann können wir das Verfahren verkürzen. Sie wollen sowohl den Antrag Drucksache 14/2075 als auch den Antrag Drucksache 14/2157 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss überweisen lassen. Dem stimmen Sie zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Situation der Gymnasien in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2181**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Reform des achtjährigen Gymnasiums – individuelle Förderung und rhythmisierte Ganztagschule – Drucksache 14/2390**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu b fünf Minuten, für die Aussprache über beide Initiativen fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, und für das Schlusswort zu a fünf Minuten.

Für die Fraktion der SPD darf ich Herrn Abg. Zeller das Wort erteilen.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage liegt nun schon ein Jahr zurück. Dennoch ist sie hochaktuell. Es geht um die unausgegorenen Entscheidungen bei der Einführung des G 8, deren Auswirkungen heute noch spürbar sind.

(Widerspruch bei der CDU)

Trotz Protests und Schönredens hilft es nicht, dies wegzuwischen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Auch die Umfrage der SPD hilft nicht weiter!)

Im Übrigen ist es auch zu billig, jetzt den Schulen oder den Lehrkräften die Verantwortung zuzuschieben. Die Verantwortung trägt selbstverständlich der zuständige Minister. Im Gegenteil möchte ich sagen: Mein Dank gilt vor allem den Schulleitern und den Lehrkräften, die alles versucht haben, um das Bestmögliche daraus zu machen.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank, Herr Zeller!)

Eine landesweite Umfrage, die wir durchgeführt haben und an der über 10 000 Eltern teilgenommen haben, zeigte deutlich, dass bei den Eltern großer Ärger und viel Frust vorhanden sind. Es besteht großer Unmut. 75 % der Eltern sind der Umfrage zufolge unzufrieden. Ich sage Ihnen: Es gibt Schulen, die sich überlegen, wie sie aus dieser schwierigen Situation herauskommen. Als Beispiel nenne ich das Gymnasium in Mosbach, in dem übrigens die gleichen Umfrageergebnisse zustande kamen wie bei unserer Untersuchung, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön!)

Dort hat man gesagt: Wir wollen eine andere Lösung. Ich werde nachher noch ein paar Worte dazu sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen dürfen sie ja!)

Nach wie vor sind trotz einzelner kleiner Korrekturen, die Sie vorgenommen haben, vor allem die Kinder einer hohen Belastung ausgesetzt. Immerhin sagen 60 % der Eltern: Unsere Kinder haben eine wöchentliche Belastung von über 40 Stunden.

Bei der zweiten Fremdsprache – da haben Sie eine gewisse Korrektur vorgenommen – geht es uns darum, sie grundsätzlich erst mit der sechsten Klasse einzuführen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das hat schlichtweg – Herr Wetzel, wenn Sie da ein solcher Experte sind –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ich frage nur!)

auch etwas mit der Durchlässigkeit zu tun. Je früher Sie die zweite Fremdsprache ansetzen, umso schwieriger wird es, von einer anderen Schulart auf das Gymnasium zu wechseln. Ich hoffe, Sie stimmen mir zu.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist nicht das entscheidende Argument!)

Die Eltern haben auch klar gesagt – das waren über 50 % –, mit dem G 8 hätten die außerschulischen Aktivitäten deutlich reduziert, wenn nicht sogar ganz aufgegeben werden müssen. Allgemein wird nach wie vor beklagt – trotz Einführung von neuen Bildungsplänen –, dass die Stofffülle zu groß sei. Dies haben wir selbst aus Ihren eigenen Reihen, Herr Röhm, immer wieder gehört.

Bei unserer Umfrage haben 73 % der Eltern gesagt, sie würden sich für ein G 9 bzw. ein neunjähriges Gymnasium aussprechen, wenn sie die Möglichkeit hätten, zwischen G 8 und G 9 zu wählen. Das hat sich in der Tat auch das Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach überlegt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Bitte schön.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Herr Kollege Zeller, die Pädagogen bzw. die Wissenschaftler sagen, sie hätten mit dem sogenannten Biberacher Modell hervorragende Erfahrungen gemacht – das heißt insbesondere Latein und Englisch oder Französisch in der fünften Klasse –, und sagen, die Schüler, die das Biberacher Modell wählten, seien in der achten, neunten Klasse besser in ihren Leistungen als die anderen. Was halten Sie davon?

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Ich kenne das Biberacher Modell. Hier geht es in der Tat um Latein, um eine andere Fremdsprachenregelung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist eine Fremdsprachenregelung!)

– Ja, aber das ist eine andere Regelung. Wenn Sie entweder Englisch oder Französisch nehmen – die Fremdsprachenregelung, die bei uns an den Gymnasien in der Regel gewählt wird –, dann haben Sie genau diese Schwierigkeit. Bei Latein ist es in der Tat eine Ausnahme.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Deswegen können Sie das Biberacher Modell – das wissen Sie, wenn Sie sich damit beschäftigt haben – nicht auf andere Situationen übertragen. Das ist der Hintergrund.

Zurück zu Mosbach. Die Mosbacher haben sich überlegt, was sie tun können, um ihren Schülern bessere Lern- und Arbeits-

(Norbert Zeller)

möglichkeiten anzubieten. Da finde ich eines durchaus bemerkenswert: Die Mosbacher haben deutlich gesagt – übrigens hatten wir Vertreter des Gymnasiums auch hierher eingeladen und waren auch vor Ort zu Besuch –: Es geht nicht darum, zum alten G 9 zurückzukehren. Das bedeutet auch, nicht zu den alten Bildungsplänen zurückzukehren. Vielmehr geht es darum, ein „G 8 plus“ zu schaffen, für das man neun Jahre Zeit hat. Das haben sich die Mosbacher überlegt. Ich sagte es schon: Eine überwältigende Mehrheit der Eltern – drei Viertel von ihnen – haben sich dafür ausgesprochen.

Es gibt dazu – das sollte Ihnen eigentlich zu denken geben – einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss. Herr Röhm, auch der Oberbürgermeister, der Ihrer Partei angehört, hat sich deutlich für diesen Schulversuch ausgesprochen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Er kann die Welt nicht verstehen, dass ein Schulversuch abgelehnt wird, ohne dass vorher eine Auseinandersetzung stattgefunden hätte.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat er recht!)

Das sollte Ihnen zu denken geben. Ich meine, Sie haben schlechte Karten, wenn Sie über ein solch klares Votum eines Gemeinderats und ein solch klares Votum von Eltern ohne Weiteres hinweggehen. Die Kommunen und die Schulen sind hier wesentlich praxisnäher, wesentlich konkreter und pragmatischer, als das bei Ihnen der Fall ist.

Das achtjährige Gymnasium ist vom Umfang her quasi eine Ganztagschule geworden. Allerdings werden daraus konzeptionell nicht die entsprechenden Schritte vollzogen. Es wird oft ein Mittagessen angeboten, es gibt die verbindlichen Hausaufgaben, es wird von individueller Förderung gesprochen. Aber letztlich fehlen die notwendigen Ressourcen. Das heißt, das Land ist nicht bereit, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Insgesamt – das können Sie der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 14/4027 entnehmen – haben Sie für den gesamten Bereich der gymnasialen Ganztagschulen 17,5 Lehrstellen zur Verfügung gestellt. Das macht deutlich, welchen Stellenwert die Gymnasien als Ganztagschulen bei Ihnen haben.

Nebenbei sage ich Ihnen: Der Unterrichtsausfall an den Gymnasien liegt mit 4,3 % deutlich über dem Unterrichtsausfall in den anderen Schularten. Es ist bedauerlich, dass Sie unsere Haushaltsanträge dazu, die zu einer Verbesserung der Situation geführt hätten, bei der letzten Haushaltsberatung allesamt abgelehnt haben.

Ich will noch einen letzten Punkt aufgreifen. Es gibt berechtigte große Kritik an der Vorbereitung des doppelten Abiturjahrgangs. Es wird verniedlicht. Die Sorgen der Eltern werden beiseite gewischt, oder es wird letztendlich einfach gar nicht Rücksicht darauf genommen.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Größere Anstrengungen sind notwendig. Ich will nicht alles nochmals vortragen. Wir brauchen zusätzliche Studienplätze und zusätzliche Praktikumsplätze. Wir brauchen auch zusätzliche Ausbildungsplätze, wengleich ich weiß, dass dabei vor allem die Wirtschaft gefordert ist.

Insgesamt gesehen haben Sie mit der Entwicklung des achtjährigen Gymnasiums einen großen Unmut hervorgerufen, der noch spürbar ist,

(Zuruf von der CDU: Der legt sich allmählich!)

und Sie haben vieles in den Sand gesetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Renate Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zum Brückenjahr, Frau Rastätter?)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Nein, heute nicht.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Kommt jetzt das Sabbatjahr?)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch unser Antrag ist ein Jahr alt. Es ist ein reiner Beschlussantrag. Es geht darum, das Gymnasium zur Schule der individuellen Förderung zu machen und die rhythmisierte Ganztagschule einzuführen. Deshalb werde ich mich heute auf diese Beschlussteile konzentrieren; denn ich gehe davon aus, dass wir noch weitere Debatten zum Gymnasium führen werden. Das Gymnasium hat es verdient, dass wir uns intensiv mit ihm beschäftigen. Heute geht es aber primär um unseren Antrag.

In einigen Bereichen sind unsere Forderungen in der Zwischenzeit tatsächlich erfüllt worden. Ich werde nachher noch etwas dazu sagen. Zentrale Forderungen von uns sind bislang jedoch nicht erfüllt worden. Deshalb ist dieser Antrag aktuell.

Ich möchte damit beginnen – Herr Röhm, dem können Sie kaum widersprechen –, dass die Kritik an der Form der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums weiter besteht. Auch Ihnen ist bekannt, dass wir in Baden-Württemberg Elterninitiativen haben wie die Initiative „Schule mit Zukunft“ und die G-8-Elterninitiativen, die mittlerweile landesweit vernetzt sind und die immer wieder anhand von Beispielen aus der Schulpraxis belegen, dass die Belastungen der Schülerinnen und Schüler des achtjährigen Gymnasiums sowohl in der Unterstufe als auch in der Mittelstufe noch immer vorhanden sind. Faktisch hat sich die Kindheit geändert, gerade auch für die jüngeren Schüler, die zum Teil schon im Alter von neun Jahren oder spätestens im Alter von zehn Jahren auf das Gymnasium wechseln.

Das G 8 hat also zu erheblichen Belastungen geführt. Herr Kultusminister Rau, auch Sie haben das zugegeben, indem Sie zu einem anderen Antrag von uns Grünen gesagt haben, dass die Hausaufgabenbetreuung deshalb eingeführt worden sei, weil das G 8 zu sehr starken zeitlichen Belastungen der Schülerinnen und Schüler geführt hat.

Hinzu kommt die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium. Das Gymnasium ist die meistgewählte Schulart. Rund 40 % der Schülerinnen und Schüler wählen nach der Grundschule das Gymnasium. Damit ist na-

(Renate Rastätter)

türlich auch die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium deutlich heterogener geworden. Mitunter gelingt sogar einem Kind mit Migrationshintergrund oder einem Kind aus einer sozioökonomisch und bildungsmäßig benachteiligten Familie der Sprung aufs Gymnasium.

Deshalb sagen wir Grünen: Wenn wir das Gymnasium zu einer Schule machen wollen, in der jedes Kind, das die entsprechende Begabung mitbringt, gut gefördert werden kann, dann müssen wir das Gymnasium zu einer Schule der individuellen Förderung machen. Dann muss es auch so sein, dass jedes Kind den Anforderungen dort genügen kann, mitgenommen und zu einem Abschluss geführt werden kann.

Die zentrale Forderung unseres Antrags ist, dass wir eine rhythmisierte Ganztagschule am Gymnasium brauchen. Kultusministerin Schavan hat das achtjährige Gymnasium seinerzeit mit der Behauptung eingeführt, es wäre als Halbtagschule umsetzbar. Wir brauchen aber eine rhythmisierte Ganztagschule am Gymnasium. Aber obwohl Sie in Ihrer Bildungsoffensive für das Gymnasium jetzt festgelegt haben, dass jedes Gymnasium auf Antrag eine Ganztagschule werden kann, sieht die Realität noch extrem anders aus.

Die Situation in diesem Schuljahr ist so: Für rund 13 % der Schülerinnen und Schüler gibt es einen Ganztagsplatz. Aber der größte Teil dieser Schülerinnen und Schüler besucht eine Ganztagschule, die nach KMK-Richtlinien genehmigt ist. Nur für 5 % der Schüler an Gymnasien in Baden-Württemberg gibt es einen Platz nach dem Landeskonzept Ganztagschule, und nur beim Landeskonzept Ganztagschule gibt es auch Lehrerstunden. Allerdings gibt es auch da nur eine einzige Lehrerstunde pro Klasse.

Damit ist klar: Ihre Bildungspolitik ist eine massive Blockadepolitik gegen einen innovativen Ausbau der Gymnasien zu Ganztagschulen. Hier haben wir also eine reine Blockadepolitik. Die Schulträger können ihr Gymnasium mit einer zusätzlichen Stunde nicht zu einer rhythmisierten Ganztagschule ausbauen. In der Praxis sieht das so aus: Es bleibt bei einer Halbtagschule mit einem Nachmittag oder zwei Nachmittagen Unterricht und einer Betreuung mit Jugendbegleitern sowie ab und zu auch einem Mittagessen. Das heißt, hier entsteht keine rhythmisierte Ganztagschule. Die Schüler haben kein vernünftiges pädagogisches Konzept mit Phasen der Anspannung und der Entspannung über den Tag verteilt.

Wir haben als Fazit Folgendes festzustellen: Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Eltern von Gymnasiasten: Fehlanzeige. Es kommt zur Einführung von Schulgeld durch die Hintertür, weil die Betreuungsangebote in der Regel gebührenpflichtig sind, und die rhythmisierte Ganztagschule wird blockiert. Das heißt, wir sind beim Ausbau des Gymnasiums zu einer rhythmisierten Ganztagschule noch nicht sehr weit gekommen.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb ist ein ganz zentraler Punkt in unserem Antrag, endlich die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir das Gymnasium zu einer rhythmisierten Ganztagschule ausbauen.

Unsere zweite zentrale Forderung ist: Wir brauchen ein Angebot von Fachlehrern an der Schule zum Üben, Wiederholen

und Vertiefen. Dazu fordern wir drei zusätzliche Stunden pro Klasse. Damit würden in einem neunjährigen Bildungsgang für die ersten fünf Jahre 15 Stunden pro Klasse dazukommen. In diesem Pool könnten alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, gut gefördert werden. Dann entfielen die Hausaufgabennachhilfe durch die Eltern. Mir wird von Eltern berichtet, dass sie ständig noch mit ihren Kindern zu Hause üben müssen. Dann entfällt das nachmittägliche Üben für die Kinder, und die Kinder werden auch im Gymnasium begabungsgerecht gefördert. Unsere zentrale Forderung sind also drei Stunden zusätzlich.

Drittens: Für die Landesregierung ist in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schularten. Beim Gymnasium: Fehlanzeige! Deshalb fordern wir, dass endlich auch im Gymnasium Schulsozialarbeit eingeführt wird. Das geht nicht ohne Landesbeteiligung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Wir brauchen im Gymnasium – gerade auch, um alle Schüler in den Blick zu nehmen und bei allen Schülern zu schauen, dass sie auch gut aufgehoben sind – Schulsozialarbeit und Schulpsychologen. Deshalb ist auch das eine zentrale Forderung von uns.

Wir haben in diesem Antrag heute nicht das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten thematisiert. Herr Kollege Röhm, das wird uns noch beschäftigen. Dazu bringen wir auch noch einen eigenen Antrag unserer Fraktion ein. Ich werde Ihnen diesen Antrag auch gleich zuschicken.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Darin fordern wir ein Konzept, das mit dem achtjährigen Gymnasium kompatibel ist. Ich sage für meine Fraktion: Selbstverständlich sollen alle Schülerinnen und Schüler, die das Potenzial mitbringen, in acht Jahren das Abitur ablegen können. Aber wir brauchen auch eine zeitliche Flexibilisierung des achtjährigen Gymnasiums,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Brückenjahr!)

ein Brückenjahr. Darüber werden wir uns noch intensiv austauschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich gehe auch gleich darauf ein!)

Ich komme damit zum Schluss. Ich habe zu Anfang gesagt: Ein Teil der Forderungen ist erfüllt worden. Ich möchte an dieser Stelle die benoteten Vergleichsarbeiten nennen. Wir haben immer wieder gefordert, dass die Benotung der Vergleichsarbeiten entfallen soll, und haben gesagt: Die Vergleichsarbeiten sind ein Mittel der Evaluation der Qualität der Schule und des Unterrichts und dürfen nicht mit einer Benotung verknüpft werden.

Kultusminister Rau hat darauf beharrt, dass sich die Schüler dann nicht mehr anstrengen und die Vergleichsarbeiten nicht mehr ernst nähmen. Jetzt haben Sie die Benotung der Vergleichsarbeiten abgeschafft mit der gleichen Begründung, mit der wir das bereits gefordert hatten.

(Renate Rastätter)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehen Sie: Wir haben es erhört, Frau Rastätter!)

Wir haben gesagt: Dann findet nur „teaching to the test“ statt, und es wird gepaukt und Druck erzeugt. Sie, Herr Minister Rau, haben daraus etwas gelernt. Wir geben ja auch die Hoffnung in die Lernfähigkeit der Landesregierung nicht auf und hoffen deshalb, dass von unseren Forderungen, die wir heute vorlegen, im Interesse der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium an einer bestmöglichen Förderung in einem Jahr weitere Punkte erfüllt worden sind.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm für die Fraktion der CDU.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Er ist der Spezialist!)

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte stichwortartig auf einige Punkte eingehen, die angesprochen worden sind und die ich Ihren Initiativen entnommen habe.

Frau Rastätter, lassen Sie mich mit Ihrem Anliegen beginnen. Eine Vorbemerkung, die sich natürlich auch an die Sozialdemokraten richtet: Erste Ergebnisse der Fremdevaluation zeigen eindeutig, dass es mehr als genug gelungene Beispiele dafür gibt, wie das G 8 gut umgesetzt wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, den Sie in Ihrem Antrag angesprochen haben, zur Zahl der Wiederholer. Die Zahl der Wiederholer ist im G 8 eindeutig rückläufig, und zwar vor allem deswegen, weil wir bereits vor vielen Jahren für ein adäquates Instrument gesorgt haben, nämlich die probeweise Aufnahme in die nächsthöhere Klasse. Frau Rastätter, wir sind Ihnen dankbar, denn Sie haben uns darin unterstützt.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben das jetzt umgesetzt und können dadurch unnötige Wiederholungen vermeiden.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, ist die Hausaufgabenbetreuung, eine Forderung von Ihnen, Frau Rastätter – Sie sehen, wie kooperativ wir sind –, die längst umgesetzt ist.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber nicht durch Schüler!)

– Jetzt werden Sie unmäßig. Jetzt haben wir etwas Vernünftiges gemacht, und Sie vertrauen den Schülern nicht mehr.

Die ersten Erfahrungen, die wir gemacht haben, sind außerordentlich gut. Ein einzelner schwacher Schüler kann wesentlich besser – bitte verstehen Sie das nur symbolisch – die Hosen runterlassen und gegenüber einem Mitschüler oder einer Mitschülerin zeigen, dass er nichts kann, weil möglicherweise das Verständnis der Schüler wesentlich größer ist als das eines ungeduldigen Erwachsenen. Wir haben damit beste Erfahrungen gesammelt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das heißt, wir brauchen gar keine Lehrer mehr!)

Um es klar zu sagen: Zerreden Sie diese Errungenschaft nicht wieder. Die Hausaufgabenbetreuung wird rege nachgefragt, und wir haben auch damit Erfolge.

Ich will ein Drittes ansprechen. Sie sprechen davon, dass wir Lehrer qualifizieren müssten. Das ist betreffend Naturwissenschaft und Technik sowie Wirtschaft geschehen. Wir haben auch da gelernt: Ab 2010 wird es eigenständige Studiengänge betreffend die Qualifizierung im Bereich NwT und im Bereich Wirtschaft geben. Das Fach Politik/Wirtschaft wird zu einem Doppelfach und aufgewertet. Aufgrund eines Antrags unserer Fraktion wird derzeit sogar überlegt, ob nicht diejenigen, die vor wenigen Wochen und Monaten in Politik abgeschlossen haben, dieses Modul ergänzend studieren können und dann auch mit einer Zweifächerverbindung sofort zur Verfügung stehen.

Viertens: G 8 in neun Jahren zu absolvieren ist längst möglich, um das klar zu sagen. Da möchte ich Ihre Äußerung, Frau Rastätter, vom 21. April aufgreifen und sagen: Das Brückenjahr ist ein vernünftiger Vorschlag.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Oha!)

Das haben wir schon lange und können wir umsetzen, und zwar deswegen: Es gibt trotz Bestehens die Möglichkeit einer freiwilligen Wiederholung. Es gibt die Möglichkeit, während des Schuljahrs in eine andere Klasse zu wechseln. Es gibt die Möglichkeit, Fremdsprachenaufenthalte durchzuführen und damit diejenigen zu unterstützen, die sich in Fremdsprachen schwertun.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Es gibt Wechsel innerhalb des Schuljahrs und, und, und. Das alles sind Maßnahmen, die jede Schule schon heute durchführen kann, ohne dass man im Regierungspräsidium oder bei irgendjemand anderem nachfragen müsste. Das ist der richtige Weg; Frau Rastätter, ich unterstütze Sie darin.

Jetzt zu Ihnen, Herr Zeller. Ich möchte auf Ihr erstes Argument eingehen, nämlich der Aussage zum Zeitpunkt der Einführung der zweiten Fremdsprache. Das hat mit der Durchlässigkeit rein gar nichts zu tun. Wir haben beste Erfahrungen damit gemacht. Meine eigene Schule ist eine solche, in der in Klasse 5 mit beiden Fremdsprachen begonnen wird. Heute Morgen habe ich ein Mädchen eingeschult, das in die achte Klasse eintritt und nicht wie unsere Kinder bereits in Klasse 5 Französischunterricht hatte, sondern erst in Klasse 6. Mit der Mutter haben wir heute Morgen verabredet, dass die Französischnote, wenn es notwendig sein sollte, bis Ende der Klasse 9 ausgesetzt wird. Das heißt konkret, dass dieses Mädchen die Chance hat, für den Fall, dass es etwas versäumt haben sollte, dies in mehr als fünf Vierteljahren nachzuholen. Das ist überhaupt kein Problem. Deswegen ist das eindeutig keine Frage der Durchlässigkeit.

Außerdem haben wir auch den Wechsel zwischen einzelnen Schulen. Zu uns kommen auch Kinder von Gymnasien, an denen nicht gleich mit zwei Fremdsprachen begonnen wurde. Diese Kinder kann ich auch nicht fortschicken.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Hier sind also die Schulen gefragt; mit etwas gutem Willen ist das überhaupt kein Problem.

Herr Zeller, abschließend eine Bewertung Ihrer Umfrage. Ihre Umfrage – ich sage das in aller Klarheit – hat für die CDU-Landtagsfraktion keinerlei Aussagewert: erstens mangels Teilhabe – Sie gaukeln vor, die Umfrage wäre repräsentativ; sie ist aber mitnichten repräsentativ – und zweitens aufgrund der Art der Fragestellung, die viele Kollegen von vornherein abgelehnt haben. Sie haben sich damit selbst den Weg zu einer größeren Teilhabe verbaut, weil Sie so gefragt haben, wie Sie gefragt haben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie müssen ergebnisorientiert fragen!)

Fazit: Mit G 8 sind wir auf dem richtigen Weg. Eine Parallelität von G 8 und G 9, wie Sie es im Fall Mosbach fordern, wird es nicht geben. Über ein Brückenjahr und ähnliche pädagogisch sinnvolle Maßnahmen, die man ins Ermessen der Schulen stellt, kann man mit uns reden.

Wir sind auf einem guten Weg, und wir lassen uns diesen gerade von der Sozialdemokratie nicht zerreden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja sehr löblich, dass die Damen und Herren von der Opposition sich so viele Gedanken um die Situation an unseren Gymnasien machen – löblich deshalb, weil sie es vor nicht allzu langer Zeit ja noch abschaffen bzw. auf eine gymnasiale Oberstufe reduzieren wollten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Heute Morgen noch!)

Es freut uns, dass Sie wieder auf dem Boden der Tatsachen angekommen sind und sich mit dem auseinandersetzen, was in unserem Land die Bildungslandschaft sinnvollerweise bestimmt.

Es ist auch interessant, zurückzuschauen. Über ein Jahr ist vergangen, seitdem die vorliegenden Initiativen eingebracht worden sind. In diesem Jahr haben wir vonseiten der Landesregierung durch die Qualitätsoffensive Gymnasium im Juni 2008 einiges auf den Weg gebracht. Wir werden ab dem kommenden Schuljahr noch eine ganze Reihe von Maßnahmen im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung umsetzen, die gerade den Gymnasien in unserem Land zugutekommen.

Ein Großteil der Gelder, die wir in die Bildungsoffensive hineinstecken wollen, die wir jetzt ausgeben können, werden wir für die Senkung des Klassenteilers einsetzen. Das war auch von unserer Seite dringend gewünscht, gerade für die Gymnasien in unserem Land. Wir wissen, dass 80 % der Klassen an den Gymnasien mehr als 25 Schüler haben. Die Maßnahme, die wir hier auf den Weg bringen, wird die Unterrichtssituation und die Unterrichtsqualität an unseren Gymnasien deutlich verändern und verbessern.

Hinzu kommt, dass wir, ebenfalls im Rahmen der Bildungsoffensive, die Leitungszeit für die Schulleiter erhöhen. Das

kommt auch und gerade unseren Gymnasien zugute, die ja in der Regel mehrzünftig geführt werden und einen hohen Verwaltungs- und Organisationsaufwand haben. Auch das ist eine Maßnahme, um die Situation an unseren Gymnasien deutlich zu verbessern.

Als letzten Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang Folgendes ansprechen – diese Nachricht ist erst wenige Tage alt –: Ich kann Ihnen hier und heute mitteilen: Das Finanzministerium und das Kultusministerium konnten sich in der letzten Woche einigen. Es liegt jetzt ein Konzept auf dem Tisch. Wir werden ab dem nächsten Schuljahr das Konzept „Geld statt Stellen“ umsetzen. Wir haben es bei uns in der Fraktion schon durchgewinkt. Wir freuen uns sehr darüber, dass es jetzt realisiert werden kann.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So sind wir!)

Jede Schule in unserem Land kann ab dem nächsten Schuljahr wenigstens ein Vierteldeputat bis zu maximal 5 % ihrer Unterrichtsversorgung in Geld umwandeln. Das wird gerade auch im Gymnasialbereich, denke ich, eine wichtige Rolle spielen, und zwar in der Profilbildung, in der individuellen Förderung und vielleicht auch im Ausbau des Jugendbegleitprogramms, das ja auch hier greift.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

– Ja, da freue ich mich auch. Das kann wirklich beklatscht werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Rauschender Beifall!)

Ganztagsbetreuung: Auch hier sind wir auf einem guten Weg. Sie wissen, dass die Qualitätsoffensive Gymnasium jetzt jedem Gymnasium, das dies tun möchte, die Möglichkeit bietet, in die Ganztagsbetreuung zu gehen, und zwar unabhängig von den ursprünglich vorgesehenen 40 %. Aber wir von unserer Seite sagen: Wir zwingen auch niemanden dazu, diesen Weg zu gehen. Wir wollen nicht, dass da von oben jetzt die Knute geschwungen wird. Vielmehr soll jede Schule vor Ort selbst entscheiden, ob sie diesen Weg gehen möchte oder nicht.

Zum Thema G 8 möchte ich nur noch so viel anmerken: Wir alle wissen, dass es sehr sinnvoll war, die Verkürzung der Gymnasialzeit zu verkoppeln mit der Einführung neuer Bildungspläne. Wir wissen auch, dass die Einführung der neuen Bildungspläne eine große Herausforderung für alle Betroffenen an unseren Schulen ist. Es muss ja umgestellt werden auf exemplarisches Arbeiten, auf fächerübergreifende Projekte, es sollen neue Medien eingesetzt werden. Es ist unter Umständen auch eine neue Fachdidaktik nötig. All das ist eine große Herausforderung vor allem für den Lehrkörper.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: „Lehrkörper“!)

Hier möchte ich doch noch eine Bitte an das Ministerium richten. Ich höre in Gesprächen immer wieder, dass gerade der Lehrkörper ein Stück weit schon, ich will nicht sagen, sich alleingelassen gefühlt hat, aber meint, dass es in der Vorbereitung und in der Fortbildung deutlich besser hätte laufen kön-

(Dr. Birgit Arnold)

nen. Einen Wunsch möchte ich hier artikulieren, der auch an uns herangetragen worden ist: Es wird darum gebeten, dass das Kultusministerium in allen Fächern für die Kerncurricula Vorschläge macht und das den Schulen an die Hand gibt. Wenn das noch geleistet werden könnte, dann würde, denke ich, die restliche Unsicherheit, die restliche Besorgnis, die hier noch vorhanden ist, ein Stück weit ausgeräumt werden können.

Meine Damen und Herren, ein Jahr ist vergangen. Wir haben sehr viel getan, wir haben sehr viel Positives auf den Weg gebracht. Ich denke, wenn wir noch ein Jahr weiter sind, werden wir die positiven Auswirkungen unserer Maßnahmen noch deutlicher sehen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Dann werden Sie noch mehr Forderungen von uns erfüllt haben!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gute Schulen brauchen Freiräume, um sich entwickeln zu können. Diesem Anspruch folgt die Bildungsreform, die wir seit dem Schuljahr 2004/05 an unseren Schulen umsetzen. Sie setzt den Rahmen für das zeitgleich flächendeckend eingeführte achtjährige Gymnasium.

Wer diesen größeren Rahmen nicht sieht, begreift auch nicht die pädagogische Verfassung des achtjährigen Gymnasiums. Die Schulen haben große Gestaltungsspielräume erhalten und damit auch eine entsprechende Verantwortung für das schulische Lernen übernommen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass es richtig war, diesen Weg zu gehen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass immer mehr Schulen die Chancen der Bildungsreform nutzen. Unsere Erfahrungen zeigen auch, dass viele Schulen gute Wege gefunden haben, um das achtjährige Gymnasium mit einem hohen Bewusstsein für Qualität und für Innovation zu gestalten.

Wir haben uns im vergangenen Schuljahr intensiv mit der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums auseinandergesetzt. Anlass war unser Wunsch, vier Jahre nach der Einführung eine Zwischenbilanz zu ziehen und mit Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern über die bisherigen Erfahrungen zu sprechen. Deswegen haben wir eine Reihe von runden Tischen zum G 8 durchgeführt. Ich selbst habe teilweise daran teilgenommen.

Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz war dann die Qualitätsoffensive Gymnasium vom Juni 2008. Die runden Tische haben uns bestätigt, dass an vielen Gymnasien G 8 gelingt. Deshalb ist die Qualitätsoffensive Gymnasium 2008 eine Nachjustierung in einigen Punkten, die ja hier auch schon von der Rednerin der FDP/DVP und dem Redner der CDU deutlich gemacht wurden.

Wir brauchen keine grundsätzliche Neuausrichtung der Konzeption des G 8. Wir brauchen auch keine Schulversuche „G 8 plus x“.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Doch, doch!)

Denn die Rückkehr durch die Hintertür in Richtung eines neunjährigen Gymnasiums ist nun wirklich keine bildungspolitische Reform.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vor allem die Antragsteller! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Man könnte es ja auch einmal spannender machen!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Es ist vielmehr der Versuch, es einigen Leuten recht zu machen, die glauben, Probleme vor Ort dadurch bewältigen zu können, dass sie nicht Schulentwicklung im vorgegebenen Rahmen betreiben, sondern zusätzliche Zeit einfordern. Wir wissen, dass das G 8 überall gelingen kann, weil wir sehr viele erfolgreiche Beispiele kennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Rauschender Beifall!)

Es ist auch nicht so, dass ich nicht mit Vertretern solcher Initiativen gesprochen hätte. Lange bevor sie den Antrag gestellt haben, haben wir uns im Neckar-Odenwald-Kreis bei einem Termin getroffen und darüber gesprochen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber geholfen hat es nichts!)

Ich habe schon damals deutlich gemacht, dass für uns ein Schulversuch, der auf irgendeinem Weg zu G 9 zurückführt, kein zukunftsweisender Schulversuch ist. Deswegen haben wir auch sehr schnell entschieden, als trotzdem ein solcher Antrag gestellt wurde.

Wir wollen mit der Qualitätsoffensive Gymnasium 2008 eine allgemeine pädagogische Weiterentwicklung des Gymnasiums unterstützen. Wir wollen die neuen Freiräume und Verantwortlichkeiten der Schulen weder eingrenzen noch aufheben. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördern sowie Belastungen, wo sie als Überforderungen empfunden wurden, spürbar verringern. Dabei wollen wir die hohe fachliche und pädagogische Qualität des Gymnasiums wahren und weiterentwickeln.

Wenn ein Gymnasium unserer Empfehlung folgen will und nur die Hälfte der Poolstunden für eine fachspezifische individuelle Förderung in geteilten Klassen einsetzt, dann wird der Stundenplan eines Gymnasiasten deutlich entlastet, und dies bei einem besonders hohen pädagogischen Gewinn.

Diese individuelle Förderung, das Üben und Vertiefen, wird im neuen G-8-Programm der Hausaufgabenbetreuung fortgesetzt. Dazu bedarf es nur weniger zusätzlicher Deputate. Es bedarf vor allem einer Schulgemeinschaft, in der Schülerinnen und Schüler für Schüler Verantwortung übernehmen und Lehrer dieses Angebot organisieren und koordinieren. Es ist ein finanzierbares und pädagogisch sinnvolles Programm.

Sie haben uns gegenüber den Vorwurf erhoben, es sei eine „Lebenslüge“, dass das G 8 keine Ganztagschule sei.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, genau!)

(Minister Helmut Rau)

Nein, es ist vielmehr eine Lebenslüge oder, besser gesagt, eine traurige Verkenning der Realität, zu glauben, dass alle Eltern ihr Kind in einer Ganztagschule wünschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So eine nicht! Eine Betreuungsschule wollen sie nicht!)

Das ist nicht so. Deshalb haben wir in der Qualitätsoffensive Gymnasium Wege aufgezeigt, wie G 8 als Regelschule oder als Ganztagschule umgesetzt werden kann. Wir dekretieren den Schulen keine Organisationsform. Wir haben ihnen jeden Weg eröffnet, aber wir bestimmen ihn nicht.

Zur zweiten uns unterstellten – ich zitiere wieder – „Lebenslüge“, wir hätten den Stoff im neuen Bildungsplan nicht gekürzt: Immerhin wird erkannt, dass wir die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums bereits mit der Einführung neuer Bildungspläne gekoppelt haben.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Natürlich wurde dabei die Stofffülle der alten Lehrpläne deutlich reduziert.

Wir unterscheiden zwischen Kerncurriculum und Schulcurriculum, und wir haben auch zahlreiche unterstützende Materialien für die Erarbeitung von Schulcurricula zur Verfügung gestellt. Das bestätigen auch die runden Tische, die zwischen Februar und Mai 2008 Fach für Fach die Bildungspläne auf den Prüfstand gestellt haben.

Weitere Abstriche wären nur noch auf Kosten der hohen Qualität des gymnasialen Bildungsgangs oder gar des Abiturs möglich. Diesen Weg wollen wir ganz sicher nicht einschlagen.

Gleichwohl sehen wir auch Realitäten, die unseren Annahmen entgegenlaufen, pragmatisch ein und lernen daraus. So haben wir – Frau Rastätter, Sie haben es erwähnt – im Herbst 2008 entschieden, dass Vergleichsarbeiten in den weiterführenden Schulen ebenso wie die Diagnosearbeiten in der Grundschule künftig nicht mehr benotet werden. Die ursprüngliche Benotung der Vergleichsarbeiten sollte der Ernsthaftigkeit der Bearbeitung dienen.

Das war eine richtige Absicht. Aus der beabsichtigten Ernsthaftigkeit wurde jedoch wegen einer falschen Aufnahme vor Ort, vielleicht auch wegen einer Diskussion, die in der Elternschaft mit zu großer Verbissenheit geführt wurde, eine eher ängstliche und angstbesetzte Veranstaltung.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, genau! Prüfungsstress!)

Das dient nicht der Erkenntnis, die wir für die Evaluation brauchen. Deswegen haben wir gesagt: Wir verändern dieses Konzept. Wir wollen der Lernstandserhebung gerecht werden und haben den Termin verlegt und die Benotung aufgehoben.

Zwei Punkte möchte ich an dieser Stelle zusammenfassend betonen. Zum Ersten: Das G 8 ist kein „Gymnasium light“. Es kann nicht sein, dass wir an der Qualität des gymnasialen Bildungsgangs und unseres Abiturs Abstriche machen, wenn gleichzeitig Exzellenz an den Universitäten gewollt und gefördert wird.

Zum Zweiten: Die pädagogische Verfassung des achtjährigen Gymnasiums muss in ihrer Komplexität verstanden werden. Sie ist modern, offen, pädagogisch anspruchsvoll, und sie wird vor allem an ganz vielen Orten sehr erfolgreich umgesetzt. Seit seiner Gründung steht das Gymnasium für den Aufbruch in die Moderne, für Emanzipation, für Erziehung junger Menschen zu mündigen Staatsbürgern. Das Gymnasium hält Kritik aus, weil es die Kritikfähigkeit will. Insofern werte ich Ihre Kritik auch als einen Erfolg dieses Bildungsgangs.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Initiativen.

Die Große Anfrage der Fraktion der SPD ist durch die Aussprache erledigt.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2390, erfordert eine Abstimmung. Können wir en bloc abstimmen? –

(Zustimmung der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 23. April, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:22 Uhr**

**Anlage 1**

**Vorschlag**

der Fraktion der SPD

**Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Vogt	Stoch
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Staiger	Stoch
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Staiger	Stoch
Umweltausschuss	stellvertretendes Mitglied	Staiger	Stoch
Sozialausschuss	ordentliches Mitglied	Staiger	Vogt
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Vogt	Stickelberger

22. 04. 2009

Claus Schmiedel und Fraktion

---

**Anlage 2**

**Vorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Umbesetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Kretschmann	Sitzmann

22. 04. 2009

Winfried Kretschmann und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der FDP/DVP

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP
-----	-----	-------	---------

#### Mitglieder:

Blenke	Altpeter	Lehmann	Kleinmann
Krueger	Bayer	Sckerl	Kluck
Kurtz	Gall		
Müller	Kipfer		
Palm	Zeller		
Raab			
Vossschulte			
Wolf			
Zimmermann			

#### Stellvertreter:

Beck	Drexler	Kretschmann	Berroth
Bopp	Fohler	Lösch	Chef
Döpfer	Haußmann, U.	Neuenhaus	Dr. Noll
Groh	Heiler	Oelmayer	Dr. Wetzel
Heinz	Hofelich	Rastätter	
Herrmann	Junginger	Walter	
Jägel	Knapp		
Klein	Dr. Mentrup		
Klenk	Dr. Prewo		
Lazarus	Rivoir		
Lusche	Rust		
Mack	Schmiedel		
Mappus	Stickelberger		
Razavi	Vogt		
Schebesta	Winkler		

22. 04. 2009

Stefan Mappus und Fraktion  
Claus Schmiedel und Fraktion  
Winfried Kretschmann und Fraktion  
Dr. Ulrich Noll und Fraktion